

Band I- Abschriften

Band II, III. Fotokopien (Doublets)

Verhältnis Wehrmacht-Sicherheitspolizei I,	1	-	15
" " " " II.	16	-	30
Canaris u. Abwehr	31	-	50
Anlage zu 20. Juli 44	51	-	52
Tätigkeitsgebiet der Abteilg. IV 3	53	-	58
Verbleib der Angehörigen v. Amt IV	59	-	65
Funkverkehr polnischer MD Bern-London	66	-	67
Überwachung des feindlichen, v.a. Agentenfunkverkehr	68	-	70
Festnahme Göring	71	-	72
Personelle Besetzung Gruppe IV E nach Übernahme von	73	-	76
Arbeitsgebieten der Abw. III des OKW, sowie drei			
graph. Darstellungen			
Eidesstattliche Erklärung v. 8.6.1948	77	-	78
Organisation der Gruppe IV E bis 1.4.1944	79		
Personelle Zusammensetzung u. Aufgabenverteilg. d.	80	-	82
Sonderkommission 20.7.44			
Personelle Zusammensetzung u. Aufgabenverteilg. d.	83	-	84
Gruppe E IV bis 1.4.44			
Interrogation v. 21.5.47	86	-	91
" 4 v. 29.1.48	92	-	95
" v. 24.4.48	96	-	102
" v. 28.5.48	103	-	107
" v. 8.6.48	108	-	115
" v. 28.6.48	116	-	125
Erklärung v. 22.4.52, Referat Eichmann	126	-	127
Interrogation v. 23.5.47	128	-	138 b
Interrogation v. 19.8.47	139	-	149
Eidesstattl. Erklärung v. 11.7.47	150	-	151
Anz. 2 20 Juli 1944	152	-	169

Inst. 11

ZEUGENSCHRIFTUM

<p>Name: Huppenkothen, Walter. Reg.Dir. 1.RSHA</p>	<p>ZS Nr. 249</p>	<p>Bd I</p>	<p>Vermerk: Vertraulich</p>
<p>katalogisiert Seite: 1 - 50</p> <p>Sachkatalog: Abwehr I Fritschkrise Heer IV - 6 Wehrmacht III - Verh.zu Sipo Sipo u. SD II - Amt IV Sipo u. SD III - Verh.zu Wehrm. Widerstand II - 1. Wehrm. " IV = 2. Depositenkasse Einsatzgruppe II Vatikan OKW II - Ausl./Abw. SS II - 1. RSHA (A) SS III - Auslandstätigkeit " " - Verh.z. Wehrm.</p>		<p>Personen: Vertraulich Huppenkothen, Walter. SS-Staf. Blomberg, Werner v. GFM I Best, S. Payne. Captain Stevens, Maj. Müller, Josef. Dr. RA Oster, Hans Paul. GenKaj. Dohnanyi, Hans v. ORR Canaris, Wilhelm. Adm. Heydrich, Reinhardt. SS-Ogruf. I Kaltenbrunner, Ernst Dr. SS-Ogruf. Kiep, Otto. GenKons.</p>	
<p>katalogisiert Seite: 41 - 50</p> <p>Sachkatalog: OKW II - Ausl./Abw. SS II - 1. RSHA (A) Sipo u. SD I " " II - Amt VI (A)</p>		<p>Personen: Vertraulich Huppenkothen, Walter. SS-Staf. Vermehren, Gefreiter</p>	
<p>katalogisiert Seite: 51-52,80-81</p> <p>Sachkatalog: Widerstand III</p>		<p>Personen: Vertraulich Huppenkothen, Walter. SS-Staf.</p>	
<p>katalogisiert Seite: 53-65,73-76</p> <p>Sachkatalog: 79, 83-84 Sipo u. SD II - Amt IV (A)</p>		<p>Personen: Vertraulich Huppenkothen, Walter. SS-Staf.</p>	

ZEUGENSCHRIFTUM / 1. Fortsetzung:

<p>Name: Huppenkothen, Walter.</p>	<p>ZS Nr. 249</p>	<p>Bd I</p>	<p>Vermerk: Vertraulich</p>
<p>katalogisiert Seite: 66 - 70 Sachkatalog: Abwehr III - 6 Forschungsamt d.LW Sipo u. SD III - Verh.z.Forschgs.- amt d.LW Widerstand IV - GenGouv.</p>	<p>Personen: Vertraulich Huppenkothen, Walter. SS-Staf.</p>		
<p>katalogisiert Seite: 71 - 72 Sachkatalog:</p>	<p>Personen: Vertraulich Göring, Hermann RM I Huppenkothen, Walter. SS-Staf.</p>		
<p>katalogisiert Seite: 77 - 78 Sachkatalog: Widerstand III</p>	<p>Personen: Vertraulich Huppenkothen, Walter. SS-Staf. Weißsücker,</p>		
<p>katalogisiert Seite: 86 - 125. Sachkatalog: 128 - 149 OKW II - Ausl.Abw. (A) Sipo u. SD II - Amt IV (A)</p>	<p>Personen: Vertraulich Canaris, Wilhelm. Adm. Dohnanyi, Hans v. ORR Gisevius, Hans Bernh. VizKons. Hansen, Georg. Obst. Huppenkothen, Walter. SS-Staf. Müller, Heinrich SS-Gruf. I</p>		
<p>katalogisiert Seite: 103 - 107 Sachkatalog: Nacht u. Nebel</p>	<p>Personen: Vertraulich Canaris, Wilhelm. Adm. Hitler, Adolf I " " II - 3. Nacht- u. Nebel-Br Huppenkothen, Walter. SS-Staf.</p>		

<p>Name: Huppenkothen, Walter.</p>	<p>ZS Nr. 249</p>	<p>Bd. I</p>	<p>Vermerk: Vertraulich</p>
<p>katalogisiert Seite: 126 - 127 Sachkatalog: Sipo u. SD II - Amt IV</p>		<p>Personen: Vertraulich Eichmann, Adolf. SS-Ostufaf. Huppenkothen, Walter. SS-Staf.</p>	
<p>katalogisiert Seite: 150 - 151 Sachkatalog:</p>		<p>Personen: Vertraulich Günther, Rolf. SS-Stufaf. Huppenkothen, Walter. SS-Staf.</p>	
<p>katalogisiert Seite: 152 - 169 Sachkatalog: Widerstand III</p>		<p>Personen: Vertraulich Beck, Ludwig. GO Hoepner, Erich. GO *Stauffenberg, Claus.Gf.v.Obst. Witzleben, Erwin. v. GF Fromm, Friedr. GO Haefften, Hans Bernd v. LR Himmler, Heiner. RFSS I Hitler, Adolf I Göring, Hermann GFM I Goerdeler, Carl Friedr. OBgm. I Groscurth, Helmut. Obst. Oster, Hans. GenMaj.</p>	
<p>katalogisiert Seite: Sachkatalog: <u>Fortsetzung Personen:</u> Hofecker, Cäsar v. Obstlt. Keitel, Wilhelm GFM I *Stauffenberg, Berthold v. Fellgiebel, Erich.Gen. Mertz v. Quinheim, Albrecht.Obst. Clbricht, Friedr. Gen.</p>		<p>Personen: Dohnanyi, Hans v. ORR Halder, Franz. GO I Brauchitsch, Manfred v. GFM I Canaris, Wilh. Adm. Stinnes, Hugo. Industrieller Müller, Josef. Dr. RA Pius XII. Papst Tresckow, Hans-Henning v. Gen. Schulenburg, Fritz Dietloff v.d. Schwerin v.Schwanefeld, U.W.Grf. York v.Wartenburg, Peter.Gf.Lt.</p>	

Abschrift
Aussage Huppenkothen

Verhältnis Wehrmacht-Sicherheitspolizei.

Trotz der zahlenmässigen Schwäche und der dem Wehrgedanken gegenüber ablehnenden Einstellung eines sehr grossen Teiles der leitenden Staatsmänner und Parteien war es der Wehrmacht nach 1918 gelungen, sich eine Sonderstellung im Staate zu schaffen. Sie war politisch neutral und wurde von politischen Revirements nicht betroffen, hatte ihren eigenen Etat, den sie fast selbständig verwaltete, war in personellen Fragen selbständig, konnte also praktisch als ein Staat im Staate angesprochen werden, dessen Vorhandensein allerdings nach aussen kaum sichtbar wurde. Die starke Betonung des Wehrgedankens durch die nationalsozialistische Partei liess erwarten, dass von ihrer Seite eine erhebliche Stärkung der Stellung der Wehrmacht im Staate zu erwarten sein würde. Diese Tatsache - so ist mir von zahlreichen Offizieren immer wieder erklärt worden - hat dazu geführt, dass seitens der Wehrmacht das Streben der Partei zur Macht teils wohlwollend durch abwartende Haltung, teils durch Unterstützung insgeheim gefördert worden ist, obwohl man den Forderungen der Partei im übrigen teils nur bedingt zustimmte, teils aber auch völlig ablehnend gegenüberstand. Man nahm an, dass auch nach einer Machtergreifung durch den Nationalsozialismus irgendwelche Eingriffe, die die Selbständigkeit der Wehrmacht berühren könnte, unterbleiben würde, und dass der Einfluss der Wehrmacht etwa in dem Masse steigen würde, wie die revolutionären Ideen sich im täglichen Gebrauch abnutzen mussten. Sicherlich werden einzelne Offiziere anders gedacht haben. Zweifellos treffen aber die geschilderten Gedankengänge auf den grössten Teil der führenden Männer der Wehrmacht zu.

Ich erwähne dies deshalb zu Beginn meiner Ausführungen, weil es der Grund sein dürfte, für das schlechte Verhältnis, dass sich zwischen Wehrmacht einerseits und den staatlichen und parteilichen Organisationen andererseits bald zu entwickeln

begann. Als sich nämlich nach dem 30.1.1933 ergab, dass die neuen Machthaber weder ihre revolutionären Ideen zurückstellten noch die Wehrmacht selbst von ihnen verschonten, begann in den unteren Instanzen ein Krieg um Kleinigkeiten, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unmöglich machte, während in der oberen Führung nicht der Versuch unternommen wurde, die Verhältnisse eindeutig klarzustellen. So kam es schließlich dazu, dass alle militärischen und nichtmilitärischen Dienststellen voneinander behaupteten, im besten Einvernehmen miteinander zu stehen, während in Wirklichkeit eine aufrechte Zusammenarbeit wegen des bestehenden gegenseitigen Misstrauens überhaupt nicht möglich war.

Diese Verhältnisse trafen insbesondere für das Verhältnis der Wehrmacht zur Sicherheits-polizei und den dem Reichsführer SS unterstellten Dienststellen zu, die mit besonderem Misstrauen betrachtet wurden. Man vermutete, dass der Reichsführer SS durch die Schaffung der SS Verfügungstruppe eine militärische Einheit sich habe schaffen wollen, um mit deren Hilfe gegebenenfalls auch gegen die Wehrmacht auftreten zu können. Heydrich wurde als besonders wehrmachtsfeindlich angesehen, weil er angeblich unter entehrenden Umständen - Einzelheiten habe ich nie erfahren - aus der Wehrmacht entlassen worden sei.

(Wie dies von Gruppenführer Müller auf Anfragen mitgeteilt wurde, trifft dies nicht zu. Es soll sich vielmehr um eine Verwechslung mit einem Namensvetter handeln. Heydrich sei, so behauptete Müller, aus der Marine als Oberleutnant ausgeschieden nachdem er politische Meinungsverschiedenheiten mit Vorgesetzten gehabt habe. Von anderer Seite hörte ich, dass Heydrich wegen des Gerüchts beim OKM vorstellig geworden sei und von diesen die Bestätigung erhalten habe, dass er unter ehrenvollen Bedingungen seinen Abschied erhalten habe. Trotzdem erhielt das Gerücht jedenfalls fortgesetzt Nahrung und trug dazu bei, die Person Heydrich's als gegenüber der Wehrmacht besonders rachsüchtig zu betrachten.) Man behauptete, Himmler sei durch Heydrich veranlasst worden zu dem Plan, eine Tschatschewski-Komödie nach "Tschekamethoden" zu organisieren, um auf diese Weise sich selbst an die Spitze der Wehrmacht zu setzen. Dieses Gerücht erhielt besonders durch die Ereignisse des 30. Juni 1934 Auftrieb, die in der Wehrmacht deshalb besonders Beachtung

fanden, weil erstmalig durch die Gestapo gegen zwei Offiziere (Schleicher und von Bredow) ohne vorherige Verständigung der Wehrmacht und ohne dieser eine Möglichkeit zur Überprüfung zu geben, wie dies bisher auch vor 1933 üblich gewesen war, vorgegangen worden war.

Aus diesen Gerüchten und den Vorgängen war man in massgeblichen Wehrmächtskreisen geneigt zu schliessen, dass sich die Geheime Staatspolizei aus ganz bestimmten machtpolitischen Gründen mit der Wehrmachtsführung beschäftigte, dass sie einen Nachrichtendienst innerhalb der Wehrmacht aufgebaut habe, und dass man befürchten müsse, eines Tages vor der Tatsache zu stehen, dass mit ihrer Hilfe unter Anwendung von Tschekamethoden die gesamte Wehrmacht als selbständige Organisation aufgehört habe zu bestehen. Inwieweit Himmler und Heydrich damals Pläne dieser Art verfolgt haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich persönlich halte es für ausgeschlossen, und zwar schon deshalb, weil allein personell in keiner Weise die Möglichkeit zu solchen weitgreifenden Massnahmen gegeben waren. Darüber hinaus war aber jedenfalls Tatsache, dass die Geheime Staatspolizei als Einrichtung ebensowenig wie der Sicherheitsdienst (SD) sich mit diesen Dingen befasste. Ihnen war die nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen und innerhalb der Wehrmacht untersagt. Obwohl Heydrich ab und zu gerne etwas über die Wehrmacht und aus ihr hörte, griff er in jedem Falle scharf durch, der ihm gemeldet wurde. Er musste dies ja auch tun, um gegenüber der Wehrmacht gedeckt zu sein.

Auffällig war, dass der Führer selbst in die Erörterung dieser Dinge damals nicht einbezogen wurde. Soweit von ihm die Rede war, wurde angenommen, dass er von all diesen Dingen nichts wisse, dass er von Himmler und Heydrich überrascht werden solle, dass man aber keinen Zweifel habe, dass er sich im entscheidenden Augenblick vor Himmler stellen bzw. sich für ihn entscheiden werde. Ebenso war die Frage offen, inwieweit Göring oder andere Parteigrössen (Goebbels, Ley,) mit Himmler zusammenwirkten. Teilweise wurde behauptet, Himmler arbeite im Auftrag Görings, der danach strebe, die gesamte Wehrmacht sich zu unterstellen.

Insgesamt gesehen hatten die Gerüchte eine besondere Verstärkung des Misstrauens gegen die SS und Polizei zur Folge. Dagegen führten sie offenbar noch nicht zur Bildung einer Opposition in der Wehrmacht, die sich mit einer gewaltsamen Änderung der Verhältnisse befasste. Erst nach den Ereignissen des 4. Februar 1938 (Entlassung Blomberg und Übernahme des Oberbefehls über die Wehrmacht durch den Führer, Entlassung Frittsch als Oberbefehlshaber des Heeres und Ersetzung durch von Brauchitsch, Revirement in massgeblichen Dienststellen der Wehrmacht und des auswärtigen Dienstes, Bildung des sogenannten "Geheimen Kabinettsrates", der n.W. nie zusammengetreten ist).

Ausgelöst waren diese Massnahmen durch den "Fall" Blomberg und den damit im Zusammenhang stehenden Fall "Frittsch. Die tatsächlichen Vorgänge waren folgende: Blomberg hatte eine Frau genommen, von der sich später herausstellte, dass sie früher als Sittendirne unter Kontrolle der Sittenpolizei gestanden habe. Dadurch war er als Oberbefehlshaber der Wehrmacht unmöglich geworden, zumal der Führer und Göring an der Trauung als Trauzeugen teilgenommen hatten.

Von Frittsch war durch die Angaben eines sogenannten Strichjungen (männliche Dirne) in den Verdacht geraten, sich homosexuell zu betätigen. Obwohl von Frittsch von Anfang an eine Schuld bestritt, befahl der Führer - nach Vorlage des durch die Geheime Staatspolizei zusammengestellten Materials durch den Reichsführer SS - die Durchführung eines kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen Frittsch unter Vorsitz von Göring. Dadurch war auch Frittsch unmöglich geworden und musste abgelöst werden. Die Gelegenheit wurde dann von der Führung benutzt, um eine Reihe von personellen Veränderungen in führenden Staats- und Wehrmachtsstellen durchzuführen. Von Frittsch wurde später in dem Kriegsgerichtsverfahren freigesprochen, nachdem der Hauptbelastungszeuge in der Hauptverhandlung seine bisherigen Aussagen widersprochen und erklärt hatte, Frittsch sei nicht die Person, mit der er widernatürliche Unzucht getrieben habe.

Seitens der Wehrmachtsführung wurden sowohl der Fall Blomberg als der Fall Frittsch, Himmler und Heydrich, sowie der Geheime Staatspolizei zur Last gelegt. Man kombinierte eben wie folgt:

Die Geheime Staatspolizei habe u.a. den Auftrag, die führenden Männer des Staates und der Wehrmacht, sowie der Partei zu überwachen (trifft nicht zu). Deshalb hätten die Beziehungen zwischen Blomberg und seiner späteren Frau ihr nicht unbekannt sein können. Mindestens habe die Geheime Staatspolizei von der Absicht der Verhehlung erfahren. Sie habe zweifellos dabei auch von der Vergangenheit der späteren Frau Blomberg Kenntnis erhalten, dies aber bewusst dem Führer vorenthalten, um auf diese Weise die spätere unmögliche Situation zu schaffen, die zwangsläufig zum Sturz Blomberg führen müsse. Dabei habe sich die Frage der Nachfolge ergeben, wobei Fritzech als einer der aussichtsreichsten natürlichen Kandidaten erschienen sei. Fritzech habe wohl als der tüchtigste Offizier gegolten, über den die Wehrmacht damals verfügt habe, der aber auf der anderen Seite immer männlich und klar seine Meinung gegenüber jedermann, auch dem Führer und Männern wie Himmler und Göring vertreten habe, also diesen beiden zweifellos unbequem hätte werden können, zumal er kein Nationalsozialist gewesen sei. Er habe daher ausgeschaltet werden müssen. Deshalb sei die zweite Komödie eingeleitet worden. Teilweise wurde die Ansicht vertreten, dass Himmler im Auftrage Görings tätig geworden sei, um diesen den Weg zum Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht freizumachen. Auch hier wurde allgemein davon ausgegangen, dass der Führer getäuscht worden sei, dass Himmler aber psychologisch geschickt die unbeherrschte und rasche Art des Führers ausgenutzt hätte, um seine Pläne zu erreichen. Göring sei nur deshalb nicht als Nachfolger Blombergs eingesetzt worden, weil dies in Kreisen der Wehrmacht zu viel Staub aufgewirbelt hätte.

Müller hat mir auf Erfragen zum Fall Blomberg erklärt, dass über die Vergangenheit der späteren Frau von Blomberg erst nach der Eheschliessung etwas bekannt geworden sei. Eine vorherige Überprüfung habe - leider, so sagte er - nicht stattgefunden.

Er könne sich erinnern, dass er eines abends nach Dienstschluss noch im Büro gesessen habe, als der diensthabende Kommissar ihm gemeldet habe, soeben habe er auf den Dauer-

dienst des Geheimen Staatspolizeiamtes eine Person eine Anzeige gegen eine Dirne erstattet, die in einer öffentlichen Gaststätte behauptet habe, die Frau von Blomberg sei früher Dirne gewesen und habe unter Kontrolle gestanden. Die sofort herbeigeholte Dirne habe behauptet, ihre Angaben seien richtig. Heydrich, den er noch abends fernmündlich unterrichtet habe, habe eine Überprüfung der Sittenkartei des Polizeipräsidenten angeordnet. Dabei habe sich ergeben, dass tatsächlich eine Karte vorhanden, aber bereits von dem Polizeipräsidenten Graf Helldorf entnommen worden sei.

Helldorf habe die Angelegenheit dann Göring gemeldet, der seinerseits die Sache dem Führer vorgetragen habe. Heydrich sei über diese Entwicklung sehr ungehalten gewesen, weil er und Himmler darin ein Versagen der Geheimen Staatspolizei erblickt und befürchtet hätten, auch der Führer werde das so auslegen. Die Affaire sei dann ohne jedes Mitwirken der Geheimen Staatspolizei abgelaufen. Aktenunterlagen seien nicht vorhanden.

Zum Fall Fritsch händigte mir Müller die - sehr dürftigen - Aktenunterlagen (einige Hefte, die fast ausschliesslich aus dienstlichen Erklärungen der beteiligten Beamten zur Prüfung der Notwendigkeit der Einleitung eines Dienststrafverfahrens bestanden) aus.

Aus ihnen, im Wesentlichen aber aus mündlichen Erklärungen Müllers ergab sich, dass tatsächlich ein wegen homosexueller Betätigung festgenommener Strichjunge in seinen Vernehmungen etwa 100 Personen namhaft gemacht hatte, mit denen er widernatürliche Unzucht getrieben und die er später um namhafte Geldbeträge erpresst habe. Alle Personen hätten später die ihnen zur Last gelegten Verfehlungen eingestanden. Er habe von Anfang an erklärt, auch mit einer hochgestellten Persönlichkeit aus der Wehrmacht derartige Beziehungen unterhalten zu haben. Später habe er dann den Namen von Fritsch genannt und auf vorgelegten Photographien den damaligen Oberbefehlshaber des Heeres als die fragliche Person bezeichnet. Müller und Heydrich hätten beide die Angaben des Strichjungen nicht als ausreichenden Beweis angesehen und deshalb zunächst eine Weitermeldung unterlassen, bis eine weitere Überprüfung ihre Stichhaltigkeit ergeben hätte. Diese Absicht hätte jedoch der leitende Beamte, der damalige Leiter der Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität, Meisinger durch-

kreuzt, indem er bei Gelegenheit eines anderen Vortrages des Reichsführers SS den Sachverhalt vorgetragen habe. Er - Müller - sei damals krank gewesen, habe aber dies für falsch gehalten. Der Reichsführer SS habe aber von sich aus dem Führer von dem Sachverhalt Kenntnis gegeben, der eine offizielle Untersuchung daraufhin angeordnet habe. In deren Verlauf sei Frittsch dem Strichjungen gegenübergestellt worden. Dieser habe auch dabei seine Angaben aufrechterhalten. Daraufhin sei vom Führer die Durchführung eines Kriegsgerichtsverfahrens unter Vorsitz von Göring angeordnet worden (siehe Anmerkung). Bei der erneuten Gegenüberstellung in der Hauptverhandlung habe dann der Junge seine bisherigen Angaben widerrufen und angegeben, er habe durch die Berufung auf eine so hochgestellte Persönlichkeit wie Frittsch gehofft, sich selbst eine günstigere Position schaffen zu können.

Frittsch wurde daraufhin freigesprochen. Die Wehrmachtführung betrieb seine Rehabilitierung. Es bildete sich unter Führung des damaligen Generalstabschefs Beck ein Gremium, dem vor allem der spätere Generalmajor Oster von Amt Ausland/Abwehr, ein früherer Untergebener und besonderer Verehrer Frittschs angehörte, und von dem eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet wurden, in welcher Weise eine Rehabilitierung erfolgen könne. Man ging dabei davon aus, dass die Gelegenheit ergriffen werden müsse, dem Führer eindeutig die Schuld der Geheimen Staatspolizei an diesen Vorgängen vor Augen zu führen und zu fordern, dass mit diesen Methoden ein für allemal Schluss gemacht werden müsse.

Anmerkung:

Vorher hatte der Führer den damaligen Reichsjustizminister Gürtner zur Abgabe eines Gutachtens über die weitere Fortführung der Untersuchung aufgefordert. In diesen Gutachten hatte Gürtner die Beschuldigung als sehr fragwürdig bezeichnet und angeregt, die Angelegenheit vor weiteren Massnahmen noch eingehend zu überprüfen.

Man erwarte, dass eine Démarche aller Wehrkreisbefehlshaber unter Führung von Brauchitsch, gegebenenfalls auch von Göring (an den jedoch die Frage nicht herangetragen worden ist) die beste Wirkung auf den Führer ausüben werde. Man müsse dabei aufgrund des vorliegenden und noch weiter zu sammelnden Materials die Absetzung von Himmler und Heydrich als mindeste Forderung stellen und

ihre Entfernung sowie die aller in Erscheinung getretener Beamten der Geheimen Staatspolizei aus öffentlichen Ämtern verlangen. Die Geheime Staatspolizei als Einrichtung müssen zwar erhalten bleiben, ihre Führung jedoch ruhigen und erfahrenen Polizeibeamten übertragen werden. Dabei wurde als Nachfolger für Heydrich Graf Helldorf, der damalige Polizeipräsident von Berlin, genannt. Als Nachfolger Himmlers wurde Sepp Dietrich, der damalige Kommandeur der Leibstandarte SS "Adolf Hitler" genannt. Man bezeichnete sein Verhältnis zu Himmler als sehr gespannt, dass er damit einverstanden sein werde, wenn er mit dem Rang eines Generals in die Wehrmacht übernommen und ausserdem seine angeblich erheblichen Schulden abgelöst würden. Sollte eine Démarche beim Führer nicht zum Ziele führen, so müsse man mit Gewalt vorgehen. Man müsse das Geheime Staatspolizeiamt besetzen. Himmler, Heydrich und seine nächsten Mitarbeiter festnehmen, das dort lagernde Belastungsmaterial sicherstellen und dem Führer unter Vorlage des Materials vor vollendete Tatsachen stellen.

Um die Aktion als eine interne Angelegenheit der SS und Partei zu tarnen, sei es zweckmässig, die durch Sepp Dietrich und seine Leibstandarte durchführen zu lassen, wobei ihm zur Auffindung des Materials im Geheimen Staatspolizeiamt der Leiter der Kriminalpolizei, Nebe, und dessen Mitarbeiter Dr. Gisevius zur Verfügung stehen würde (Nebe hat später bei einer Vernehmung hierzu angegeben, dass er hiervon nie etwas erfahren habe).

Die militärische Durchführung der Angelegenheit, so erklärte Oster bei einer Vernehmung, habe in den Händen des damaligen Wehrkreisbefehlshabers im Wehrkreis III (Berlin) von Witzleben gelegen, der mit dem Divisionskommandeur der Potsdamer Division, General Graf Brockdorff-Ahlfeld, dem späteren Verteidiger von Duxjansk, zusammengearbeitet habe.

Alle diese Pläne kamen damals (1938) nicht zur Durchführung, weil man annahm, dass der Führer sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen werde, sondern ein derartiges Vorgehen seitens der Wehrmacht als Rebellion ansehen und entsprechend ahnden würde. Auch fand sich keine militärische Persönlichkeit, die die Verantwortung für eine Démarche beim Führer übernehmen wollte. Vor allem fand sich Brauchitsch nicht dazu bereit, obwohl er an sich angeblich von Beck ins Bild gesetzt sein sollte

und auch dessen Ansichten teilte. Ausserdem schien die politische Entwicklung nicht zuzulassen, einen solchen Schritt zu wagen. Eine Rehabilitierung von Fritzsich in der von der Wehrmacht gewünschten Form unterblieb. Es erfolgte lediglich seine Ernennung zum Generaloberst unter gleichzeitiger Beleihung mit seinem Regiment. Fritzsich zog sich daraufhin völlig zurück. Er lebt auf dem Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide, zog aber mit Beginn des Polenfeldzuges mit seinem Regiment ins Feld und fiel bald bei einer gewaltsamen Erkundung, offenbar den Tod suchend.

Die Affaire Fritzsich lastete besonders schwer auf dem Verhältnis der Sicherheitspolizei zur Wehrmacht, sodass Heydrich einmal Veranlassung nahm, auf einer Arbeitstagung der Staatspolizeistellenleiter hierzu Stellung zu nehmen. Er tat dies in der Form, dass er erklärte, man könne keinen Angehörigen der Geheimen Staatspolizei einen Vorwurf machen. Alle Gerüchte, die sich auf seine - Heydrichs Person bezögen (Rücktritt, Entlassung usw.) entsprächen nicht den Tatsachen. Man solle ihnen entgegentreten und zwar vor allem, wenn sie aus Wehrmachtskreisen kämen. Ausserdem wurde jedem der Tagungsteilnehmer eine Aufzeichnung ausgehändigt, auf der der chronologische Ablauf der Angelegenheit niedergelegt, von Fritzsich aber als "Herrn X" die Rede war.

Inzwischen wurden in der Sicherheitspolizei die Vorbereitungen für den Mobilmachungsfall in Angriff genommen. Es war vorgesehen, dass ein Teil der Angehörigen vor allem jüngere Jahrgänge der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden sollten. Ein weiterer Teil sollte den Kern der Geheimen Feldpolizei bilden, die als rein militärische Einrichtung ausschliesslich der Wehrmacht unterstellt sein sollte. Die übrigen Beamten der Sicherheitspolizei sollten bei ihren Heimatdienststellen verbleiben und dort Dienst tun. Ein weiterer Einsatz von sicherheitspolizeilichen Kräften im Operationsgebiet - vor allem im selbständigen Einsatz - war nicht vorgesehen. Erst kurz vor Beginn des Polenfeldzuges wurden sogenannte Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD zusammengestellt, die der Wehrmacht unterstellt, aber mit selbständigen Aufgabenkreis die sicherheitspolizeilichen und sicherheitsdienstlichen Aufgaben im

Operationsgebiet wahrnehmen sollten, während die - zahlenmässig geringere - Geheime Feldpolizei (GFP) sich darauf beschränken sollte, die gleichen Aufgaben innerhalb der Truppe durchzuführen. Derartige Einheiten waren bereits bei der Besetzung Österreichs, des Sudetenlandes und der Tschechoslowakei zum Einsatz gelangt, waren jedoch nicht der Wehrmacht unterstellt gewesen. Praktisch erfolgte der Einsatz so, dass jeder Armee eine Einsatzgruppe, jedem Armeekorps ein Einsatzkommando unterstellt wurde. Die Angehörigen der Gruppen und Kommandos erhielt die Uniform der Waffen-SS mit dem SS-Abzeichen am Ärmel.

Ich selbst wurde der Einsatzgruppe I als Verbindungsführer zur 14. Armee (Generaloberst List) zugeteilt. Chef der Einsatzgruppe war der damalige SS-Brigadeführer Streckenbach (später Amtschef I, dann Waffen-SS, zuletzt Kommandeur einer lettischen SS-Freiwilligendivision an der Kurlandfront). Im Stab der 14. Armee war ich dem Ic-Offizier (Major Schmidt-Richberg) unterstellt, von dem ich Weisungen empfing, für deren Durchführung ich zu sorgen hatte, und dem ich über den Einsatz der Einsatzgruppe zu berichten hatte. Mein Verhältnis zu Schmidt-Richberg und seinen Herren war ausgesprochen gut und kameradschaftlich. Zu irgendwelchen Schwierigkeiten ist es nie gekommen. Die Einsatzgruppe I wurde in Wien zusammengezogen, dort eingekleidet und ausgerüstet. Dann wurden die vier Einsatzkommandos zu den Versammlungsräumen der Armeekorps in Marsch gesetzt, denen sie zugeteilt waren. Die Leiter der Kommandos waren: 1/I SS-Sturmabführer Dr. Hahn, 2/I SS-Sturmabführer Bruno Müller (Wilhelmshaven), 3/I SS-Sturmabführer Dr. Hasselberg (Dortmund, später Wehrmacht), 4/I SS-Standartenführer Brunner (München, später Bozen). Die Einsatzgruppe selbst, die verhältnismässig schwach war, verblieb zunächst bei der Armee, die nach Neu-Titschein verlegte, blieb aber bei deren weiteren Vorrücken weiter zurück und hatte schliesslich ihren Sitz in Krakau.

Die Aufgabe der Sicherheitspolizeilichen Einheiten bestand im Wesentlichen in der sicherheitspolizeilichen (staatspolizeilichen, kriminalpolizeilichen) Sicherung des Hinterlandes in dem von der Truppe besetzten Gebiet. Sie hatten aus diesem Grunde

engstens mit den eingesetzten Kräften des Chefs der Zivilverwaltung Fühlung zu halten und diesen als Exekutivorgane zur Verfügung zu stehen. Infolge des schnellen Vormarsches war es fast immer so, dass die Zivilverwaltung erst später eingesetzt wurde als die Sicherheitspolizei, sodass diese bereits die ersten Anweisungen verwaltungsmässiger Art von sich aus herausgeben musste (Anordnungen zur Waffenabgabe, Ausgangsbeschränkungen, Meldepflichten usw.). Daneben war die Sicherstellung von gefährlichen Personen, Überprüfung der Bevölkerung, soweit sich nicht bodenständig war, sowie die Verfolgung strafbarer vor allem Gewalttätigkeiten hauptsächliches Aufgabengebiet der Kommandos. Seitens des Reichssicherheitshauptamtes war ein Fahndungsbuch zusammengestellt worden, in dem die Personen auf Grund der vorhandenen Karteiunterlagen zusammengestellt waren, ohne dass der zugrundeliegende Tatbestand erkennbar war. Nach Durchführung der angeordneten Massnahmen (Festnahme, Aufenthaltsvermittlung) musste also in jedem Falle an das Reichssicherheitsamt berichtet und dessen Weisung abgewartet werden. Meist hatten die vor der Sicherheitspolizei marschierenden Truppen wahllos eine Reihe von Festnahmen durchgeführt und die Festgenommenen der Sicherheitspolizei ohne Grundangabe übergeben, sodass eine Überprüfung - nach Lage der Sache sehr schwierig durchzuführen - erfolgen musste. Daneben war eine wichtige Aufgabe die Sicherstellung von wertvollen verschleppten und verlassenen Gut, ferner die Fahndung und Sicherstellung von polizeiliche, militärische, wirtschaftlichen und Verwaltungsakten. Der zahlenmässig gering eingesetzte Sicherheitsdienst hatte vor allem die Aufgabe über die einzelnen Lebensgebiete zu berichten. Die zahlenmässig ebenfalls geringe Kriminalpolizei hatte die polnischen kriminalpolizeilichen Dienststellen zu besetzen und deren Aufgaben unter Benutzung der zurückgebliebenen polnischen Kräfte fortzuführen.

Da jedem Einsatzkommando nur etwa 120-150 Beamte zur Verfügung standen, konnten die Aufgaben nur in grösseren Siedlungen zuerst in Angriff genommen werden, während für das flache Land bis zum Eintreffen der Gendarmerie gewartet werden musste. Der Einsatz der Sicherheitspolizei erfolgte meist in Gruppen von einem Führer und zehn Beamten, die dann selbständig arbeiten mussten. Besondere Schwierigkeiten bereitete meist die Beschaffung von

Dolmetschern. Da aus den Heimatgebieten keine Kräfte zur Verfügung gestellt worden waren, mussten solche aus dem Lande herangezogen werden, wobei vor allem auf Volksdeutsche zurückgegriffen wurde.

Gegenüber den Juden waren keine besonderen Massnahmen angeordnet worden. Es war lediglich befohlen, sogenannte Judenräte zu bilden, die in einer Art Selbstverwaltung die jüdische Bevölkerung zusammenfassen sollten. Nur mit diesen wurde verhandelt und nur ihnen Weisungen gegeben. Die Judenräte wurden später der Zivilverwaltung unterstellt, sodass die Sicherheitspolizei lediglich bei Verstössen gegen deutsche Interessen - sonst war die polnische Polizei zuständig - tätig wurde. Über die Bildung von Ghettos wurde zwar diskutiert, praktisch kam es aber nur in Warschau und Litzmannstadt zur Einrichtung von Ghettos. Das Verhältnis der Wehrmacht zur Einsatzgruppe und den einzelnen Kommandos war nicht schlecht. Doch kam es sehr häufig zu kleineren Zwischenfällen, deren Erledigung sehr viel Zeit in Anspruch nahm, deren Klärung aber im Sinn einer gedeihlichen Zusammenarbeit unerlässlich war. Meist wurden exekutive Massnahmen von Beamten seitens der Wehrmacht als Plünderung ausgelegt, wobei meist verkannt wurde, dass bei einer Beschlagnahme grundsätzlich kein Requisitionsschein ausgestellt wird, dass vielmehr die Beschlagnahme durch Ausstellung eines Protokolls bestätigt wird. Die Vielzahl der Beanstandungen, die meist gleichzeitig die Einleitung eines kriegsgerichtlichen Verfahrens bedeuteten, lässt erkennen, mit welchem Misstrauen die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit betrachtet wurde. Alle diese Verfahren wurden jedoch eingestellt, weil in allen Fällen festgestellt wurde, dass die betroffenen Beamten korrekt gehandelt hatten. Daneben wurde der Einsatzgruppe eine Reihe von Handlungen zur Last gelegt, die nicht von ihren Angehörigen begangen worden waren, sondern von Angehörigen anderer Einheiten (Erschiessungen, Gewalttaten und Misshandlungen gegen Polen und Juden). Es konnte in fast allen Fällen eindeutig festgestellt werden, dass die Handlungen von Angehörigen einer "Einsatzgruppe z.B.V. der Polizei und SS" begangen worden waren, die unter Führung des SS-Obergruppenführers von Weyrsch stand, von deren Vorhandensein der Einsatzgruppe I aber erst durch ihr Auftreten bekannt wurde. Dieser Einsatzgruppe gehörten

auch zwei Gruppen der Sicherheitspolizei an, die unter Führung des späteren SS-Brigadeführers Hellwig und des späteren SS-Oberführers Dr. Trummel standen. Auf Grund dieser Vorkommnisse kam es tatsächlich zu Anrempelungen von SS-Angehörigen durch Wehrmachtsangehörige, sodass der Armeeeoberbefehlshaber sich genötigt sah, die Woyrsch unterstellten Einheiten aus dem Armeebereich zu entfernen. Zugleich erliess er einen Tagesbefehl an die Truppe, in dem er darauf hinwies, dass die Angehörigen der Einsatzgruppe I der Sicherheitspolizei und der ihr unterstellten Kommandos im engsten Einvernehmen mit der Truppe gehandelt hätten und die Truppe kameradschaftlich mit diesen zusammengearbeitet habe. Zu irgendwelchen weiteren Zwischenfällen ist es dann nicht mehr gekommen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die Feldtruppe unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen zur Westgrenze verlegt wurde und an ihrer Stelle nur geringe Landeschützen- und Ausbildungseinheiten traten.

Welche Aufgaben die Gruppe Woyrsch hatte, weiss ich im Einzelnen nicht. Ich erinnere mich aber an eine Äusserung, die m.E. der O.Q. der 14. Armee, Oberst Woehler, tat, wonach Woyrsch über den Reichsführer SS vom Führer den Auftrag erhalten habe, mit seinen Einheiten "Furcht und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten", um Gewalttaten seitens der Bevölkerung zu verhindern. Woehler fügte hinzu, dass man einen solchen Auftrag wohl kaum durch wahlloses Hin- und Herfahren erledigen könne, weil man dadurch die Bevölkerung in die Wälder treibe und dadurch erst recht zu Gewalttaten veranlasse. Der spätere Oberbefehlshaber Oberost, Generaloberst Blaskowitz, hat nach Beendigung des Polenfeldzuges veranlasst, dass sämtliche Beanstandungen seitens der Wehrmacht gegenüber der SS und Polizei gesammelt und dem OKW berichtet werden sollten. Von dort ist ein Exemplar dem Reichsführer SS übergeben worden, der einem dem Hauptamt SS-Gericht angehörenden Oberführer Tondrek mit der Überprüfung der einzelnen Fälle beauftragte. Tondrek suchte mich auch einmal auf, als ich bereits in Lublin tätig war, und zeigte mir zwei Beschuldigungen, die gegen Angehörige meiner Lubliner Dienststelle erhoben wurden. Es handelte sich um ausgesprochene Bagatellden, Einzelheiten sind mir nicht mehr erinnerlich.

auf
Zurück

Woyrsch

Tondrek erklärte mir aber, die ganze Zusammenstellung bestehe fast ausschliesslich aus derartigen Kleinigkeiten. Die Zusammenstellung selbst habe ich nicht zu Gesicht bekommen. Ich weiss aber, dass sie im OKW sehr viel Staub aufgewirbelt hat und von Hand zu Hand gereicht wurde (wie das leider sehr häufig mit geheimen Reisesachen ^{chis} erfolgte). Sie führt zu einer erneuten Versteifung des Verhältnisses SS-Wehrmacht wobei alle Vorgänge, die die SS belasteten, der Geheimen Staatspolizei zur Last gelegt wurden. Von ihrer Tätigkeit wurde im Allgemeinen nur unter der Bezeichnung "Gestapogreuel" gesprochen.

Wohl aufgrund dieser Vorgänge unterblieb sowohl bei der Norwegenunternehmung als auch während des Westfeldzuges der Einsatz selbständiger, der Wehrmacht unterstellter Einheiten der Sicherheitspolizei. Der Einsatz der Sicherheitspolizei in Norwegen erfolgte erst nach Beendigung der Kampfhandlungen, in Holland nach Einrichtung der Zivilverwaltung, während in Frankreich und Belgien zunächst überhaupt Abstand genommen werden sollte, Sicherheitspolizei einzusetzen. Erst später erfolgte die Einsetzung eines "Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD" beim Militärbefehlshaber mit verhältnismässig geringen zahlenmässigen Kräften. Diesen wurde jedoch lediglich die Befugnis zuerkannt, sich nachrichtendienstlich um rein politische Vorgänge zu kümmern (Kommunismus, Marxismus, Freimaurerei soweit deutsche Interessen auf dem Spiele standen, während für alle übrigen politisch-polizeilichen Angelegenheiten, vor allem für exekutive Massnahmen ausschliesslich die GFP zuständig sein sollte. Trotz dieser Vorgänge und Abmachungen waren aber geringe sicherheitspolizeiliche Einheiten mit der Truppe als GFP bereits zu Beginn der Kampfhandlungen mit eingesetzt gewesen. Welche Gründe im Einzelnen massgebend waren, die Sicherheitspolizei von einem Einsatz im Westfeldzug fernzuhalten, ist mir unbekannt. Ich glaube aber annehmen zu dürfen, dass einer der Gründe der war, dass inzwischen die Oppositionsgruppe unter Beck nach der Beendigung des Polenfeldzuges dazu übergegangen war, Pläne zur Beseitigung Hitlers und des Systems auszuarbeiten mit dem Ziel, unter gleichzeitiger Auflösung eines Staatsreiches den bevorstehenden Westfeldzug zu verhindern und mit den West-

mächten zum Frieden zu kommen. Diese Pläne in die nur ein ganz kleiner Kreis von Personen teilweise eingeweiht war, mussten vor allem vor der Geheimen Staatspolizei geheimgehalten werden. Dies ist im Wesentlichen gelungen. Bis auf kleinere Einzelheiten, die aber zu einem Einschreiten nicht ausreichten, sind sämtliche Pläne, die von 1938 bis 1944 zur Durchführung eines Staatsstreiches entwickelt worden sind, weder der Geheimen Staatspolizei noch an deren Stellen bekannt geworden, die in der Lage gewesen wären, hiegegen einzuschreiten. Immerhin brachten diejenigen Dinge, von denen die Geheime Staatspolizei Kenntnis erhielt, ihr die Gewissheit, dass irgendwelche zunächst noch nicht erfassbaren Kreise in der Wehrrechtsführung sich mit Umsturzplänen befassten, dass hierbei auch die militärische Abwehr nicht ganz unbeteiligt sein könne, sodass eine offene Aussprache und Zusammenarbeit mit dieser nicht geboten sei--.

So kam es, dass das allgemeine gegenseitige Interesse immer stärker wurde, und dass gerade die beiden Organisationen, die engstens auf Grund ihrer Aufgabenstellung hätten zusammenarbeiten müssen, das Amt/Ausland/Abwehr im OKW und die Geheime Staatspolizei, ihre Hauptaufgabe darin sehen, zu verhindern, dass einer in das andere Karten sehen konnte.

Meine Stellung als Gruppenleiter IV B und später als Abteilungsleiter IV Az.... praktisch die Aufgabe eines Verbindungsführers der Sicherheitspolizei zur Wehrmacht bzw. zum Amt Ausland/Abwehr, wo ich als Gegenspieler mit dem Abteilungsleiter III, Oberst von Bentivegni (später Generalmajor und Divisionskommandeur an der Kurlandfront) danach Oberst Heinrich, zu verhandeln hatte. Es war das meine Hauptaufgabe, wobei mir immer wieder von meinem Vorgesetzten erklärt wurde, es sei unter allen Umständen wichtig, ernstere Komplikationen zu vermeiden. Da auf der Gegenseite offenbar der gleiche Auftrag vorlag, vollzog sich die Zusammenarbeit insoweit meist reibungslos. Allerdings waren die Probleme, die erörtert wurden, kaum grundsätzlicher Art. Es handelte sich bei ihnen um die Beilegung kleinerer Streitfälle, die sich zwischen den Staatspolizeistellen und den Abwehrstellen in der Praxis ergeben hatten, und die fast immer ihren Ursprung in gegenseitigen Eifersüchteleien und Kompetenzüberschreitungen hatten. Grundsätzliche Fragen, wie die oben aufgezeigten, wurden nie erörtert.

Aussage Huppenkothen
Verhältnis Wehrmacht-Sicherheitspolizei
II. Teil

Ich habe an anderer Stelle ausgeführt, dass das Verhältnis zwischen Wehrmachtführung und der SS allgemein und der Sicherheitspolizei im besonderen getragen war von einem gegenseitigen starken Misstrauen, das auf Seiten der Wehrmacht besonders durch die Ereignisse des 30.6.34 (Röhmputsch) und des 4.2.1938 (Affaire Blomberg-Fritsch) geweckt bzw. genährt worden war. Ich will im Folgenden versuchen darzustellen, welche Vorgänge bzw. Meldungen der Sicherheitspolizei Veranlassung zu dem Verdacht gaben, dass massgebliche Stellen der Wehrmacht sich mit Umsturzplänen oder Ähnlichen Dingen befassten und was auf Grund dieser Meldungen jeweils veranlasst worden ist - soweit ich auf Grund meiner Erinnerung dazu in der Lage bin.

I. Fall Stevens - Best

Ich kenne die Gesamtvorgänge nur auf Grund flüchtiger Akteneinsicht. Die Akten selbst (Massnahmen an der Grenze, um Stevens und Best habhaft zu werden) wurden von Angehörigen des SD unter massgeblicher Führung Schellenbergs durchgeführt. Die Vernehmungen Bests und Stevens wurden teils von Schellenberg selbst (darüber bestehen Schallplattenaufnahmen) durchgeführt, teils von Regierungsrat Dr. Schambacher und den Kriminalräten Schlutze (zuletzt Prag) und Clemens (Nordgruppe RSHA).

Was bei der Angelegenheit Stevens-Best erstmals in Erscheinung trat, war die Tatsache, dass der englische Nachrichtendienst offenbar über Unterlagen verfügte, wonach sich unter höheren Offizieren der deutschen Wehrmachtführung offenbar eine Gruppe gebildet hatte, die sich mit Umsturzplänen unter gleichzeitiger Anlehnung an die Westmächte befasste. Nähere Hinweise haben allerdings die Ermittlungen damals nicht erbracht. Jedoch hat die Festnahme der beiden Nachrichtenoffiziere in Wehrmachtkreisen lebhafteste Bestürzung hervorgerufen. Ich erinnere mich an eine Aufzeichnung von Canaris, die dieser im Anschluss an ein Gespräch

mit Heydrich sich gemacht hatte, in dessen Verlauf er Heydrich gefragt habe, ob durch die Vernehmungen von Best und Stevens - deren Herausgabe an Canarias und die Abwehr Heydrich striktest verboten hatte - in irgendeiner Form Angehörige der Abwehr oder sonstige Wehrmachtsangehörige belastet worden seien. Heydrich habe diese Frage zwar verneinend beantwortet, aber hinzugefügt, immerhin habe sich ergeben, dass sich in höheren Wehrmacht-kreisen eine Reihe unsicherer Kantonisten befinde. Namen könne er nicht nennen (trifft nach meinen Kenntnissen der Akten nicht zu). Heydrich und Schellenberg hatten gehofft, durch die Vernehmungen Bests und Stevens Zusammenhänge zwischen diesem bzw. dem britischen Nachrichtendienst und dem Attentäter vom 9. November 1939 (Bürgerbräukeller in München) feststellen zu können. Dies war jedoch nicht möglich. Offenbar hat sich aber die Abwehr mit der Frage der Hintergründe des Bürgerbräu-Attentats sehr eingehend befasst (aus welchen Gründen, ist mir nicht klar geworden); denn unter den in dem Schraderschen Aktenfund befindlichen Akten war auch eine - in Form und Inhalt sehr dilettantenhafte - Ausarbeitung über die Feststellungen anlässlich der Untersuchungen über das Attentat. Der - im Übrigen nicht ermittelte - Verfasser dieser Ausarbeitung kommt darin zu dem Schluss, dass das Attentat seiner Ansicht nach nur von alten Parteigenossen und vermutlich der SS angelegt sein könne, um damit die Möglichkeit zu haben, gegen vermutete Staatsfeinde vorgehen zu können.

II. Verrat der Westoffensive

Als ich im August 1941 meine Dienstgeschäfte im RSHA übernahm, wurde mir von Müller und Schellenberg ein Vorgang besonders warm ans Herz gelegt, über dessen Inhalt im besonderem Masse Stillschweigen zu bewahren sei, und über den ausser mir nur noch der Sachbearbeiter (SS-Sturmbannführer Kriminaldirektor Dr. Fischer) unterrichtet sein dürfe. Es handelte sich um Ermittlungen wegen des bisher ungeklärten Verrats der Westoffensive (10. Mai 1941) an die Westmächte unter massgeblicher Zwischenschaltung des Vatikans. Es ergab sich folgender Sachverhalt.

Dem Forschungsamt (FA) war es gelungen, einen Funkspruch zu entschlüsseln, den der belgische Gesandte beim Vatikan in den ersten Maitagen 1940 an seine Regierung gerichtet und in dem er was er durch einen kurz darauf abgesandten Funkspruch noch unterstrich - mitteilte, glaubhafte Nachrichten durch einen soeben aus Deutsch-

land in Rom eingetroffenen Reichsdeutschen erhalten zu haben, wonach in Kürze mit einer deutschen Offensive im Westen gerechnet werden müsse, die Deutschland unter Missachtung der Neutralität Belgiens und Hollands durchführen werde.

Die daraufhin eingeleiteten Ermittlungen, an denen sich auch der Reichsführer SS sehr interessiert zeigte, hatten keine Hinweise auf die Person des Verräters gebracht, obwohl sie mit aller Sorgfalt und Vorsicht angestellt worden waren. Durch Überprüfung der Personen, die in der fraglichen Zeit die Grenze von Deutschland nach Rom passiert hatten, war zwar ein Kreis von Personen erfasst worden, die aber nach näherer Überprüfung als Täter ausschieden. Ebenso war es nicht gelungen, durch Überprüfung des persönlichen Bekannten- und Verkehrskreises des belgischen Gesandten in Rom - die naturgemäss besondere Schwierigkeiten bereitete - Hinweise für eine Täterschaft zu erhalten. Schliesslich war der Versuch, vertraulich durch eine Mittelsperson Beziehungen zu dem belgischen Gesandten am Vatikan aufzunehmen und dadurch wünschenswerte Angaben zu erhalten, gescheitert, sodass die Ermittlungen im Allgemeinen als gescheitert angesehen werden mussten.

Auffällig war, dass das Amt Ausland/Abwehr, von dem bekannt war, dass es auch versucht hatte, Ermittlungen beim Vatikan wegen des Sachverhalts einzuleiten, sich des Öfteren nach dem Stand der Ermittlungen des RSHA erkundigt hatte, selbst aber mit dem Ergebnis seiner Feststellungen offensichtlich zurückhielt. Heydrich hatte, als ihm dies durch Schellenberg gemeldet worden war, angeordnet, dass er sich sämtliche Mitteilungen, die in dieser Sache dem Amt Ausland/Abwehr gemacht würden, persönlich vorbehalte. Die Folge davon war, dass nunmehr jede gegenseitige Unterrichtung unterblieb und niemand wusste, welche Ermittlungen von der anderen Seite eingeleitet waren. Erst nach dem im Zusammenhang mit dem 20.7.1944 erfolgten Fund der Schraderschen Akten von dem bereits mehrfach die Rede war, gelang es, die Gründe für das Verhalten des Amtes Ausland/Abwehr mit einiger Sicherheit zu erkennen. Aus einem Bericht, den der Leiter der Gruppe III F - Oberst Rohleder - über seinen Abteilungsleiter (Bentivegni) an Canaris vorgelegt hatte, ergab sich, dass es Rohleder gelungen war, einen offenbar jüdischen Vertrauensmann zu werben, der über gute persönliche Verbindungen im Vatikan verfügte, und

dem Rohleder den Auftrag zur Klärung des Sachverhalts gegeben hatte. Dieser Vertrauensmann berichtete auf Grund seiner Feststellungen, die er im einzelnen glaubhaft belegte, dass als Täter ausschliesslich der Münchener Rechtsanwalt Dr. Josef Müller in Frage komme, der sich zur fraglichen Zeit am Vatikan aufgehalten habe. - Müller war Oberleutnant der Reserve und gehörte zur Abwehrstelle München. Er verfügte über sehr gute persönliche Beziehungen am Vatikan, insbesondere zu Pater Leiber, dem Privatsekretär des Papstes und dessen Beichtvater. Auf Grund dieser Beziehungen hatte er für Canaris, Oster sowie dessen Mitarbeiter von Dohnanyi, besonders qualifizierte Aufträge am Vatikan durchzuführen, von denen in anderem Zusammenhang noch die Rede sein wird. Die Vorlage des Berichtes Rohleder rief deshalb aus begreiflichen Gründen Aufsehen und Unruhe hervor. Müller wurde sofort nach Berlin zitiert, erhielt den Bericht - kriminalistisch unmögliches Vorgehen - sofort zum Lesen und Gelegenheit zur Stellungnahme. In dieser widerlegte er die ihn belastenden Punkte und wurde daraufhin nicht weiter mit der Sache behelligt. Rohleder erhielt jedoch die Weisung, seinen jüdischen V-Mann sofort abzubauen und nicht weiter zu verwenden. Ausserdem wurden sofort Massnahmen ergriffen, durch die dem V-Mann jedes weitere Tätigwerden am Vatikan praktisch unmöglich gemacht wurde. Sein Name ist nicht bekannt geworden. Angeblich ist er, später nach Schweden gegangen. Jedenfalls war er für die Sicherheitspolizei nach Bekanntwerden dieser geschilderten Vorgänge nicht mehr erreichbar.]

Im Auftrage Müllers habe ich später Rohleder wegen dieser Angelegenheit gesprochen. Er erklärte, der V-Mann sei zwar kein angenehmer Charakter gewesen, auf Grund des Berichtes sei er aber der Auffassung gewesen, dass seine Angaben zutreffend gewesen seien. Die Weisungen Canaris seien für ihn Befehle gewesen, gegen die er als Untergebener nichts habe unternehmen dürfen, obwohl er innerlich anderer Auffassung gewesen sei.

III. Der Fall Dr. Hartmann

Durch eine Meldung des Amtes VI des Reichssicherheitshauptamtes wurde etwa im Sommer 1941 folgender Sachverhalt bekannt (Sachbearbeitende Dienststelle das frühere Referat IV B 2, später IV A 3 b).

Ein gewisser Dr. Hartmann hatte in München Verbindung zu zwei finanziell sehr gutgestellten Personen erhalten, von denen die eine Verwandte (Schwiegereltern oder Mutter) hatte, die in Amerika lebten und die er gerne besucht hätte. Hartmann hatte zu dieser Person geäußert, er sei in der Lage, ihm einen Pass zu verschaffen, der allerdings nur eine Ausreise nach Südamerika ermögliche. Er selbst stehe im Dienste des deutschen Nachrichtendienstes. Voraussetzung für ein Handeln sei, dass beide sich verpflichteten, für den deutschen Nachrichtendienst zu arbeiten und ein entsprechendes Nachrichtennetz aufzubauen. Hierzu erklärten sich beide bereit. Sie übergaben ferner Hartmann auf dessen Wunsch 20.000.-- RM, die er angeblich zur Beschaffung des Passes benötigte. Als Hartmann daraufhin nichts mehr von sich hören ließ, unterliessen sie zwar eine Anzeige, nahmen aber Verbindung zu SD-Angehörigen auf und teilten diesen neben dem geschilderten Sachverhalt noch mit, Hartmann habe einmal bei einer Besprechung, als er etwas unter alkoholischer Einwirkung gestanden habe, sinngemäss etwa Folgendes geäußert: Er sei für den deutschen Nachrichtendienst u.a. in Rom tätig gewesen, und habe dort u.a. den Auftrag gehabt, für eine Gruppe von Generalen die Bedingungen für einen Frieden mit den Westmächten zu erkunden, bzw. entsprechende Verhandlungen vorzubereiten. Diese Generalsgruppe habe die Absicht, nach einem Waffenstillstand mit den Westmächten die Wehrmacht veranlassen, zunächst die Waffen umzudrehen und im Reich das System mit Gewalt abzulösen.

Dr. Hartmann wurde zunächst festgenommen. Eine Überprüfung seiner Person ergab, dass er Junggeselle, früher einer der drei Vorsitzenden des Katholischen Akademikerverbandes, langjähriger Vorsitzender der Berliner Sezession (Luis Corinth) und Leiter einer Abteilung des Berliner Rundfunks gewesen war, dass er ferner gute Beziehungen zum Vatikan habe und ausser mit dem Jesuitenpater Leiber auch mit dem Papst persönlich bekannt war. Es wurde weiterhin vertraulich festgestellt, dass Hartmann tatsächlich als Vertrauensmann für die Abwehrabteilung I tätig gewesen und von dem ihn führenden Offizier Aufträge für den Vatikan erhalten habe. Eine ohne Darlegung des Sachverhalts erfolgte schriftliche Anfrage beim Amt/Ausland/Abwehr ergab die Antwort, dass Hartmann früher einmal gelegentlich als Vertrauensperson verwandt worden sei, sich aber als unzuverlässig erwiesen habe und deshalb seit

geraumer Zeit keine Verwendung mehr finde.

Hartmann bestritt, die Äusserungen getan zu haben, obwohl die beiden Zeugen auch bei einer Gegenüberstellung bei ihren Angaben verblieben. Heydrich ordnete an, weitere Ermittlungen zunächst nicht durchzuführen. Hartmann wurde, nachdem die 20.000.- RM wieder zurückgezahlt worden waren, aus der Haft entlassen, aber später aus anderem Grunde durch das Reichskriegsgericht wieder festgenommen.

IV. Fall Dr. Strassmann

Etwa Anfang 1942 wurde durch die Meldung einer Staatspolizeistelle (möglicherweise Berlin, die später die Sachbearbeitung übernahm) bekannt, dass der Landgerichtsrat Dr. Strassmann, dessen arische Abstammung nicht ganz geklärt war, mit Kreisen Verbindung herzustellen suche, die mit ihm zusammen früher einem demokratischen oder sozialdemokratischen Klub angehört hätten, mit dem Ziel nachrichtendienstliche Verbindung miteinander zu halten, um für den Fall einer Änderung der politischen Verhältnisse in Deutschland für die Übernahme von Ämtern bereitzustehen. Strassmann gab dies zu, betonte aber, nicht aus eigenem Entschluss gehandelt zu haben, sondern hierzu von Angehörigen des Amtes Ausland/Abwehr und zwar Delbrück, Guttenberg und anderen, aufgefordert worden zu sein. Delbrück und Guttenberg gehörten beide der Abteilung Z des Amtes Ausland/Abwehr an, die damals unter Leitung des damaligen Oberst später Generalmajors Oster stand, der gleichzeitig Chef des Stabes des Amtes Ausland/Abwehr war. Zu den Aufgaben dieser Abteilung gehörte fachlich weder die Beschaffung von Nachrichten noch überhaupt die Erteilung von Aufträgen der hier vorliegenden Art, bei denen es sich ausschließlich um die Beschaffung von Nachrichten innerpolitischer Art handelte. Der Fall brachte daher erstmalig die Feststellung, dass sich im Amt Ausland/Abwehr offenbar eine Stelle entgegen den zwischen Heydrich und Canaris getroffenen Abreden mit der Beschaffung innerpolitischer Nachrichten befasste.

Auf Weisung Heydrichs unterblieb zunächst eine weitere Verfolgung der Angelegenheit. Die Festnahme Strassmanns blieb aufrechterhalten, weil er zugegeben hatte, verbotene nachrichtendienstliche Beziehungen über Schweden zu England gesucht zu haben.

V. Fall Beppo Römer

Etwa zur gleichen Zeit wie der Fall Strassmann war bei einem anderen Referat des Amtes IV (IV A 2 oder IV A 3 alt - IV a 1 b neu) der Fall Beppo Römer angefallen, über den mir Folgendes bekannt ist.:

Dr. Beppo Römer, ein als "Salonbolschewist" bekannter Intellektueller, hatte ebenfalls mit den durch den Fall Strassmann bekannt gewordenen Angehörigen der Dienststelle des Generals Oster Verbindung gehalten und mit ihnen Gespräche geführt, die zwar zu einer Strafverfolgung nicht ausreichten, aber ergaben, dass die betreffenden Personen staats- und regierungsfeindlich eingestellt waren. Gegen Römer wurde später ein Strafverfahren vor dem Volksgerichtshof eingeleitet, das m.W. mit einem Todesurteil endete. Nähere Einzelheiten sind mir - wie gesagt - nicht bekannt.

VI. Fall "Depositenkasse" oder "Schwarze Kapelle".

Die Zollfahndungsstelle Prag (Regierungsrat Wagenhaensch) hatte etwa Ende 1942 im Zollfahndungsverfahren gegen den Münchener portugiesischen Honorarkonsul Schmidhuber und seinen Angestellten Ickrath, die beide der Abwehrstelle München angehörten und dort - Schmidhuber als Major und Ickrath als Oberleutnant - Dienst taten. Die Ermittlungen führten schliesslich dazu, dass beide festgenommen und ein Kriegsgerichtsverfahren gegen sie eingeleitet wurde. Im Laufe dieses Verfahrens tauchte der Verdacht auf, dass beide ausserdem Landesverrat begangen hatten. Deshalb wurden beide von dem die Untersuchung beim Reichskriegsgericht führenden Oberstkriegsgerichtsrat Dr. Roeder (später Generalrichter und Rechtsberater des Chefs der Luftflotte IV) der Geheimen Staatspolizei zur Klärung dieses Verdachts übergeben.

Schon bei ihren ersten Vernehmungen machten beide von sich aus getrennt von einander Angaben über ihre Tätigkeit bei der Abwehrstelle München, die Veranlassung zu einer eingehenden Überprüfung gaben. Schmidhuber behauptete, im Auftrag der Abwehrstelle München eine Reihe von Reisen nach Rom unternommen zu haben, die der Anknüpfung von Beziehungen zu massgeblichen Angehörigen des Vatikans, vor allem deutschen Geistlichen hätten dienen sollen. Es habe die Absicht bestanden, derartige Beziehungen nicht allein zur Gewinnung von Nachrichten militärischen und

allgemeinpolitischen Inhalts auszunutzen, sondern in erster Linie dadurch die Möglichkeit zu erhalten, mit Gegnerkreisen über den Vatikan Verbindung zu erhalten zur Feststellung etwaiger Friedensmöglichkeiten. Mit dieser Frage habe sich besonders der in ähnlicher Mission wie er selbst nach Rom entsandte Münchener Rechtsanwalt und Oberleutnant d. Res. Dr. Josef Müller zu befassen gehabt, der über besonders weitreichende Beziehungen am Vatikan verfügt habe. Er wisse, dass hinter dieser Tätigkeit eine "Generalsklique" stehe, deren Angehörige er namentlich nicht kenne. Bearbeiter für diese Fragen sei in erster der bei Oster sitzende Reichsgerichtsrat von Dohnanyi, der auch selbst mehrfach Reisen nach Rom gemacht habe und vor allem durch Müller mit massgeblichen Persönlichkeiten des Vatikans in Verbindung gebracht worden sei.

Alle diese Angaben machte Schmidhuber von sich aus, ohne dass ihm irgendwelche Vorhalte hätten gemacht werden können. Sie wurden ausserdem teilweise von Ickrath bestätigt. Trotzdem wurden sie zunächst nur sehr vorsichtig bewertet, weil bei der etwas haltlosen und charaktervoll wenig überzeugenden Persönlichkeit Schmidhubers damit gerechnet werden musste, dass er sie gemacht hatte, um durch Belastungen anderer, höher gestellter Persönlichkeiten sich selbst in dem gegen ihn zu erwartenden Strafverfahren eine günstige Position zu schaffen, zumal damit gerechnet werden musste, dass bei einer Untersuchung dieser Beschuldigungen u. a. auch Canaris in die Ermittlungen hätte eingeschlossen werden müssen. Gerade diese letzte Erkenntnis brachte das Reichssicherheitshauptamt in die unangenehme Lage, möglicherweise gegen das Amt Ausland/Abwehr und seinen Chef vorgehen zu müssen. Heydrich war inzwischen gestorben. Müller als zuständiger Amtschef ordnete deshalb an, über den gesamten Sachbestand einen sehr vorsichtigen Bericht abzusetzen, in dem vor allem die Belastungen und die zu ihrem Beweise vorhandenen Möglichkeiten gegenübergestellt werden sollten. Diesen Bericht wünschte er als Grundlage für eine Besprechung mit dem Untersuchungsführer Oberstrichter Dr. Roeder, der bisher wegen der Schwere der Belastungen und der sich daraus möglicherweise ergebenden weitreichenden Folgen zunächst noch nicht unterrichtet worden war.

Der Bericht wurde mit aller Sorgfalt und Vorsicht erstellt, im Anschluss daran erfolgte die Besprechung mit Roeder. Als Ergebnis

wurde vereinbart, dass Roeder den Bericht unmittelbar dem Chef des Wehrmächtsrechtswesens zur Vorlage bei Generalfeldmarschall Keitel, Müller dem Reichsführer SS vorlegen sollte. Die Vorlage erfolgte so, dass der Bericht zeitlich etwa gleichzeitig zur Kenntnis kommen musste.

Roeder erhielt darauf den Auftrag, die weiteren Ermittlungen als Sonderauftrag des Reichskriegsgerichts durchzuführen. Die Geheime Staatspolizei sollte bei den weiteren Ermittlungen möglichst ausgeschaltet bleiben, damit nicht der Eindruck entstünde, als ob die Untersuchung von ihr veranlasst worden sei. Roeder sollte sich lediglich - falls erforderlich - bei durchzuführenden Massnahmen Beamte der Geheimen Staatspolizei zur Unterstützung bedienen können. Inwieweit diese Weisung zwischen Keitel und Himmler abgestimmt worden war, ist mir nicht bekannt. Ich nehme es allerdings an.

Als erste Massnahme ordnete Roeder die Durchsichtung des Büros v. Dohnanyi an. - (Dohnanyi war früher Staatsanwalt, dann Oberregierungsrat im Reichsjustizministerium, Adjuvant des Reichsjustizministers Görtner und schliesslich Leiter des Ministerbüros von Görtner gewesen, bis er im Jahre 1938 am Reichsparteitag im Alter von nur 36 Jahren Reichsgerichtsrat wurde. Er war der jüngste Reichsgerichtsrat, den es bisher gegeben hatte. Seine Ernennung zum Reichsgerichtsrat war erfolgt, obwohl er seine arische Abstammung nur teilweise hatte erbringen können, auf Grund einer Anordnung des Führers, wonach ihm aus dieser Tatsache Schwierigkeiten nicht erwachsen sollten. Ende August 1939 war seine Einberufung ins OKW erfolgt, wo er als Sonderführer im Majorsrang eingestuft und dem Amt Ausland/Abwehr Z als Leiter der Gruppe Z B eingesetzt und auf Grund seiner Fähigkeiten bald wichtigster Mitarbeiter von Canaris und Oster). - Zu seiner Untersuchung hatte Roeder um einen Kriminalbeamten gebeten, als der ihm von Müller der Kriminalkommissar Sonderegger zugewiesen wurde. Vor der Durchsichtung erfolgte die nunmehr unvermeidbare Unterrichtung von Canaris über das Ziel und den Grund der Massnahme. Canaris zog zu dieser Besprechung Oster zu, der gleich zu Beginn erklärte, er stehe zu dem, was man Dohnanyi zur Last lege, ohne zu wissen, um was es sich handele. Wenn man gegen Dohnanyi etwas zu unternehmen beabsichtige, so möge man zuerst gegen ihn

vorgehen. Bei der Durchsuchung des Dienstraumes von Dohnanyi, der unmittelbar hinter dem des Generals Oster und nur durch diesen erreichbar lag, fiel dem mit anwesenden Kriminalbeamten auf, dass Dohnanyi versuchte, einen Aktendeckel mit Inhalt verschwinden zu lassen und Oster zuzuschreiben. Als Oster hierauf eingehen wollte, wurde er durch Roeder und den Kriminalbeamten daran gehindert. Das Schriftstück wurde beschlagnahmt, es enthielt 3 Zettel, die von Oster abgezeichnet waren und Nachrichten enthielten, die offenbar für den Vatikan bestimmt waren. Auf Grund dieses Vorkommnisses nahm Roeder von Dohnanyi fest. Oster wurde sofort vom Dienst suspensiert. Er war zunächst beurlaubt, wurde aber mit Wirkung von 31.12.1943) endgültig in den Ruhestand versetzt.

Roeder führte in den folgenden Wochen die Ermittlungen teils allein, teils unterstützt durch den Kriminalkommissar Sonderegger, teils auch durch einen weiteren Kriminalkommissar Müller, weiter durch. Im Einzelnen bin ich über deren Ergebnis nicht unterrichtet.

Ich weiss nur, dass eine Zeit nach der Festnahme Dohnanyis der Rechtsanwalt Dr. Müller in München festgenommen wurde, dass Roeder weiter eine ganze Reihe von Zeugen täglich vernahm, dass aber die Ermittlungen insgesamt gesehen immer mehr einen toten Punkt zusteuernten. Die Gründe dafür mögen einmal darin gelegen haben, dass die Materie für einen Untersuchungsführer zu umfangreich war. Darüber hinaus aber stellten sich den Ermittlungen immer stärkere Schwierigkeiten entgegen, beginnend mit laufenden Beschwerden über angebliche Dienstpflichtverletzungen Roeders, zu denen er sich zu äussern hatte, bis zu Drohungen, gegen ihn Strafanzeige zu erstatten.

Inzwischen hatte Canaris nichts unversucht gelassen, um eine weitere Untersuchung der Angelegenheit zu verhindern. Er hatte sich zunächst an Keitel, später an Himmler und an andere Personen gewandt, und schliesslich erreicht, dass der Untersuchungsführer zu einem Bericht über das Ergebnis seiner bisherigen Feststellungen aufgefordert wurde. Dieser Bericht gab Keitel Veranlassung, wegen des Sachverhalts mit Himmler zu sprechen. Himmler lehnte es ab, den Bericht zu lesen und erklärte Keitel, er habe an der ganzen Affaire nicht das geringste Interesse, er habe auch nichts gegen Canaris. Der solle sich aber die ganze Angelegenheit endlich einmal zur Lehre dienen lassen und keine unzuverlässigen

Elemente bei sich beschäftigen bzw. sich endlich einmal von solchen freizumachen. Diese Erklärung Himmlers gab Keitel^e Veranlassung anzuordnen, eine weitere Untersuchung über die politische Seite der Angelegenheit habe zu unterbleiben (Begründung: nach dem bisherigen Ergebnis sei nicht mit besonderen Ergebnissen und Überraschenden Feststellungen zu rechnen, insbesondere nicht mit Feststellungen hinsichtlich einer gegen die Regierung arbeitenden "Generalsclique". Ferner: Falls die Ermittlungen weitergeführt würden, müssten sie sich zwangsläufig gegen Canaris richten, das müsse zu dessen Ablösung führen, was im Augenblick nicht verantwortet werden könne). Die Tätigkeit des Untersuchungsführers habe sich zu beschränken auf Feststellungen bezgl. Verfehlungen nichtpolitischen Charakters, vor allem solche devisen- und zollstrafrechtlicher Natur.

In Verfolg dieser Angelegenheit kam es dann gegen Dr. Müller und einen Mitangeklagten zu einer inhaltlich mir nicht mehr erinnerlichen, jedenfalls aber unbedeutenden und uninteressanten Anklageerhebung, die zu einem Freispruch Müllers führte. Das Urteil wurde jedoch nicht bestätigt und Müller blieb in Haft, bis er nach dem 20.7.44 der Sicherheitspolizei überstellt wurde auf Grund eines Sachverhalts, der an anderer Stelle zu besprechen sein wird.

Gegen Dohnanyi waren eine Reihe von Verfehlungen devisen- und zollstrafrechtlichen Charakters festgestellt worden. Er habe vor allem seine zahlreichen Auslandsreisen dazu benutzt (nach Italien, Dänemark und andere Länder), Einkäufe grösseren Stiles durchzuführen und sich dabei nicht immer an die bestehenden Devisen- und sonstigen Bestimmungen gehalten. Bevor aber hierzu abschliessende Feststellungen von Roeder gemacht werden konnten, erfolgte plötzlich dessen Versetzung als Chefrichter zur Luftflotte IV. Sein Nachfolger, Reichskriegsgerichtsrat Kutzner, benötigte längere Zeit zur Einarbeitung. Kurz vor der Anklageerhebung ereigneten sich die Vorgänge des 20.7.44, die ebenfalls im Falle Dohnanyi zu dessen Überstellung an die Sicherheitspolizei führten.

Anfang 1944 habe sich dann noch folgender Vorfall ereignet, der für die Beurteilung der Gesamtlage schlaglichtartig von Interesse sein dürfte:

Kurze Zeit nach der Versetzung Roeders zur Luftflotte IV erschien bei ihm der Kommandeur der Division "Brandenburg", Generalmajor von Pfuhlstein, mit seinem Adjutanten und befragte Roeder, ihm sei mitgeteilt worden, dass er sich über die Division Brandenburg als einen "Druckebergerverein" ausgelassen habe, ob dies zutreffe. Als Roeder nicht sofort antwortete, versetzte er ihm einen Schlag ins Gesicht.

Pfuhlstein gab an, zu dieser Massnahme durch Canaris veranlasst worden zu sein. Pfuhlstein wurde bestraft und als Divisionskommandeur abgelöst, Canaris erhielt 7 Tage Stubenarrest. Inzwischen hatte sich folgendes ereignet:

VII. Fall Kiep u. Andere

Dr. Kiep
Etwa im Frühsommer 1943 erschien bei mir der kurz vorher ins Amt versetzte und dem Referat IV E 3 zugeteilte SS-Sturmbannführer Kriminalrat Lange und berichtete, er habe die Bekanntschaft eines jungen Arztes gemacht, der über einen umfangreichen Bekanntenkreis in der Schweiz verfüge und demnächst in die Schweiz fahren werde. Er beabsichtige, den Arzt als Vertrauens- oder Auskunftsperson zu verwenden, ob hiergegen Bedenken beständen, welche Aufträge gegeben werden könnten. Ich kam mit Lange überein, den jungen Mann zunächst nicht als Vertrauensperson zu benutzen und ihm auch keine Aufträge mitzugeben. Er solle sich in der Schweiz umsehen und umhören. Von dem Ergebnis des darüber Berichteten solle dann das Weitere abhängig gemacht werden.

Der Arzt kam von seiner ersten Reise zurück mit 2 Empfehlungsbriefen einer Schweizer Dame, mit der er gut bekannt war: einem an einen Schweizer Diplomaten, an dessen Tätigkeit erhebliches Interesse bestand, und einem an ein Fräulein v. Thadden gerichteten Schreiben, deren Name bisher noch völlig unbekannt war. Während der Diplomat auf das Schreiben bedauerlicherweise überhaupt nicht reagierte, erhielt der Arzt durch Fräulein v. Thadden eine Einladung zu einem Tee, in dessen Verlauf eine Reihe von Fragen besprochen wurden, die darauf hindeuteten, dass die Beteiligten sich mit Umsturzplänen befassten und Verbindung mit dem Auslande zu erhalten suchten. Es handelte sich um zwar gefährliche, aber offenbar noch unreife Gedankengänge, die allerdings dadurch in ein besonderes Licht gerückt wurden, als unter den Teegästen sich u.A.

der Gesandte Kiep (damals als Major in der Amtsgruppe Ausland tätig), der Legationsrat von Scherpenberg (Schwieger-
sohn Schachts) und die Witwe des bekannten verstorbenen deut-
schen Aussenpolitikers Dr. Solf befand.

Insbesondere die letztere äusserte sich sehr abfällig über
die bestehenden Zustände und betonte die Notwendigkeit einer
baldigen Änderung. Als der Arzt durchblicken liess, dass er
bald wieder in die Schweiz fahren werde, wurde er von Fr. v.
Thadden und Frau Solf aufgefordert, für sie Briefe an Bekannte
mitzunehmen, was er zusagte. Ausserdem wurde ihm nahegelegt,
in der Schweiz den ehemaligen Reichskanzler Dr. Wirth aufzusuchen,
der die Pläne der Tafelrunde kenne.

Aufgrund des Berichtes dieses Arztes erfolgte zunächst eine
planmässige Überwachung des durch den Tee erfassten Personen-
kreises, um die Beziehungen untereinander zu anderen Gruppen
- die nach Lage der Sache unbedingt vermutet werden mussten -
zu klären. Dabei erfolgte auch die Durchführung der Telefon-
überwachung, die in jedem Falle bei dem dem Reichsmarschall
unterstehenden Forschungsamt schriftlich mit Begründung bean-
tragt werden musste. Im übrigen erhielt der Arzt den Auftrag,
weiterhin mit dem Personenkreis Verbindung zu halten und tat-
sächlich eine weitere Reise in die Schweiz vorzubereiten, um
dort Verbindung vor allem zu Dr. Wirth und etwa mit ihm in Ver-
bindung stehenden weiteren Personen zu erhalten.

Es ergab sich jedoch schon nach kurzer Zeit, dass der Personen-
kreis mit wenigen Ausnahmen ein Zusammentreffen mit dem Arzt zu
vermeiden suchte und ihm aus dem Wege ging. Trotz dieser Tat-
sache, die logischerweise nur die Folge eines Verrats sein konn-
te, wurde die zweite Schweizerreise des Arztes durchgeführt, dem
es bei dieser Gelegenheit auch gelang, mit Dr. Wirth und einer
Reihe mit ihm in Verbindung stehenden deutschen Emigranten zu-
sammenzukommen.

Seine Erzählung über den Teenachmittag und die dabei geführten
Gespräche erweckten zwar Wirths Interesse. Im besonderen kam es
diesem jedoch offenbar darauf an, Verbindung zu einflussreichen
deutschen Persönlichkeiten zu erhalten. Er fragte deshalb den
Arzt, ob er bereit sei, dem früheren Chef des Generalstabes,

Generaloberst Halder, Grüsse zu übermitteln und ihn zu fragen, ob und unter welchen Bedingungen dieser bereit sei, mit Wirth an der Vorbereitung einer neuen deutschen Verfassung und einer neuen deutschen Regierung mitzuarbeiten. Der Arzt erklärte sich dazu bereit. Er wurde weiter aufgefordert, Briefe bzw. Grüsse an Frl.v.Thadden, Frau Solf und Kiep zu übermitteln.

Nach seiner Rückkehr fand er nun den Weg zu den Beteiligten fast völlig versperrt. Es gelang ihm lediglich, mit Frl.v.Thadden zu sprechen, die ihm auch eine Zusammenkunft mit Halder vermittelte. In dieser benahm sich Halder sehr zurückhaltend, hörte sich alles, was ihm der Arzt von Wirth zu übermitteln hatte, an, und erklärte lediglich abschliessend, sinngemäss, er werde selbstverständlich zur Verfügung stehen, wenn es darauf ankomme, Deutschland aus einem Chaos zu retten. Vorläufig sei es aber noch nicht so weit, er möge das Dr.Wirth mit besten Grüssen übermitteln. Nach dem ganzen Verhalten der beteiligten Personen konnte nunmehr kein Zweifel darüber bestehen, dass vor dem Arzt offenbar als vor einem Spitzel gewarnt worden war. Die Weiterführung des Spieles erschien deshalb nicht mehr erfolgsversprechend, zumal bei der Durchführung von weiteren Reisen in die Schweiz die dringende Gefahr einer Festnahme des Arztes durch die Schweizer Polizei bestanden hätte. Der Reichsführer SS, dem inzwischen über die Angelegenheit Bericht erstattet worden war, ordnete deshalb an, die am stärksten belasteten Personen - mit Ausnahme von Halder - festzunehmen, und durch deren Vernehmung die Zusammenhänge personeller und organisatorischer Art weiter zu klären.

Durch die Festnahme von Kiep ergab sich, dass dieser über den ebenfalls in der Amtsgruppe Ausland als Kriegsverwaltungsrat tätigen Rechtsanwalt Helmut Graf Moltke von den gegen ihn angeordneten Überwachungsmaßnahmen und ihrer Ursache (Geburtstagssteegespräche) Kenntnis erhalten hatte und gewarnt worden war, in Zukunft sich vorsichtiger zu verhalten. Moltke hatte diese Tatsache von dem bei der Abwehrabteilung III beschäftigten Hauptmann Gehre erfahren, der seinerseits von dem Leiter der innerpolitischen Abteilung des Forschungsamtes, Oberregierungsrat Flaas ins Bild gesetzt worden war. Bei dieser Gelegenheit ergab sich, dass Flaas der früher Marineoffizier ge-

wesen war und seit dieser Zeit Canaris kannte, später eine Zeitlang Adjutant des vom Kapp-Putsch her bekannten Kapitän Ehrhardt gewesen war, über Gahre alle interessierenden Anträge der Geheimen Staatspolizei zur Durchführung von Telefonüberwachungen dem Amt Ausland/Abwehr zur Kenntnis gegeben hatte, sodass dieses also auf diese Weise praktisch von allen wichtigeren Ermittlungsverfahren des Reichssicherheitshauptamtes und ihrer Ursache erfuhr.

Zur Durchführung der aus diesem Komplex erwachsenden umfangreichen und schwierigen Ermittlungen wurde eine Sonderkommission unter Leitung des Kriminalrats Lange gebildet, die später dem Referat IV A 1 b (Litzenberg - Rechtsopposition) unterstellt wurde und ihren Sitz in der Schule der Sicherheitspolizei in Fürstenberg hatte. Es erfolgte eine Reihe von Festnahmen, die auch teilweise mit einer Verurteilung vor dem Volksgerichtshof endeten. Es gelang jedoch nicht, restlos die Zusammenhänge hinsichtlich der personellen und organisatorischen Zusammensetzung der Oppositionsgruppe zu klären. Zwar stellte sich bereits während der Ermittlungen heraus, dass in der Führung der Opposition auf dem militärischen Sektor der ehemalige Chef des Generalstabes, Generaloberst Beck, und auf dem zivilen Bereich der ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister und spätere Reichspreiskommissar Dr. Goerdeler eine besondere Rolle spielten. Bevor jedoch die Feststellungen sich soweit verdichteten, dass polizeiliche Massnahmen gegen diese beiden Personen verantwortet werden konnten, kam es zu den Ereignissen des 20. Juli 1944, bei deren Aufklärung es gelang, wohl eindeutig die Zusammenhänge zu klären.

Abschrift

ES-249/7-27

Aussage Huppenkothen
Canaris und Abwehr

Kurze Zeit nach Übernahme der Dienstgeschäfte als Gruppenleiter IV E in Reichssicherheitshauptamt habe ich im August 1941 den damaligen Chef des Amtes Ausland/Abwehr im OKW gemeinsam mit Schollenberg in seiner Dienststelle am Tirpitzufer So einen Besuch gemacht und ihn bei dieser Gelegenheit zum ersten Male gesehen und gesprochen. Anschliessend fand ein Frühstück bei Horcher statt, an dem auch Heydrich und Oberst von Bentivegni, der damalige Abteilungschef der Abwehr- Abteilung III teilnahmen. Es war üblich, dass derartige Frühstückszusammenkünfte zwischen Heydrich und Canaris alle paar Wochen stattfanden, wobei dann in zwangloser Form die gemeinsam Interessierenden Fragen besprochen wurden. Ich selbst habe meiner Erinnerung nach an drei derartigen Zusammenkünften teilgenommen, weitere Teilnehmer waren noch Müller, General Piepenbrock (Chef Abwehr-Abt.I), Admiral Brückner (Chef der Amtsgruppe Ausland und ständiger Vertreter von Canaris) und der damalige Oberst Lahousen (Chef Abw. Abt.II). Ausserdem luden Heydrich und Canaris sich gegenseitig häufiger zu Hause ein, was immer zwangloser vor sich ging, als beider Wohnungen in Berlin-Schlachtensee in unmittelbarer Nähe lagen und nur durch einen Zaun von einander getrennt waren. Ich selbst habe einmal an einer solchen Zusammenkunft in der Wohnung Heydrichs teilgenommen, auch in Canaris' Wohnung bin ich zweimal zu Gast gewesen, allerdings war Heydrich dabei nicht zugegen.

Das persönliche Verhältnis zwischen Canaris und Heydrich war äusserst korrekt, äusserlich fast herzlich. Dies entsprach aber nicht der wirklichen Einschätzung, die beide voneinander hatten. Heydrich warnte mich vor Canaris als einem "alten Fuchs, vor dem man sich in Acht nehmen müsse". In einer Tagebuchaufzeichnung von Canaris, die ich später gelesen habe, schilderte er seine erste Zusammenkunft mit Heydrich und betonte dabei, es werde ihm wohl kaum möglich sein, offen mit Heydrich zusammenzuarbeiten, weil Heydrich ein brutaler Fanatiker sei. Von dieser gegenseitigen Einschätzung war aber - wie gesagt - im persönlichen Verkehr nichts zu bemerken.

Canaris enttäuschte beim ersten Zusammentreffen. Er machte einen alten, müden und abgekämpften Eindruck, war fast weisshaarig, wenig über 160 gross, ging zudem noch gebückt und machte einen ungepflegten Eindruck.

Er sprach leise.

Das Amt Ausland/Abwehr ist erst unter Canaris zu einem selbständigen Amt geworden. Vorher gab es lediglich eine Abwehrabteilung im OKW. Vorgänger von Canaris war ein Kapitän z.S. Patzig, den ich nie kennen gelernt habe. Von diesem hiess es, dass er ein sehr schlechtes Verhältnis zu Heydrich gehabt habe, und dass dies ein Grund zu seiner Ablösung gewesen sei. Canaris hat seine Stelle etwa um Ende 1935 angetreten. Vertreter von Canaris und zugleich der Chef der Amtsgruppe Ausland war Vizeadmiral Bürckner. Ihm und seiner Amtsgruppe oblag im Wesentlichen die Bearbeitung völker- und kriegsrechtlicher Fragen, soweit diese im OKW auftauchten. Ausserdem wurde von dort aus - wenigstens in gewissem Sinne - die Tätigkeit der deutschen Militär- und Waffen-Attachés im Auslande gesteuert, deren Berichte - vor allem Lageberichte - in erster Linie der Amtsgruppe Ausland zur Bearbeitung zugeleitet wurden. Aus diesem Grunde bestanden auch besonders enge Beziehungen zwischen dieser Amtsgruppe und dem Auswärtigen Amt. Canaris war im allgemeinen nicht gut auf Bürckner zu sprechen. Er machte ihm zum Vorwurf, dass er es zu sehr mit den deutschen Auslandsvertretungen hielte und deren und der Militär- und Waffenattachés Berichten zu sehr Glauben schenkte. Diese Berichte seien zu stark optimistisch gefärbt und zu kritiklos. Ausserdem seien die deutschen Auslandsvertretungen ebenso wie die Militär- und Waffenattachés durch die Bank gegen den deutschen Nachrichtendienst eingestellt und behinderten dessen Tätigwerden im Auslande ganz empfindlich. Besonders verbittert sprach er in diesem Zusammenhang von der letzten deutschen Vertretung in den Vereinigten Staaten, die praktisch die Entfaltung seiner Tätigkeit des deutschen Nachrichtendienstes unmöglich gemacht habe. Trotz dieser offenbar bestehenden sachlichen Differenzen schien mir das persönliche Verhältnis zwischen Canaris und Bürckner korrekt und herzlich zu sein. Allerdings habe ich Bürckner sehr selten - und zusammen mit Canaris kaum gesehen. Er machte auf mich den Eindruck eines sachlichen korrekten Offiziers.

Chef der Abwehrabteilung I war bis zum Frühjahr 1943 der damalige Oberst, spätere Generalmajor Pipenbrock, der nach seiner

Ablösung als Abteilungschef zunächst Regimentskommandeur, später Divisionskommandeur wurde, als solcher mehrfach im Wehrmachtbericht genannt und mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet worden ist. Er war von Hause aus Westfale, sehr begütert und hatte erheblichen Grundbesitz in Essen. Piepenbrock galt als besonders enger Vertrauter von Canaris, der kaum eine Reise ohne seine Begleitung machte. - (Canaris war, was noch nachzutragen ist, fast ständig auf Dienstreisen und hielt sich kaum in Berlin auf. Seine Reisen galten teils dem Besuch seiner Dienststellen im Reich, den besetzten Gebieten und an den Fronten, ferner den sogenannten KO - (Kriegsorganisation) Stellen der militärischen Abwehr im Auslande (Spanien, Portugal, Schweiz, Finnland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Türkei, Italien). Besonders häufig und gerne hielt er sich offenbar in Spanien und Italien auf. Man sagte Canaris nach, dass er in allen diesen Ländern eigene nachrichtendienstliche Beziehungen zu massgeblichen Persönlichkeiten unterhalten habe. Inwieweit dies zutrifft, entzieht sich meiner Kenntnis. Tatsache ist, dass er u.a. noch etwa eine Woche vor dem Tode des Königs Boris von Bulgarien von diesem in Audienz empfangen wurde. Ferner hatte er in Spanien mit Franco persönliche Besprechungen. Nach einem dem Auswärtigen Amt zugeleiteten Bericht soll sich General Munoz Grande, der Kommandeur der spanischen Blauen Division über diese so ausgelassen haben, dass Canaris Franco davon überzeugt habe, es liege im Interesse Spaniens, nicht an der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten. Feststellungen hierzu sind nicht getroffen worden.)

Piepenbrocks Nachfolger war der Oberst Hansen, der vorher die Abteilung Fremde Heere West geleitet hatte und angeblich von Canaris und Piepenbrock gemeinsam als Nachfolger von Piepenbrock vorgeschlagen worden war. Hansen wurde später Chef des Amtes Mil. im Reichssicherheitshauptamt. Chef der Abwehrabteilung II war zunächst - ebenfalls bis zum Frühjahr 1943 - Oberst von Lahousen, der dann anschliessend ebenfalls ein Frontkommando erhielt und als Regiments-, später als Divisionskommandeur und Generalmajor Dienst tat. Lahousen war ehemaliger Offizier der österreichischen Wehrmacht gewesen und hat als solcher angeblich sich Verdienste um den Anschluss Österreichs erworben.

Jedenfalls soll er - wie sich aus Äusserungen Canaris' ergab - schon lange Jahre vor dem Anschluss der Ostmark mit dem deutschen militärischen Nachrichtendienst in engen Beziehungen gestanden und diesen gute Informationen geliefert haben. Ich selbst habe Lahousen nur ganz flüchtig kennen gelernt und kann aus eigener Anschauung kein Urteil über ihn abgeben.

Nachfolger Lahousens wurde Oberst von Freytag-Loringhoven, der vorher IC-Offizier bei einer Heeresgruppe oder Armee an der Ostfront gewesen war. Freytag-Loringhoven war von Geburt Deutsch-Balte. Auch er stand offenbar zu Canaris in guten persönlichen Beziehungen. Nach der Übernahme seiner Abteilung durch das Reichssicherheitshauptamt (Amt VI bzw. Amt MI.) wurde er ins Oberkommando des Heeres versetzt und dort als Chef der Heerwesenabteilung eingesetzt. Diese Abteilung hatte die Aufgabe etwa eines Bindegliedes zwischen der Feldtruppe und dem OKW. Das Amt Ausland/Abwehr hatte als Bestandteil des Oberkommandos der Wehrmacht nicht das Recht, unmittelbare Weisungen an die dem Oberkommando des Heeres unterstehenden Feldeinheiten zu geben, musste vielmehr diese über das OKW leiten. Es bediente sich hierzu der Heerwesenabteilung, deren Angehörige im Wesentlichen dem Dienst der militärischen Abwehr entstammten, zum Mindesten aber dort vorgebildet worden waren. Einer seiner (Freytags) engsten Mitarbeiter in dieser Dienststelle war Oberstleutnant Schrader, ehemaliger Lehrer, vor 1933 Landesführer des Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten) in Braunschweig, später wegen seiner früheren politischen Tätigkeit von Braunschweiger Ministerpräsidenten Klagges aus dem Beamtenverhältnis entlassen und danach zur Abwehr gekommen, wo er als ehemaliger Offizier reaktiviert worden war. Schrader war infolge seiner Tätigkeit im OKW über alle Vorgänge in der Feldtruppe, vor allem über Stimmung und besondere Vorkommnisse gut unterrichtet. Er unterrichtete hierüber bei seinen häufigen Besuchen in Berlin (die Heerwesenabteilung war zunächst in Zossen, später im Führerhauptquartier in Rastenburg untergebracht) Canaris. Dadurch entwickelte sich ein enges persönliches Verhältnis zwischen Beiden, was schliesslich dazu führte, dass Canaris Schrader wichtige persönliche Akten und Aufzeichnungen zur Aufbewahrung übergab. Als dies auf Grund von Angaben Hansens bekannt wurde und auf Grund seiner und Osters Angaben sich

der dringende Verdacht ergab, dass Canaris mit den Ereignissen des 20.7.1944 in Zusammenhang stehe, wurde nach diesen Unterlagen eingehend gesucht. Schrader und Freytag-Loringhoven haben sich vor ihrer im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20.7.1944 angeordneten Festnahme erschossen. Durch Angaben des Kraftfahrers von Schrader gelang es dann nach mehreren Wochen in Zossen einen Panzerschrank zu finden, in dem zwar nur Teile der Tagebücher und Aufzeichnungen Canaris', dafür aber eine Fülle von Aufzeichnungen des Generals Oster (Chef des Stabes und Leiter der Zentralabteilung im Amt Ausland/Abwehr), ferner Aufzeichnungen, Ausarbeitungen und Pläne befanden, die der frühere Chef des Generalstabes, Generaloberst Beck, angefertigt hatte, und auf Grund derer sich ein ziemlich umfassendes Bild der Tätigkeit Becks und seiner Mitarbeiter zur Vorbereitung eines Staatsstreiches und Übernahme der Staatsgewalt durch die Wehrmacht unter Führung Becks bis zum Frühjahr 1940 ergab. Über diesen Fund werde ich zweckmässig im Zusammenhang an anderer Stelle berichten.

Die Aufgaben der Abwehrabteilung II bestanden im Wesentlichen darin, alle Massnahmen zu treffen, um die feindliche Wehrkraft durch Sabotage Propaganda und ähnliche Mittel zu zersetzen. Wie diese Aufgabe im Einzelnen angefasst bzw. gelöst wurde, ist mir nicht bekannt. Ich weiss jedoch, dass zu diesem Zweck ein "Lehrregiment 800", ein Regiment (später Division) "Brandenburg" zusammengestellt wurde, deren Angehörige besonders sorgfältig ausgewählt wurden unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ihr Einsatz im Hinterlande der feindlichen Front erfolgen sollte und die deshalb auch besonders eingehend mit der Anwendung von Spreng- und Sabotagemitteln vertraut gemacht wurden. Insbesondere erfolgte auch eine Ausbildung als Fallschirmspringer. Diese Tatsache war für Heydrich Veranlassung, Aufstellung und Einsatz der Einheiten mit besonderem Misstrauen zu verfolgen. Er befürchtete, dass die Truppe im gegebenen Falle gegen das Führerhauptquartier eingesetzt werden könnte, um dieses einzuschliessen oder in anderer Weise von der Einwirkung auf die politische Willensbildung auszuschliessen. Wie sich später ergab, hat ein ähnlicher Plan tatsächlich zeitweise bei Beck und Oster bestanden,

ist aber offenbar infolge des Verhaltens des damaligen Divisionskommandeurs, Generalmajor von Pfuhlstein, nicht zur Durchführung gelangt.

Chef der Abwehrabteilung III war der spätere Generalmajor von Bentivegni zunächst bis zum Herbst 1943, dann aber bei Anfang 1944, als praktisch die Abteilung aufgelöst wurde, nachdem sein Nachfolger, Oberst Heinrich, durch einen schweren Autounfall arbeitsunfähig geworden war. Die Abwehrabteilung III war die Abteilung, deren Aufgaben sich zum grossen Teil praktisch mit denen der Geheimen Staatspolizei deckten, und mit der sich daher für meine Tätigkeit die meisten Berührungspunkte ergaben. Es erscheint daher wohl zweckmässig, an dieser Stelle die offiziellen Beziehungen zwischen der Geheimen Staatspolizei und der militärischen Abwehr etwas eingehender darzustellen.

Nach der Machtübernahme im Jahre 1933 durch die NSDAP gelang es dem OKW eine sogenannte "Kabinettsorder" vom Führer zu erwirken, durch die dem OKW die Aufgabe übertragen wurde, alle Massnahmen zur Verhinderung von Spionage und Sabotage gegen die im Aufbau begriffene Wehrmacht zu ergreifen. Diese Kabinettsorder stellt wohl die umfassendste Generalklausel dar, die jemals eine Dienststelle im Dritten Reich erhalten hat. Damals bestand eine einheitlich geführte Reichspolizei noch nicht. Diese wurde erst nach der Ernennung Himmlers zum Chef der deutschen Polizei im Juni 1936 errichtet. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Polizei Angelegenheit der Länder. Auch die Geheime Staatspolizei war eine Einrichtung, die in jedem Lande selbstständig kraft eigenen Rechts tätig wurde. Himmler war lediglich in jedem einzelnen Lande zum Chef der politischen Polizei bestellt worden und hatte daher die Möglichkeit, die Tätigkeit der einzelnen Polizeien auszurichten. Mit dieser Aufgabe hatte er das Preussische Geheime Polizeiamt, dessen Leiter damals Heydrich war, beauftragt. Dieser errichtete damals im Geheimen Staatspolizeiamt die Hauptabteilung III ein, in der die alte Centrale Staatspolizeistelle des Polizeipräsidentiums Berlin einbezogen wurde, die sich bis dahin mit der Zentralen Erfassung und Auswertung aller im Reich auftretender Spionagefälle befasst hatte.

Das OKW sah zunächst seine Hauptaufgabe darin, den sogenannten vorbeugenden Abwehr- und Sabotageschutz auszubauen, indem es die Abwehrstellen, die bei jedem Wehrkreiskommando eingerichtet

wurden entsprechend personell verstärkte und in der Industrie sowie bei allen Behörden sogenannte Abwehrbeauftragte eingesetzt, die ehrenamtlich tätig waren und nach den Weisungen des OKW in ihren Amtsbereich dafür verantwortlich gemacht wurden, dass alle geheimzuhaltenden Vorgänge, insbesondere solche, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung lag, entsprechend einer vom OKW herausgegebenen sogenannten "Verschlussachenanweisung" behandelt wurden. Bei der Durchführung von Festnahmen, Durchsuchungen und sonstigen strafprozessualen Massnahmen bedienten sich die Abwehrstellen der Geheimen Staatspolizei. Hierbei ergab sich jedoch bald die Notwendigkeit, die Zuständigkeit beider Institutionen im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit klar und eindeutig abzugrenzen, da es in der Praxis laufend zu Überschneidungen kam, die sich für die praktische Zusammenarbeit als unmöglich erwiesen.

Die Folge dieser Erkenntnis war die Herausgabe einer gemeinsamen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der militärischen Abwehr und der Geheimen Staatspolizei, die von Canaris und Heydrich unterzeichnet und in der Praxis als "10 Gebote" bekannt geworden ist, weil die Abgrenzung der Zuständigkeiten in 10 Punkten erfolgte. In dieser Vereinbarung wurde eine Dreiteilung des gemeinsamen Arbeitsgebietes vorgenommen: 1) der geheime Meldedienst - darunter war der aktive Kundschafterdienst im Auslande, praktisch also die Spionage zu verstehen -, wurde der militärischen Abwehr als ausschliessliches Arbeitsgebiet übertragen.

2) Die "Gegenspionage" wurde ebenfalls der militärischen Abwehr als ausschliessliches Arbeitsgebiet zugestanden. Leider wurde es unterlassen, den Begriff Gegenspionage zu definieren, so dass in der Praxis gerade wegen dieses Begriffes laufend sich Unzuträglichkeiten ergaben;

3) als ausschliesslich polizeiliches Aufgabengebiet wurde alles das anerkannt, was sich als Tätigwerden auf Grund strafprozessualer Bestimmungen ergibt (Fahndung, Fahndungsnachrichtendienst, Festnahme, Durchsuchungen usw.).

Man glaubte, durch diese Dreiteilung das gemeinsame Arbeitsgebiet als zwei sich überschneidende Kreise umrissen und erfasst zu haben. Praktisch ergab sich aber, dass dies nicht der Fall war. So kam aus der Praxis immer wieder die Anregung, die Ver-

einbarung aufzuheben und durch neue zu ersetzen, in denen vor allem die Frage der sogenannten Gegenspionage zu klären sei. Die militärische Abwehr vor allem Canaris sträubte sich dagegen, vor allem wohl deshalb, weil er eine Einengung der Tätigkeit befürchtete. Gegen Weihnachten 1941 schrieb deshalb Heydrich an Jodl (warum an ihn und nicht an Keitel, ist mir nicht klar geworden -) einen längeren persönlichen Brief, in dem er die Verhältnisse zwischen Sicherheitspolizei und Wehrmacht und ihre derzeitigen Zuständigkeitsabgrenzungen darlegte und Vorschläge zu einer Neuregelung machte. Dieser Brief wurde von Jodl an Canaris - was zu erwarten war - zuständigkeitshalber abgegeben. Er war die Veranlassung zu einer Besprechung zwischen Heydrich und Canaris, zu der Canaris Oberst von Bentivegni mitbrachte, und von Heydrich Müller, Streckenbach und ich zugezogen wurden. In dieser Besprechung - zu deren Beginn sich Heydrich und Canaris für die Zukunft restlose Offenheit versprachen -, betonte Heydrich zu Beginn, wenn er sich jetzt zu Vereinbarungen mit Canaris entschliesse, so tue er das lediglich im Hinblick auf die Kriegslage. Nach Beendigung des Krieges müsse er hingegen die gesamte Tätigkeit, die derzeit von der militärischen Abwehr ausgeübt werde, als zur Zuständigkeit der Geheimen Staatspolizei gehörend reklamieren. Canaris nahm diese Erklärung erstaunlicherweise unwidersprochen hin. Es wurden dann anschliessend die grundsätzlichen Fragen besprochen, die in einer neuen Vereinbarung niedergelegt werden sollten, der ausserdem eine Ausführungsanweisung beigelegt werden sollte. Über alle Fragen bestand sogleich von vornherein Übereinstimmung. Schliesslich wurde ich beauftragt, einen ersten vorläufigen Entwurf auszuarbeiten und diesen nach Genehmigung durch Heydrich Bentivegni zuzuleiten, mit dem ich dann die endgültige Fassung abstimmen sollte.

In der gleichen Besprechung bestand auch Übereinstimmung darüber, dass die Sicherheitspolizei wie in allen übrigen besetzten Gebieten auch in Frankreich und Belgien in Zukunft tätig werden könne. Zu diesem Zwecke - um den personellen Wünschen Heydrichs entgegenzukommen - erklärte sich Canaris sofort bereit, einen grossen Teil der dort eingesetzten Einheiten der Geheimen Feldpolizei der Sicherheitspolizei zu unterstellen, bzw. sie in die Sicherheitspolizei zu überführen. Praktisch ging also Canaris auf alle Wünsche und Forderungen Heydrichs ein und bewilligte sie sozusagen anbesehen. Als aber der von mir ausgearbeitete

erste Entwurf Canaris über Bentivegni zugeleitet worden war, wurde nach mehreren Wochen ein Gegenentwurf zurückgesandt, der in mancher Hinsicht das genaue Gegenteil dessen enthielt, was mündlich verabredet worden war. Auch die Frage der Übernahme der GFP-Einheiten in Frankreich und Belgien, die gleichzeitig mit der Einsetzung eines höheren SS- und Polizeiführers erfolgen sollte, wurde - nach Angaben von Canaris ohne sein Verschulden - sehr zögernd bearbeitet. Darüber war Heydrich sehr erzürnt. Er schrieb deshalb Canaris einen Brief, in dem er in sehr scharfen Worten dessen Verhalten geisselte (u.a. schrieb er, er sehe keinen Sinn in Verhandlungen, die äusserlich im besten Einvernehmen verliefen, bei denen man aber bestrebt sein müsse, einen Stenografen bei sich zu haben, damit der Inhalt später nicht bestritten werden könne). Zum Schluss schrieb er, er sei nicht mehr in der Lage, mit Canaris zu verhandeln, sondern müsse jetzt zunächst Weisungen des Reichsführers SS abwarten, den er vorgeschlagen habe, mit Keitel Verbindung aufzunehmen. Nachdem Canaris dieses Schreiben erhalten hatte, begab er sich sofort zusammen mit Bentivegni zu Heydrich, um mit diesem zusammen den Sachverhalt zu besprechen. Heydrich war anwesend, liess sich aber verleugnen. Canaris erklärte darauf, auf die Rückkehr Heydrichs warten zu wollen und wartete mehrere Stunden im Vorzimmer. Er verliess dann zwar das Zimmer, liess aber Bentivegni mit dem Befehl zurück, nicht eher zurückzukommen, bis er Heydrich gesprochen habe. SS-Gruppenführer Müller erhielt darauf den wenig angenehmen Auftrag mit Bentivegni zu sprechen und ihn zum Weggehen zu bewegen. Canaris wandte sich daraufhin offenbar an Keitel mit der Bitte um Vermittlung. Nach einem Telefonanruf Keitels erklärte sich Heydrich schliesslich bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es kam dann auf Einladung von Heydrich zu einem gemeinsamen Mittagessen zwischen beiden am Wannsee, bei dem beide die strittigen Punkte selbst formulierten und unterschrieben, so dass für die weiteren Vereinbarungen lediglich keine der Rahmen besprochen zu werden brauchte, dessen Formulierung keine weiteren Schwierigkeiten mehr bereitete.

Diese neuen Vereinbarungen wurden schliesslich in einer gemeinsamen Tagung der Leiter der Staatspolizei-, Kriminalpolizei- und SD-Abschnitte sowie der Abwehrstellen im Mai 1942, eine Woche,

bevor das Attentat auf Heydrich verübt wurde, auf der Burg in Prag bekanntgegeben.

Canaris zeigte sich über den Tod Heydrichs sehr erschüttert. Als ich ihn bei der Beisetzungsfeier sprach, drückte er mir mit Tränen in den Augen sein und seiner Dienststelle Beileid aus und versicherte, dass er Heydrich als grossen Menschen ausserordentlich geschätzt und verehrt habe und nun an ihm einen treuen Freund verliere.

Die Beziehungen Kaltenbrunners, der im Jahre 1943 seine Dienstgeschäfte übernahm, zu Canaris vollzogen sich äusserlich etwa in dem gleichen Rahmen wie bisher. Auch zwischen ihnen kam es zu gegenseitigen Einladungen. Ich selbst wurde einmal von Kaltenbrunner zum Abendessen bei Canaris mitgenommen, das in Zossen, wohin Canaris mit einem Teil seiner Dienststelle und allen seinen Abteilungsleitern ungezogen war, stattfand. Canaris war gerade von einer Reise nach Italien zurückgekehrt, wo kurz vorher Mussolini gestürzt worden war, war in Venedig mit Amé, dem Leiter der italienischen Abwehr zusammengetroffen und erzählte, von seinen Erlebnissen. Er betonte dabei, er halte es persönlich und nach dem Eindruck, den er von Amé erhalten habe, für ausgeschlossen, dass Italien selbständig etwas unternehmen werde, um den Krieg zu beenden.

Bei einem späteren Abendessen bei Canaris - etwa 4 Wochen später - zu dem ich in Begleitung Schellenbergs ging, übergab Canaris dann Schellenberg eine grössere Ausarbeitung, in der - inzwischen war der Waffenstillstand Italiens mit den Westmächten Tatsache geworden - er eine Zusammenstellung aller der Meldungen wiedergab, die bereits seit Jahren von der militärischen Abwehr an Keitel gegeben worden seien, und in denen eindeutig davon die Rede war, dass Italiens Wehrmachtführung planmässig zu einem Sonderfrieden unter gleichzeitiger Ausschaltung Mussolini's treibe. Keitel habe sich geweigert, - so betonte Canaris - diese und ähnliche Meldungen dem Führer vorzulegen, weil sie mit den Meldungen der deutschen Botschaft nicht übereinstimmten und den Führer unnütz erregen würden. Canaris erzählte weiter, Amé sei unmittelbar nach seinem - Canaris - letzten Zusammentreffen mit ihm von Badoglio abgelöst worden und habe eine Division erhalten. Den Befehl habe er aber nicht übernommen, sondern sei auf dem Wege zu seinem neuen Dienstort verschwunden. Er vermute,

er sei ungebracht worden. Hiernach habe ich Canaris meiner Erinnerung nach erst wiedergesehen, nachdem er im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20.7.44 festgenommen worden war. Die Gründe, die dazu geführt haben, Canaris Anfang 1944 von seinem Amt abzulösen, kenne ich nicht. Ich kann sie nur vermuten. Anlass zu dieser Massnahme war jedenfalls der Fall Vermehren. Es handelte sich dabei um Folgendes:

Vermehren, Gefreiter und Angehöriger der Abwehrstelle (KO) in Ankara, war mit seiner Ehefrau, einer geborenen Gräfin Plettenberg, zum Gegner übergegangen und hatte ziemlich umfangreich Verrat geübt, sodass das Netz der gesamten Abwehr und der deutschen Nachrichtendienstes in der Türkei dem Feinde bekannt geworden war und weiterhin die Gefahr bestand, dass die Beteiligten durch die türkische Polizei festgenommen werden würden. Der Führer soll über diese Meldung sehr erobost gewesen sein. Er soll insbesondere Canaris übelgenommen haben, dass er nicht rechtzeitig etwas unternommen habe, um die Angelegenheit zu verhindern. Nach einer Darstellung, die auf Fegelein zurückgeht, will dieser bei dem Gefühlsausbruch des Führers geäußert haben, der Führer solle doch den ganzen Kram dem Reichsführer SS übertragen. Darauf habe der Führer geäußert, das werde er auch tun und habe den Reichsführer SS zu sich befohlen, um ihm die neue Aufgabe zuzuwiesen.

Ich selbst wurde an einem Sonntag nachmittag im Februar 1944 plötzlich von der Adjutantur des Chefs Sicherheitspolizei aufgefordert, mich sofort zu einer Fahrt nach Posen vorzubereiten. In Posen stand der Sonderzug des Reichsführers SS, in dem ich mich bei Kaltenbrunner, Müller und Schellenberg zu melden hatte. Mit mir waren noch befohlen Dr. Sandberger und Dr. Schmitz (beide Amt VI). Kaltenbrunner teilte uns die Entscheidung des Führers mit und bat uns, ihn zu beraten, welchen Vorschlag er nun dem Reichsführer und dem Führer hinsichtlich der Übernahme der Aufgabe machen solle. Er fügte hinzu, der Reichsführer SS wünsche nur soviel zu übernehmen, als auch verdaut werden könne. Auch Müller vertrat besonders diesen Standpunkt, während Schellenberg offenbar den Standpunkt vertrat, möglichst alles, was bisher Canaris unterstanden hatte, für den Reichsführer SS zu übernehmen. Ich selbst war vor allem wegen meiner Sachkenntnis zu der Besprechung zugezogen worden, ebenso Dr. Schmitz. Schliesslich

entschloss sich Kaltenbrunner, dem Reichsführer folgenden Erlass für den Führer etwa inhaltlich vorzuschlagen:

- 1) Ich befehle die Errichtung eines einheitlichen deutschen geheimen Meldedienstes.
- 2) Mit der Führung dieses geheimen Meldedienstes beauftrage ich den Reichsführer SS. Dieser und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht vereinbaren gemeinsam, unter welchen Umständen der militärische Nachrichtendienst in den geheimen Meldedienst zu überführen ist.

Der Reichsführer SS erklärte sich am Tage darauf im Prinzip mit der Fassung einverstanden. Darauf begab sich Kaltenbrunner am Tage darauf ins Führerhauptquartier und erhielt auch nach vorheriger Abstimmung des Erlasses mit Jodl und Keitel die Unterschrift des Führers. Der Führer habe ihn, so erzählte Kaltenbrunner, lediglich gefragt, ob er nun auch alles habe, was er brauche, worauf er erwidert habe, jetzt fehle ihm noch der Nachrichtendienst des Auswärtigen Amtes.

Die Nachricht von der Ablösung Canaris und der Übertragung seines Amtes auf den Reichsführer SS bzw. den Chef der Sicherheitspolizei hatte sich inzwischen wie ein Lauffeuer in den interessierten Kreisen, vor allem unter den Angehörigen der militärischen Abwehr, verbreitet. Damit verbunden liefen die unsinnigsten Gerüchte um. Nur teilweise wurde die Massnahme aus sachlichen Gründen begrüßt, weil damit - wie man sagte - zwei zu einander gehörende Organisationen zusammengefasst worden seien, wobei dem zweifellos stärkeren der beiden bisherigen Führer die Gesamtführung übertragen worden sei. Die meisten der unmittelbar Betroffenen - die Angehörigen der Abwehr - standen ihr mit Misstrauen und gemischten Gefühlen gegenüber, weil sie befürchteten, dass sie ihnen gewisse persönliche Nachteile vor allem in materieller und im Hinblick auf berufliche Aussichten bringen würde.

Jedenfalls ergab sich die Notwendigkeit, um die Unruhe zu dämmen und das Auftreten weiterer wilder Gerüchte zu verhindern, die zur Übernahme erforderlichen organisatorischen Massnahmen sofort in Angriff zu nehmen. Canaris war mit sofortiger Wirkung beurlaubt und vom Dienst suspendiert worden. An seiner Stelle führte Bürckner nur für seine Amtsgruppe die Verhandlungen, während für die drei Abwehrabteilungen Bentivegni als Stellvertretender Amtschef vorübergehend eingesetzt worden war. Die ersten Besprechungen standen unter Leitung des Chefs des Wehrmacht-

zentralamtes, Generalleutnant Winter, der von Keitel entsprechende Vollmachten erhalten hatte. Sie führten im Wesentlichen bereits zu der Lösung, die dann später endgültig gefunden wurde: Die Amtsgruppe Ausland unter Bürkner sollte bei der Wehrmacht verbleiben als Bestandteil des OKW. Der Reichsführer SS hatte sich nur ausbedungen, dass die deutschen Militär- und Waffenattachés im Auslande sich bei dienstlichen Aufenthalt in Berlin auch bei ihm meldeten und ihm Vortrag halten sollten. Ebenfalls sollten ihre Berichte dem Reichsführer SS, dem Chef Sicherheitspolizei und dem Amt VI zur Kenntnisnahme und Auswertung zugeleitet werden.

Die Abwehrabteilungen I und II sollten zusammengefasst werden und unter Führung des bisherigen Abteilungschefs Abw. I Oberst Hansen zu einem militärischen Amt (Amt Mil.) ins Reichssicherheitshauptamt überführt werden, dessen Amtschef Oberst Hansen werden sollte, der auch mit den gesamten Überleitungsgeschäften beauftragt wurde. Der bisherige Leiter der Abwehrabteilung II, Oberst von Freytag-Loringhoven, wurde im OKH als Leiter der Heerwesenabteilung versetzt.

Die Zentralabteilung, deren Leiter nach dem Weggang Osters Oberst Jacobsen geworden war, und in der im Wesentlichen die alle Abteilungen des Amtes berührenden Fragen - Personal - Finanz - Rechtsfragen - bearbeitet wurden, sollte aufgelöst und die einzelnen Arbeitsgruppen den ihnen korrespondierenden Arbeitsgruppen im Reichssicherheitshauptamt angegliedert werden.

Hinsichtlich der Abwehrabteilung II war eine Sonderregelung notwendig. In ihr wurden teilweise Aufgaben wahrgenommen, die ausschliesslich sich mit Vorgängen in der Truppe befassten und ein direktes Hineinarbeiten in die Truppe erforderlich machten (Aufgaben der Gruppe III W mit den Referaten III H, III Luft, III M = Abwehr in der Truppe, Beratung der Kommandeure in Abwehrangelegenheiten u. ähnl. Fragen). Es wurde verabredet, dass diese Aufgaben auch weiterhin bei der Wehrmacht verbleiben sollten und die Arbeitsgebiete als eine Abteilung "Truppenabwehr" unter Führung von Oberst Martini (stellvertr. Abteilungschef der Abw. Abtlg. III) dem I C-Offizier des Wehrmachtsführungsstabes, Oberst von Süsskind-Schwendi unterstellt werden sollte. Die

gleiche Regelung erfolgte für die Gruppe III G (die Stelle im OKW, die bei Hoch- und Landesverratsachen für die Abgabe der Gutachten zuständig war, zur Frage, ob es sich bei Verratsachen um ein Staatsgeheimnis handelte bzw. ob es sich - bei Wehrmittelbeschädigung - um ein Wehrmittel handelte usw.), sowie für die Gruppe III D (die Stelle, die die Aufgabe hatte, den Gegner, vor allem durch Gegenspiele und Gegenspionage - durch falsche bzw. irreführende Angaben zu täuschen). Für die Gruppe III W 2 wurde die gleiche Lösung - jedoch lediglich als vorübergehende Lösung - verabredet. Die Gruppe III W 2 hatte die Aufgabe, den vorbeugenden Geheimschutz von allen Geheim- vor allem allen Vergeltungswaffen sicherzustellen. Hierbei handelte es sich um eine Aufgabe, die nur teilweise im militärischen Sektor zu erledigen war, die teilweise auch den zivilen Sektor miterfasste. Es wurde verabredet, dass die Gesamtaufgabe geteilt werden sollte: soweit es sich um den vorbeugenden Geheimschutz innerhalb der Wehrmacht (Truppe und Wehrmachtbetriebe und -Einrichtungen) handelte, sollte die bisherige Gruppe III W 2 wie bisher unter Führung der Abt. Truppenabwehr stehend zuständig sein, während für alle den zivilen Bereich berührenden Fragen die ausschliessliche Zuständigkeit des Reichssicherheitshauptamtes (Referat IV A 3 b - Industriesicherung) gegeben sein sollte. Die endgültige Entscheidung darüber, ob es bei dieser Lösung bleiben sollte, sollte von einer Überprüfung abhängig gemacht werden, die nach einem halben Jahre stattfinden sollte. Die übrigen Aufgabengebiete gingen auf das Reichssicherheitshauptamt über: die bisherige Gruppe III W 1 unter Oberstleutnant Keller (die im Wesentlichen die Führung und Betreuung der militärischen Abwehrbeauftragten in den Betrieben und die Fragen des vorbeugenden Abwehrschutzes der kriegs- und lebenswichtigen Industrie überhaupt zu bearbeiten hatte) wurde in das Referat IV A 3 b (Industriesicherung) einbezogen. Damit konnte eine in der Praxis wichtige Massnahme durchgeführt werden. Die Unterscheidung "militärischer" und "politischer" Abwehrbeauftragter in den Betrieben konnte entfallen und die Führung der Abwehrbeauftragten allein den Staatspolizeistellen übertragen werden, während sie bisher ihre Weisungen teils von den Staatspolizeistellen, teils von den Abwehrstellen erhalten hatten.

Die bisherige Gruppe III N (oder V?) unter Korvettenkapitän Klaus wurde - teilweise - dem Referat IV A 3 a im Reichssicherheitshauptamt angegliedert. Die Aufgabe dieser Gruppe war es ge-

wesen, den vorbeugenden Schutz aller der Nachrichtenübermittlung dienenden Einrichtungen gegen Ausspähung, Spionage, Sabotage und Missbrauch sicherzustellen. Sie hatte aus diesem Grund engste Verbindung mit dem Reichspost- und Reichsverkehrsministerium zu halten. Von ihr und den ihr nachgeordneten Dienststellen bei den Abwehrstellen wurden u.a. die Genehmigung zur Führung von Auslandsferngesprächen und zur Übermittlung von Telegrammen ins Ausland erteilt. Ausserdem unterstanden bzw. wurden führungs-mässig von III N gesteuert die vom OKW seit Kriegsbeginn eingerichteten Auslandsbriefprüfstellen (ABP) und Auslandstelegrammprüfstellen (ATP), die auch im Gegensatz zu den übrigen Dienststellen der militärischen Abwehr von III N unter eigener Verantwortlichkeit personell besetzt bzw. unbesetzt wurden. Hier wurde auf Weisung des Amtschefs IV eine völlige Umorganisation durchgeführt.

Zur zentralen Führung der Auslandsbrief- und telegrammprüfstellen wurde eine Zentralstelle für die Auslandsbrief- und telegrammprüfstellen geschaffen, die sich Müller selbst unterstellte, und deren Leitung er dem SS-Obersturmbannführer Johannes Müller übertrug, der mein Amtsnachfolger in Lublin gewesen und dort inzwischen von dem SS-Obersturmbannführer Pütz abgelöst worden war. Müller wurde im März 1945 wegen seines Gesundheitszustandes abgelöst und durch Standartenführer und Oberst d. Polizei Dr. Blume (früher Gruppenleiter I A im RSHA, dann F.d.S. Düsseldorf und B.d.S. Athen) ersetzt. Die Aufgaben der personellen Besetzung der ABP und ATP wurden von der bisherigen Gruppe III N dem Amt I des Reichssicherheitshauptamtes als der dazu zuständigen Fachstelle übertragen. Damit blieben für die bisherige Gruppe III N nur noch die Aufgaben des vorbeugenden Abwehrschutzes der Nachrichtenwege. Es ergab sich dadurch die Möglichkeit, eine Reihe von Offizieren der Wehrmacht wieder für andere Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Schwierigkeiten bereitet zunächst die Aufgliederung der bisherigen Gruppe III F, die unter der Führung von Oberst Rohleder stand und sich mit der Bearbeitung der sogenannten Gegenspionage zu befassen hatte. Sie war organisatorisch in Länderreferate untergegliedert, ähnlich der Einteilung der Gruppe IV B des Reichssicherheitshauptamtes. Die Aufgliederung wurde so durchgeführt, dass die einander entsprechenden Referate der Gruppe III F

und der Gruppe IV B zu einheitlichen Referaten zusammengelegt wurden. Oberst Rohleder selbst, ein fachlich anerkannt tüchtiger, ideenreicher und mit eigener Initiative begabter Offizier, wurde dem Gruppenleiter IV B als militärischer Berater zur Seite gestellt.

Die Gruppe III A als Chefgruppe der Abwehrabteilung hatte etwa ähnliche Aufgaben, wie sie im Amt IV von der Geschäftsstelle durchgeführt wurden. Sie wurde aufgegliedert. Ihr Leiter, Oberstleutnant Kleinsberg, sowie die meisten seiner Mitarbeiter traten zu der Abteilung Truppenabwehr unter Oberst Martini unter Weiterführung ihrer bisherigen Aufgaben, nur wenige - ich glaube 2 Offiziere - wurden zum Reichssicherheitshauptamt versetzt und traten dort teils in der Geschäftsstelle IV teils im Amt I in Dienst.

Schliesslich war noch über die weitere Verwendung der Angehörigen der Gruppe III C zu entscheiden. Die Aufgaben dieser Gruppe deckten sich zum grössten Teil mit solchen, die bereits seit langem vom Reichssicherheitshauptamt erledigt wurden (z.B. Abwehrbeauftragte bei den Behörden, Verbindung zu Behörden u.ä.). Auf eine formelle Übernahme konnte verzichtet werden. Ein Teil der in dem Aufgabengebiet tätigen Offiziere wurde von der Sicherheitspolizei übernommen, der grösste Teil jedoch von der Wehrmacht in anderer Stellung als bisher weiterverwandt.

Die Übernahme der dem bisherigen Amt Ausland/Abwehr nachgeordneten Dienststellen (Abwehrleitstelle Paris, Abwehrstellen, Abwehrenebenstellen, Ko-Stellen) erfolgte nach folgenden Gesichtspunkten: Soweit es sich um die Aufgaben handelte, die in der Zentralinstanz durch die Abwehrabteilungen I und II wahrgenommen worden waren, wurden sogenannte Meldebereiche gebildet, die Kommandeuren unterstellt wurden, die durchweg bisher als Abwehrstellenleiter oder in ähnlicher Eigenschaft verwandt worden waren ("Kommandeur des Meldebereichs Berlin" usw.). Die bisherigen KO-Dienststellen im Auslande wurden ebenfalls in "Kommandos der Meldebereiche" umbenannt (Kommando des Meldebereichs Spanien usw.). Die führungs-mässige Steuerung aller Dienststellen im Auslande oblag ausschliesslich dem Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes. Soweit den Dienststellen im Auslande Angehörige des bisherigen III F-Dienstes zugeteilt waren, erhielten diese ebenfalls Weisungen ausschliesslich durch das Amt IV. Das Amt IV war, lediglich berechtigt, Wünsche und Anregungen an das Amt IV für das Tätig-

werden der Dienststellen im Auslande weiterzugeben. Zu diesem Zwecke war im Amt IV eine Art von Verbindungsstelle eingerichtet und dem SS-Sturmabannführer Kriminaldirektor Dr. Schmitz unterstellt worden, der gleichzeitig persönlicher Referent von Schellenberg war, und für diese Aufgabe von Oberstleutnant Freund unterstützt wurde (Freund war vorher einer der engsten Mitarbeiter Rohleders gewesen). Man wollte mit dieser Regelung verhindern, dass seitens des Reichssicherheitshauptamtes mehrere Dienststellen nach dem Auslande Weisungen erteilten und eine einheitliche Steuerung der ausländischen Kommando-Meldebereiche erzielen, zugleich sicherstellen, dass die erstatteten Berichte in einer Hand zusammenliefen.

Soweit die bisher von der Abwehrabteilung III bearbeiteten Angelegenheiten in der Zuständigkeit der Wehrmacht verblieben (III W, III H, III Luft, III M, III W 2 vor allem) wurden sie bei den Wehrkreiskommandos von einem Abwehroffizier weiter wahrgenommen, der dem I C-Offizier des stellvertretenden Generalkommandos unterstellt wurde. Die übrigen Aufgaben wurden von der Staatspolizeistelle zusammen mit den bisherigen Bearbeitern übernommen, die sich am Orte der bisherigen Abwehr- oder Abwehrnebenstelle befand. Ebenso wurden die Auslandsbrief- und telegrammprüfstellen insgesamt von den Staatspolizeistellen an ihrem Dienstsitz übernommen und dem Leiter der Staatspolizeistelle unterstellt (es handelte sich dabei fast immer um personell sehr starke Dienststellen, z.B. umfasste die ABP Berlin einen Personalbestand von etwa 3000 Personen.) Nachdem die Einzelheiten der Übernahme in zahlreichen Einzelbesprechungen geklärt und in Organisationserlassen festgelegt worden waren, wurde die Übernahme auf den 1. Juni 1944 festgelegt. Vorher hatte der Reichsführer SS die leitenden Abwehroffiziere zu einer mehrtätigen Tagung nach Salzburg eingeladen, auf der er das Wort zu einer mehrstündigen Aussprache ergriff, in der er seine Auffassung zu den Aufgaben des Melde- und Abwehrdienstes von sich gab. Es ergab sich dabei, dass das Hauptinteresse des Reichsführers dem Nachrichtendienst im Auslande galt, den auszubauen er als eine in Krieg und Frieden sehr wichtige Aufgabe bezeichnete. Ausser ihm sprachen noch Kaltenbrunner, Schellenberg, sehr kurz Müller, Hansen, ferner vom Amt IV Steinle und Paeffgen über ihre Arbeitsgebiete.

Über die leitenden Offiziere der Abwehrabteilung III kann ich noch folgendes sagen:

Oberst v. Bentivegni kam im März 1944 endgültig zur Fronttruppe zurück, wurde zunächst Regiments-, dann Divisionskommandeur und bald darauf zum Generalmajor befördert. Seine Division stand an der Kurlandfront und wurde mehrfach lobend im Wehrmachtbericht hervorgehoben. Er selbst soll mit dem Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden sein. Bentivegni entstammte einer alten preussischen Offiziersfamilie, seine Frau war in Mecklenburg begütert. Er war in Potsdam geboren und rein küsserlich der Typ eines preussischen Offiziers, ich habe ihn nie ohne Monokel gesehen. So wie er küsserlich immer korrekt und sauber auftrat, schien er mir auch innerlich gerade, sauber und anständig zu sein. Sein Verhältnis zu Canaris war küsserlich gut und scheinbar herzlich. Aus Kameradenkreisen wurde jedoch geäußert, dass beide nicht in bestem Verhältnis zu einander ständen, dass Bentivegni Canaris vor allem wegen seiner verschlagenen und unaufrichtigen Art innerlich abgelehnt habe. (-Crew-Kameraden von Canaris sprachen von ihm als von "dem schmierigen Griechen". Canaris betonte wohl auch deshalb immer wieder, dass er nicht griechischer Abstammung sei. Er liess deshalb auch seinen Stammbaum drucken und übergab u. a. auch mir einmal ein Exemplar "zur Vervollständigung der Akten", wie er sich ausdrückte. Danach stammten seine Vorfahren aus Italien. Ein Neffe von Canaris, Dr. Konstantin Canaris, war in der Sicherheitspolizei tätig und zuletzt B. d. S. in Brüssel, vorher F. d. S. in Königsberg.-)

Nachfolger von Bentivegni wurde ein junger Oberst Heinrich, der von der Fronttruppe kam und vorher I A-Offizier bei einer Division gewesen war, die im Mittelabschnitt der Ostfront gelegen hatte. Infolge seines bereits erwähnten Autounfalls war er lange Zeit arbeitsunfähig und konnte sich nicht entfalten. Er hatte früher schon einmal Bentivegni abgelöst als dieser seine Dienstgeschäfte als I C-Offizier und Leiter der Abwehrstelle Wiesbaden abgab und I A-Offizier in einer in Köln liegenden Division wurde. Heinrich wurde nach der Auflösung des Amtes Ausland/Abwehr zunächst beurlaubt und sollte später wieder in einer Frontstelle verwendet werden. Ich habe dann nichts weiter von ihm gehört.

Vertreter von Bentivegni war längere Zeit hindurch Oberst Jacobsen, gleichzeitig Leiter der Gruppe III W. Jacobsen war wie Bentivegni ein küsserst korrekter und anständiger Offizier, mit dem sehr gut

zusammenzuarbeiten war. Nach der Ablösung des Generalmajors Oster wurden ihm die Funktionen des Leiters der Abteilung Z Zentralabteilung (Personal, Finanz- u. Rechtsangelegenheiten) übertragen. In dieser Stellung trat er nach aussen kaum in Erscheinung vor allem wohl auch deshalb, weil ihm die Stellung eines Chefs des Stabes, die Oster innegehabt hatte, nicht übertragen worden war.

Sein Nachfolger wurde Oberst Martini, der vorher Leiter der Gruppe III C gewesen war und nach der Auflösung des Amtes Chef der Abteilung Truppenabwehr beim I C-Offizier des Wehrmachtführungsstabes wurde. Auch zu Martini bestand seitens des Amtes IV ein korrektes und gutes dienstliches Verhältnis.

Leiter der Gruppe III W 2 war Major Klamrdt, Reserve-Offizier, von Beruf Fabrikbesitzer in der Nähe von Nordhausen im Harz, sehr tüchtig, ehrgeizig, der eine Dänin zur Frau hatte und einige Jahre der Abwehrstelle Dänemark in Kopenhagen zugeteilt gewesen war. Klamroth war durch seinen Schwiegersohn, der ebenfalls Klamroth hiess und als Oberstleutnant im OKH Dienst tat, über die Putschabsichten zum 20.7.44 unterrichtet und aus diesem Grunde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt hingerichtet.

Der Leiter der Chefgruppe III A (etwa Geschäftsstelle) war Oberstleutnant Kleineberg. Dieser war vor 1933 Polizeiverwaltungsbeamter (Polizeiinspektor) im Rheinland gewesen und angeblich (nach einer nicht nachgeprüften Meldung!) wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen oder der Zentrumsparterie auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Beamtentum entlassen worden, dann als ehemaliger Weltkriegsoffizier reaktiviert worden und zur Abwehr gekommen. Er galt als stark katholisch eingestellt. Ihm wurde nachgesagt, dass er eine ausgesprochen katholische Personalpolitik betrieben habe. Einer seiner engeren Mitarbeiter war Major Rumpel, ebenfalls Rheinländer und aus der Gegend von Wiesbaden stammend, über den mir nichts Näheres bekannt ist.

Der Leiter der Gruppe III C - Oberst Kuhnow - war ein kranker Mann, der keine nennenswerte Tätigkeit ausübte, zumal die Bedeutung seiner Gruppe immer mehr herabsank.

Der Leiter der Gruppe III N, Korvettenkapitän Klaus, war von Beruf Bankbeamter, bei einer Berliner Bank. Er war persönlich über seine Übernahme ins Reichssicherheitshauptamt nicht erfreut und betrieb seine Freigabe zur Wehrmacht, die schliesslich auch erfolgte. In welcher Stellung er dort später verwandt worden ist, ist mir nicht bekannt geworden. M.W. ist er einem Wehrbezirkskommando zugeteilt worden.

Erwähnung verdient noch Oberstleutnant Cartelieri, der Leiter der Gruppe III D, der auf seinem Arbeitsgebiet - Irreführung des Gegners - eine bemerkenswerte Energie und Initiative entwickelte. Einer seiner engsten Mitarbeiter war ein Leutnant Dr. Naber, der besonders bestrebt war, die Sicherheitspolizei bei der Führung der Funkspiele (IV A 2) prompt und gut mit ausreichendem Täuschungsmaterial zu versehen, was nicht immer einfach war.

Ich habe versucht, mit den obigen Darlegungen das zu umreissen, was mir im Laufe meiner dienstlichen Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt und auch ausserdienstlich über Canaris und seine Mitarbeiter bekannt geworden ist. Unberücksichtigt gelassen habe ich dabei, die Verbindungen zwischen den Angehörigen des Amtes Ausland/Abwehr und den an den Ereignissen des 20. Juli 1944 beteiligten Personen darzustellen. Ich beabsichtige dies zu tun, wenn ich mich zu diesem Thema im Zusammenhang zu äussern habe.

Abschrift

25-24917-37

Anlage zur Aussage Huppenkothen zum
20. Juli 1944.

Hinsichtlich der Organisation der deutschen Polizei hatte man sich entschlossen, zunächst die bisherige Organisation beizubehalten, d.h. sie einem dem Reichsinnenminister unterstellten Chef der deutschen Polizei und - diesem nachgeordnet - einem Chef der Ordnungs- und Sicherheitspolizei zu unterstellen. Lediglich die Geheime Staatspolizei sollte als solche nicht beibehalten, sondern ihre Funktionen wieder von der Kriminalpolizei mitübernommen werden.

Schwierigkeiten bereitete die personelle Besetzung. Als Chef der deutschen Polizei war der inzwischen zum Generalmajor beförderte Hans Henning von Tresckow vorgesehen, der jedoch zunächst noch an der Front als Chef des Generalstabes der IV. Armee stand. Bis zur Übernahme der Geschäfte durch ihn sollten die Geschäfte durch den Berliner Polizeipräsidenten Graf von Helldorf geführt werden, auf dessen weitere Mitarbeit man aber im Hinblick auf seine etwas anrühige Vergangenheit und seinem schlechten Ruf glaubte besser verzichten zu sollen.

Als Chef der Ordnungspolizei sollte einer der Polizeigenerale bestellt werden, die sich der neuen Regierung unterstellen würden. Man dachte vor allem an einen der altgedienten Polizeioffiziere, ohne sich festzulegen.

Das Amt des Chefs der Sicherheitspolizei sollte von Tresckow mitverwaltet werden. Lediglich als sein Vertreter sollte der aus der Geheimen Staatspolizei hervorgegangene Regierungspräsident SS-Brigadeführer v. Canstein, der damals als Kriegsverwaltungschef beim Militärverwaltungschef in Italien Dienst versah, herangezogen werden. Er war der Nachfolger Schulenburgs als Vizepolizeipräsident von Berlin gewesen und von ihm als Fachmann sehr geschätzt.

Im Übrigen war die Aufstellung einer Ministerliste bzw. Liste der als "Beauftragte" vorgesehenen Personen bis zum 20. Juli 1944 nicht möglich gewesen, weil einmal zwischen dem Grafenkreis und Goerdeler, zum anderen mit den Vertretern der Gewerkschaften, die etwas ausserhalb standen und hinsichtlich des Zeit-

punktes des Attentats ebenso wie Goerdeler nicht vorgewarnt waren, kein endgültiges Übereinkommen erzielt worden war. Die letzte Entscheidung hatte sich Beck vorbehalten.

Für das Auswärtige Amt standen als Kandidaten der ehemalige Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, und der ehemalige Botschafter in Rom, von Hassell, zur Verfügung. Beck schätzte besonders von Hassell, dem gute Beziehungen zu den Westmächten nachgesagt wurden. Da man aber nicht klar war, ob nicht gleichzeitig mit den Westmächten auch in Moskau verhandelt werden sollte, hat sich Beck noch nicht entschlossen.

Aussage Huppenkothen
Tätigkeitsgebiet der Abteilung IV A 3

Die Abteilung IV A 3 hat nach der Umgliederung des RSHA - Amt IV - im Wesentlichen die Funktionen der alten Gruppe IV E übernommen. Die vier Länderreferate (IV E 3, 4, 5, und 6) der Gruppe IV E hatten sich vor dem Kriege auf die Bekämpfung der Nachrichtendienste der ihnen übertragenen Länder jeweils spezialisiert (IV E 3 im Wesentlichen Frankreich-Belgien-Schweiz; IV E 4 England-Nordamerika; IV E 5 vor allem Polen, IV E 6 Tschechoslowakei). Bei der Besetzung der meisten dieser Länder war es teilweise gelungen, Karteien und Aktenunterlagen sicherzustellen, deren planmäßige Auswertung dazu führte, die alten Nachrichtenorganisationen ganz oder teilweise zu zerstören. Die Auswertung dieser Unterlagen erfolgte teils durch Dienststellen der Geheimen Staatspolizei, teils auch durch die militärische Abwehr. So wurde z.B. die Aufrollung der französischen Nachrichtendienststellen fast ausschliesslich durch die Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei in Metz durchgeführt, der zu diesem Zweck Beamte zugeteilt wurden, die bis dahin den Abwehrreferaten bei den Staatspolizeistellen im Westen des Reiches angehört hatten (Karlsruhe, Saarbrücken, Trier usw.) und die als Spezialisten gelten konnten. Das Referat IV E e schaltete sich in diese Aufgabe im Einzelfalle im Allgemeinen nicht ein, es erhielt nur durch Formblatt Kenntnis.

Die Auswertung des bei der Besetzung der Tschechoslowakei und Polens beschlagnahmten Materials erfolgte durch Auswertestellen, die zu Beginn des Krieges von dem Amt Ausland/Abwehr eingerichtet worden waren (Leiter: Hauptmann Abt im Zivilberuf Kriminalrat bei der Kriminalpolizeistelle Berlin). Nach Auswertung der Akten erfolgte von der Auswertungsstelle unmittelbar deren Übersendung an die örtlich zuständige Staatspolizeistelle, der die weitere kriminalistische Arbeit oblag. Das zuständige Fachreferat (IV E 5 bzw. IV E 6) wurde hiervon ebenfalls nur durch Formblatt unterrichtet. Diese militärischen Dienststellen wurden im Frühjahr 1944 ins RSHA überführt und dem zuständigen

Länderreferat der Gruppe IV B unterstellt, von wo ihnen auch andere Aufgaben übertragen wurden. So hatte z.B. die Dienststelle des Hptm. Abt schon vorher die Auswertung von umfangreichen Aktenmaterial durchgeführt, das bei der Aufrollung von Nachrichtenstellen der polnischen Widerstandsbewegung angefallen war. Neben dieser speziellen Tätigkeit, die in den sog. Länderreferaten erfolgte, war ein Referat -- IV E 1 -- dazu bestimmt worden, die für die allgemeine Steuerung der Bekämpfung des Landesverrats erforderlichen allgemeinen und grundsätzlichen Weisungen zu erlassen. Diesem Zweck diente vor allem ein Mitteilungsblatt (zunächst Mitteilungsblatt der Gruppe IV E genannt, nach dem 1.4.44 in "Abwehrmitteilungsblatt" umbenannt), das monatlich erschien und allen staatspolizeilichen Dienststellen übersandt wurde. Es enthielt neben einem Fahndungsteil einen speziellen Teil, in dem Berichte über besondere Feststellungen und Ereignisse zusammengefasst wurden, deren allgemeine Kenntnis für die Steuerung der Gesamtaufgabe von Bedeutung erschien. Später wurden hierin nicht nur Berichte über den feindlichen Nachrichtendienst aufgenommen, sondern auch Angelegenheiten, die von IV A 2 bzw. IV A 1 bearbeitet wurden. Ferner wurde ein Abschnitt angeschlossen, in dem solche Mitteilungen gesammelt wurden, die zur Bekanntgabe an die Abwehrbeauftragten geeignet erschienen. Die Gliederung des Blattes erfolgte dergestalt, dass die beliebigen Dienststellen in der Lage waren, die einzelnen Berichte zusammenzulegen, sodass eine fortlaufende spezielle Übersicht über die einzelnen Fachmaterien vorhanden war.

Nach der Besetzung fremdvölkischer Gebiete bestand die staatspolizeiliche Tätigkeit dort im Wesentlichen in der Bekämpfung der sogenannten Widerstandsbewegungen. Es ergab sich auch alsbald, dass eine besondere Nachrichtentätigkeit als solche fast gar nicht mehr in Erscheinung trat, dass diese vielmehr engstens mit der sonstigen Tätigkeit der Widerstandsbewegungen gekoppelt war. Die zentrale Bearbeitung der Angelegenheiten der Widerstandsbewegungen oblag im Amt IV der Gruppe IV D. Um ein Nebeneinanderarbeiten zu vermeiden, erfolgte schliesslich die Zusammenlegung der Gruppe IV D mit den Länderreferaten der Gruppe IV E. Dies war der tiefere Grund für die mit Wirkung vom 1.4.44 erfolgte Umgliederung des Amtes IV. Der so geschaffenen Gruppe IV B konnten sich nach Übernahme der Abwehr-Abteilung III organisatorisch die ebenfalls nach Länderreferaten arbeitende

Gruppe III F (Leiter: Oberst Rohleder) gut eingegliedert werden.

Für das als Fachreferat "Abwehr" bei IV A 3 a eingerichtete Referat ergab sich als wesentliche Aufgabe die Herausgabe des Mitteilungsblattes, daneben die Bearbeitung von besonderen Landesverratsfällen, die nicht in den Länderreferaten bearbeitet wurden. Ausserdem war als neue Aufgabe von der militärischen Abwehr das Tätigkeitsgebiet der Gruppe III IV (Leiter: Korvettenkapitän Klaus, nach dessen Ablösung Oberpoststrat (Kriegsverwaltungsrat Aubert) hinzugekommen (= vorbeugender Schutz der Nachrichtenverbindungen vor Ausspähung, Sabotage und Missbrauch).

Das Referat IV A 3 b war zunächst die Fortsetzung des Referates IV E 2. Dieses Referat war eingerichtet worden einmal zur Bearbeitung aller Angelegenheiten des staatspolizeilichen Tätigwerdens in der Wirtschaft überhaupt, insbesondere aber zum Schutze der Wirtschaft vor Ausspähung und Sabotage. Diese letztere Aufgabe wurde später in dem neuen Referat IV A 3 C unter der Bezeichnung "Industriesicherung" zusammengefasst und dem SS-Sturmbannführer Kriminalrat Tischer übertragen, während für das Referat IV A 3 B, das Oberstleutnant Keller übertragen wurde, die übrigen bisherigen Aufgaben verblieben. Hierzu gehörten vor allem die Bearbeitung von besonderen Korruptionsfällen und Fällen von Kriegswirtschaftsverbrechen, bei denen Betriebsführer oder in wichtigen staats- oder Parteidienststellen befindliche Personen irgendwie beteiligt waren, ferner Fälle von Ausspähung oder Landesverrat, die die Wirtschaft betrafen. Das Referat "Industriesicherung" - IV A 3 c - (als selbständiges Referat im Herbst 1944 eingerichtet) hatte die Aufgabe, die zum Schutze der Industrie (vor allem der sogenannten "Kriegs- und lebenswichtigen Betriebe") vor Ausspähung, Sabotage und Verrat erforderlichen Massnahmen generell anzuordnen und führungsmässig zu steuern. Das Amt Ausland/Abwehr und die ihm nachgeordneten Abwehrstellen hatten in den "Kriegs- und lebenswichtigen Betrieben" schon lange vor Kriegsbeginn "militärische Abwehrbeauftragte" ernannt, die dafür verantwortlich gemacht wurden, dass in diesen Betrieben alle erforderlichen Massnahmen, die in Dienst-anweisungen und ähnlichen Anordnungen zusammengefasst waren, beachtet wurden. Es wurden für diese Aufgabe im Allgemeinen solche Persönlichkeiten herangezogen, deren Stellung im Betriebe ihnen

eine gewisse Autorität gab (Betriebsführer oder - Stellvertreter, Personalchef o.ä.). Den gleichen Weg ging - allerdings etwa seit 1938 - die Geheime Staatspolizei, um sicherzustellen, dass auch alles getan wurde, um in den Betrieben staatsfeindliche Umtriebe zu verhindern. Zu diesem Zwecke wurden in den Kriegs- und lebenswichtigen, sowie in allen sonst wegen ihrer Grösse und Bedeutung oder der zahlenmässigen Stärke der Belegschaft bedeutsam erscheinenden Industrieanlagen neben den "militärischen Abwehrbeauftragten" sogenannte "politisch-polizeiliche Abwehrbeauftragte" ernannt. Die Auswahl der Personen erfolgte von den örtlich zuständigen Staatspolizeistellen, ebenso ihre Steuerung. Soweit wie möglich wurde versucht, als militärischen und politisch-polizeilichen Abwehrbeauftragten ein und dieselbe Person einzusetzen, was in den meisten Fällen auch durchgeführt wurde. Ganz gelang dies erst, nachdem die unter Führung des Oberstleutnants Keller stehende Gruppe III Wl. des Amtes Ausland/Abwehr zur Abteilung IV A 3 kam und sowohl die Steuerung der politisch-polizeilichen als der militärischen Abwehrbeauftragten in einer Hand zusammengefasst wurden (Juni 1944)-. Die Abwehrbeauftragten erhielten eine vom Chef der Sicherheitspolizei ausgestellte Bestallungsurkunde. Ihre Tätigkeit war ehrenamtlich.

Die zweite wichtige Aufgabe des Referates "Industriesicherung" war die Bearbeitung der Werkschutzangelegenheiten. Nachdem mit zunehmender Kriegsdauer fast alle deutschen Arbeitskräfte einberufen worden und an ihre Stelle ausländische Arbeitskräfte getreten waren, war die Gefahr der Ausspähung und Sabotage für die Industrie erheblich grösser geworden, die Möglichkeiten des vorbeugenden Schutzes dagegen geringer. Daher gewann die Einrichtung des Werkschutzes als einer Institution, derer sich die Polizei bedienen konnte, immer mehr an Bedeutung. Es war das Bestreben, auf die personelle Besetzung des Werkschutzes seitens der Geheimen Staatspolizei Einfluss zu nehmen, ebenso auf seine Ausbildung, um ihn langsam zu einer Art von Hilfspolizei heranzubilden, die die polizeiliche Tätigkeit in den Betrieben auszuüben bzw. zu unterstützen geeignet war. Diese Absicht hat sich letztlich nur teilweise durchführen lassen. Das Referat IV A 3 c hatte die generellen Weisungen hierzu erlassen, ihre Durchführung war Angelegenheit der nachgeordneten staatspolizeilichen Dienststellen.

Etwa im Herbst 1943 erhielt der Chef der Amtsguppe C (Bauten?) im SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, SS-Gruppenführer Dr. Kammler den Auftrag, bombensichere Fabrikanlagen zum Bau der V-Waffen zu errichten. Die ersten Anlagen wurden in zur Verfügung stehenden Stollen der "Wifo" (Luftwaffe) in Nordhausen eingerichtet. Weitere Anlagen wurden später unter Leitung von Kammler überall eingerichtet, nachdem der von ihm gefundene Weg offenbar von den interessierten Stellen anerkannt worden war. - Kammler hatte zur Durchführung dieses Sonderauftrages um die besondere Unterstützung der Geheimen Staatspolizei gebeten. Ausser der Bezeichnung "Abwehrbeauftragte" wurde ihm der SS-Obersturmbannführer Oberregierungsrat Bischof zugeteilt, der bis dahin Leiter der Staatspolizeileitstelle Magdeburg gewesen war. Nachdem etwa im Januar 1945 der Bereich des "Mittelwerkes", dem inzwischen die Entwicklung und der Bau aller wichtigen Geheimwaffen, insbesondere der V-Waffen übertragen worden war, als Sperrgebiet erklärt worden war, wurden Bischof die Funktionen eines selbständigen dem Reichssicherheitshauptamt untergeordneten Dienststellenleiters mit der Bezeichnung "Kommandeur der Sicherheitspolizei z.b.V." übertragen.

Die zentrale Bearbeitung aller hiermit und mit dem Schutz der Entwicklung und des Baues der V-Waffen überhaupt zusammenhängenden Fragen oblag einem dem Referat IV A 3 c angegliederten Sachgebiet, dessen Leiter der Kriminaldirektor Gans war. Soweit die Entwicklung der V-Waffen von Dienststellen der Wehrmacht erfolgte, wurden diese Fragen von einem dem Chef der Abteilung Truppenabwehr unterstehenden Referat bearbeitet, dessen Leiter zunächst Major Klamroth, nach dessen im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20.7.44 erfolgten Festnahme Oberleutnant Cartellieri war.

Das Referat IV A 3 G hatte im Wesentlichen die Aufgabe, in Landesverrats- und Hochverratsangelegenheiten Gutachten darüber abzugeben, ob es sich bei den verratenen Angelegenheiten um "Geheimsachen" handelte. Ihm gehörten zunächst SS-Obersturmbannführer Oberregierungsrat Renken als Leiter und SS-Hauptsturmführer Regierungsrat Engelmann als Vertreter an. Renken wurde zu Beginn des Jahres 1945 als Vertreter des Leiters der

Staatspolizeistelle nach Kattowitz versetzt. Eine weitere Aufgabe dieses Referats bestand in der Führung der Geschäfte eines Abwehrbeauftragten im Reichsinnenministerium. Praktisch ist diese Aufgabe kaum in Erscheinung getreten. Es wurde im Jahr 1944 lediglich eine zusammenfassende Darstellung von lehrhaften Fällen zum Unterricht bei den Behörden zur Verhinderung von Ausspähung, Verrat und Sabotage herausgegeben.

Abschrift

Aussage Huppenkothen
Verbleib der Angehörigen des Amtes IV

1) Etwa im Januar, nach dem Beginn der russischen Offensive, wurde zunächst aus den jüngeren Angehörigen des Amtes - soweit abkömmlich und militärisch vorgebildet - eine Alarmeinheit gebildet, die gegebenenfalls militärisch eingesetzt werden sollte. Die Angehörigen dieser Einheit traten später zu dem Sicherheitspolizei-Bataillon, das zunächst in Fürstenberg, dann in der Ausweiche "Hirschgarten" des Amtes I lag. Hierzu gehörten u.A.:

- SS-Stubaf. Krim.Rat Lange (IV Alb)
- SS-H' Stuf. Krim.Rat Hofmeister (IV A 3b)
- SS " " Mueller (IV A 5 b)

2) Die meisten Beamten traten zu der Gruppe, die nach Hof ging (sogenannte Gruppe P A II). In Berlin selbst verblieb nur ein Arbeitsstab mit wenigen Beamten. Dieser Arbeitsstab sollte ursprünglich geschlossen nach dem Süden abrücken, falls die militärische Lage das erforderlich machte, um zur Gruppe P A II zu stoßen. Nur die zugewiesenen Beamten, die in Berlin bleiben sollten, sollten zur Stapoleitstelle Berlin treten. Zu diesen gehörten:

Von IV A 2:

- SS-H' Stuf. Krim.Kom.Haupt
Kriminalkommissar Habecker
Kriminalinspektor Schulz

und etwa weitere 10 - 15 Beamte, die mir namentlich nicht bekannt sind

Von IV A 3:

- SS-Stubaf.Krim.Dir.Haessler (zweifelhaft)
- SS-U' Stuf.Krim.Kom. Sonderegger
- SS-O' stuf.Krim.Kom. Valentin (abgeordnet von Stapo Düsseldorf)
- Kriminalsekretär Kutzner

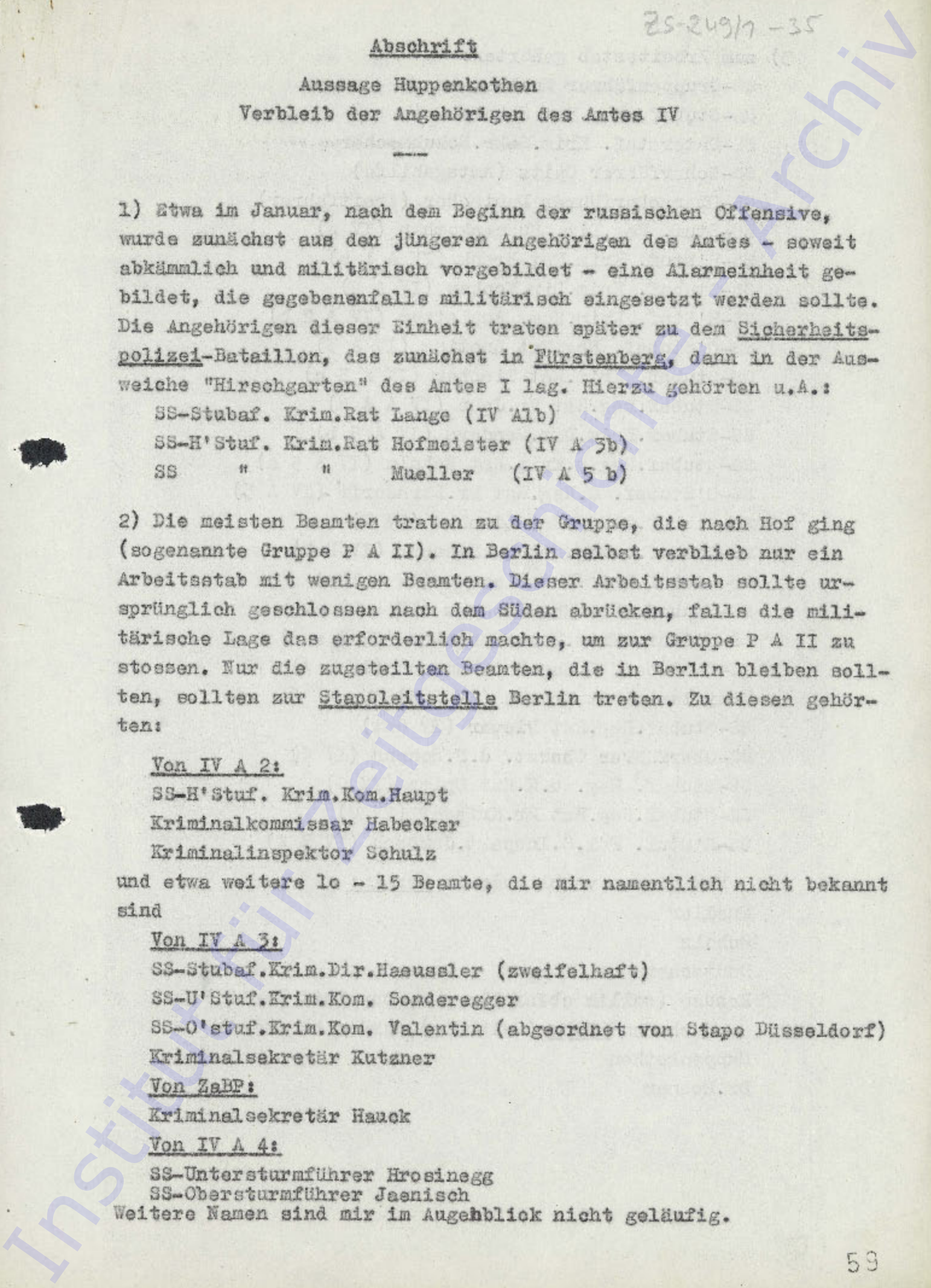
Von ZaBP:

- Kriminalsekretär Hauck

Von IV A 4:

- SS-Untersturmführer Hrosinegg
- SS-Obersturmführer Jaenisch

Weitere Namen sind mir im Augenblick nicht geläufig.



3) zum Arbeitsstab gehörten:

SS-Gruppenführer Mueller
SS-Stubaf. Reg.Rat Scholz
SS-Unterstuf. Krim.Sekr.Schuhmacher
SS-Scharführer Opitz (Amtsgehilfe)
SS-Oberscharführer Deutscher (Kraftfahrer)
SS-Stuf. Reg.Dir. Huppenkothen (IV A)
SS-H'Stuf. Krim.Rat Brank (IV A 1 a)
SS-Stubaf. Krim.Dir.Kopkow (IV A 2)
SS-H'Stuf. Krim.Kom. Ampletzer (IV A 2 b)
SS-O'Stubaf. Reg.Rat Queting (IV A 3)
SS-Stubaf. Krim.Rat Tischler (IV A 3 c)
SS-Stubaf.Reg.Rat Dr.Jahr (IV A 4 a)
SS-Stubaf.Krim.Dir.Sanders (IV A 5 b)
SS-Stubaf.Reg.u.Krim.Rat Schulz (IV A 5 a)
SS-O'Stubaf. O.Reg.Rat Dr.Berndorff (IV A 5)
SS-Stubaf.O.Reg.Rat Lischka (IV B)
SS-Stubaf.O.Reg.Rat Dr.Hoener (IV B 1)
SS-Stubaf.Krim.Rat Clemens (IV B 1 a)
SS-Stubaf. Reg.Rat Thomsen (IV B 2)
SS-H'Stuf. Krim.Kom. Haessler (IV B a A)
SS-O'Stubaf. O.Reg.Rat Baumann (IV B 4)
Ministerialrat Krause (IV B 4)
SS-Stubaf.Reg.Rat Pieper (IV Gt)
SS-Oberführer Oberst. d.P.Somann (IV G)
SS-Stubaf. Reg. u.K.Rat Opitz (IV G)
SS-Stubaf.Reg.Rat Dr.Krieger (IV G)
SS-H'Stuf. Pol.O.Inspekt.Jarosch (IV B 4)

Von diesen verblieben in Berlin:

Mueller

Scholz

Deutscher

Krause (sollte ebenfalls zur Stapoleit Berlin)

Nach dem Süden (Salzburg) wurden beordert:

Huppenkothen

Dr.Hoener

Die übrigen erhielten Befehl, am 21.4.45 nach Schwerin zu fahren und sich dort der Gruppe Nord anzuschliessen (Ohlendorf). Führer der Gruppe war Lischka. Ihr folgte später am gleichen Tage

SS-Stubaf. Hiner Werth (früher 2. Adjutant Chef Sipo)

SS-O'Stubaf. Oberreg. Rat Dr. Trenker (IV B 3)

der ebenfalls zum Arbeitsstab treten sollte, war damals krank. Ich habe später gehört, dass er sich im Lager Salzburg aufhalten sollte.

4) Zur Gruppe PA II gehörten u.a.:

SS-Stuf. Oberst d.P. Dr. Isselhorst

SS-Oberstuf. Duchstein (IV-Vorzimmer)

SS-Stubaf. Oberreg. Rat Litzenberg (IV A 1)

SS-H' Stuf. Krim. Rat Puetz (IV A 1 a)

SS-Stubaf. Krim. Rat Sader (IV A 1 b)

SS-H' Stuf. Krim. Kom. (IV A 1 b)

SS-H' Stuf. Krim. Kom. Buschert (IV A 2 a)

SS-H' Stuf. Krim. Kom. Mueller (IV A 2 b)

SS-O' Stuf. " " Struebing (IV A 2 a)

SS-Stubaf. Krim. Dir. Dr. Karl Schäfer (IV A 3. a)

Oberstleutnant Keller (IV A 3 b)

SS-Stubaf. Reg. Rat Dr. Hahnenbruch (IV A 4 a)

SS-H' Stuf. Kunze (IV A 4 a)

SS-Stubaf. Rolf Guenther (IV A 4 b)

Kriminalkommissar Matthieu (IV A 5 a)

SS-Stubaf. Krim. Dir. Lindow (IV B 1 a)

SS-Stubaf. Krim. Rat Seybold (IV B 1 a)

SS-Stubaf. Amtrat Fumy (IV B 2 b)

SS-Stubaf. Krim. Rat Hilliges (IV B 3)

SS-H' Stuf. Krim. Rat Ahrends (IV B 3)

SS-H' Stuf. Krim. Rat Dr. Burg (IV B 3)

SS-H' Stuf. Pol. O' Insp. Bernd (IV Gest)

sowie eine Reihe von weiteren Beamten, an die ich mich im Augenblick nicht erinnern kann, ebenso fast alle Offiziere, die vom Amt Ausland/Abwehr zum Amt IV gekommen waren.

Aus Angehörigen der Gruppe PA II wurde in Hof eine Kampfgruppe zusammengestellt, der die jüngeren Jahrgänge im Wesentlichen angehörten. Sie stand unter Führung von Oberstleutnant Keller. Ich weiss mit Sicherheit nur, dass ihr Dr. Burg noch angehörte. Diese Gruppe hat später Anschluss an eine Kampfgruppe gefunden, die unter Führung von SS-Oberführer Dr. Trummler stand. Ich weiss dies daher, weil ich davon hörte, dass sie der Division "Nibelungen" unterstellt war, bei der ich mich in Reit im Winkel meldete. Ich habe später nichts mehr davon gehört.

Die übrigen Angehörigen von PA II setzten sich unter Führung von Isselhorst nach Süden ab. Ich traf sie in Halfing. Dort stiess zu ihr der SS-Oberstuf. Gogalle (Leiter des Hausgefängnisses Prinz Albrechtstrasse) mit dem Gefängnispersonal, folgende Angehörige wurden nach Salzburg beordert, um dort für Gefgls. weiterzuführende Aufgaben zur Verfügung zu stehen:

Litzenberg
Buechert
Mueller
Struebing
Hahnenbruch
Guenther.

Die übrigen sollten - soweit möglich - von Isselhorst in die Waffen-SS überführt werden mit Ausnahme der Offiziere, die für die Wehrmacht freigegeben wurden.

Ich weiss, dass sich Hilliges und Dr. Schäfer nach Innsbruck begeben haben, habe von ihnen weiter aber nichts gehört.

In Salzburg meldete sich später der SS-H' Stuf. Krim. Kom. Scheffler mit seinem Fahndungstrupp. Bei ihm war Frl. Helmuth. Er weigerte sich zur Waffen-SS zu gehen, sondern sollte mit seinen Männern und Frl. Helmuth sich selbständig machen. Wohin er gegangen ist, weiss ich nicht.

Litzenberg erhielt in Salzburg den Auftrag, den in Ehrenhaft befindlichen Ritter von Epp nach Mauterndorf zu begleiten. Hoener erhielt den Auftrag von Kaltenbrunner, sich um seine Sonderhäftlinge zu kümmern, (vor allem französische) und fuhr nach Innsbruck.

Von der ZABP meldeten sich in Salzburg:

SS-Stuf. Oberst d.P. Dr.Blume
SS-Stubaf. Reg.Rat Vogt
SS-Stubaf. Krim.Rat Tholen.

Auch sie meldeten sich bei der Waffen-SS in der Glasenbach-Kaserne bei Salzburg.

Buechert und Struebing habe ich zuletzt etwa am 5.Mai in der Gegend von Mittersill getroffen. Ich hatte sie aufgefordert, sich mit mir und den übrigen Amtsangehörigen bei der Division Nibelungen zu melden. Sie liessen mir jedoch sagen, dass sie beabsichtigten, sich einer der an der Ostfront kämpfenden Einheiten der Waffen-SS anzuschliessen.

Ich selbst habe mich zunächst mit den SS-H' Stuf. Kriminalkommissar Mueller nach Taxenbach zu dem dort im Sonderzug des Reichsführers SS befindlichen SS-Brigadeführer Rohde begeben, wo ich auf Weisung Kaltenbrunnners als Verbindungsführer bleiben sollte. Ich bat jedoch Rohde, mich zur Waffen-SS freizugeben. In Taxenbach traf ich mit einer Gruppe von Angehörigen des Amtes IV und anderer Ämter des RSHA zusammen, die inzwischen mit der Division "Nibelungen" bereits in gleicher Absicht Verbindung aufgenommen hatte. Dieser schloss ich mich an und meldete mich mit ihnen in Zell am See und anschliessend in Reit im Winkel bei der Division. Insgesamt waren wir etwa 15 - 20 Köpfe, u.A.:

Dr.Hahnenbruch (IV A 4 a)
Goenther, Rolf (IV A 4 b)
Pütz (IV A 1 a)

sowie eine Reihe weiterer Beamter des Amtes IV, anderen Namen ich mich im Augenblick nicht erinnere. Von anderen Ämtern gehörten dazu:

SS-Standartenführer Steinbach (Amt III)
SS-Oberstufabf. O'Reg.Rat Huelf (Amt I)
SS-Stubaf. Reg.Rat Dr.Seekel (Amt I)
SS-Stubaf. Pol.Rat Gottwald (Amt I)

In Reit im Winkel erfuhren wir von der Kapitulation im Westen. Wir wollten darauf Verbindung zu einer an der Ostfront kämpfenden

Einheit der Waffen-SS suchen und führen zurück in Richtung Ostfront. Ein Teil trennte sich allerdings dort schon von uns: Mueller blieb bei der Division in Zell am See, Huef, Gottwald und Seekel blieben m.E. in Reit im Winkel. Unterwegs erfuhren wir, dass auch im Osten nicht mehr gekämpft werden sollte. Guenther und ich beschlossen, trotzdem Verbindung zu einer Division an der Ostfront zu suchen, während sich die übrigen von uns trennten. Sie wollten versuchen, irgendwie ins Reich zu kommen. Ich habe niemanden mehr von ihnen gesehen.

Guenther und ich trafen unterwegs auf zurückflutende Einheiten der Leibstandarte, denen wir uns anschlossen. Erst in Uttendorf wurden die Einheiten angehalten und in Sammelagern zusammengefasst. Dort wurden wir mit erfasst und erhielten unsere Ausweise.

Von Angehörigen anderer Ämter befanden sich im Süden ausser den Genannten:

SS-Stubaf. Reg.Rat Wanninger (Amt I)

war von Kaltenbrunner dem Höheren SS- und Polizeiführer in München als Verbindungsführer zugeteilt. Er war verschiedentlich in Salzburg, wo ich ihn m.E. nach auch zuletzt gesehen habe. Ich habe ihn ferner in der Unterkunft des FdS München am Starnberger See getroffen.

SS-Oberführer Spacil (Amtschef II) war mit mir nach Salzburg geflogen. Ich habe ihn dort zuletzt gesehen. Er wollte bei Kaltenbrunner bleiben.

SS-Standartenführer Spengler (III C) und SS-Oberstufaf. von Kielpinski (III C) waren beide mehrfach in Salzburg. Ich hörte von Panzinger, dass beide mit PKW nach Sachsen gefahren seien (in den ersten Maitagen). Seitdem habe ich nichts mehr von ihnen gehört.

SS-Oberführer Oberst d.P. Panzinger (V) war ebenfalls mit mir nach Salzburg geflogen und von Kaltenbrunner beauftragt worden, ihn dort zu vertreten. Er hatte die Absicht, von Salzburg aus sich einer der im Osten kämpfenden Waffen-SS Einheiten anzuschliessen. Seit meinem Weggang von Salzburg habe ich nichts mehr von ihm gehört.

Sein Vertreter, SS-Oberführer Oberst d.P. Werner hatte in Haus Berg am Starnberger See eine kleine Ausweichdienststelle des Amtes V eingerichtet. Ich habe ihn dort getroffen. Er erschien dann einige Tage später mit einigen Beamten, die ich nicht kannte, in Salzburg, um von dort aus zur Waffen-SS zu gehen. Ich habe dann nichts mehr von ihm gehört.

In Berg traf ich auch SS-Stuf. Reg.Dir. Schraepel (früher Amt I, dann zum Amt V versetzt). Was aus ihm geworden ist, weiss ich nicht.

Vom Amt VI waren im Süden u.a. Standartenführer Steinle und Sandberger. Ich habe sie beide nicht gesehen. Durch ein Telefongespräch mit dem Stapoleiter München, SS-Oberstufabf. Schaefer, erfuhr ich, dass Steinle mit dem Flugzeug Ende April in der Nähe von München abgestürzt und zu Tode gekommen sei. Sandberger hielt sich mit anderen Angehörigen des Amtes VI auf einem Truppenübungsplatz in Tirol auf. Ich habe ihn nicht gesehen und nichts mehr von ihm gehört.

Vom Amt N hielt sich SS-Stufabf. Walter im Süden auf, zusammen mit mehreren Beamten, u.A. dem SS-Hauptstuf. Amterat Klehnert, Sie waren auch in Salzburg. Was aus ihnen geworden ist, weiss ich nicht.

Schliesslich sind mit mir zusammen nach dem Süden geflogen der Amtschef San und sein Vertreter, beide Ärzte und SS-Obersturmbannführer, die aus der Waffen-SS kamen. Ihre Namen sind mir entfallen. Sie hatten die Absicht, bei Kaltenbrunner zu bleiben. Ich habe dann auch von ihnen nichts mehr gehört.

Dass die Gruppe Nord unter Dischka angekommen und tätig geworden ist, habe ich aus einem Funkspruch des Amtschefs I SS-Oberführer Ehrlinger entnommen, der davon sprach, dass die einzelnen Gruppen aus Berlin angekommen seien und ihre Tätigkeit aufgenommen hätten. Ich hörte ferner, dass vom Amt III ausser Ohlen-dorf zur Gruppe Nord

SS-Standartenführer Ehlich (III B)

" Seibert (III D)

SS-Oberstufabf. Hoepfner (III A),

dass ferner der Amtschef N. SS-Standartenführer Sanconi dort sei.

Aussage Huppenkothen

Funkverkehr polnischer ND Bern-London

Etwa im Frühjahr 1940 erfassten die Dienststellen der militärischen Funkabwehr (WNV Fw III, Leiter: Oberst Burtscher - Major von Bary) eine Funklinie, die seither ständig mitgehört wurde. Es handelte sich um den Funkverkehr der polnischen Gesandtschaft in Bern mit der polnischen Regierung in London. Auf Grund von bei der Besetzung Südfrankreichs erfassten Schlüsselunterlagen war etwa seit Frühjahr 1943 die Entschlüsselung möglich. Es ergab sich, dass vor allem die nachrichtendienstliche Berichterstattung im Rahmen der Gesamtberichte einen besonders breiten Raum einnahmen. Die Berichte zeigten, dass die Berner Dienststelle offenbar die Zentrale des Westnetzes des polnischen Nachrichtendienstes umfasste mit dem Schwergewicht Süddeutschland-Frankreich-Belgien. Besonders konnte in Frankreich ein engmaschiges Netz festgestellt werden, durch das vor allem militärische Nachrichten über deutsche Truppenbewegungen, aber auch Nachrichten politischer und wirtschaftlicher Art in den Besitz des polnischen ND gelangten. Weniger wichtige - vor allem teilweise falsche Nachrichten - lagen aus Süddeutschland und Italien vor.

Die Unterlagen selbst und die auf Grund der darin enthaltenen Mitteilungen eingeleiteten Ermittlungen ergaben, dass der Leiter der Berner Dienststelle des polnischen Nachrichtendienstes als Vizkonsul der Berner polnischen Gesandtschaft angehörte, und dass es sich um den polnischen Staatsangehörigen Choinacki handelte, der bis kurz vor Ausbruch dieses Krieges in verschiedenen polnischen konsularischen Vertretungen in Deutschland tätig gewesen (Breslau, Frankfurt am Main, München) und dort bereits als für den polnischen ND tätig erkannt worden war. Aus den vorliegenden Unterlagen ergab sich, dass er Meldungen weitergab, die aus insgesamt etwa 200 verschiedenen Nachrichtenquellen stammten.

Auf Grund der planmässigen Auswertung des Materials war es möglich, das Frankreichnetz, dem zum grössten Teil französische Staatsangehörige angehörten, denen die Tatsache unbekannt war, dass sie für den französischen Nachrichtendienst tätig waren, im Frühjahr 1944 sicherheitspolizeilich aufzurollen und ziemlich eingehend zu zerschlagen. Die völlige Zerschlagung gelang nicht wegen der durch die inzwischen erfolgte Invasion geschaffenen Lage.

Als wichtigste Nachrichtenverbindung bezeichnete Choinacki in seinen Berichten die Linie "509", durch die er wichtigste Nachrichten aus dem Reichsgebiet erhielt, die teilweise nur einem kleinen Kreise bekannt sein durften. Es tauchte damit der Verdacht auf, dass im Führerhauptquartier in der unmittelbaren Umgebung des Führers sich ein Verräter befinden müsse - eine Behauptung, die im Laufe des Krieges sehr häufig wiederkehrte, für deren Richtigkeit aber keine Beweise vorlagen bzw. sich erbringen liessen. Insbesondere die Berichte eines "Informators" der Linie "509" wurden als besonders wertvoll und wichtig bezeichnet. Die Nachprüfung der von diesem stammenden Nachrichten ergab, dass etwa 10% völlig richtige und gute Nachrichten waren, etwa 60% teilweise gute Kombinationen, der Rest falsche Nachrichten enthielten. Aus diesem Grunde waren besonders der Führer, der Reichsführer und Keitel an der Aufklärung des Falles interessiert. Die besonders sorgfältig eingeleiteten und durchgeführten Ermittlungen ergaben:

Bei "509" handelte es sich um einen Bankangestellten einer Basler Bank, die in guten geschäftlichen Beziehungen zu deutschen Wirtschaftskreisen und Banken unterhielt (Name entfallen). Es war naheliegend anzunehmen, dass der "Informator" unter diesen zu suchen war. Aus diesem Grunde wurden eine Reihe von Überwachungsmaßnahmen eingeleitet, die jedoch zu keinem Ergebnis führten.

Die Sachbearbeitung des Falles lag zunächst bei dem Referat IV B 5 (Häusler, Kriminalinspektor Schilling, SS-Hauptsturmführer Kriminalrat Renner), dann als Sonderauftrag bei Referat IV A 3 a (Häusler Schilling und SS-Obersturmführer Kriminalkommissar Heller). Sie wurde schliesslich zuständigkeitshalber vom Referat IV B 2 a übernommen (Sachbearbeiter Heller).

Die Feststellungen ergaben u.a., dass einer der Informatoren von "509" der Generaldirektor der Firma "Giesches Erben" in Breslau, Dr. Schulte, war. Von diesem war bekannt, dass er auch zu englischen und amerikanischen Kreisen in der Schweiz Verbindungen aufrechterhielt, die gegen deutsche Interessen gerichtet waren. Schulte hielt sich jedoch in der Schweiz auf und kehrte nicht nach Deutschland zurück, sodass Massnahmen gegen ihn nicht möglich waren.

ZS-24917 - 40

Abschrift.
Aussage Huopenkothen

Überwachung des feindlichen, vor allem Agentenfunkverkehrs

Mit zunehmender Dauer des Krieges gewann der Funk als Nachrichtennittel auch des feindlichen Nachrichtendienstes immer grössere Bedeutung. Darüber hinaus wurde der Funk auch als Mittel der Nachrichtenübermittlung zwischen diplomatischen und sonstigen Stellen benutzt, sodass die Überwachung des gesamten feindlichen und neutralen Funkverkehrs nicht nur im Interesse der Abwehr, sondern auch des eigenen, aktiven Nachrichtengewinnung lag.

Soweit es sich um die Überwachung des Funkverkehrs an sich handelte, war dies eine Angelegenheit, die nur mit technischen Mitteln gelöst werden konnte. Die erste Organisation, die sich schon vor 1939 mit dieser Frage befasste, war die Ordnungspolizei, innerhalb derer der spätere SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Schlake eine kleine, aber sehr gutarbeitende und ausgerüstete Organisation geschaffen hatte, deren Zentrale die Funkmessleitstelle in Spandau war (Leiter: Major der Schutzpolizei Schneider). Dieser nachgeordnet bzw. von ihr gesteuert waren sogenannte Funkpeilkompanien, -züge, und -trupps, die gut mit motorisierten Peilgeräten ausgerüstet waren. Aufgabe dieser Stellen war es, durch technische Peilungen den genauen Standort eines Funkgerätes zu bestimmen. Die technischen Mittel, mit denen hierbei vorgegangen wurde, kann ich nicht beschreiben, da mir die dazu erforderlichen technischen Kenntnisse fehlen.

Durch engste Zusammenarbeit mit dieser technischen Einheiten mit den jeweiligen örtlichen Stellen der Sicherheitspolizei war es vor allem in den besetzten Westgebieten und in Polen allein mit technischen Mitteln möglich eine Reihe von Funkgeräten zu erfassen und auszuschalten bzw. durch Aufnahme eines Gegenfunkpieles den Versuch zur Irreführung des Gegners zu machen. Die zentrale Bearbeitung dieser Fragen erfolgte im RSHA durch das Referat IV A 2 b.

Die Gesamtverantwortung für die sogenannte technische Funkabwehr war vom Führer durch einen Erlass aus 1940 dem OKW übertragen. Die verantwortliche Dienststelle war die Abteilung Fu III (Major von Bary - Oberst Burtscher) in der Amtsgruppe WNV (= Wehrmacht-nachrichtenverbindungen) unter Generalleutnant Thiele bzw.

General der Nachrichtentruppen Fellgiebel (sowohl Thiele als Fellgiebel wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen am 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt.) Auch von dieser Dienststelle waren ähnliche Einheiten wie sie bei der Ordnungspolizei geschildert aufgestellt. Um ein Neben- und Gegeneinanderarbeiten zu vermeiden, war zwischen Ordnungspolizei und Wehrmacht eine räumliche Zuständigkeitsabgrenzung vereinbart, die sich mehrfach geändert hat (im Wesentlichen war die Ordnungspolizei im Reichsgebiet, Protektorat, Generalgouvernement, Frankreich - nur zeitweise - und Holland zuständig, die Wehrmacht in den übrigen besetzten Gebieten).

Für die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit insbesondere zur reibungslosen Aufnahme eines Gegenfunkspieles war es wichtig, dass der gesamte Funkverkehr eines einmal erfassten Gerätes mit abgehört wurde, um an Hand etwa beim Zugriff erfasster Schlüsselunterlagen die abgesetzten Funksprüche entschlüsseln und fortsetzen zu können. Bei der Entschlüsselung leistete vor allem die Abteilung Chi im OKW (Leiter Oberst....) gute Hilfe.

Neben dieser der Abwehr dienenden Tätigkeit der Dienststellen der technischen Funkabwehr beschäftigten sich vor allem das OKW - WNV Fu III in engster Zusammenarbeit mit der Abtlg. Chi mit der Überwachung des Diplomaten- und sonstigen Funkverkehrs vor allem zwischen den diplomatischen Vertretungen der Gegner im neutralen Auslande mit ihren Regierungen, deren Entschlüsselung auch teilweise möglich war. Inwieweit Schlüsselunterlagen vorhanden und auf welche Weise sie beschafft waren, ist mir unbekannt. Zu einem grossen Teil sind sie angeblich selbst "geknackt" worden.

Mit der gleichen Frage beschäftigte sich u.a. auch die Chiffrierabteilung des Auswärtigen Amtes und das dem Reichsluftfahrtministerium angegliederte Forschungsamt (FA, Leiter: Ministerialdirektor Prinz von Hessen, als Flieger 1944 gefallen, Nachfolger Ministerialrat Seyffert). Alle diese Dienststellen arbeiteten allerdings jede ziemlich selbständig für sich und ohne ihre Erkenntnisse mit den übrigen sich mit der gleichen Arbeit befassenden Dienststellen auszutauschen. Neben dieser Tätigkeit war das Forschungsamt, dessen Zentrale zunächst in Berlin, dann in Breslau, schliesslich wieder in Berlin war, und das Zweigstellen in allen wichtigen bzw. grösseren Städten des Reiches unterhielt, vor allem zuständig für die Durchführung der Telefon-

Überwachung. Die Geheime Staatspolizei und die Post verfügten nicht über eigene technische Abhöranlagen, sondern mussten in jedem Falle beim FA begründete Anträge zur Einleitung der Telefonüberwachung stellen, die teilweise Göring selbst sich zur Genehmigung vorlegen liess.

Verbindungsführer des RSHA zum FA war der SS-Sturmbannführer Regierungsrat Scholz, der es verstanden hat, eine gute sachliche Zusammenarbeit beider Ämter herzustellen.

Welche Funklinien im Einzelnen und von wem sie überwacht bzw. mitgehört und entschlüsselt wurden, ist mir nicht bekannt. Soweit es sich um die Tätigkeit des FA handelte, kamen die Überwachungsergebnisse - soweit sie für sicherheitspolizeiliche Aufgaben Hinweise enthielten - durch Vermittlung von Scholz an das zuständige Referat des RSHA. Dagegen wurde die Zusammenarbeit zwischen Fu III und dem RSHA erst nach und nach gefördert. Es gelang eigentlich sie erst reibungslos zu gestalten als Thiele und Fellgiebel nicht mehr im Amt waren, ausserdem dadurch, dass die Sachbearbeiter von Fu III und Chi sowie des RSHA persönlich Fühlung aufnahmen.

Eine der wichtigsten Überwachungen war für die Tätigkeit des RSHA die des polnischen Diplomatenfunkverkehrs, hier wieder insbesondere die Berichterstattung der auswärtigen Vertretungen an die polnische Regierung in London, vor allem an den polnischen Generalstab. Obwohl die Schlüsselunterlagen ständig wechselten, gelang es sowohl dem FA als Chi immer wieder die neuen Schlüssel zu knacken, sodass teils durch das FA, teils durch Fu III bzw. Chi dem RSHA die gesamten Funksprüche der polnischen Regierung in London ziemlich lückenlos zugeleitet wurden. Von besonderer Wichtigkeit war dabei der Funkverkehr zwischen Bern-London und Ankara-London, durch dessen planmässige Überwachung wichtige Hinweise für bestehende Verbindungen des Nachrichtendienstes der polnischen Widerstandsbewegung im Generalgouvernement und dem sonstigen Reichsgebiet und den besetzten Gebieten gegeben wurden, die teils zu sicherheitspolizeilichen Massnahmen in Einzelfällen und grösseren Stils führten.

Aussage Huppenkothen
Festnahme Göring

25-249/7-42

Am Montag, 24.4.1945 wurden die Staatspolizeistellen durch einen mit "Wichtiger Funkspruch des Führers" überschriebenen und mit "Adolf Hitler" unterzeichneten Funkspruch aus Berlin angewiesen, den "ehemaligen" Reichsmarschall Hermann Göring sowie die Reichsminister Speer und Lammers festzunehmen. Gründe waren nicht angegeben.

Von diesem Funkspruch erhielt ich am 25.4.1945 Kenntnis, als ich die Staatspolizeistelle München aufsuchte. Gleichzeitig erreichte mich ein telefonischer Anruf Panzingers aus Salzburg, durch den ich aufgefordert wurde, sofort nach Salzburg zurückzukehren, um einen Sonderauftrag des Chefs der Sicherheitspolizei durchzuführen. In Salzburg erfuhr ich, dass Göring, der sich vorher in Berlin oder Karinhall aufgehalten hatte, nach seinem Eintreffen auf dem Obersalzberg Nachrichten erhalten hatte, nach denen er die Lage in Berlin als hoffnungslos angesehen habe. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten habe er einen Funkspruch an den Führer gerichtet, in dem er die Meinung vertreten habe, der Führer sei nicht mehr im Besitz seiner Handlungsfreiheit. Es sei seiner Ansicht nach deshalb der Fall gegeben, dass er (Göring) - wie dies in einem Erlass des Führers aus dem Jahre 1940 vorgesehen sei - als Nachfolger des Führers aufzutreten habe. Er beabsichtige, beschleunigt Verhandlungen mit den Westmächten aufzunehmen, bitte aber vorher um Bestätigung. Mein Auftrag sei, gemeinsam mit einem Beauftragten der Parteikanzlei auf dem Obersalzberg die dort sichergestellten Unterlagen darauf zu überprüfen, ob sich Hinweise ergäben, dass Göring bereits seit längerem diese Handlung vorbereitet habe und mit welchen Gegnerkreisen er in Verbindung stehe.

Als ich auf dem Obersalzberg ankam, waren die wenigen vorhandenen Unterlagen bereits von einem Angehörigen der Parteikanzlei durchgesehen worden. Eine nochmalige gemeinsame Durchsicht bestätigte den Eindruck, dass Göring offenbar impulsiv gehandelt hatte. Gleichzeitig hatte er Funksprüche an Himmler und Ribbentrop gerichtet, in denen er diese von dem Inhalt des an den Führer gerichteten Funkspruchs unterrichtete und sie bat, möglichst

unverzüglich nach dem Süden zu kommen, weil er bei der beabsichtigten Verbindungsaufnahme mit den Gegnern ihre Hilfe benötige. Von Himmler und Ribbentrop lagen Antworten nicht vor. Dagegen hatte der Führer durch einen Funkspruch geantwortet: er verstehe den Inhalt von Görings Funkspruch nicht, er sei im Besitze seiner vollen Handlungsfreiheit und verbiete jede eigenmächtige Verbindungsaufnahme mit den Westmächten. Irgendwelche Hinweise auf eine Vorbereitung dieses Schrittes seitens Göring oder eine bereits erfolgte Verbindungsaufnahme mit dem Gegner oder mit deutschen Gegnerkreisen ergaben sich aus den Unterlagen nicht.

Ich meldete das Ergebnis meiner Feststellungen an Panzinger und Brigadeführer Schulz, die ihrerseits Kaltenbrunner unterrichteten. Irgendwelche Massnahmen gegen Göring von Seiten der Staatspolizei wurden darauf nicht ergriffen. Es war bereits vorher vereinbart gewesen, dass Göring mit seinem Gefolge für seinen Besitz in Mauterndorf Zwangsaufenthalt zugewiesen werden sollte. Mit der Durchführung dieser Massnahme wurde ein dem Hauptamt SS-Gericht angehörender SS-Standartenführer - Name nicht mehr rememberlich - beauftragt.

Einige Tage nach diesen Ereignissen kam ein an Kaltenbrunner gerichteter Funkspruch des Reichsführers SS an, in dem dieser fragte, er habe gehört, dass der Reichsmarschall Hermann Göring festgenommen worden sei. Ob dies zutreffe und aus welchen Gründen die Massnahme erfolgt sei. Er erwarte eingehenden Bericht. Offenbar seien die Funkverbindungen zwischen ihm und dem Chef der Sicherheitspolizei nicht in Ordnung.

Diesen Funkspruch hat Kaltenbrunner persönlich beantwortet. Es war dies der letzte Funkspruch des Reichsführers SS von dem ich erfahren habe.

Aussage Huppenkothen

Personelle Besetzung und Aufgabenverteilung nach
Übernahme von Arbeitsgebieten der
Abw.Abt. III des OKW

Abteilungsleiter: SS Staf.Reg.Dir.Huppenkothen (bis 1.2.45)
SS-O'Stubaf.Reg.Rat Quetting (ab 1.2.45)

Referats- bezeichnung	a) Referent b) Vertreter	Aufgaben:	von OKW-Abw.Abt.III übernommen:
IV A 3 a	a) SS-Stubaf Krim.Dir.Dr. Schaefer b) SS-Stubaf. Krim.Dir. Haeussler	Allgemeine Abwehrange- legenheiten, Abwehr- mitteilungsblatt, Abwehr im Nachrichten- verkehr	Teile von III N (Vorb. Abwehr im Nachrichten- wesen) Korv.Kapt.Klauss und III C (Abw.beauftragte bei Behörden und Ver- bindung zu Behörden) Major Schneider
IV A 3 b	A) Oberstlt. Keller b) nicht be- setzt	Abwehr in der Wirt- schaft, Allgem.Wirt- schaftsangelegen- heiten	III W1
IV A 3 c Ⓟ	a) SS-Stubaf. Krim.Rat Tischer b) SS-H'Stuf. K.Komm. Engelmann	Industriesicherung	Teile von III W1
3 G	a) SS-O'Stubaf. Oberreg.Rat Renken b) SS-H'Stuf. Reg.Rat Engelmann	Gutachtenerstattung in Landes- u.Hochverrats- sachen politischen u. wirtschaftl.Characters, Aufgaben des Abwehr- beauftragten im Reichsministerium des Innern	./.
Ⓟ IV A 3 e bis 1.9.44 von dann zu IV G	SS-Stubf. Reg.Rat Opitz	Angelegenheiten des Generalgrenz- inspektors	./.

Abschrift
Aussage Huppenkothen

IVA (später Gruppe IVA)
Panzipinger gleichzeitig
Vertreter Amtschef IV

Adjutantur: Dachstein
Schuhmacher
Frl. Helmuth
Frl. Schmidt

IV B (später Abt. IV A 4)
Roth - Eichmann

Amtschef IV
SS-Gruppenführer Müller

IV C (später Abt. IVA5)
Rang - Dr. Berndorff

IV (Gst) Pieper
IV (N) Hahmansegger

IV D (später Gruppe IV B)
Lischka

IV F (später Abt. IV B 4)
Krause, Kröning, Baumann

IV E (später teils
Abt. IV A2
teils Gruppe IVB
Huppenkothen

IV E b
(Dr. Schmitz)

IV E 4 (Clemens)

IV E 1a (Opitz)

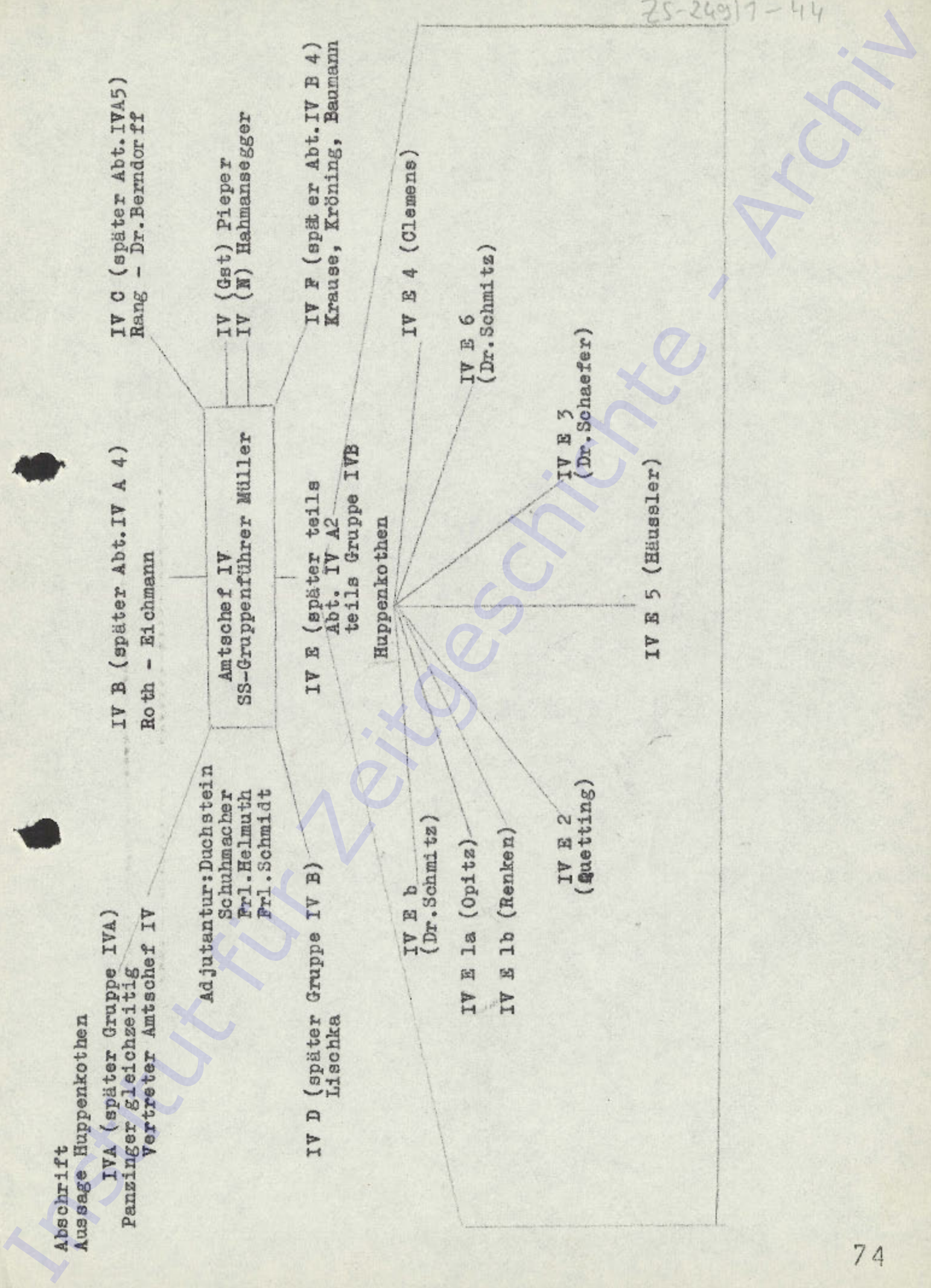
IV E 6
(Dr. Schmitz)

IV E 1b (Renken)

IV E 2
(Quetting)

IV E 3
(Dr. Schaefer)

IV E 5 (Häussler)



Abschrift
Aussage Huppenkothen

W F St - GenOberst Jodl

OKW-AWA General Reinecke

OKW Pers.Amt - Gen.Burgdorf

OKW Zentralamt - Gen.Ltnt.Winter

Chef OKW
Gen-Feldmarschall
Keitel

Amtsgruppe Ausland
Vizeadmiral Bürckner
(OKW - WF St)

Amt Ausland/Abwehr
Admiral Canaris

Abteilung Z
Oberst Jacobsen

(RSHA-Amt I
Amt II
Amt IV)

Abwehrabteilung I
Oberst d.G. Hansen

Abwehrabteilung III
Oberst d.G.v.Bentivegni

III A

Oberstltnt.Kleineberg
(W F St Truppenabwehr)

Oberst Kuhnow
(W F St-Truppenabwehr
(RSHA IV A 3 a.)

Oberstltnt.Cartellieri
(WFSt-Truppenabwehr)

III F Oberst Rohleder (RSHA - IV B)

III Wi Oberstltnt.Keller (RSHA IV A3 b)

III G Oberst von Münch (WFSt-Truppenabwehr)

III M Korv.Kapt.Klausa (RSHA - IV A 3)

III D

RSHA
Amt Mil.

Abwehrabteilung II
Oberst d.G.v.Freytag Loringhoven

RSHA
Amt Mil.

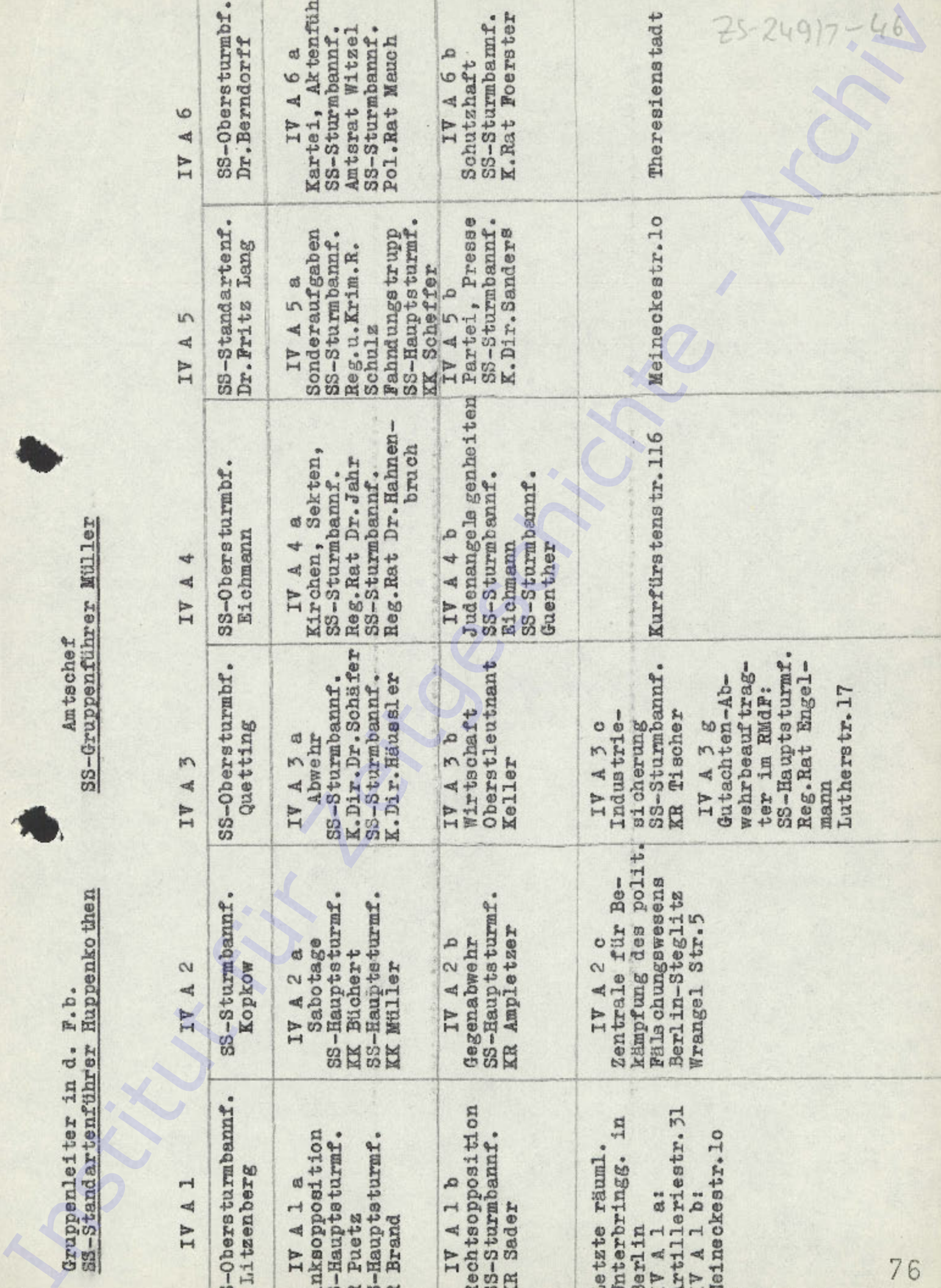
25-249/7 -45

Gruppenleiter in d. F.b.
SS-Standartenführer Huppenkothen

Amtschef
SS-Gruppenführer Müller

IV A 1	IV A 2	IV A 3	IV A 4	IV A 5	IV A 6
SS-Obersturmbannf. Litzenberg	SS-Sturmbannf. Kopkow	SS-Obersturmbf. Quetting	SS-Obersturmbf. Eichmann	SS-Standartenf. Dr. Fritz Lang	SS-Obersturmbf. Dr. Berndorff
IV A 1 a Linksopposition SS-Hauptsturmf. KR Puetz SS-Hauptsturmf. KR Brand	IV A 2 a Sabotage SS-Hauptsturmf. KK Büchert SS-Hauptsturmf. KK Müller	IV A 3 a Abwehr SS-Sturmbannf. K. Dir. Dr. Schäfer SS-Sturmbannf. K. Dir. Häußler	IV A 4 a Kirchen, Sekten, SS-Sturmbannf. Reg. Rat Dr. Jahr SS-Sturmbannf. Reg. Rat Dr. Hahnen- bruch	IV A 5 a Sonderaufgaben SS-Sturmbannf. Reg. u. Krim. R. Schulz Fahndungstrupp SS-Hauptsturmf. KK Scheffer	IV A 6 a Kartei, Aktenführung SS-Sturmbannf. Amtsrat Witzel SS-Sturmbannf. Pol. Rat Mauch
IV A 1 b Rechtsopposition SS-Sturmbannf. KR Seder	IV A 2 b Gegenabwehr SS-Hauptsturmf. KR Ampletzer	IV A 3 b Wirtschaft Oberstleutnant Keller	IV A 4 b Judenangelegenheiten SS-Sturmbannf. Eichmann SS-Sturmbannf. Guenther	IV A 5 b Partei, Presse SS-Sturmbannf. K. Dir. Sanders	IV A 6 b Schutzhaft SS-Sturmbannf. K. Rat Foerster
Letzte räuml. Unterbringg. in Berlin IV A 1 a: Artilleriestr. 31 IV A 1 b: Meineckestr. 10	IV A 2 c Zentrale für Be- kämpfung des polit. Fälschungswesens Berlin-Steglitz Wrangel Str. 5	IV A 3 c Industrie- sicherung SS-Sturmbannf. KR Fischer IV A 3 g Gutachten-Ab- wehrbeauftrag- ter im RmdF: SS-Hauptsturmf. Reg. Rat Engel- mann Lutherstr. 17	Kurfürstentstr. 116	Meineckestr. 10	Theresienstadt

25-24917-46



Erklärung unter Eid.

Ich, Walter HUPPENKOTHEN, früher SS Standartenführer und Leiter der Gruppe IV E des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussagen strafbar mache, erkläre hiermit unter Eid:

1.) Mir wurde am 20. Juli 1944 befohlen, an der Aufklärung des an diesem Tage stattgefundenen Attentats auf Hitler mitzuarbeiten und ich gehörte der Sonderkommission des 20. Juli unter der Leitung meines Vorgesetzten SS Gruppenführer Müller an. Meine Tätigkeit erstreckte sich unter anderem auf Vernehmungen von Admiral Canaris, General Pfuhlstein, General Oster, Dr. Josef Müller, Reichsgerichtsrat Dohnanyi. Im Laufe der Untersuchung habe ich ausserdem umfangreiches beschlagnahmtes Aktenmaterial der Verschwörer bearbeitet. Später war ich dann Anklagevertreter in dem Prozess gegen Admiral Canaris und General Oster in Flossenbürg. In der Zeit vom 20. Juli 1944 bis April 1945 habe ich mich fast ausschliesslich mit den Vorfällen des 20. Juli befasst.

2.) Der damalige deutsche Botschafter Ernst von Weizsäcker war durch die Untersuchung des 20. Juli 1944 in keiner Weise belastet worden. Es stimmt wohl, dass sein Name in handschriftlichen Aufzeichnungen von Dohnanyi erwähnt wurde, jedoch haben sowohl ich als auch mein Vorgesetzter Müller nur zu dem Schluss kommen können, dass Dohnanyi lediglich mit Weizsäcker's Namen gespielt hat, und Weizsäcker von dem Plan der Verschwörer nichts gewusst hat. Dieser Eindruck ist auch u. a. durch die von Canaris gemachten Aussagen bestätigt worden.

3.) Die Namen der Herren Karl Ritter, Ernst Wörmann, Wilhelm Keppler, Ernst Wilhelm Bohle, Otto von Erdmannedorff, Hans Kehrl, Lutz Schwerin v. Krohlik, Gustav Adolf Steengracht, v. Meyland, Edmund Veessenmayer sind in der Untersuchung in keiner Weise genannt worden, noch lagen irgendwelche Verdachtsmomente gegen sie vor.

Ich habe diese eine (1) Seite dieser Erklärung unter Eid sorgfältig durchgelesen und eigenhändig gegengezeichnet. Ich habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und

erkläre hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklärung nach
meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt
habe. Diese Erklärung habe ich freiwillig gemacht ohne jed-
wedes Versprechen auf Belohnung und ich war keinerlei Drohung
oder Zwang ausgesetzt.

Nürnberg, Deutschland, den 8. Juni 1948

gez. Walter Huppenkothen

Unterschrift

Before me, Erik J. Ortmann, U.S. Civilian, AGO identification
number A-442713, Interrogator, Evidence Division, Office of
Chief of Counsel für War Crimes, appeared Walter Huppenkothen,
to me known, who in my presence signed the foregoing affidavit
(Erklärung unter Eid) consisting of one (1) page in the German
language and swore that the same was true on the 8th day of
June 1948 in Nuremberg, Germany.

gez. Erik J. Ortmann

Erik J. Ortmann

Organisation der Gruppe IV E bis 1.4.1944

Gruppenleiter: SS-Standartenführer Huppenkothen

Vertreter: nicht besetzt

Referate:	Leiter bzw. Vertreter	Aufgaben	nach Umgliederung ab 1.4.1944
IV E 1 a	SS-Stubaf.Reg. Rat Opitz Vertr.SS-Stubaf KR Hohmann	Angelegenheiten des Generalgrenzinspektors	zunächst IV A 3 c, dann IV G
IV E 1 B		Allgemeine Abwehr- angelegenheiten	
IV E 2	SS-Stubaf.Reg.Rat Quetting SS-H'Stuf.Krim. Rat Tiecher	Abwehr in der Wirt- schaft, Staatspolizei- liche Tätigkeit in d. Wirtschaft Industriesicherung	IV A 3 b, später IV A 3 b = Industrie- sicherung IV A 3 c = Abwehr u.Staatspolizeil. Tätigkeit i.d. Wirtschaft
IV E e	SS-Stubaf.Krim. Dir.Dr.Schäfer SS-Stubaf.Krim. Rat Lange	Abwehr West = Frankreich, Belgien, Schweiz	IV B 1 a
IV E 4	SS-Stubaf.Krim. Tat Clemens ohne Vertreter	Abwehr Nord = England nebst Kolonien Holland, Norwegen, Schweden Dänemark, Nordamerika	IV B
5	Reg.Rat Kubitzki	Abwehr Ost = Russland, Finnland, Polen	IV B
IV E 6	SS-Stubaf.Krim. Dir.Dr.Schmitz SS-H'Stuf.Krim. Komm.Möller	Abwehr Süd = Balkan, einschliess. ehem.Tschechoslowakei Mittelmeerraum, Südamerika	IV B

Abschrift
Aussage Huppenkothen
Personelle Zusammensetzung und Aufgabenverteilung
der
Sonderkommission 20. Juli 1944

Leiter: Antschef IV, Müller

Vertreter: Panzinger

Auswertung: Listenführung, Geschäftsstelle: Dr. Kiesel

zugeteilt: Königshaus
Hanck
Simon
Frl. Hofmann

Sippenhaftangelegenheiten: Dr. Neuhaus (später Jarosch)

Berichterstattung: v. Kielpinski (Amt III)

Weitere Angehörige

Klein, SS-Oberführer
Lischka, SS-Obersturmbannführer

Bock, SS-Stuf (Stapoleiter Berlin)

Wolff, SS-Obersturmbannf.

Dr. Honer, SS-Stubaf

Günter, SS-Stubaf.

Dr. Neuhaus

Zugeteilte Komplexe

Witzleben, Feldmarschälle
Hoepner
Bock
Thiele

Komplex Bendlerstrasse
Polizeipräsidium Berlin
Graf Helldorf

Politische Beauftragte
Verbindungsoffiziere zu den Wehrkreisen

Komplex West
v. Stülpnagel
v. Hofacker
Speidel
v. Falkenhausen

Komplex "Amt Mil"
Hansen
Kuebarth
Bernhardis

Geistliche
Kreisauer Kreis (York, Moltke)

Weitere Angehörige

Zugeteilte Komplexe

Sonderkommando Lange

KK Strübing

KK Strawitzky

KK Valentin

KI Gay

Litzenberg, SS-O Stubaf

Kopkow, SS-Stubaf
(Habecker)

Huppenkothen SS-Stuf.

Opitz, SS-Stufaf.

Dr.Rang, SS-Stuf.

Quetting, SS.O'Stubaf.

Komplex "Ziviler Sektor"
(Goerdeler, Wirmer, Leuschner,
v.Hassel, Popitz)

Fall "Gehre"

Generaloberst Halder

Komplex "OKH"

General Stieff,

General Fellgiebel

Nebe

Sprengstoffbeschaffung, Hergang
des Attentats

Berthold Graf Stauffenberg

Graf v.d.Schulenburg

Graf Schwerin

General von Pfuhlstein

General Oster

Admiral Canaris

General Thomas

Aktenfund Zossen

Fahnung "Goerdeler"

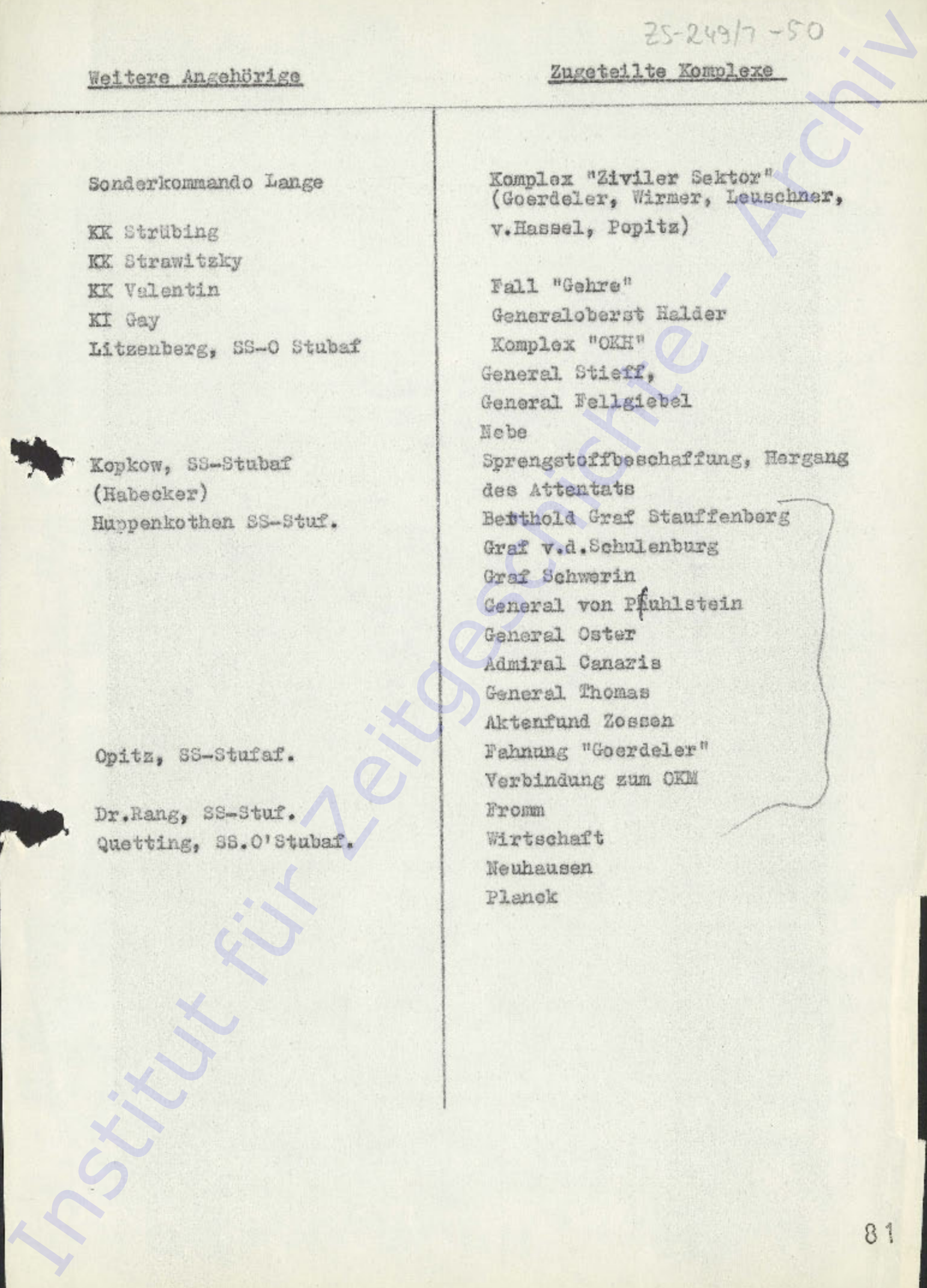
Verbindung zum OKM

Fromm

Wirtschaft

Neuhausen

Planck



Abschrift.
Anlage Stieppenkarten

Vizekanzler: Leber
Pressereferent: Gesandter Kiep
Auswärtiges Amt: Graf v.d.Schulenburg
(Moskau) oder v.Hassell

Innenministerium: Leuschner
Staatssekretär: Fr.Dietl.Grf.Schulenburg
Chef d. dtsch. Polizei: Generalmaj. v. Treschow
(vorübergehend Graf Helldorf)
Sicherheitspolizei: Reg.Präs. Canstein

Justiz: Wirner

Kultus: Popitz
(einschl. Theater, Film v. Propag. Min.
und bish. Kirchenmin.)

Wirtschaft: Fritz-Dietloff Graf v.d.
Schulenburg (Beauftragter)

Ernährung u. Landwirtschaft: Baake
od. Mi. Dir. Moritz

Finanzministerium: Helfferich
od. älterer Ministerialdirektor

Rüstung: Speer

Verkehr: älteren Fachbeamten
gegfls. Offizier als Übergangslösung

Post: älteren Fachbeamten

Kriegsministerium: General Olbricht
Staatssekretär: Oberst Claus Graf.
Stauffenberg

Oberbefehlshaber des Heeres:
Generalfeldmarschall v. Kluge

Befehlshaber des Heimateeres:
Generaloberst Hoepner

Oberbefehlshaber der Kriegsmarine:
Grossadmiral Dönitz oder
dienstältester Admiral

Oberbefehlshaber der Luftwaffe:
Generalfeldmarschall v. Richthofen

Reichsminister: Dr. Goebbels
Reichsminister: Graf Jure v. Weizsäcker

Generaloberst Beck
Hochschullehrer:
Gef. Schurin v. Schwarzenfeld

Militärischer Bereich:
Oberbefehlshaber d. Wehrmacht:
Gen. Feldm. v. Weizsäcker
Gen. Feldm. v. Witzleben
Chef d. Reichsgrenzpolizei:
Gen. Feldm. v. Mannstein (?)

Reichsstatthalter sind
Oberster Befehlshaber d. Wehrmacht:

Spezialtätigkeit
Hilfsleistungen

Institut für Militärgeschichte

Abschrift

25-249/7 -52

Aussage Huppenkothen
Gruppe IV E

Pers.Besetzung und Aufgabenverteilung bis zum 1.4.44

Gruppenleiter: SS-Standartenführer W.Huppenkothen

Vertreter: nicht besetzt

Referats- bezeichnung	a) Referent b) Vertreter	Aufgaben:	seit 1.4.44 zu:
1a	a) SS-Stubaf. Reg.Rat Opitz b) SS-Stubaf. Krim.Dir. Hohmann	Angelegenheiten des Generalgrenz- inspektors	IV A 3 c später IV G (Etwa September 1944)
1b	a) SS-O'Stubaf. O'Reg.Rat Renken b) SS-H'Stuf. Reg.Rat Engelmann	Allgemeine Abwehrangele- genheiten; Mittellungsblatt d. Gruppe IV E Gutachtenerstattung in wirtschaftl. u. pol. Lan- desverratsachen; Abwehr- beauftragter im Rmd.I.	IV A 3 a IV A 3 G
2	a) SS-Stubaf. Reg.Rat Quetting b) SS-Stubaf. Krim.Rat Tischer	Abwehr in der Wirtschaft; Allgemeine Wirtschaftsange- legenheiten Industriesicherung	IV A 3 B (Keller) IV A 3c (Tischer)
3	a) SS-Stubaf. K.Dir.Dr. Schäfer b) SS-Stubaf. K.Rat Lange	Abwehr West Länder Frankreich Belgien Schweiz	IV B
4	a) SS-Stubaf. K.Rat Clemens b) nicht besetzt	Abwehr Nord: Länder England u. Kolonien Holland Schweden Norwegen Dänemark Nordamerika	IV B
5	a) Reg.Rat Ku- bitzki, später SS-Stubaf. Krim.Bir. Häussler b) SS-H'Stuf. Krim.Rat Renner	Abwehr Ost: Länder Russland Finnland Polen	IV B
6	a) SS-Stubaf. Krim.Dir. Dr. Schmitz b) SS-H'Stuf. Krim.Komm. Möller	Abwehr Süd: Länder Balkan (einschl. ehem. Tschechoslow.) Mittelmeerraum Südamerika	IV B

Gruppe IV E

Pers.Besetzung und Aufgabenverteilung bis zum 1.4.44
Gruppenleiter: SS-Standartenführer W.Huppenkothen
Vertreter: nicht besetzt

Referats- bezeichnung	a) Referent b) Vertreter	Aufgaben	seit 1.4.44 zu
IV E 1a	a) SS-Stubaf. Reg.Rat Opitz b) SS-Stubaf. Krim.Dir. Hohmann	Angelegenheiten des Generalgrenzinspektors	IV A 3 c später IV G (etwa Sept. 1944)
IV E 1 b	a) SS-O'Stubaf. O'Reg.Rat Renken b) SS-H'Stuf- Reg.Rat Engelmann	Allgemeine Abwehrangelegen- heiten; Mitteilungsblatt der Gruppe IV E Gutachtenerstattung in wirtschaftl. u. pol. Lan- desverratsachen; Abwehr- beauftragter im RMDI	IV A 4 a IV A 3 G
IV E 2	a) SS-Stubaf. Reg.Rat Quetting b) SS-Stubaf.Krim. Rat Tischer	Abwehr in der Wirtschaft Allgemeine Wirtschafts- angelegenheiten Industriesicherung	IV A 3 b (Keller) IV A 3 c (Tischer)
IV E 3	a) SS-Stubaf. K.Dir.Dr. Schaefer b) SS-Stubaf. K.Rat Lange	Abwehr West: Länder Frankreich, Belgien Schweiz	IV B
IV E 4	a) SS-Stubaf. K.Rat Clemens b) nicht be- setzt	Abwehr Nord: Länder England u.Kolonien Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark Nordamerika	IV B
IV E 5	a) SS-Reg.Rat Kubitaki, später SS-Stubaf.K.Dir. Haeussler b) SS-H-Stuf. K.R.Renner	Abwehr Ost: Länder Russland, Finn- land, Polen	IV B
IV E 6	a) SS-Stubaf. Krim.Dir.Dr. Schmitz b) SS-H'Stuf. K.K.Möller	Abwehr Süd: Länder Balkan einschl.ehem. Tschechoslow., Mittelmeer- raum, Südamerika	IV B

Interrogation

Vernehmung des Walter HUPPENKOTHEN
durch Dr. R. M. F. KEMPNER
anwesend: Frau Renteln
am 21.5.1947
Stenografin: Irmtrud Maurer.

Es erscheint vorgeführt aus der Haft Herr Walter Huppenkoth, geboren am 31.12.07 in Haan, Kreis Mettmann.

F: Seit wann sind Sie in Gefangenschaft?

A: Seit 10.5.45.

F: Seit wann in Nürnberg?

A: Seit 17. ds. Monats.

F: Wann wurden Sie das letzte Mal vernommen?

A: Im vergangenen Jahr - im Juli oder August 1946.

F: Was ist Ihr höchster Rang?

A: Regierungsdirektor im Reichssicherheitshauptamt.

F: Was waren Sie bei der SS?

A: Standartenführer.

F: Welches Amt haben Sie bearbeitet?

A: Ich war im Amt 4 des Reichssicherheitshauptamtes; geheime Staatspolizei.

F: Was war Ihre Spezialität dort?

A: Spionage - Abwehr.

F: Und Spionage? Jeder kennt Spionage Spionageabwehr.

A: Das war Aufgabe des Amtes 6.
Ich hatte Spionageabwehr.

F: Haben Sie mit dem Auswärtigen Amt zusammen gearbeitet in mehreren Fällen?

A: Eigentlich nicht.

F: Erinnern Sie sich nicht an bestimmte Dinge?

A: Im Augenblick nicht.

F: Wenn Sie nichts erzählen wollen, sagen Sie es ruhig, wenn Sie denken, Sie belasten sich damit.

- A: Selbstverständlich.
- F: Das ist von mir aus gesehen Ihr gutes Recht - dann sagen Sie es einfach.
Wollen Sie die Wahrheit sagen, dass Sie, was Sie sagen - beschwören können?
- A: Selbstverständlich.
- F: Wenn ich merke, dass Sie nicht die Wahrheit sagen, unterhalte ich mich nicht mit Ihnen.
- A: Ja.
- F: Was ist das Letzte, was Sie über Dohnanyi wissen?
- A: Er ist zum Tode verurteilt worden.
- F: Ist er hingerichtet worden?
- A: Ich denke wohl.
- F: Von wem?
- A: Von einem Standgericht.
- F: Wissen Sie den Namen des Vorsitzenden?
- A: An den Namen des Vorsitzenden erinnere ich mich nicht.
- F: War das ein SS- oder Militärstandgericht?
- A: Ein SS-Richter war der Vorsitzende.
Ich kann mich an den Namen nicht erinnern.
- F: Sie waren bei der Verhandlung?
- A: Ja.
- F: Wo hat sie stattgefunden?
- A: in Oranienburg.
- F: Herr Dohnanyi war ziemlich krank?
- A: Ja, er war lange Zeit krank. Deshalb war die Vernehmung recht schwierig durchzuführen.
- F: Sie sind hier nicht Angeklagter, verstehen Sie.
- A: Jawohl.
- F: Ich bin am Tode des Herrn von Dohnanyi interessiert aus verschiedenen Gründen.
Haben Sie mit Röder über diese Dinge gesprochen?
- A: Ich habe ihn nicht mehr gesehen seit meiner Gefangennahme.
- F: Haben Sie früher mit ihm zusammengearbeitet?
- A: Jawohl. Die Zusammenarbeit mit Röder war gegeben durch seine Tätigkeit als Untersuchungsrichter in einer Angelegenheit und zwar hatte sie die Deckbezeichnung "Schwarze Kapelle". Röder kam dann fort, ich glaube, es war 1944. Dann habe ich ihn 2 bis 3 mal gesehen.

- F: Wann ist Dohnanyi hingerichtet worden?
A: Ich weiss nicht, ob das Urteil vollstreckt worden ist.
F: Wann ist es gefällt worden?
A: Ende März 1945. Ich kann den genauen Termin nicht sagen.
F: Wo ist das Urteil vollstreckt worden?
A: Die Tatsache der Vollstreckung ist mir nicht bekannt.
Es ist keine Meldung eingegangen.
F: Mit wem war er angeklagt?
A: Er war allein angeklagt.
F: Was haben Sie für eine Rolle am Tage der Verhandlung gehabt?
A: Die Akten dem Gericht vorzulegen.
F: Sie waren Anklagevertreter vor dem Standgericht?
A: Ja.
F: War ein Richter dort?
A: Drei Richter waren dort.
Ich bin selbst Jurist.
F: Wann haben Sie Ihr Assessorexamen gemacht?
A: 1934.
F: Wann Ihr Referendarexamen?
A: 1931 - ich glaube am 2. Mai.
Am 7.11.34 machte ich mein Assessorexamen.
F: Wo waren Sie Referendar?
A: In Düsseldorf - im Bereich des Oberlandesgerichts Düsseldorf.
F: Sie waren Assessor in Berlin?
A: Ja.
F: An den Namen des Vorsitzenden des SS-Standgerichts erinnern Sie sich nicht?
A: Nein. Es war ein SS-Richter, den ich damals zum ersten Male gesehen habe.
F: War in der Prinz Albertstrasse die Verhandlung?
A: Nein - in Oranienburg im Lager. Dohnanyi war wegen seines schlechten Gesundheitszustandes dorthin gebracht worden.
F: Bei wem war er in Behandlung?
A: Das kann ich nicht sagen.
F: War er nicht bei Professor Sauerbruch in Behandlung?
A: Er war vorher bei Professor Sauerbruch in Behandlung.
Dohnanyi kam aus der Charite nach Potsdam.

F: Die anderen beiden Herren, die mit dem SS-Richter in der Verhandlung gesessen haben, waren SS-Offiziere?

A: Jawohl.

F: Dohnanyi wurde wegen Spionage zum Tode verurteilt?

A: Im wesentlichen wegen Hochverrats.

Er wollte Verbindung mit England anknüpfen über den Vatikan.

F: Ist J. Müller auch mit Dohnanyi angeklagt worden?

A: Nein.

F: Warum war er allein angeklagt - ich meine Dohnanyi?

A: Das kann ich nicht sagen.

Ich denke, weil Dohnanyi damals allein in Berlin war. Die anderen Personen waren nicht dort.

F: Warum hat das Verfahren nicht gegen mehrere stattgefunden?
Ist das nicht merkwürdig?

A: Dohnanyi war der einzige, der in Berlin war. Die anderen Personen befanden sich in anderen Orten. Man konnte sie nicht nach Berlin befördern lassen durch die schlechten Transportverhältnisse.

F: Wer war sein Verteidiger?

A: Dohnanyi hatte keinen Verteidiger?

F: Er wurde verurteilt ohne Verteidiger?

A: Ja. Ich habe nur diesen wenigen Fall erlebt.

F: Es gab nicht offizielle Verteidiger?

A: Nein.

F: Welches war der andere Fall ausser Dohnanyi, wo Sie die Anklage vertreten haben?

A: Das war der Prozess in Flossenbürg gegen Oster und Canaris.

F: Was ist mit Oster und Canaris geschehen?

A: Sie sind zum Tode verurteilt worden. Sie gehörten zum gleichen Komplex wie Dohnanyi.

F: Sie haben diese Leute getrennt verhandelt? Es war keine einheitliche Verhandlung?

A: Nein.

F: Hatte es einen bestimmten Grund, warum man keine einheitliche Hauptverhandlung gemacht hat?

A: Nein. Das hatte keinen Grund.

F: Sind für solche Leute Begnadigungsgesuche vorgelegt worden?

A: Nein. Dohnanyi hat mich gebeten, ihm die Möglichkeit zu verschaffen, den Reichsführer zu sprechen. Diese Mitteilung habe ich entgegengenommen und dem Gruppenführer Müller weiter gegeben.
Er sollte es dem Reichsführer melden. Was geschehen ist, weiss ich nicht.

- F: Wurde über diese Verhandlungen dem Auswärtigen Amt berichtet?
A: Nein.
F: Ich hatte dienstlich zu tun mit der Pass-Abteilung. Weniger direkt -- ich wurde zugezogen zu Besprechungen mit der Pass-Abteilung über unsere Pass-Abteilung -- über die Dienststelle des Ministerialrats Krause.
F: Ist das Ministerialrat Krause vom Preussischen Innenministerium?
A: Ja.
F: Lebt er noch?
A: Das ist mir unbekannt. Ich habe nichts mehr von ihm gehört. Er war ein alter Herr.
F: Ein früherer Amterat?
A: Er war Volljurist.
Er ist seit 1913 -- wie er mir sagte -- im Innenministerium tätig gewesen. Er war auch im Ausland bei Passverhandlungen.
F: Wurden bei Ihnen Pässe für Agenten ausgestellt?
A: Nein. Wir hatten keine Agenten. Unsere Dienststelle war eine Ministerial-Instanz der alten Zentral-Staatspolizei-Stelle im Polizeipräsidium Berlin.
F: Die Methoden Ihrer Arbeit waren andere als vor 1933?
A: Das mag sein.
F: Wieso mag das sein?
Sie waren völlig anders.
A: Nein, nicht völlig anders.
F: Haben Sie gehört, dass vor 1933 jemand durch einen höheren Polizeibeamten abgeurteilt worden ist?
A: Vor 1933 war ja auch kein Krieg.
F: War 1934 Krieg?
A: Da ist mir auch ein solcher Fall nicht bekannt.
F: Damals war der Röhm - Putsch. Herr Klausener wurde ermordet. Wo waren Sie am 30.6.34?
A: Da war ich Referendar im Rheinland.
F: Haben Sie gewusst, dass Herr Klausener erschossen worden ist?
A: Das habe ich nicht gewusst.
F: Ich habe es selbst gelesen. Das stand in jeder Zeitung. Sind Sie evangelisch oder katholisch?
A: Evangelisch.
Ich möchte noch sagen: die Tätigkeit, die ich beim Standgericht ausgeübt habe, hatte mit meiner sonstigen Arbeit nichts zu tun. Ich bin beauftragt worden, weil ich den Sachverhalt bearbeitet habe. Das hatte mit meiner sonstigen Stellung nichts zu tun.

F: Schreiben Sie mir die ganze Dohnanyi - Sache auf von Beginn bis zum Ende.
A: Das habe ich schon einmal gemacht.
F: In Dachau?
A: Nein. In Oberursel und ein zweites Mal in Hersbruck.
F: Wollen Sie so gut sein, es mir noch einmal aufzuschreiben?
A: Ja. Selbstverständlich.
F: Sind Sie allein in einer Zelle?
A: Nein. Ich bin mit einem Arzt Dr. Pfannmüller zusammen.
F: Wo waren Sie zum Schluss? In Dachau?
A: Ja. Ich bin von Regensburg nach Dachau gekommen.
F: Was ist aus den Papieren von Dohnanyi geworden,
A: Sie sind im Herbst 1944 in Zossen in einem Panzerschrank gefunden worden. Das Inhalt dieser Papiere bestätigte das, was vorher im Verfahren beim Reichskriegsgericht eine Rolle spielte.
F: Wohin sind diese Papiere gekommen?
A: Ich nehme an, sie sind in Berlin geblieben. Ich kann es nicht mit Sicherheit sagen, weil ich am 21.4.45 aus Berlin weg bin. Ich vermute, dass sie in dem Gebäude in der Kurfürstenstrasse sind.
F: In welchem Gebäude?
A: In dem zum Schluss eine Ausweichdienststelle der Gestapo Abteilung IV war. Ich glaube es ist Kurfürstenstrasse 146 oder 164.
F: Wenn Sie mit Ihrer Aufzeichnung fertig sind, schicken Sie sie mir.
A: Jawohl.

Interrogator:
Dr. R. M. W. Kempner

Witness:
Irene Renteln

Stenographer:
Irmtrud Maurer.

Interrogation Nr.

Vernehmung des Walter Huppenkothen
durch Mr. John
am 29.1.1948 von 11.30 bis 11.45
Stenografin: Bärbel Krüger

- 1.F.: Sie haben doch auch in dem Verfahren gegen Gördeler mitgewirkt?
- A.: Eigentlich nicht gegen Gördeler selbst, ich habe wohl im Laufe der Ermittlungen mit ihm zu tun gehabt.
- 2.F.: Ist Ihnen in diesem Zusammenhang Dohnanyi ein Begriff?
- A.: Ja, er hat sich mit ihm sehr oft getroffen in einem Lokal in Berlin und haben alles mögliche besprochen. Was es im einzelnen war, weiss ich nicht, wahrscheinlich irgend welche Staatsstreichpläne.
- 3.F.: Hat er (Gördeler) Ihnen ziemlich alles gesagt davon?
- A.: Gesagt nicht, aufgeschrieben. Er hat mir nur Andeutungen gemacht in diesem Punkt. Im Laufe der Besprechung hat er nur wenig gesagt, er hat es dann diktiert.
- 4.F.: Was hat er Ihnen über seine Auslandsbeziehungen gesagt?
- A.: Ich weiss, dass er Reisen nach England machte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst war er Preiskommissar bei der Firma Bosch und hat in deren Auftrag Geschäftsreisen nach Frankreich, England und ich glaube auch USA gemacht, er habe mit englischen Freunden gesprochen über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland.
- 5.F.: Hat er gesagt, mit wem er gesprochen hat?
- A.: Ich meine ja, aber nicht zu mir.
- 6.F.: Haben Sie sonst etwas über Auslandsverbindungen vom 20. Juli gehört?
- A.: Es bestanden eine ganze Reihe von Auslandsverbindungen, die nicht zum Zug gekommen sind. Ich weiss, dass John von der Lufthansa
- 7.F.: Wer war das?
- A.: Soviel ich weiss, ist er Jurist gewesen, ich habe mich mit dem Komplex nicht befasst.

- 8.F.: Was erinnern Sie als Ergebnis der Sache?
- A.: John hatte in Spanien Verbindungen zu englischen Kreisen, dann waren Besprechungen mit dem Rittmeister von Ledebuhr, die in ähnlicher Richtung gingen, beide über Spanien. Dann war da noch Gisevius.
- 9.F.: Kenn Sie Gisevius?
- A.: Nein, ich erinnere mich, dass er in Düsseldorf als Referendar war. In meiner Heimatstadt hat er auf einer politischen Versammlung gesprochen, da habe ich ihn gesehen, er hat sich politisch betätigt.
- 10.F.: In was hat er sich politisch betätigt?
- A.: Er war vor 33 Mitglied der Deutschnationalen Partei, im wesentlichen aber Jungstahlhelmführer.
- 11.F.: Von den Auslandsbeziehungen ist Ihnen weiter nichts in Erinnerung?
- A.: Nein, nichts von Bedeutung.
- 12.F.: Wenn etwas besonderes gewesen wäre, hätten Sie das bei der Besprechung erfahren?
- A.: Es war ein wichtiger Punkt, dass festgestellt wurde, welche Auslandsverbindungen dagewesen sind, aber etwas Entscheidendes ist nicht herausgekommen. John und Ledebuhr waren beide im Ausland und Gisevius war auch nicht greifbar.
- 13.F.: Ist Ihnen der Name Trott zu Solz in Erinnerung?
- A.: Der Name wurde genannt, aber er wurde nicht vernommen. Ich weiss, dass eine Reise nach Stockholm eine Rolle spielte. Er hat es bestritten, es wurde aber nicht geglaubt, aber es konnte nichts nachgewiesen werden. Er war bei den Vorbesprechungen mit Stauffenberg beteiligt und ist deshalb verurteilt worden.
- 14.F.: Wie ist es zur Verhaftung von Moltke gekommen?
- A.: Moltke war in der Amtsgruppe Ausland, Abwehr tätig. Es war folgendermassen: Vor dem 20. Juli 44, etwa im Februar, war ursprünglich ein Gegenspionagespiel gedacht. Die Verbindung war durch einen Vertrauensmann mit der Schweiz zustande gekommen und zwar zu Kreisen um den ehemaligen Reichskanzler Wirth und andere Leute. Überwachungsmassnahmen wurden eingeleitet. Es stellte sich heraus, dass der Vertrauensmann, der mit offenen Armen empfangen worden war, auf einmal überall auf Ablehnung stiess und sich klar wurde, dass das Spiel

A. nicht fortgesetzt werden konnte und es musste zugegriffen werden. Dabei wurde der Gebante Kiep, der auch als Major in der Amtsgruppe Ausland tätig gewesen war, festgenommen und befragt.

15.F.: Warum wurde er festgenommen?

A. Er spielte in dieser Gruppe eine Rolle und es hatte sich bemerkbar gemacht, dass er gewarnt worden sein musste. Er gab an, dass er von Moltke gewarnt worden war und es stellte sich heraus, dass Moltke wiederum von der Abwehrabteilung III gewarnt worden war und es ergab sich, dass diese Warnung erfolgt war aufgrund der von der Sicherheitspolizei eingeleiteten Überwachungsmaßnahmen. Es war so, dass Antrag auf telefonische Überwachung beim Forschungsamt gestellt werden musste mit Angabe der Gründe, weil Göring sich die Genehmigung vorbehalten hatte. Einer der Abteilungsleiter kannte Canaris und spielte dabei eine Rolle, die nicht ganz aufgeklärt worden ist. Der hatte die Warnung ausgesprochen und so kam es dazu. Im Verlauf dieser Ermittlungen war das, was nach dem 20. Juli sich herausstellte, nicht bekannt. Es war beabsichtigt, Moltke zu entlassen, Himmler hatte schon zugestimmt unter gewissen Auflagen, dass er freiwillig zur Truppe ging usw. Dann kam der 20. Juli und im Laufe der Ermittlungen stellte sich heraus, dass Moltke glaube ich zu dem Grafen Yorck Beziehungen hatte.

16.F.: Kiep wurde verhaftet wegen der Solf-Angelegenheit?

A.: Ja.

17.F.: Hatte man Kiep gefoltert?

A.: Nein.

18.F.: Wissen Sie das genau?

A.: Das glaube ich mit Sicherheit sagen zu können.

19.F.: Und von wem war Moltke gewarnt?

V.: Von Gehre.

20.F.: Das hat er angegeben?

A.: Ja.

21.F.: Wie hat er das ausgesagt?

A.: Ich habe mit ihm selbst gesprochen, es hat ziemlich lange gedauert, bis er das angab einige Tage. Müller hatte auch mit ihm gesprochen, er sagte zunächst, er könne sich an den Namen nicht erinnern, beschrieb ihn.

- 22.F.: Warum hat er den Namen genannt?
A.: Im Verlaufe der Vernehmung.
- 23.F.: Freiwillig?
A.: Ja, es ist ihm nichts geschehen.
- 24.F.: Was geschah mit Gehre?
A.: Er wurde auch nur festgenommen, ist dann aus der Haft ent-
sprungen, ist einige Monate in Freiheit gewesen bei ver-
schiedenen Leuten.
- 25.F.: Wie konnte er entspringen?
A.: Er war nach Fürstenberg gebracht worden und an einem Sonn-
tag brachte ihn ein Kommissar zu seiner Wohnung, weil er
noch verschiedenes einpacken wollte. Es ist ihm dann ge-
lungen, mit einer Flasche Cognak den Kommissar zu beein-
flussen, dass der ihn einige Minuten rausgehen liess und
dann war er verschwunden.
- 26.F.: Das klingt so kinohaft!
A.: So war es auch.
- 27.F.: Was ist dann erfolgt? Hat man ihn laufen lassen?
A.: Es wurde zunächst dem Kommissar zur Last gelegt, aber so
war es nicht.
- 28.F.: Was ist dem Kommissar geschehen?
A.: Er wurde zunächst etwas schlecht behandelt, aber es geschah
ihm nichts.
- 29.F.: Kennen Sie einen Dr. Fritz Frauendiener?
A.: Nein.
- 30.F.: Er war Leutnant, Gefangener in der Lehrterstrasse?
A.: Nein.
- 31.F.: Von dem wissen Sie gar nichts?
A.: Nein.
- 32.F.: Wer könnte da etwas sagen?
A.: Ich kann ihn nirgendwo unterbringen, ich müsste schon
wissen, zu welchem Komplex er gehörte.

Vernehmung des Walter Huppenkothien
vom 24.4.1948 von 1000-11.00

durch Mr. Barr

Stenografin Frl. Helma Schmidt.

1. F. Ich komme nochmals zurück auf Ihre Amtsübernahme in IV B. Sie waren damals auf Urlaub. Wie war das genaue Datum?
 - A. Ich habe als Termin den 5. August angegeben. Ich möchte annehmen, dass das zutrifft. Mit einem Kalender würde sich das Datum genau festlegen lassen. Es war ein Montag. Es kann sich nur um den ersten oder zweiten Montag im August handeln. Der Versetzungsantrag datiert vom 21. oder 24. Juni. Es war etwa in den Tagen des Beginns des Russlandfeldzuges.
2. F. Was haben Sie für Anhaltspunkte?
 - A. Der Versetzungserlass datiert von diesem Zeitpunkt. Ich war dann etwa noch 2 Wochen in Lublin gewesen nach Beginn des Russlandfeldzuges. Dann bin ich nach Berlin gefahren, weil mir gesagt worden war, ich solle in Lublin meinem Nachfolger übergeben. Der Nachfolger war aber in dem Erlass nicht benannt. Mein Nachfolger war dann Müller, er kam erst später raus. Ich habe in Berlin gefragt ob ich noch warten solle, oder ob es Eile habe. Dann sagte ich auch, dass ich schon lange keinen Urlaub gehabt hätte. Ich erhielt Bescheid, dass ich in Lublin abwickeln solle. Dann könne ich in Urlaub fahren, den ich aber nicht zu lange ausdehnen solle. Ich machte dann etwa 2 bis 3 Wochen Urlaub und fing in Berlin in den ersten Augusttagen an.
3. F. Wer waren Schellenbergs Vormänner?
 - A. Best.
4. F. War niemand dazwischen?
 - A. Das ergibt sich aus dem Geschäftsverteilungsplan. Im Oktober 1939 ist das RSHA erst in dieser Form aufgebaut worden. Vorher hiess es Geheimes Staatspolizeiamt. Es hatte drei Hauptabteilungen: I - Verwaltung, Recht mit Best, II - Innenpolitik mit Müller, III - Spionageabwehr mit Best. Best war dann

- A. als Gruppenleiter IV B noch eingesetzt in diesem Aktenplan von 1939. Sie haben ihn hier im Haus.
5. F. Was waren Ihre Verbindungen zu Hartl, als Sie Gruppenleiter IV B waren?
- A. Gar keine. Er war Gruppenleiter IV B. Er war für seinen Sektor verantwortlich wie ich für den meinen.
6. F. Hatten Sie persönlich Kenntnis von Canarias' Ende?
- A. Ich habe die Anklage vertreten in Flossenbürg.
7. F. Was war das für ein Gericht?
- A. Ein SS-Standgericht. Das wurde zusammengestellt vom Hauptamt SS Gericht.
8. F. Weshalb hat das nicht vor einem Volksgerichtshof stattgefunden sondern vor einem Standgericht?
- A. Das war eine Weisung des Führers.
9. F. Schriftlich oder mündlich?
- A. Das weiss ich nicht. Ich habe die schriftliche Weisung nicht gesehen.
10. F. Hätte eine mündliche Weisung dieselbe Wirkung gehabt?
- A. Das glaube ich schon. Diese Weisung ist Kaltenbrunner gegeben worden. Ich möchte aber annehmen, dass auch eine schriftliche Weisung vorgelegen hat.
11. F. Können Sie mir eine Erklärung für die Gründe in diesem Falle geben?
- A. Ich habe Müller am Telefon danach gefragt. Er sagte mir, dass er mir darüber jetzt nichts sagen könne. Er wisse das selbst nicht. Er sei lediglich von Kaltenbrunner so unterrichtet worden, dass das Verfahren gegen Canarias und einige andere auf diese Weise erledigt werden solle. Er würde sich aber nochmals danach erkundigen. Dazu kam es aber später nicht mehr. Mir hatte er die Weisung gegeben, ich solle die Akten übernehmen und runterfahren. Ich solle sie dem Standgericht vorlegen und die Anklage vertreten.
12. F. Wie war das Urteil?
- A. Todesurteil.
13. F. Weshalb wurde es nicht gleich vollstreckt?
- A. Es musste bestätigt werden. Ich habe mich auch damals unterhalten und den Standpunkt vertreten, dass es vom Führer be-

- A. bestätigt werden müsse. Ob das nun geschehen ist, weiss ich nicht, denn ich habe darüber keine Unterlage gesehen und mir ist auch darüber nichts mehr gesagt worden. Ebensowenig habe ich eine Bestätigung bekommen, dass das Urteil vollstreckt worden ist. - Ich habe es nicht gesehen. Aber es war auch nicht meine Zuständigkeit.
- 14.F. Sie haben also keine Kenntnis von der Urteilsvollstreckung?
- A. Nein. Ich habe es erst gehört nach dem Zusammenbruch. Es wurden da dramatische Geschichten erzählt von Klavierdraht und so weiter. Sachen, die völlig abwegig sind. Ich glaube nicht daran.
- 15.F. Constantin Canaris hat aus diesem Grund Selbstmord verübt. Wussten Sie das nicht? *keinerwegs!*
- A. Aus diesem Grund? Nein, das wusste ich nicht. Mir ist zum ersten Mal etwas davon gesagt worden 1945 als ich in Oberursel war.
- 16.F. Hatten Sie auch die Anklage gegen Pfuhlstein vertreten?
- A. Gegen Pfuhlstein ist niemals Anklage erhoben worden. Pfuhlstein ist gar nichts geschehen. Er ist in Freiheit irgendwo in Deutschland. Er wohnt in Kreuzwertheim. Ich habe seinen Spruchkammerbericht in der Zeitung gelesen.
- 17.F. Wie kommt es, dass ein Angehöriger Ihres Amtes der Meinung ist, dass im gleichen Zug Pfuhlstein hingerichtet worden sei?
- A. Das kann ich nicht sagen. Ich habe die Zeitungenotiz über Pfuhlstein schon vor etwa 1 1/2 Jahren gelesen. Gegen Pfuhlstein ist nie ein Verfahren eingeleitet worden, er war in Haft. Auf meinen Vorschlag hin ist kein Verfahren eingeleitet worden. Er wurde degradiert und die Geschichte wurde auf andere Weise niedergeschlagen.
- 18.F. Wie war das mit Thiele? Er kam vor das Volksgericht?
- A. Ja. Aber ich kann nichts näheres darüber sagen, denn den Sachverhalt habe ich nicht behandelt.
- 19.F. Wie war das mit Dohnanyi?
- A. Er kam nicht vor den Volksgerichtshof. Er gehörte zu dem Komplex Canaris.

- 20.F. Das Standgericht hat in Plötzensee getagt. Dort wurde er auch hingerichtet.
- A. Ich weiss es nicht. Herr John hat schon die gleichen Fragen an mich gerichtet, auch Frau von Dohnanyi. Ich hatte damals gesagt, dass die Sache Ende März 1945 gewesen sein muss. Die Frau von Dohnanyi mir jetzt gesagt hat, hat er am 17. April noch gelebt. Das mag wohl sein. Ich weiss es nicht. Jedenfalls war er zeitweise noch im Krankenhaus in Berlin.
- 21.F. Er war doch in Moabit?
- A. Das ist ein Untersuchungsgefängnis, er war aber in einem Krankenhaus, aber wo das genau war, weiss ich nicht. Es war sicher in einem Polizeikrankenhaus. Er ist zeitweise im Krankenhau in Oranienburg gewesen, dann zeitweise in unseren Haus und dann eine zeitlang im Krankenhaus. Dann ist er wieder nach Oranienburg gekommen. Das Ende weiss ich nicht. Ich war nur drüberum die Anklage gegen ihn zu vertreten. Da wurde ein Todesurteil gefällt.
- 22.F. Was war die Rolle von Müller?
- A. Ich habe hier eine umfassende Darstellung darüber gegeben. Ich habe sie zwar nicht unterschrieben. Ich habe das diktiert. Es muss im Sommer 1945 gewesen sein. Die Rolle von Müller ist so gewesen: Er ist zur Abwehr gekommen, hat dann die Verhandlungen, von denen jetzt in der Zeitung mit nicht ganz richtigen Darstellungen die Rede ist, geführt mit dem uns als Privatsekretär des Papstes bekannten Jesuitenpater Prof. Leiber. Da liefen die Verhandlungen.
- 23.F. Er hat doch die Verhandlungen im Einverständnis geführt.
- A. Im Einverständnis mit Dohnanyi und Oster.
- 24.F. Wie kam es, dass er aus der Sache so gut herausgekommen ist?
- A. Er hat Glück gehabt.
- 25.F. Was ist mit Prof. Waldemar Mayer?
- A. Das ist mir nicht bekannt.
- 26.F. Angeblich war es Waldemar Mayer der ihm behilflich war.
- A. Nein. Gegen Müller schwebte Verhandlung wie gegen Dohnanyi und Oster. Er war noch intensiver belastet, bestritt aber die Verhandlungen anders als im guten Glauben für die Reichsregierung geführt zu haben. Dagegen sprach eine Reihe von handschriftlichen Notizen von Dohnanyi und Leiber sowie die Aussagen von Oster. Er hat aber nicht wie die anderen ein

A. klares Geständnis abgelegt. Infolgedessen eignete sich der Sachverhalt nicht für ein Standgericht. Es hätte breit verhandelt werden müssen. Er weigerte sich ein klares Geständnis zu machen und zu sagen: Ich habe gewusst, dass es sich um eine Beseitigung des Führers handeln soll. Er sagte: "Ich habe das als Spielmaterial angesehen." Er hat darüber gelächelt, wir haben auch gelächelt. Die Sache hat sich aber zu einem Standgerichtsverfahren nicht geeignet. Alles was es gab war Schutzhaft. Es sollte gegen ihn ein gerichtliches Verfahren durchgeführt werden. Dazu ist es aber nicht gekommen durch das Ende des Krieges. Er ist aus Berlin auch nur verlegt worden, weil da unser Haus zerstört wurde. Dass da jemand gedreht hatte, glaube ich nicht.

27.F. Ist jemals ein Verdacht auf Grosskopf gefallen?

A. Nein, nie. Ich kann mich nicht erinnern.

28. F. War Ihnen Dr. Franz Fischer, Cannstatt bekannt?

A. Der Name sagt mir im Augenblick nichts.

29.F. Was hatten Sie mit Wirsing zu tun?

A. Ich habe ihn einmal kennengelernt bei einer privaten Veranstaltung, bei einem Abendessen. Es war 1944, vor dem 20. Juli.

30.F. Was war er Ihrer Erinnerung nach damals?

A. Er war in Zivil und war der Herausgeber einer Zeitschrift für die Wehrmacht.

Wir haben uns darüber unterhalten. Ich glaube sie hiess "Signal". Ich wusste natürlich wer Wirsing war. Ich kannte ihn als Hauptschriftleiter der Münchner "Neueste Nachrichten".

31.F. Wir haben uns schon einmal über die Verhaftung von Hansen unterhalten. Sie hatten genaue Kenntnis von der Verhaftung Hansens.

A. Es war meiner Erinnerung nach der Sonntag nach dem 20. Juli, vielleicht auch der Samstag. Jedenfalls war es ein Tag, an dem üblicher Weise Büroschluss war. Ich war im Büro und hatte eine Schreibkraft da. Da kam ein Anruf von Müller, ich möchte da bleiben und die Schreibkraft da behalten. Daraufhin ging ich nach einer Weile in das Vorzimmer von Müller. Müller hatte mir vorher auch noch gesagt, dass es sich um Hansen handle. Ich war dann im Vorzimmer von Müller. Dort

sassen Hansen und Schellenberg. Mir ist später mal irgendwo gesagt worden, dass Schellenberg aufgefordert worden sei, mit Hansen zusammen zu Müller zu kommen. Ich sprach mit Hansen ein paar Worte. Hansen fragte mich wie es wäre. Ich sagte ihm, ich traue mir selbst nicht mehr. Ich ging dann wieder zurück. Nach einer Zeitlang wurde ich von Müller angerufen ich solle rüber kommen. Da sass er mit Schellenberg und Hansen da. Ich kann nicht einmal mehr so genau sagen ob Schellenberg noch da war. Müller sagte mir, Hansen müsse da bleiben. Er müsse im Hausgefängnis untergebracht werden. Es käme jetzt darauf an, dass er etwas diktieren. Hansen sagte, er möchte nicht diktieren, sondern schreiben. Müller sagte, das sei ihm gleichgültig. Hansen setzte sich an meinen Schreibtisch, ich stellte mich an das Fenster. Meine Sekretärin wartete bis er das erste Blatt fertig hatte. Inzwischen kam Müller nochmals rein und sagte, es wäre besser, wenn ihm Hansen sein Taschenmesser gäbe. Müller fragte noch, ob er noch etwas da habe, was ihn veranlassen könne, irgendwelche Dumheiten zu begehen. Das verneinte er. Nun schrieb meine Sekretärin und guckte mich plötzlich an und schlug die Hände vor das Gesicht. Sie zeigte mir das Blatt. Hansen hatte seine Beziehungen zu Stauffenberg in einer solchen Weise geschildert, dass ihm nicht mehr zu helfen war. Am nächsten Tag wurde von Müller in der Mittagebesprechung gesagt, Hansen sei nun auch da. Er sei festgenommen worden und es sei wahrscheinlich bei ihm mit einer Verurteilung zu rechnen. Dann sagte er weiter - ich nehme an, dass es bei dieser Besprechung war, es kann aber auch bei einer anderen Besprechung gewesen sein, - dass man auf Hansen aufmerksam geworden sei dadurch, dass er sehr häufig mit Stauffenberg telefonierte hatte. Es ergab sich, dass er an den wesentlichen Besprechungen, insbesondere in der Wohnung an Wansee teilgenommen hatte. Das hat er dann wohl auch zugegeben. Da kann ich im einzelnen nichts darüber sagen.

32.F. Ist es Ihres Wissens nach richtig, dass, wenn Schellenberg etwas von IV haben wollte, er sich entweder an Müller direkt oder an dessen Gruppenleiter wandte?

A. Ja. Schellenberg hat mich schon mal angerufen. Meines Wissens hat er nicht selbst angerufen. Er hatte einen persönlichen Referenten der vorher bei mir war, das war Dr. Schmitz. Schmitz kam eines Tages zu mir - es war Anfang 1943 - und sagte mir, dass Schellenberg ihn angerufen habe, er möchte einmal zu ihm kommen. Das berührte mich etwas eigenartig, aber ich sagte: "Schön, aber ich will wissen, was da los ist". Er ging hin und sagte mir danach, Schellenberg habe ihm vorgeschlagen, er brauche einen persönlichen Referenten. Schellenberg hatte sich vorher schon Schamracher geholt. Ich habe mich dagegen gesträubt. Ich sagte zu Schmitz: "Von mir aus gesehen, nur über meine Leiche." Ich sagte ihm: "Wenn Sie natürlich ein persönliches Interesse haben rüberzukommen, hat es keinen Zweck, wenn ich Sie hierhalte". Ich habe die Sache Müller vorgetragen und ihm gesagt: "Schellenberg will mir schon wieder einen aus dem Laden rausholen. Daraufhin hat Müller Schellenberg etwas angenommen. Müller sagte: "Schicken Sie den Schmitz mal zu mir." Schmitz kam zurück und sagte mir: "Müller ist einverstanden, ich gehe rüber." Müller sagte mir nachher: "Es hat ja keinen Zweck, denn er will selbst rüber". Nach einem Vierteljahr wurde er dort befördert.

33.F. Woher kam Dr. Rennau?

A. Er ist ein alter Abwehrbeamter gewesen. Er hat irgendwo in der Abwehr, aber nicht im RSHA selbst gearbeitet. Nachher ist er in Brünn tätig gewesen. Dann war er wieder im Amt und hatte dort in I mit Schulung und Erziehung zu tun, ich glaube als zuständiger Referent. Zu irgend einem Zeitpunkt ist er nach Brünn als Leiter der Staatspolizeileitstelle versetzt worden. Dann wurde er aus einem mir im Augenblick unbekanntem Grund ins Amt IV versetzt und dort zur Verfügung gestellt. Dann drehte es sich darum, seinen Beamten zu finden, der zur Verfügung gestellt werden konnte für die Aktion, die Schellenberg durchführte. Weil Dr. Rennau gerade da war, wurde er genommen.

Restricted.

Vernehmung des Walter HUPPENKOTHEN,
Regierungsdirektor im Reichssicherheitshauptamt,
am 28. Mai 1948 von 10, 30, bis 11, 00

durch Mr. Fred KAUFMAN, Chief, Interrogation Branch.
Stenographin: Lilly Daniel.

I.F. Was wissen Sie von dem Nacht- und Nebelbefehl?

- A. Ich bin im August 1941 in das Reichssicherheitshauptamt gekommen - es muss etwa im Oktober gewesen sein, da wurde ich an einem Morgen zu Admiral Canaris gebeten. An dieser Besprechung nahmen noch teil Herr von Dohnanyi und ein weiterer Herr, wer, weiss ich nicht. Mir wurde gesagt, dass die militärische Abwehr, die damals die polizeilichen Aufgaben in den besetzten Westgebieten ausschliesslich wahrnahm, in Frankreich eine Aktion gegen eine Reihe von Leuten durchgeführt hätte, die im Verdacht des Landesverrats standen. Es seien eine Reihe von Festnahmen von Franzosen in verschiedenen Orten durchgeführt worden. Diese Leute seien festgenommen worden. Es sei darüber ein Bericht gemacht worden. Dieser Bericht sei Hitler vorgelegt worden. Daraufhin habe er befohlen, dass diese Leute in kürzester Frist abgeurteilt werden müssten, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Diese Leute sollten nach Deutschland gebracht werden, und in Deutschland sollten die Untersuchungen durch die Gestapo geführt werden. Die Verbringung nach Deutschland sollte geheim erfolgen, es sollte niemand in Frankreich etwas davon erfahren. Ebenso sollte die Aburteilung geheim erfolgen, so dass auch die Angehörigen nichts davon erfahren konnten. Es sollte dabei nach den Grundsätzen des Nacht- und Nebelerlasses verfahren werden. Ich hatte von diesem Erlass nichts gehört und auf meine Frage antwortete mir Canaris, das sei ein Erlass, der noch gar nicht ergangen sei. Er sei erst in Bearbeitung, seine Dienststelle sei bei der Bearbeitung mit eingeschaltet, und dieser Grundsatz solle in Zukunft überhaupt angewendet werden, dass in den Fällen, wo es sich um besonders schwere Übergriffe handelte, also z.B. Landesverrat oder ähnliche Delikte, sie nach Möglichkeit in kürzester Frist abgeurteilt werden sollten. Ich kann mich an die Frist nicht mehr

erinnern, 3 oder 10 Tage; ich glaube, es waren 10 Tage. In dieser Frist sollten sie abgeurteilt werden. Wo das nicht möglich war, sollten sie in das Reichsgebiet gebracht werden, ohne dass die Angehörigen von der Tatsache des Verbringens ins Reich erführen. Es wurde darüber gesprochen, dass eine derartige Anordnung ja kaum durchzuführen sei; denn das würde bedeuten, dass man entweder sehr lange Ermittlungen vor einer Festnahme durchführen müsste, die auch nicht geheim bleiben würden, dass der Zweck nicht erreicht wäre.

Meiner Meinung nach - ich muss das unter Vorbehalt sagen - war der 3. Teilnehmer vielleicht Ministerialrat Herzlieb, bestimmt war aber Oberst von Bentivegni dabei. (Min. Rat Herzlieb hatte die juristische Abteilung im Amt Ausland - Abwehr). Wir sprachen über die Schwierigkeiten, die sich dem entgegensetzen würden. Canaris bestätigte mir das, die übrigen auch. Wenn der Erlass fertig sei, würde man an uns herantreten. Als ich über Einzelheiten dieser Angelegenheit in Frankreich sprach, die der Anlass zu der Besprechung war, konnte man mir diese nicht geben, man verwies mich an die Abwehrstelle Paris und schlug mir vor, dass es vielleicht zweckmässig wäre, mit Oberst von Bentivegni nach Paris zu fahren, um die Sache an Ort und Stelle zu klären. Ich bin, nachdem ich den Sachverhalt vorgetragen hatte, nach Paris gefahren. Ich habe einen Aktenvermerk über die Besprechung gemacht und habe sie Gruppenführer Müller vorgelegt, ich glaube, er hat das Heydrich vorgelegt. Ich wurde dann beauftragt, nach Paris zu fahren und nahm noch meinen Referenten, Kriminaldirektor Dr. Fischer, IV B 3, mit. Ich erfuhr zunächst in Paris, dass bei der Durchführung dieser Anordnung sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden, weil es sich nicht um ein spezielles Verfahren handelte. Das erzählten mir die Beamten, die von uns dort waren, weil es sich nicht um ein Verfahren im eigentlichen Sinne handelte, weil die Festnahmen mehr oder weniger aufgrund einer Liste von irgendwie verdächtigen Personen durchgeführt worden seien. Bei den Festnahmen seien sicherlich auch Irrtümer vorgekommen; es seien Personen festgenommen worden, die freigelassen werden müssten. Oberst von Bentivegni konnte aus irgendwelchen

Gründen nicht mitfahren - ich weiss nicht, ob ein anderer Herr vom Ausland Abwehr zugegen war - jedenfalls waren von seiten der Abwehrstelle Paris einige Herren anwesend. Wer es war, weiss ich nicht. Ich weiss aber, dass einer von ihnen Corvettenkapitän Meissner war, der, glaube ich, auch das Wort führte für die Herren von der militärischen Abwehr. Es wurde bestätigt, dass die Ermittlungen in keiner Weise abgeschlossen seien und dass eine Verurteilung in kurzer Frist nicht erfolgen könne. Es wurde besprochen, wie die Ermittlungen geführt werden sollen; sie mussten in Frankreich durchgeführt werden. Es wurde nun vereinbart, dass, nachdem ein allgemeiner Überblick gegeben worden war, mit dem Justizministerium in Verbindung getreten werden sollte, um festzustellen, welche Stellen nun im einzelnen im Reichsgebiet befasst werden sollten. Nach meiner Rückkehr in Berlin wurden eine Reihe von Staatspolizeistellen genannt, die beauftragt wurden, mit dem Justizministerium Verbindung aufzunehmen. Diese Verhandlungen führte mein Referent Dr. Fischer.

Es wurden eine Reihe von Staatspolizeistellen beauftragt, einzelne Komplexe zu bearbeiten und mit der Justiz die Strafverfahren durchzuführen. Die Beamten führten die Ermittlungen in Paris oder in Frankreich an Ort und Stelle durch. Das Justizministerium veranlasste, dass der notwendige Haftraum zur Verfügung gestellt wurde; daraufhin wurden die Verfahren im einzelnen durchgeführt. Dabei ergab sich, dass ein Teil dieser festgenommenen Leute tatsächlich nicht belastet war, und wir stellten uns auf den Standpunkt, dass der Erlass nicht da war, dass diese Leute nach Frankreich zurückgeschickt werden sollten. Das ist auch geschehen. Die Verfahren sind dann abgewickelt worden. Ich habe dann später erfahren, dass dieser Nacht- und Nebelerlass nach einigen Schwierigkeiten tatsächlich durchgeführt worden ist. Er ist zunächst herausgegeben worden. Die Federführung für unsere Sparte im Reichssicherheitshauptamt hatte daraufhin ich nicht. Sie wurde der Gruppe IV D und dem in Frankreich zuständigen Apparat übergeben, IV D 4, das war Regierungsrat Dr. Hoffmann. Er ist zu dieser Frage auch im grossen Prozess hier als Zeuge vernommen worden.

2.F. Wer hat tatsächlich nach Herausgabe des Erlasses die Verhaftungen durchgeführt und die Gefangenen nach Deutschland transportiert?

A. Ich weiss, dass Hoffmann im grossen Prozess Aussagen darüber gemacht hat. Ich persönlich bin der Ansicht, dass die Verhaftungen, soweit sie in den besetzten Gebieten erfolgt sind, von den zuständigen Stellen - der Nacht- und Nebelbefehl beschränkte sich auf die besetzten Westgebiete - das wäre für Holland die Dienststelle der Sicherheitspolizei gewesen, für Frankreich zunächst die militärische Abwehr bzw. die Organe der Militärgerichtsbarkeit und später - ich kann den genauen Zeitpunkt nicht sagen - jedenfalls, nachdem ein Befehlshaber der Sicherheitspolizei und ein Höherer SS- und Polizeiführer in Frankreich eingesetzt worden waren, die Organe der Sicherheitspolizei; für Belgien vermutlich zunächst auch die Organe der militärischen Abwehr bzw. der Militärgerichtsbarkeit und später auch der Sicherheitspolizei. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Frankreich wurde meiner Erinnerung nach im Sommer 1942 eingesetzt.

3.F. Die Sicherheitspolizei hat Transporte durchgeführt?

A. Ich weiss, dass ein erster Transport von entweder Ordnungspolizei oder militärischen Stellen durchgeführt worden ist. Sie sollten von einander nichts erfahren. Man konnte nicht für jeden einzelnen ein Abteil im Zug haben. Es waren über 100 Menschen.

4.F. Wissen Sie, wer den Nacht- und Nebelerlass ausgearbeitet hat?

A. Ich weiss, dass damals u.a. die militärische Abwehr damit befasst war. Wer das bearbeitet hat, weiss ich nicht, - also die Rechtsabteilung. Seitens der Sicherheitspolizei ist er nicht ausgearbeitet worden. Wir wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

5.F. Später, als die Sachen nicht mehr von den militärischen Stellen in besetzten Westen bearbeitet wurden, gab es da eine Aufsicht von irgendeiner militärischen Stelle, die kontrollierte, wie die Nacht- und Nebelbefehle von der Sicherheitspolizei bearbeitet wurden?

A. Das weiss ich nicht; darüber kann ich keine Auskunft geben. -

Hoffmann, der etwa im Herbst 1943 aus dem Reichssicherheits-
hauptamt nach Dänemark versetzt worden ist, befindet sich im
Augenblick, soviel ich hörte, in Dänemark.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation Nr. 2827

Vernehmung von Walter HUPPENKOTHEN
SS-Standartenführer in Amt IV des RSHA,
durch Mr. Erik J. Ortman
Auf Veranlassung von Dr. KEMPNER,
am 8. Juni 1948 von 9.45 bis 10.30 Uhr,
Stenographin: Gertrud Weber.

- 1.F. Geben Sie Ihren vollen Vor- und Zunamen an.
A. Walter HUPPENKOTHEN.
- 2.F. Wo und wann sind Sie geboren?
A. 31.12.07 in Haan.
- 3.F. Die Fragen, die ich Ihnen heute morgen stellen möchte, sind für Sie an sich nichts Neues und sind auch für mich nichts Neues aus dem einfachen Grund, weil Sie schon verschiedentlich über das Thema vernommen worden sind und zwar handelt es sich um das Thema des 20. Juli. Ich bin mit der Materie, soweit Ihre früheren Aussagen da in Betracht kommen, vertraut. Ich möchte Sie deshalb bitten, die Fragen, die ich Ihnen stellen werde, so knapp und kurz und bündig wie möglich zu beantworten, unter Berücksichtigung dessen, was Sie schon früher ausgesagt haben.
A. Jawohl.
- 4.F. Ich möchte Sie ganz kurz vereidigen.
A. Der Voreid ist an sich in Deutschland nicht üblich. Darf ich nicht vorschlagen, den Eid später zu leisten?
- 5.F. Wenn Sie wollen. -- Schildern Sie mir bitte ganz knapp wie Sie in die Untersuchung des 20. Juli hineingekommen sind, wer Sie beauftragt hat, wann und in welcher Form usw.?
A. Ich erfuhr von dem Attentat als ich abends zu Hause war, das heisst gegen 1/2 7 Uhr durch Rundfunk. Kurz darnach kam ein telefonischer Anruf, ich solle mich sofort zur Dienststelle in der Prinz Albrechtstrasse zum RSHA, begeben. Mit mir waren die übrigen Angehörigen des RSHA ebenfalls dorthin beordert.

A. Sie waren zu ihren Dienststellen beordert worden. Ich bin dann da gewesen und erhielt im Laufe der Nacht den Auftrag, mich zur Wohnung Goebbel's zu begeben und mich dort bei Dr. Kaltenbrunner zu melden. Kaltenbrunner übergab mir dann den General von Hase, dem er vorher erklärt hatte, er müsse zur Klärung seines Falles in Gewahrsam gehalten werden, in meiner Gegenwart hat er ihm das erklärt. Ich habe den General von Hase nach Wannsee ins Haus der internationalen kriminalpolizeilichen Kommission gebracht, bin wieder zurückgefahren nach Berlin. Am nächsten Morgen habe ich mich dann befehls-gemäss bei Müller gemeldet, bei meinem Amtschef, der mir dann erklärte; ich müsse meine übrige Arbeit eine zeitlang unterbrechen und an der Aufklärung des Attentats mit teilnehmen. Er gab mir dann wahllos aus einigen Unterlagen, die vor ihm lagen, einige Zettel und sagte mir, ich möchte mich mit dem Fall befassen. Es handelte sich dabei um den Fall des Bruders von Stauffenberg, des Grafen Berthold. Ich habe den Grafen Berthold Stauffenberg vernommen. Die Vernehmungen dauerten ein paar Tage, anschliessend habe ich dann den Grafen Friedrich von der Schulenburg vernommen. Es handelt sich nicht um den Botschafter, sondern der war zuletzt Regierungspräsident beim Oberpräsidenten in Breslau. Ferner habe ich vernommen von den unmittelbar Beteiligten noch den Graf Schwerin, Ulrich Wilhelm. Das waren die Vernehmungen, die ich durchzuführen hatte in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Attentat.

6.F. Und dann später haben Sie Admiral Canaris vernommen?

A. Ja, ich habe dann allerdings, nachdem ich zuerst Oster zur Vernehmung hatte, damit kam ich in diesen Komplex hinein, Canaris zur Vernehmung überwiesen bekommen, dann General von Pfuhlstein, später dann noch Herrn von Bohanyi und Dr. Josef Müller. Im Zusammenhang damit noch einige andere Personen, deren Namen ich nicht erinnere.

7.F: Oberst Hansen?

A. Nein; um es richtig zu sagen, Oberst Hansen wurde von Müller festgenommen. Er wurde an einem Sonntag zu Müller bestellt und der verständigte mich, dass ich mich bereit halten sollte, es kam aber mehr auf eine Schreibkraft an. Er hatte eine Besprechung mit Hansen, an der ich nicht teilgenommen habe.

- A. Ich wurde zugerufen und mir wurde gesagt, dass Hansen in meinem Zimmer die Dinge niederlegen wollte. Er hat das handschriftlich gemacht und die Schreibkraft hat das übertragen.
- 8.F. Das haben Sie gelesen?
- A. Den letzten Teil habe ich nicht gelesen, das übrige so über die Schulter weg. Dann habe ich später den Oberst Hansen nur zu einer kurzen Gegenüberstellung, wegen Aussagen über Canaris da gehabt, das dauerte nicht mal eine halbe Stunde.
- 9.F. Haben Sie Beck jemals vernommen?
- A. Nein, der ist nicht in Gewahrsam genommen worden. Der ist bereits in der Bendlerstrasse, unmittelbar nach dieser Gegenaktion, die von den Offizieren durchgeführt worden war, durch den Generaloberst Fromm standrechtlich erschossen worden. Die Einzelheiten kann ich nur vom Hörensagen wiedergeben, dass ihm die Gelegenheit gegeben worden sei, sich selbst zu erschiessen.
- 10.F. Um diesen einen Punkt mal ganz klar zu bekommen, sie haben also an dieser Untersuchungskommission, so wurde sie doch genannt -
- A. Sie hiess Sonderkommission 20. Juli, da hatte ich eine Arbeitsrate zu erledigen.
- 11.F. Auf Befehl von Müller Ihres Vorgesetzten?
- A. Ja.
- 12.F. Wie lange haben Sie sich dann mit dieser Materie befasst, einschliesslich des Flossenbürger Gerichtsverfahrens?
- A. Diese Sache verfolgte mich nun bis zum Flossenbürger Gerichtsverfahren.
- 13.F. Wann schloss das ab?
- A. Ich habe da keine genaue Erinnerung mehr. Es kann sich lediglich um paar Tage handeln. Ich würde sagen zwischen 5. und 10. April 1945.
- 14.F. Haben Sie sich in der Zeit vom 20.7.44 bis zum April 1945 ausschliesslich mit dieser Materie befasst?
- A. Fast ausschliesslich. Es gab da einen grossen Aktenfund, den ich zu bearbeiten hatte.
- 15.F. Sie haben also über die ganzen Hintergründe und die ganzen Begleiterscheinungen, Ziele usw. wahrscheinlich ein besseres Bild als sonst ein Lebender heute?
- A. Ich mag da nicht vermessen sein, das weiss ich nicht.

16. F. Rein sachlich gesehen darf man das wohl sagen?

A. Das ist wenigstens bedingt richtig. Ich habe in diesem Komplex, wenigstens der von der Abwehr aus war, habe ich sicherlich den besten Einblick, denn sonst ist damit niemand befasst worden. Mit den anderen Dingen, diesem zivilen Sektor und was da gespielt hat unmittelbar mit dem 20. Juli, nur teilweise und auch da nur am Rande unterrichtet, ich bin persönlich da nicht rein gestiegen, habe nur bei den in der ersten Zeit stattfindenden Besprechungen, nennen wir sie Lagebesprechungen, habe ich das eine oder andere in Erinnerung. Es war nicht so, dass jeder alles vorzutragen hatte, man hatte das was für die allgemeine Kenntnis war, vorzutragen.

17. F. In Ihren Vernehmungen von Canaris, Oster usw. haben Sie sich natürlich nicht nur auf das rein abwehrmässige beschränkt?

A. Das habe ich nicht gesagt.

18. F. Ich darf wohl annehmen, wenn Sie diese Herren vernommen haben, natürlich versuchten, ein Gesamtbild herzustellen?

A. Ich habe diesen Aktenfund zu bearbeiten gehabt, was sich daraus ergab, war der Gegenstand der Vernehmungen.

19. F. Der Gegenstand der Vernehmungen war selbstverständlich ein Gesamtbild herzustellen?

A. Das war mein Ziel, meine Aufgabe.

20. F. Haben Sie selbst irgendwelche umfassenden Berichte, Teilberichte oder Abschlussberichte an Müller oder Kaltenbrunner gegeben?

A. Darüber habe ich schon ausgesagt, da ist vor allem der Bericht über den Aktenfund gewesen, mit 2 Anlagebänden, Ablichtungen von einzelnen Dokumenten, die gefunden worden waren.

21. F. Um welche Dokumente handelte es sich da?

A. Was in dem Panzerschrank gefunden worden war, was aus dem Sektor Canaris, Dohnanyi, Oster gefunden worden war. Es handelt sich da z.B. um diese Verhandlungen von Müller in Rom, worüber sehr eingehende Unterlagen vorhanden waren, und andere ähnliche Dinge.

22. F. Glauben Sie, dass es heute in Deutschland noch jemand Lebendes gibt, der über die Ereignisse des 20. Juli ein besonderes Gesamtbild hat als Die?
- A. Mir ist nicht bekannt, ob Müller noch lebt.
23. F. Ihr Vorgesetzter?
- A. Ja, der hat sicher ein umfassenderes Bild, der war Leiter der Kommission.
24. F. Wie gross war diese Kommission?
- A. Ich habe mal eine Aufzeichnung darüber aus der Erinnerung gemacht.
25. F. Rund zahlenmässig?
- A. Es waren glaube ich 10 bis 15 Mann herausgekommen, die Namen kann ich im Augenblick nicht erinnern. Es ist ja so, dass eine Fülle von Teilkomplexen dabei war und diese Teilkomplexe wurden von einzelnen Sachbearbeitern geführt. Da habe ich keinen Überblick darüber, was die im einzelnen bearbeitet haben. Ich kann wohl sagen, welchen Komplex sie bearbeitet haben, aber was sie dabei im einzelnen festgestellt haben, kann ich nicht sagen.
26. F. Kennen Sie Karl Ritter?
- A. Nein, können Sie mir vielleicht etwas sagen.
27. F. Karl Ritter war Botschafter zur besonderen Verwendungen im Auswärtigen Amt.
- A. Den habe ich hier gesehen.
28. F. Sie haben auch nie im Zuge dieser Untersuchung mit diesem Herrn zu tun gehabt?
- A. In meinem Komplex nicht, kann nicht erinnern, den Namen jemals gehört, gesehen oder gelesen zu haben.
29. F. Wilhelm Keppler?
- A. Den Namen Keppler kenne ich, niemals gesehen bevor ich 1946 als Zeuge hierher kam. Wenigstens nicht gewusst gesehen. - Ich glaube ich habe ihn in einer Besprechung von 1935 oder 1936 mal gesehen.
30. F. Ich habe mich da schlecht ausgedrückt, meine Frage war die, ist Ihnen der Name im Zusammenhang des 20. Juli ein Begriff geworden?
- A. Nein.

31.F. Wilhelm Bohle?

A. Nein.

32.F. Otto v. Erdmannsdorf?

A. Nein.

33.F. Hans Kehrl?

A. Nein.

34.F. Graf Schwerin von Krosick?

A. Nein. Dazu möchte ich folgendes sagen: Graf Schwerin v. Krosick war ein entfernter Verwandter von dem Grafen Schwerin, der von mir vernommen wurde, der nannte sich Graf Ulrich Wilhelm Schwerin-Schwanefeld. Der war zunächst festgenommen worden, der Schwager von Schwerin. Schwerin war verheiratet mit der Tochter des früheren Berliner Oberbürgermeisters. Deren Bruder war durch Schwerin-Schwanefeld irgendwie belastet. Die Belastung war nicht sehr stark, er wurde zunächst mal festgenommen. Dann hat sich der Reichsfinanzminister dafür eingesetzt, dass er wieder entlassen werden sollte, was dann auch geschah.

35.F. Aber gegen Schwerin-Krosick lag nichts vor?

A. Nein.

36.F. Steengracht?

A. Auch nichts gehört.

37.F. Veessenmayer?

A. Auch nicht.

38.F. Weizsäcker?

A. Der Name Weizsäcker tauchte in den von mir bereits besprochenen Unterlagen in dem Panzerschrank verschiedentlich auf als Verhandlungspartner von Canaris, jedoch nicht so, dass sich daraus ergab, dass er in das Komplott eingeweiht war. Er war ferner in einigen handschriftlichen Notizen des Herrn von Dohnanyi erwähnt. Diese Notizen befassten sich mit gewissen Konstellationen aus den verschiedensten Zeiträumen. Um es klar zu sagen es waren Notizen, die etwa zeigten ein Bild von Leuten, mit denen man später irgendetwas vorhatte, die Herren irgendwie verwenden wollte. Womit ich nicht sagen will, ob als Aussenminister usw., an welche Verwendung im einzelnen gedacht war, war nicht ersichtlich. Herr von Dohnanyi hat bei den Vernehmungen sich auch darüber ausgeschwiegen, hat nichts gesagt. Er sagte lediglich, das seien Notizen gewesen.

39. F. Wurde Weissäcker vernommen?

A. Nein.

40. F. Weshalb nicht?

A. Ich habe niemals das vorgeschlagen von mir aus, einmal aus dem Grunde, weil er in Rom war und zum anderen war er persönlich in keiner Weise angeschlagen.

41. F. Was meinen Sie mit angeschlagen?

A. Durch die Unterlagen nicht persönlich belastet.

42. F. In keiner Weise?

A. Ich muss es so sagen, es tauchte natürlich die Frage auf, kann er was damit zu tun haben. Dafür waren keine Beweise vorhanden. Es war lediglich mit seinem Namen operiert worden. Ich könnte mir auch vorstellen, dass man einfach gesagt hätte, er solle sich küssern über seine Beziehungen zu den betreffenden Personen.

43. F. Auch das wurde nicht gemacht?

A. Nein. Es waren lediglich im wesentlichen diese handschriftlichen Notizen von Dohnanyi. Da tauchte er im Zusammenhang mit einer Reihe von anderen auf.

44. F. Sodass Sie daraus schlossen, dass Dohnanyi und die Anderen

A. Mit Weissäckers Namen lediglich gespielt haben. Jawohl. So etwa deutete es auch Dohnanyi an. Er sagte in keiner Weise, dass er eingeweiht gewesen sei.

45. F. Deckte sich in diesem Punkt die Aussage Dohnanyi's mit der von Canaris?

A. Absolut. An irgendeiner Stelle ergab sich auch, dass Weissäcker und Canaris, ich kann den Zusammenhang nicht mehr sagen, nicht gerade, jedenfalls zeitweise, sich nicht besonders geschätzt haben.

46. F. Das ergab sich aus den Vernehmungen von Canaris?

A. Nicht aus den Vernehmungen, sondern aus den gefundenen Unterlagen. Ich denke dabei an einige Durchschläge von Tagebuchnotizen aus dem Tagebuch von Canaris.

47. F. Wörmann?

A. Nein, nicht erinnerlich. Er war mir persönlich ein Begriff, dann würde ich erinnern.

48.F. Haben sonst ausser den jetzt genannten Namen im Laufe der Untersuchung irgendwie Verdachtsmomente auf Angehörige des Auswärtigen Amtes hingezielt?

A. In den Unterlagen befand sich ein Brief vom Herbst 1939, Ende 1939, die wesentlichen Akten waren kurze Zeit etwa nachdem die Akten begannen, zeitlich, ein Brief der mit "K" unterzeichnet war. Er war an Oster gerichtet und dieser Brief hatte einen ausserordentlich verfänglichen Inhalt und es ergab sich, ich kann den Inhalt nicht mehr im einzelnen wiedergeben, dass er ganz klar gegen das System gerichtet war und darin gesagt wird, man musste das System mit Gewalt beseitigen. Ich kann die Einzelheiten nicht wiedergeben. Oster bezeichnete bei seinen Vernehmungen als Verfasser den früheren, er war zuletzt Gesandter, Erich Kordt. Er wurde aber auch nicht vernommen dazu, denn er war in Japan. Es wurde nichts gegen ihn unternommen. Ansonsten sind mir in diesem Zusammenhang keine Namen erinnerlich aus dem Komplex Canaris - Dohnanyi - Oster. Die anderen Namen sind bekannt, da habe ich mit niemand etwas zu tun gehabt.

49.F. Damit sind meine Fragen für heute morgen erschöpft. Ich möchte fast folgendes vorschlagen, ich lasse den Kern der Vernehmung kurz herauschreiben und lege es Ihnen in einer Stunde zur Unterschrift vor.

Interrogation-Nr. 289

V e r n e h m u n g
des Reg.-Direktor u. Standartenführers
Walter HUPPENKOTHEN,
am 28. Juni 1948, von 11 bis 12 Uhr,
durch Mr. Curt P O N G E R,
auf Veranlassung von Mr. NIEDERMAN.
Stenografin: M. Fritsche.

1. Fr. Geben Sie uns bitte in kurzen Zügen Ihren Lebenslauf zu Protokoll.
- A. Am 31.12.1907 in Haan/Rheinland geboren. 4 Jahre Volksschule, Realgymnasium, 1927 Abitur, anschliessend juristisches Studium, Mai 1931 Referendar-Examen, Ausbildung im Bereich des Oberlandbezirkes Düsseldorf, 1934 Assessor-Examen, 1935 Staatspolizeistelle Düsseldorf, 1936/37 Staatspolizeileitstelle Königsberg, 1937 bis Kriegsbeginn Staatspolizeistelle Lüneburg. Mit Kriegsbeginn Verbindungsführer der Einsatzgruppe I der Sicherheitspolizei bei der 14. Armee (LIST) unter Brigadeführer Streckenbach.
2. Fr. Wielange blieben Sie in dieser Stellung?
- A. Bis zum Ende des Polenfeldzuges.
3. Fr. Wo war damals der Sitz?
- A. Dann in Krakau. Ich wurde für kurze Zeit Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau, 1940, anschliessend bis Juli 1941 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lublin. Anschliessend wurde ich versetzt zum Reichssicherheits-Hauptamt als Gruppenleiter IV E.
4. Fr. Was war IV E?
- A. Spionage-Abwehr. Dazu gehörte nach Grenzpolizei und ein Referat Wirtschaft.

- 5.Fr. Wie war in diesem Augenblick Ihr Verhältnis zu den Canaris-Leuten?
- A. Wir hatten sehr starke dienstliche Berührungspunkte; etwa die gleichen Aufgaben, die ich für den zivilen Sektor hatte, hatte die Abteilung III für den militärischen Sektor. Wir hatten sehr viel miteinander zu tun.
6. Fr. Ich habe noch 2 Fragen wegen Lublin und Krakau. In der damaligen Zeit wurden die 2 K.L. dort geschaffen.
- A. Nein, zu meiner Zeit nicht. Auschwitz bei Krakau ist wohl bereits 1940 geschaffen worden. Aber Lublin ist erst nach meiner Zeit, ich glaube 1942 geschaffen worden.
7. Fr. Das stimmt leider nicht.
- A. Jedenfalls nicht zu meiner Zeit.
- 8.Fr. Lublin war schon 1940 ein Lager, aber noch nicht das K.L..
- A. Ja, ein Judenlager, aber das ist gar nicht zu vergleichen. Der SS- und Polizeiführer in Lublin, Globocnik, hatte ein Lager eingerichtet.
- 9.Fr. Die SS-Werkstätten von Globocnik?
- A. Ja.
- 10.Fr. Es handelte sich damals schon um Leute, die von Deutschland und Österreich dorthin geschickt worden sind.
- A. Nicht insgesamt.
- 11.Fr. Ja, es waren auch polnische Juden dort.
- A. Es war so, dass während dieser Zeit Umsiedlungen stattfanden; die wurden aber im ganzen Bereich angesiedelt.
- 12.Fr. Kennen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle, die das WVHA gespielt hat?
- A. Nein. Soweit ich unterrichtet bin, fand die Überleitung der Unternehmen erst später statt, auf das WVHA.
- 13.Fr. Wann gingen Sie aus Polen weg?
- A. Mitte Juli 1941. Es war unmittelbar nach Beginn des Russlandfeldzuges. Der Russlandfeldzug begann am 21./22. Juni und 14 Tage später bin ich weggegangen.
- 14.Fr. Als das WVHA die Sachen übernahm, das war im März 1941 oder 1942. - Setzen Sie bitte Ihren Lebenslauf fort.
- A. Ich bin dann im Reichssicherheits-Hauptamt gewesen bis zum Zusammenbruch. Es fand diese Umorganisation des Amtes IV statt; IV a, b, c, d, e, f waren die Gruppen bis dahin.

- A. Später gab es 2 grosse Gruppen IV a und IV b. Es blieben 3 Referate über, die zu einer Abteilung IV A 3 zusammengefasst wurden; dieser Abteilungsleiter war ich.
- 15.Fr. Was war das?
- A. IV A 3a war allgemeine Abwehr-Angelegenheit, IV A 3b Wirtschaft, IV A 3c grenzpolizeiliche Angelegenheiten. Im Zusammenhang mit dem 20. Juli wurde ich dann auch zur Funktion der Untersuchung dieser Angelegenheit herangezogen. Mit diesen Geschäften bin ich bis zum Schluss befasst gewesen.
- 16.Fr. Gehörte das nicht zum Amt VI dann?
- A. Nein.
- 17.Fr. Sie hatten mit dem Amt VI nichts zu tun?
- A. Nein.
- 18.Fr. Nachdem gab es noch Ihre Stelle, die sich mit Spionage beschäftigte?
- A. Ja, Amt VI aktive Spionage und bei uns Spionage-Abwehr.
- 19.Fr. Das ist aber ziemlich zusammenhängend?
- A. Selbstverständlich.
- 20.Fr. Hatten Sie einen eigenen Agenten-Apparat?
- A. Nein.
- 21.Fr. Sondern?
- A. Die Sache war so eingerichtet, dass die Einzelfälle, wenn ich so sagen darf, aus Untersuchung und Ermittlungen bestanden, während die Staatspolizeistellen lediglich nach einem gewissen Muster zu berichten hatten über das, was bei der Bearbeitung über diese Vorgänge angefallen war. Es gab eine Reihe von Formblättern, die auszufüllen waren.
- 22.Fr. Sie sprechen vor allem von Fällen in den besetzten Gebieten?
- A. Nein, von Deutschland. Später in den besetzten Gebieten wurde nach demselben System verfahren.
- 23.Fr. Bedingt nicht die Gegenspionage im feindlichen Ausland, dass man ja Agenten haben muss?
- A. Die Gegenspionage ist ja ein besonderer Zweig der Spionage. Im Jahre 1936 wurden zwischen der militärischen Abwehr, innerhalb der Abwehr III, und der Geheimen Staatspolizei Richtlinien für die Arbeitsbegrenzung aufgestellt. Das waren die

- A. sogenannten 10 Gebote, weil die Abgrenzung der Tätigkeit abgefasst war. Bis 1942 war die Gegenspionage Angelegenheit der militärischen Abwehr und Angelegenheit der polizeilichen Abwehr war die Untersuchung der Einzelfälle. Selbstverständlich gab es da auch Überschneidungen und es ist auch so gewesen, dass einzelne Staatspolizeistellen Ermittlungen im Ausland zu führen hatten. Das war aber immer Angelegenheit der Staatspolizeistelle. Grundsätzlich war die Aufgabe der Gegenspionage die Erkennung, Irreführung und gegnerischer Spionagedienst; diese Aufgabe war ursprünglich bei der militärischen Abwehr. Später, innerhalb der Abwehr III, gab es eine Gruppe III F, die sich ausschliesslich mit der Gegenspionage beschäftigte. Durch die neuen Vereinbarungen im Jahre 1942, die im Mai 1942 veröffentlicht wurden, eine Woche vor dem Attentat auf Heydrich in Prag, wurde eine Vereinbarung getroffen, durch Gegenspionage auch die Geheime Staatspolizei ---
- 24.Fr. Hatten Sie für Ihren Apparat eine technische Hilfe für Gegenspionage?
- A. Sie meinen Agenten-Apparat?
- 25.Fr. Nein. Hatten Sie nicht im Amt eine Abteilung, die die Spionageabwehr mit technischen Mitteln belieferte?
- A. Nein.
- 26.Fr. Wo bekamen Sie Ihre Dinge her?
- A. Sie meinen Irreführungsmittel?
- 27.Fr. Ich meine technisches Material.
- A. Das musste so besorgt werden.
- 28.Fr. Konnten Sie vom Amt VI F anfordern?
- A. Bei uns tauchte das nicht auf.
- 29.Fr. Wie war es, wenn irgendeine Stapoleitstelle Funkgeräte gebraucht hat?
- A. Haben wir nicht gebraucht. Bezüglich der Funkgeräte muss ich sagen, da wurde zu diesem Zweck im Amt eine eigene Dienststelle aufgebaut, die mir nicht unterstand, das war das Referat IV A 2; ursprünglich war es Sabotage-Referat, gewachsen aus der Verfolgung von ukrainischen Sabotageanschlägen; 1937 oder 1938 waren die grossen Schiffssabotagefälle.
- 30.Fr. In Holland.
- A. In Holland und vor allen Dingen im Norden.

- 31.Fr. Die holländischen Sachen sind von der Gestapo gemacht worden.
- A. Nein. Während des Krieges meinen Sie? Ich spreche von Fällen vor dem Krieg. Da waren im wesentlichen die Stützpunkte in Antwerpen, in Kopenhagen und Stockholm. Aus der Verfolgung dieser Dinge, die etwa 1937/38 einsetzten, ist dieses Referat IV A 2 gewachsen und ich glaube es hieß auch zunächst "Bekämpfung ukrainischer Gewaltmassnahmen" und beschäftigte sich mit Aufklärung der Sabotagefälle. Während des Krieges wurde dieses Referat auch tätig in allen Fällen, wenn es sich um sogenannte Funksachen handelte, z.B. Fallschirmagenten mit Funkgeräten. Mit diesen Fällen hat sich IV A 2 beschäftigt.
- 32.Fr. Nun, um auf unsere Grundfrage zurückzukommen. Sie selbst sagten, dass die Besorgung von falschen Papieren nicht schwer war?
- A. Wenn sie nötig waren.
- 33.Fr. Es gab keine organische Verbindung mit Amt VI F?
- A. Nein.
- 34.Fr. Kennen Sie die Leute, die dort gearbeitet haben?
- A. Ich kannte sie. Ich kann sie im Augenblick nicht mit Namen nennen.
- 35.Fr. NAUJOCKS werden Sie sicher kennen?
- A. Ja.
- 36.Fr. DOERNER?
- A. Ja.
- 37.Fr. Wer fällt Ihnen ein?
- A. Ich denke gerade an einen. - Unterstand nicht SKORRENY zeitweilig?
- 38.Fr. Nein.
- A. Ich habe keine Berührungspunkte damit gehabt. Mir fällt nichts ein.
- 39.Fr. Die hatten eine fotografische Abteilung?
- A. Ja. Ich habe davon gehört, ich bin aber nie da gewesen.
- 40.Fr. Es gab im Amt irgendeine Stelle, die sich mit Mikro-Filmen befasste.
- A. War das nicht Amt VI F?

41.Fr. Haben die Ihre Akten gefilmt?

A. Nein.

42.Fr. Was haben Sie gehört?

A. Ich habe nur gehört, dass sie ein besonderes System entwickelt haben, um möglichst unauffällig Agentenberichte aus dem Ausland herauszubekommen.

43.Fr. Ich denke an eine andere Stelle, wo die Mikro-Filme aufbewahrt wurden.

A. Diese Frage ist mal aufgetaucht, als Luftschutzgründen, aber sie ist dann nicht weiter verfolgt worden, nachdem unsere wesentlichen Akten bereits verlagert waren nach Theresienstadt. Die Verlagerung aus Berlin fand überhaupt erst statt, als die grossen Angriffe stattfanden. Ich erinnere mich, dass nicht die Frage auftauchte, das Amt VI damit zu beschäftigen, sondern irgendein privates Unter-

44.Fr. nehmen. Es ist so, dass die wichtigsten Akten roh auf Mikro-Filme aufgenommen wurden. Haben Sie nie gehört, dass Akten von VI F noch aufgehoben wurden?

A. Nein. Ich habe mit Schellenberg gesprochen und auch mit einigen anderen Herren, aber es ist niemals die Rede daraufgekommen. Es war eine getrennte Verwaltung.

45.Fr. Wissen Sie, was aus Dörner wurde?

A. Ich habe von ihm gehört. Dörner ist später wieder zur Waffen-SS gekommen und ist irgendwo beim Ic-Apparat der Waffen-SS verwendet worden.

46.Fr. Haben Sie gehört, dass er lebt?

A. Nein.

47.Fr. Dass er gefallen ist?

A. Nein.

48.Fr. Sie wissen nicht, bei welcher Division er war?

A. Mir ist fast so, als wenn er bei der Leibstandarte gewesen wäre.

49.Fr. Beim Ic?

A. Beim IC. Ich weiss nur, dass er aus der Waffen-SS war, dann vom Amt VI gekommen ist, dann wieder 1943 oder 1944 zur Leibstandarte, jedenfalls zur Waffen-SS gegangen ist. Ich meine Leibstandarte.

50.Fr. Kennen Sie den Namen Dr.Strassburger?

A. Ja, ein Arzt aus München, der mit dem Müller bekannt war. Er ist gestorben.

51.Fr. Wissen Sie, womit sich der beschäftigt hat?

A. Nein.

52.Fr. Ist es der Dr.Strassburger, der dann auch für das Amt gearbeitet hat als Bakteriologe?

A. Ja, Bakteriologe war er. Ich weiss, dass er in München in irgendeiner Klinik tätig war und dass er gut mit Müller bekannt war und dass er in einer Münchener Klinik den Brigadeführer Streckenbach behandelt hat.

53.Fr. Wissen Sie, was er im Amt machte?

A. Nein, er war nicht im Amt eingebaut.

54.Fr. Er war Bakteriologe?

A. Ja, es handelte sich damals um eine Behandlung, wo gerade bakteriologische Fragen eine Rolle spielten.

55.Fr. War der Mann bei der SS?

A. Ich glaube ja, dass er einen SS-Rang hatte. Ich meine, ich hätte beim Müller eine Fotografie von ihm gesehen und ich habe ihn auch mal kennengelernt.

56.Fr. Es gab einen Dr.Strassburger, der bakteriologische Arbeiten und auch Arbeiten auf dem Gebiet der Giftforschung für das Amt machte.

A. Das ist mir nicht bekannt. Für IV oder VI?

57.Fr. Das wurde ursprünglich von Heydrich eingerichtet. War der Mann mit Heydrich bekannt?

A. Das weiss ich nicht.

58.Fr. Sie haben gehört, dass er gestorben ist?

A. Ja, ich weiss die Tatsache, dass er gestorben ist; es kann 1943 oder 1944 gewesen sein.

59.Fr. Ein Münchener war es?

A. Ja, er muss auch in München gestorben sein. Es ist mir so in Erinnerung, dass Müller mal gesagt hat, dass er Müller zur Beerdigung von Strassburger fährt. Er war mit Müller befreundet.

- 60.Fr. Ist das der einzige Strassburger, der Ihnen bekannt ist im Reichssicherheits-Hauptamt?
- A. Der gehörte nicht zum RSHA. Es ist der Einzige.
- 61.Fr. Ich habe noch ein paar Fragen. Der Name Dohnanyi ist Ihnen bekannt?
- A. Ja.
- 62.Fr. Können Sie mir kurz sagen, was mit dem Mann geschehen ist?
- A. Dohnanyi ist im April 1943 im Rahmen eines Untersuchungsverfahrens, das durch das Reichskriegsgericht durchgeführt wurde, festgenommen worden.
- 63.Fr. Hatten Sie damit zu tun?
- A. Nicht unmittelbar. Ich wurde unterrichtet. Bei den Massnahmen, die ergriffen wurden, sind Beamte meiner Dienststelle abgestellt worden. Es handelte sich um ein Verfahren, das durchgeführt wurde auf Grund von Namen zweier Offiziere und zwar eines Majors Schmidhuber und Ichrath. Dieses Verfahren kam nicht voll zur Durchführung, die Hauptverhandlung wurde nicht durchgeführt.
- 64.Fr. Wessen wurde er beschuldigt?
- A. Es handelte sich um eine Reihe von Beschuldigungen. Den Kernpunkt bildeten devisenrechtliche Verfehlungen, Entziehungen einzelner Personen von der Wehrpflicht. Damals tauchte bereits der Verdacht auf, dass gewisse Beziehungen zum Ausland, landesverräterischer und hochverräterischer Art bestanden. Nach dem 20. Juli wurde Dohnanyi zum RSHA überstellt.
- 65.Fr. Was war in der Zwischenzeit?
- A. In der Zwischenzeit war er in Haft und ich wurde dann im Zusammenhang mit den Ermittlungen Canaris aus mit eingeschaltet. Es wurde dann ein Panzerschrank gefunden, in dem die Unterlagen versteckt waren und zwar in Zoosen bei Berlin, das grosse Lager.
- 66.Fr. Da wurden Unterlagen des Attentats gefunden.
- A. Nicht des Attentats, aber aus den Zeiten von 1939/40. Damals war auch ein Attentat geplant, wo Verhandlungen in Rom geführt worden sind. Die stammten von Dohnanyi, d.h., er hatte sie verwaltet und die wurden gefunden und im Rahmen der Ermittlungen und ich habe die Ermittlungen zu Ende geführt. Dohnanyi ist dann Ende März 1945, aber anscheinend ist es erst April 1945 gewesen, auf einem Standgericht im Lager von Oranienburg zum Tode verurteilt worden. Über die Vollstreckung ist mir nichts bekannt.

- 67.Fr. War er die ganze Zeit in Sachsenhausen?
- A. In Sachsenhausen und Oranienburg und zwar aus dem Grund, weil er krank war und in Lazarettbehandlung dort im Krankenbau war.
- 68.Fr. Ich glaube ein wichtiger Punkt waren auch die Tagebücher von Canaris.
- A. Es war bekannt, dass Canaris Tagebücher geführt hatte und es wurde von mehreren Seiten daraufhingewiesen, dass wenn man die Tagebücher hätte, dann würde das der ganze Schlüssel sein. Darnach wurde gesucht und da fanden wir den Panzerschrank. Da waren die Tagebücher wohl nicht drin, aber einige Blätter.
- 69.Fr. Wo nehmen Sie an sind die Tagebücher von Canaris hingekommen?
- A. Wir haben an den verschiedensten Stellen gesucht und zwar war bekannt, dass er sie einem Oberstleutnant Schrader gegeben hätte. Schrader stammte aus Braunschweig und war von Beruf Lehrer und war in der Stahlhelm-Organisation in Braunschweig. Er war da in Schwierigkeiten mit dem braunschweigischen Ministerpräsidenten und ist aus dem Amt ausgeschieden und als E-Offizier war er wieder zur Wehrmacht gekommen und ist in der Abwehr tätig gewesen. Mit Kriegsbeginn wurde innerhalb des OKH eine Dienststelle geschaffen, sogenannte Heerwesen-Abtl. und innerhalb der Heerwesen-Abtl. war er tätig; er hatte die Verbindungsstelle zwischen dem OKH und Amt Ausland-Abwehr. Sein unmittelbarer Vorgesetzter stammte ebenfalls aus dem Amt Ausland-Abwehr, das war der damalige Major Grosskurt, der in Stalingrad gefallen ist.
- 70.Fr. Und der bekam die Sachen zur Aufbewahrung?
- A. Er hatte ein persönliches Verhältnis zu Canaris und hatte zu irgendeinem Zeitpunkt von Canaris diese Tagebücher zur Aufbewahrung bekommen. Schrader hatte bereits Selbstmord begangen, Ende Juli/Anfang August 1944. Nun wurde an den verschiedensten Stellen gesucht und dabei wurde bekannt, dass eine Reihe von Akten aus den früheren Dienstgebäuden der militärischen Abwehr am Teplitz-Ufer in Berlin, schätzungsweise 1943 unserer allgemeinen Aktenverlagerung, nach Zossen verbracht waren und in Zossen wurde dann sehr eingehend gesucht und schliesslich wurde ein Panzerschrank gefunden, da waren diese Unterlagen drin.

71.Fr. Gab es irgendwelche Spuren, wo die Sachen hingekommen sein konnten?

A. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nur diese Spur verfolgt. Als ich die Sache übernahm, waren eine Reihe von Spuren bereits abgesucht worden und ich kann mich nicht erinnern, wo das überall war.

72.Fr. Was glauben Sie, wo die Sachen hingekommen sind?

A. Mir ist mal hier gesagt worden, dass die Frau Schrader sie verbrannt haben soll; das waren amerikanische Herren, die das gesagt haben.

73.Fr. Und was wurde von deutscher Seite angekommen?

A. Dass sie rechtzeitig von Schrader vernichtet worden sind. Ursprünglich hatte Schrader seine Dienststelle in Ostpreussen in der Nähe von Rastenburg. Da sind auch Ermittlungen geführt worden nach den Tagebüchern, man fand sie aber nicht. Da war gerade der Zusammenbruch der Heeresgruppe in Russland und da wurde alles verlegt. Aufgefunden wurden diese Sachen Mitte oder Ende September.

74.Fr. Canaris wurde gehängt?

A. Über Canaris wurde ebenfalls ein Standgericht durchgeführt in Flossenbürg.

75.Fr. Wurde es ausgeführt?

A. Das kann ich nicht sagen. Ich bin vorher wieder weggefahren.

76.Fr. Ihrer Information nach?

A. Ich hörte, dass er in Gefangenschaft sei.

(Diskussion ohne Protokoll).

Mitglied: StA Feldmann

z.Z. München-Stadelheim, den 22.4.

Besitzer der Staatsanwaltschaft

Untersuchungshaftanstalt



Vorgeführt erscheint Walter Huppenkothen, geboren am 31.12.1907 in Meer, wohnhaft in München, Boschetsriederstraße 83, z.Z. in U-Haft im Gefängnis München-Stadelheim.

Er erklärt:

Ich habe im November 1934 mein juristisches Assessorexamen abgelegt und war zunächst im Justizdienst beschäftigt. Mit Wirkung vom 1.12.1935 wurde ich zur probeweisen Dienstleistung in die allgemeine und innere Verwaltung zur Regierung Düsseldorf einberufen. Ich war gleichzeitig der Stapostelle Düsseldorf zur informatorischen Beschäftigung zugeteilt. Im Oktober 1936 wurde ich nach Königsberg versetzt und im Oktober 1937 wurde ich Leiter der Stapostelle Lüneburg. Diese Stellung bekleidete ich bis Kriegsbeginn. Mit Kriegsbeginn wurde ich als Verbindungsführer der Einsatzgruppe I der Sicherheitspolizei zur 14. Armee (Generaloberst List) kommandiert. Diese Stellung behielt ich bis zur Einrichtung der Zivilverwaltung und wurde dann Kommandeur der Sipo und des SD in Krakau und ab Februar 1940 in Lublin. Anfang August 1940 wurde ich in das RSHA versetzt und wurde Leiter der Gruppe IV E (Spionageabwehr). Der Spionageabwehr gehörte ich bis Ende des Krieges an.

Das Judenreferat Eichmann lief zunächst unter der Bezeichnung IV B 4, später erhielt es eine andere Bezeichnung. Dieses Referat nahm eine Sonderstellung ein. Das machte sich dadurch besonders bemerkbar, daß Eichmann nicht einem Gruppenleiter, sondern dem Amtschef IV (Gruppenführer Müller) unmittelbar unterstellt war. Eichmann war österreichischer Flüchtling und gehörte dem SD an. Das war im Amt IV (Gestapo) eine Ausnahme, da dieses Amt grundsätzlich mit Polizei - bzw. Verwaltungsbeamten besetzt war. Die Dienststelle Eichmann war in einem Gebäude in der Kurfürstenstraße für sich allein untergebracht. Die Dienststelle Eichmann hielt sich sehr für sich, hatte einen eigenen Verwaltungsführer und beschäftigte fast ausnahmslos SD-Angehörige. Andere Angehörige des RSHA hatten keinerlei Einblick in das Judenreferat. Ich selbst ~~hatte~~ ^{wollte} einmal Eichmann in seiner Dienststelle aufsuchen und mußte trotz meines Dienstausweises, der mich zum Betreten aller Dienststellen der Sicherheitspolizei berechnigte, einen Besuchszettel ausfüllen.

Schaefer ist mir von Dienstbesprechungen oder ähnlichen Gelegenheiten persönlich bekannt. Jedoch, ist diese Bekanntschaft nur oberflächlich. Ich vermag daher nichts über seine innere ~~Eink~~ Einstellung zu den damaligen Problemen und zum Nationalsozialismus zu sagen. Ich erinnere mich, daß ich Schaefer einmal auf der Durchfahrt in Kattowitz aufgesucht und mit ihm gegessen habe. Mir fällt eben ein, daß Schaefer kritisch veranlagt war. Ich verstehe darunter, daß er nicht ad hoc alle Maßnahmen billigte und nicht der Mann war, der zu aller " Ja " sagte. Woher ich diese Kenntnis habe, kann ich im Augenblick nicht angeben. Es mag sein, daß dies ein persönlicher Eindruck ist.

Über die Tätigkeit des Referats Eichmann im einzelnen ~~xxxxx~~ sowie die Befehlsgebung, die dort üblich war, kann ich nichts sagen. Ich kann mich erinnern, daß der Amtschef IV Sachbearbeitern aus seinem Amt Sonderaufträge erteilte, über die dieser nicht einmal mit seinen unmittelbaren Vorgesetzten sprechen durfte. Diese Tatsache kennzeichnet vielleicht die Geheimiskrämererei und das MiStrauen, das vielfach im Amt IV üblich war. Der Befehlsweg vom RSHA ging - soweit es sich um die besetzten Gebiete handelte - unmittelbar zum Befehlshaber der Sipo und des SD. Mir ist die Aussage Schaefer's vom 25.3.52 (Bl. 333) bekanntgegeben worden. Ich halte es durchaus für denkbar, daß Schaefer keinen direkten Tötungsbefehl für die Juden durch Mülle erhalten hat, sondern daß dieser unmittelbar ein Sonderkommando mit dem entsprechenden Befehl nach Belgrad in Marsch gesetzt hat und Schaefer nur nachrichtlich beteiligte. Ich habe mich mit Judenangelegenheiten niemals befassen brauchen und weiß daher hierüber nicht Bescheid.

Die Frage, ob Schaefer die Aktion gegen die Juden in Serbien vermitteln konnte, möchte ich verneinen. Wenn er sich offen gegen die Judentötung gestellt hätte, dann hätte dies ihm ein Verfahren vor dem SS- und Polizeigericht eingebracht, das m. E. mit einem Todesurteil wegen Befehlsverweigerung geendet hätte. Ob Schaefer dem Befehl ausweichen oder ihn mildern konnte, vermag ich nicht zu beurteilen, da ich nicht weiß, wie die örtlichen Verhältnisse lagen. Von diesen hängt eine Ausweichmöglichkeit weitgehend ab.

v. g. u.

gez. Feldmann

gez. Walter Huppenkothen.

1948/56

Interrogation #

25-24917-77

Vernehmung des Walter Huppenkoth en am 23. Mai 1947
von 11.20 - 12.00 Uhr durch Mr. KEMPNER

Anwesend: Mrs. Irene Bonteln, Mrs. Sonamy's, voluntary witness
Stenographin: A. Frey

Es erscheint, vorgeführt aus der Haft, Walter Huppenkoth en.

1.F. Geboren ?

A. 31.12.1907.

2.F. Letzte Stellung ?

A. Regierungsrat.

3.F. Wir haben uns ueber dieses Verfahren ^{gegen Sonamy} unterhalten. Wie liess das offiziell ?

A. Das hatte keinen offiziellen Namen.

4.F. Sie ~~wissen~~ ^{kennen} nicht die ^{SS} Richter, die dabei mitgewirkt haben ?

A. Nein.

F. Oder haben Sie einen Grund, warum Sie es nicht sagen wollen ?

A. Ich habe die Richter ^{damals} zum erstenmale gesehen und habe deren Namen nicht in Erinnerung.

5.F. Das war in Oranienburg ?

A. Jawohl.

6.F. Wie lange hat das Verfahren ungefaehr gedauert ?

A. Einen Tag.

F. Wieviel Stunden ?

A. Es begann im Laufe des Vormittags und war abgeschlossen abends gegen 9 oder 10 Uhr.

7.F. Ist er ~~er~~ ^{Sonamy} von Oranienburg gekommen ?

A. Ja.

8.F. Ist er in Sachsenhausen geblieben ?

A. Ja.

9.F. Ist er dort auch hingerichtet worden ?

A. Ich sagte bereits, dass ich darueber nichts weiss. Ich bin bald darauf von Wannsee Berlin weggekommen, denn meine Dienststelle ist nach Mueller verlegt worden. Ich habe von Mueller nichts mehr darueber gehoert, den ich spaeter sehr selten gesehen habe.

10.F. Was wissen Sie ueber das Schicksal von Pastor Bornhoefer ?

A. Er ist in Flossenbuerg spaeter zum Tode verurteilt worden.

F. Wann ?

A. Etwa um den 7./8.April.

F. Welches Jahr ?

A. 1945.

11.F. Was war der letzte Aufenthalt von Sonderecker ?

A. Berlin.

F. Wo ?

A. Sein dienstlicher Aufenthalt war in dem Dienstgebäude in der Reuterstrasse.

F. Wann haben Sie das letztmal von ihm gehoert ?

A. In Berlin.

F. In welchem Jahre ?

A. 1945.

12.F. Was war der letzte Aufenthalt von Stawicki ?

A. Der ist nach Berlin gekommen 1945.

13.F. Und Kutzner ?

A. Ebenfalls Berlin.

14.F. Und Baeumer ?

A. Den kenne ich nicht.

15.F. Und Guenther ?

A. Mit dem war ich 1945 in der Gefangenschaft zusammen.

F. Wie war sein letzter Rang ?

A. SS-Sturmabfuhrer. In Ebensee war er Unterscharfuhrer.

F. Das war in Gefangenschaft in Ebensee in Bayern ?

A. In Oesterreich.

F. Was ist aus ihm geworden ?

A. Er hat Selbstmord begangen.

F. Ist das sicher ?

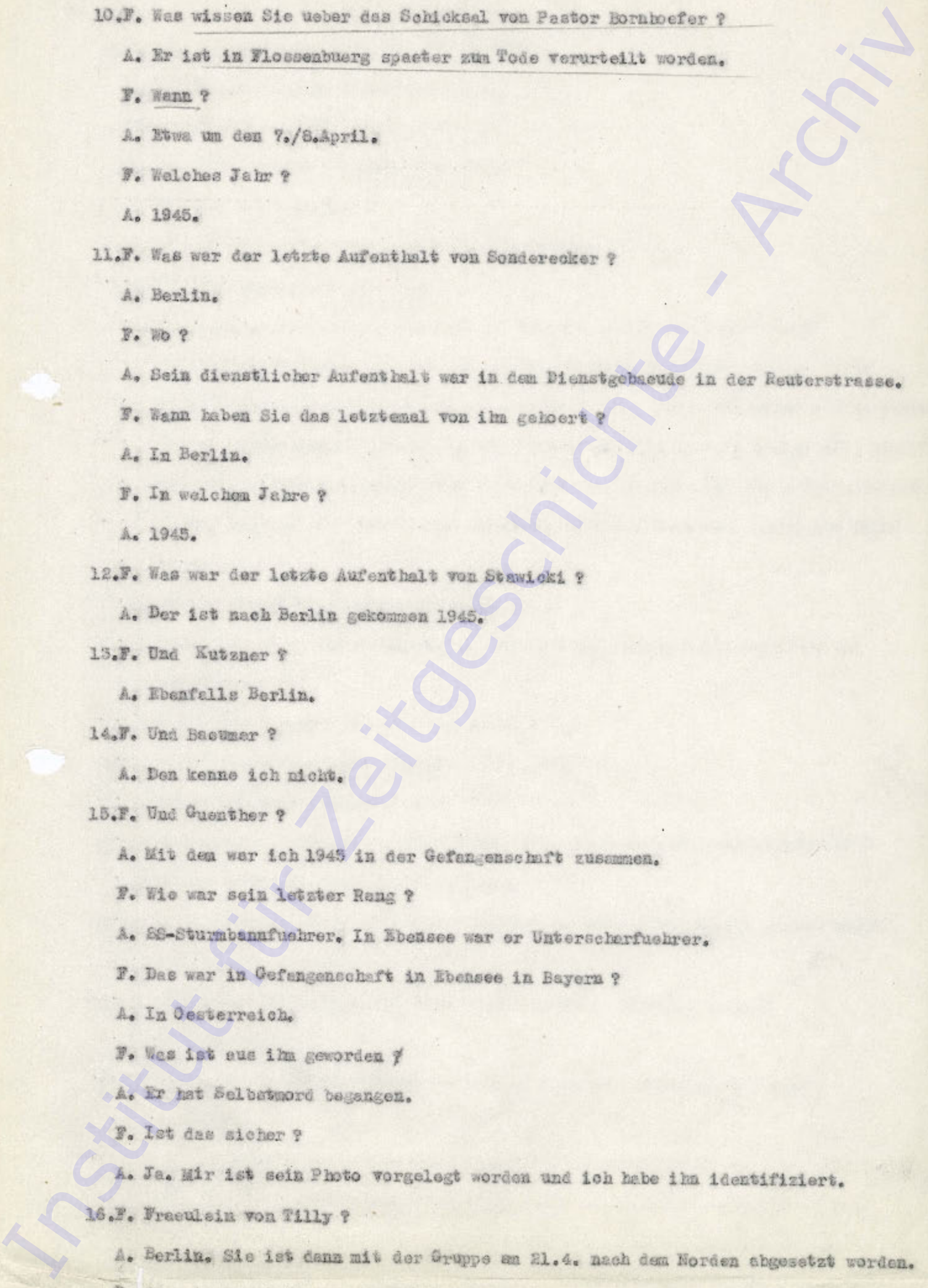
A. Ja. Mir ist sein Photo vorgelegt worden und ich habe ihn identifiziert.

16.F. Fraulein von Tilly ?

A. Berlin. Sie ist dann mit der Gruppe am 21.4. nach dem Norden abgesetzt worden.

F. Sie wissen nicht, wo sie geblieben ist ?

A. Ich habe nichts mehr von ihr gehoert.



- 1. Die erste Gruppe von den ...
- 2. Die zweite Gruppe ...
- 3. Die dritte Gruppe ...
- 4. Die vierte Gruppe ...
- 5. Die fünfte Gruppe ...
- 6. Die sechste Gruppe ...
- 7. Die siebte Gruppe ...
- 8. Die achte Gruppe ...
- 9. Die neunte Gruppe ...
- 10. Die zehnte Gruppe ...
- 11. Die elfte Gruppe ...
- 12. Die zwölfte Gruppe ...
- 13. Die dreizehnte Gruppe ...
- 14. Die vierzehnte Gruppe ...
- 15. Die fünfzehnte Gruppe ...
- 16. Die sechzehnte Gruppe ...
- 17. Die siebzehnte Gruppe ...
- 18. Die achtzehnte Gruppe ...
- 19. Die neunzehnte Gruppe ...
- 20. Die zwanzigste Gruppe ...

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

82-1015-25

17.F. Die Akten Donani haben Sie wo gefunden ?

A. In Zossen in einem Wehrmachtalager.

F. Wann haben Sie sie gefunden ?

A. Schatzungsweise im September 1944.

F. Wer hat sie gefunden ?

A. Die dortige Gruppe der geheimen Feldpolizei.

F. Wer hat die darauf gebracht ?
des Fahrers

A. Nach ein er Aussage von Schrader wurden eine Reihe von Ermittlungen

angestellt. Schraders Fahrer ist einmal zusammen mit einem anderen Herrn

dorthin gefahren und hat bei der Gelegenheit eine Reihe von Akten mitgenommen

Hierauf wurde danach geforscht. Das dauerte ziemlich lange. ^{Wir fanden an} ~~es war~~ ein Panzer

schrack, zu dem kein Schluessel vorhanden war. Nachdem man den aufgeschweisst

hatte, hat man die Akten darin gefunden. Welche Aktenmengen waren das unge-

faehr ?

A. Es war ein mittlerer Panzerschrack voll.

F. Waren es solche Aktenstuecke, wie Sie sie hier sehen ? Wie hoch war das
ungefaehr ?

A. Der Panzerschrack war ziemlich angefuellt.

18.B. Die Westapo hat damals Duplikate gemacht ?

A. Nicht von allen Aktenstuecken.

19.F. Sie haben dem Donani damals die Duplikate vorgehalten in Sachsenhausen ?

A. Sowohl Duplikate als auch Originale.

20.F. Haben Sie mal mit dem General Thomas ueber die Angelegenheit gesprochen ?

A. Jawohl.

21.F. Was haben Sie ihm gesagt, woher Sie die Akten bekommen haben ?

A. Das gleiche.

22.F. Haben Sie nicht gesagt, die Frau Donani habe die Akten unter Folter ^{helle}
verraten ?

A. Nein, das hat sie nicht getan. Ich habe ueberhaupt nicht mit ihr gesprochen.

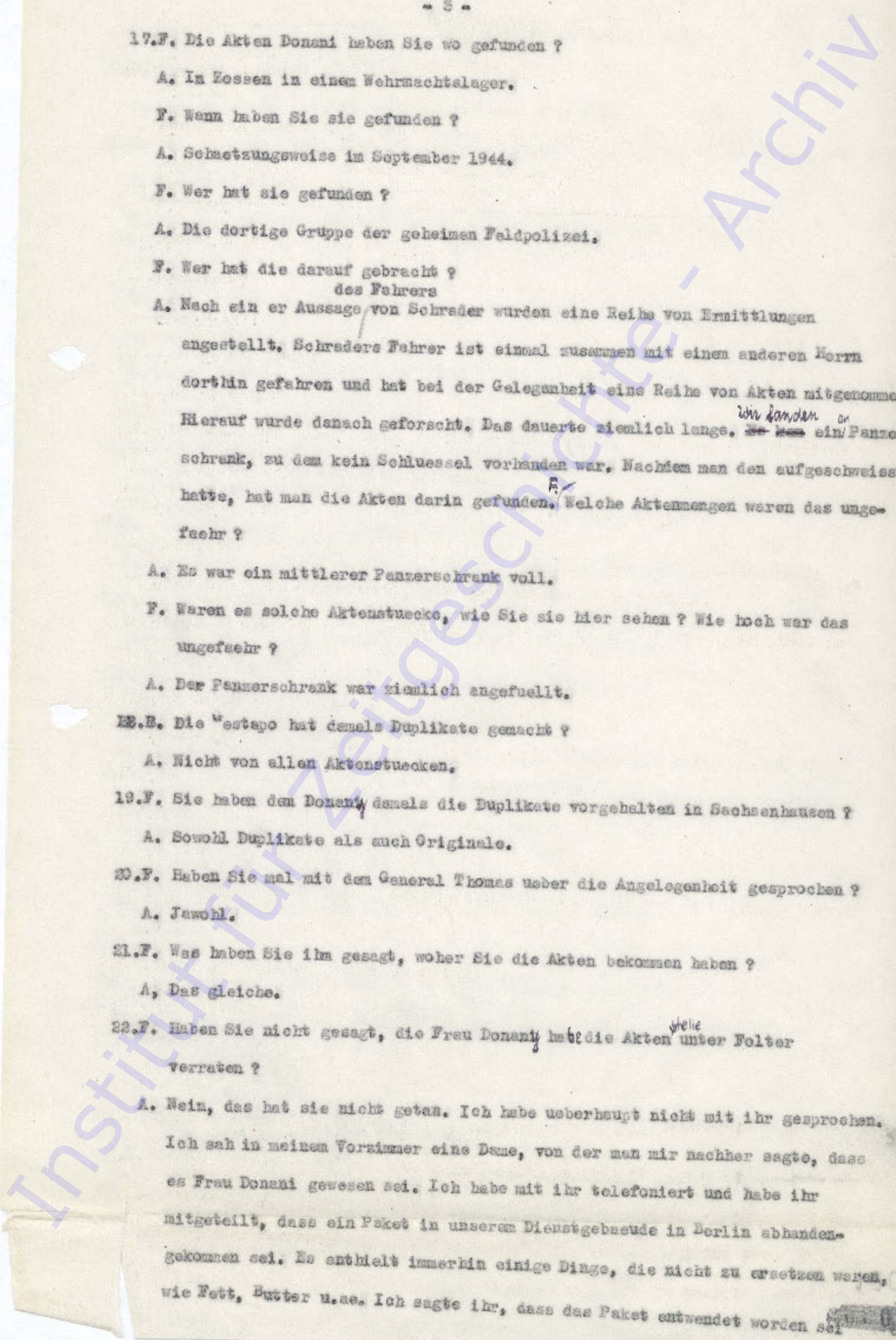
Ich sah in meinem Vorzimmer eine Dame, von der man mir nachher sagte, dass

es Frau Donani gewesen sei. Ich habe mit ihr telefoniert und habe ihr

mitgeteilt, dass ein Paket in unserer Dienstgebueude in Berlin abhanden-

gekommen sei. Es enthielt immerhin einige Dinge, die nicht zu ersetzen waren,

wie Fett, Butter u.ae. Ich sagte ihr, dass das Paket entwendet worden sei



1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...

5. ...
 6. ...

7. ...
 8. ...

9. ...
 10. ...

11. ...
 12. ...

13. ...
 14. ...

15. ...
 16. ...

17. ...
 18. ...
 19. ...
 20. ...

21. ...

22. ...

23. ...

24. ...

25. ...

26. ...

27. ...

28. ...

50-8/12/15-10

A. und dass wir es ersetzen wollten; allerdings nur in Geld.

23.F. Was war das fuer eine Frau ?

A. Sie machte am Telefon einen sehr netten Eindruck.

24.F. Sie glauben nicht, dass das stimmt, dass sie das " unter Folter " verraten hat ?

A. Ausgeschlossen.

F. Sie glauben auch nicht, dass Sie das zu Thomas gesagt haben ?

A. Nein .

F. Der hat das mal behauptet.

A. Das trifft nicht zu.

F. Warum kann er das behauptet haben ?

A. Das weiss ich nicht.

25.F. Lebt Frau Donani noch oder ist sie ungekommen ?

A. Ihr ist nichts geschehen.

26.F. Ist dem Bruder der Frau was geschehen ?

A. Jawohl, ich habe ja angegeben, dass er zum Tode verurteilt worden ist.

27.F. Wieviele Bruder hatte sie ?

A. Es gab noch einen zweiten, den ich aber nicht kannte.

28.F. Die Familie ist so ziemlich ausgerastet worden ?

A. Ich weiss nicht.

F. Der Mann von der Frau Donani und die beiden Bruder. Wo koennen denn noch Sachen von diesen Menschen sein ? Wer kann noch etwas ueber ihre letzten Stunden wissen oder aussagen ?

A. Das weiss ich nicht.

F. Haben Sie nichts gebert, wer da was wissen koennte ?

A. Nein.

29.F. Wie danken Sie denn heute so ueber diese ganze Geschichte ?

A. Nach dem Gesetz war es ja schliesslich Hoch- und Landesverrat, was sie gemacht haben.

30.F. Was hat der Hitler gemacht ?

A. Das sind Dinge, die man damals nicht wusste.

31.F. Was hat Himmler gemacht ? Ich kann Ihnen nachweisen, dass die von der Verschickung der Juden nach dem Osten und ihrer Toetung wissen.

A. Dass ich das gewusst habe ?

F. Ja, dass die Juden nach dem Osten kommen.

A. Nein, da habe ich nichts davon gewusst.

1. Die ...

2. Die ...

3. Die ...

4. Die ...

5. Die ...

6. Die ...

7. Die ...

8. Die ...

9. Die ...

10. Die ...

11. Die ...

12. Die ...

13. Die ...

14. Die ...

15. Die ...

16. Die ...

17. Die ...

18. Die ...

19. Die ...

20. Die ...

21. Die ...

22. Die ...

23. Die ...

24. Die ...

25. Die ...

26. Die ...

27. Die ...

28. Die ...

29. Die ...

30. Die ...

31. Die ...

32. Die ...

33. Die ...

34. Die ...

35. Die ...

10-11-25

F. Sie haben nie was von Judenverschickung gehoert ?

A. Ich habe gehoert, dass sie evakuiert wurden und in Ghettos zusammengefasst werden sollten.

F. Haben Sie angenommen, dass die Ghettos Sanatorien sind ?

A. Nein, aber dass sie in Fabriken arbeiten sollten.

32.F. Sie meinen, das war Hoch- und Landesverrat, was der Donani getrieben hat ?

A. Ja.

F. Kommen Sie doch mal ^{hier} her, Frau Donani. Wollen Sie sich mal ^{neben mich} hierher setzen ?
Vielleicht haben Sie noch irgendwelche Fragen ?

33.F. Wann war das sogenannte Verfahren, wo Sie als Staatsanwalt fungiert haben ?

A. Ende Ma erz 1945.

F. Frau Donani ^{hier zu mir} sagt, sie hat ihren Mann noch am 5. April gesehen ?

A. Am 10. Maerz ist er aus der Prinz Albrecht-Straesse weggebracht worden. Wo er dann hinzekommen ist, weiss ich nicht.

F. Wo war ^{Ihr Mann, Frau} Herr Donani ?

^{Frau Donani} A. Er ist zeitweise im Polizeikrankenhaus gewesen. Offiziell durfte ich das nicht wissen. Aber ein Mann ^{da} war sehr anstaendig; er hat mich unterrichtet und es mir ermoeeglicht, meinen Mann heimlich zu sehen. So habe ich ihn am 5. April zum letztendale gesehen. Da erhielt ich die Nachricht, dass er am 6.4. abgeholt wird. Da wollte er nachts fliehen; es war schon alles vorbereitet. Aber da standen gerade zwei Figuren vor dem Hause und er meinte, das waere Gestapo. Am 6.4. wurde er abgeholt und ihm gesagt, er sei der Haupttaeter in dem Widerstand gegen Hitler. Es wurde ihm nicht gesagt, wohin er gebracht wurde. Mein Mann war so schwer krank, dass ein Sanitaeter mitgeschickt wurde. Der war so anstaendig und sagte mir, dass mein Mann nach Sachsenhausen kommt. Dann hoerte ich, dass er in einem Sonderbunker in der Zelle 51 unter Gestapo-Bewachung eines Obersturmbannfuhrers Zimmermann bis zum 17.4. gelegen haette. Hierauf sei er von dort mit unbekanntem Ziel abgeholt worden. Das ist alles, was ich weiss.

34.F. Wie stellen Sie sich dazu ? Sie haben sehr viel wiedergutzumachen.

A. Ich habe nicht die Absicht, etwas zu verschweigen. Wenn Frau Donani sagt, dass sie mit Sicherheit weiss, es war der 5. April, dann mag das zutreffen. Ich dachte, ^{das Verfahren} es waere Ende Maerz gewesen.

F.D. Er hat kein Verfahren in Sachsenhausen gehabt ?

A. Doch.

1. 1803

1. 1. 1803. Die erste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 1. 1. 1803.

Die erste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 1. 1. 1803.

Die zweite Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 8. 1. 1803.

Die dritte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 15. 1. 1803.

Die vierte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 22. 1. 1803.

Die fünfte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 29. 1. 1803.

Die sechste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 5. 2. 1803.

Die siebente Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 12. 2. 1803.

Die achte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 19. 2. 1803.

Die neunte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 26. 2. 1803.

Die zehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 5. 3. 1803.

Die elfte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 12. 3. 1803.

Die zwölfte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 19. 3. 1803.

Die dreizehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 26. 3. 1803.

Die vierzehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 2. 4. 1803.

Die fünfzehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 9. 4. 1803.

Die sechzehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 16. 4. 1803.

Die siebzehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 23. 4. 1803.

Die achtzehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 30. 4. 1803.

Die neunzehnte Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 7. 5. 1803.

Die zwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 14. 5. 1803.

Die einundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 21. 5. 1803.

Die zweiundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 28. 5. 1803.

Die dreiundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 4. 6. 1803.

Die vierundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 11. 6. 1803.

Die fünfundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 18. 6. 1803.

Die sechsundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 25. 6. 1803.

Die siebenundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 2. 7. 1803.

Die achtundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 9. 7. 1803.

Die neunundzwanzigste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 16. 7. 1803.

Die hundertste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 23. 7. 1803.

Die hunderterste Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 30. 7. 1803.

Die hundertzweite Sitzung der Gesellschaft am Sonntag den 6. 8. 1803.

F. Herr Huppenkothan sagt ja auch nicht, dass dort ein Verfahren stattgefunden hat

A. Ein Standgerichtsverfahren.

F. Also ^{mit} Nordkommission ?

A. ^{Nein}, das ist offiziell als Standgericht deklariert gewesen. Es war dabei ein Richter als Vorsitzender.

F. Ein SS-Richter ?

A. Wohl.

F.D. Hatte mein Mann einen Verteidiger ?

A. Nein. Er hat sich selbst verteidigt.

F. Sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, dass das ein Verfahren war, wie es in zivilisierten Ländern ueblich ist ?

A. Das Verfahren gibt es ueberall.

F. Ohne Verteidiger geht es in der ganzen Welt nicht.

A. Bei einem Standgerichtsverfahren gab es keine Verteidiger.

F. Deshalb ist es eben kein Verfahren. Ich verstehe nicht, warum Sie die Theorie aufrechterhalten wollen, es war ein Verfahren. Sie wissen, weshalb Herr Schlegelberger und die Leute jetzt angeklagt sind, nicht ?

A. Ich kenne die Anklage nicht.

F. Die Leute sind ^{teilweise} vom Sondergerichtshof. Da gab es wenigstens noch eine Art Verfahren; es gab sogar Verteidiger. Das war auch ein Verfahren am 30.6.54 ? Ich meine, wenn Hitler gesagt hat, schiessen Sie ihn nieder; ist das ein Verfahren ?

A. Nein.

F. Was ist ^{in Cramenburg} ~~es~~ geschehen ?

A. Da ist der gesamte Sachverhalt erortert worden.

F.D. Mein Mann hatte doch nichts gesagt.

F. Hat er ueberhaupt ausgesagt ?

A. Ja.

F. Was hat er gesagt ?

A. Er hatte die Dokumente selbst geschrieben.

F. Was stand darin ?

A. Da waren Berichte und Aufzeichnungen, aus denen sich die ganzen Unterlagen ergaben ueber Verhandlungen im Reichsgebiet mit dem Vatikan.

одиннадцатом часу дня в присутствии...

В. Десять часов дня в присутствии...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

В. Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

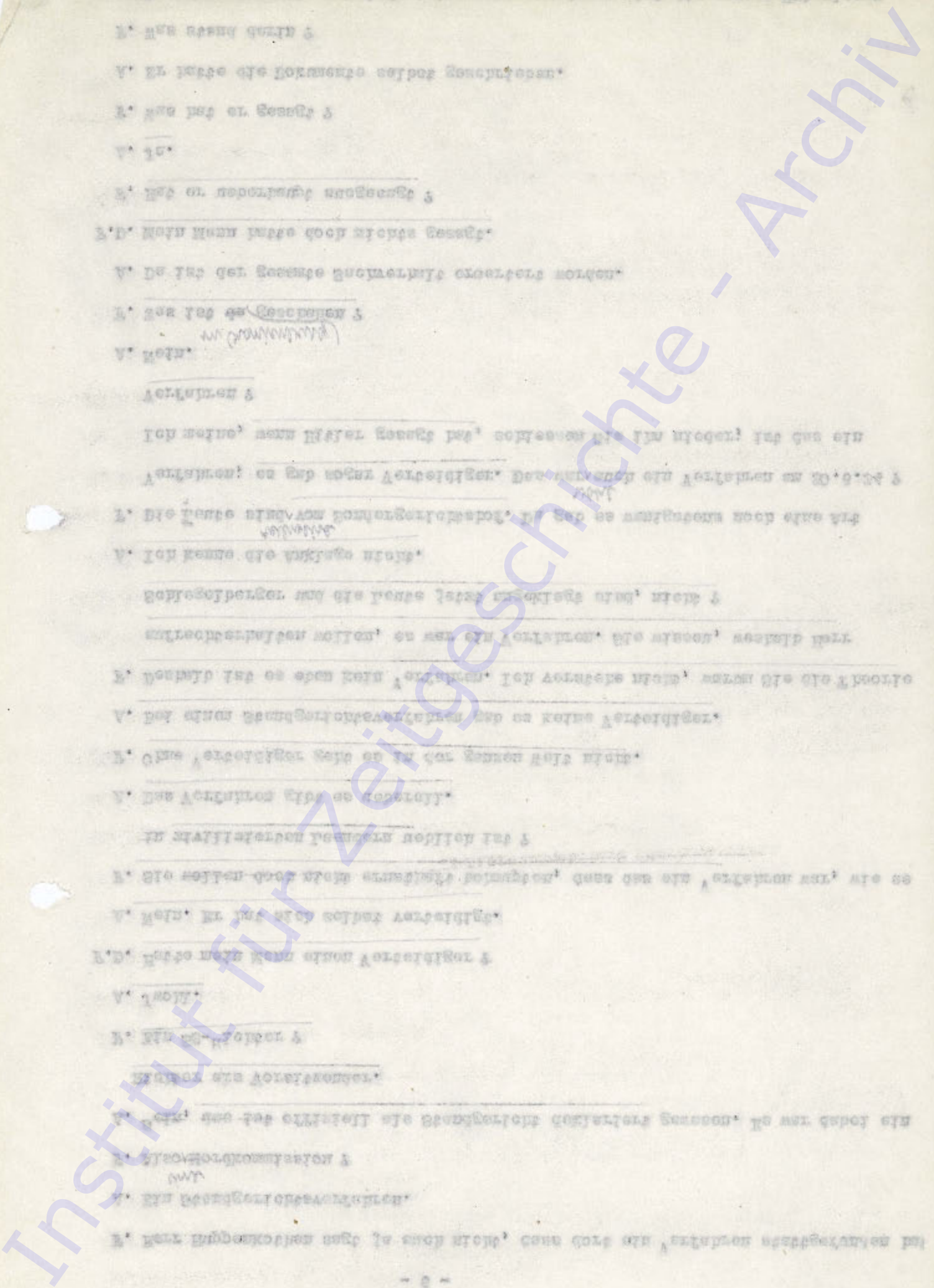
Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

Десять часов дня...

52-5044-15



F. Um Deutschland vor dem Ruin zu bewahren.

A. Es handelte sich dabei um Vorgaenge aus dem Jahre 1939. Es waren Attentats- und aehnliche Pläne darunter.

F. Ja, um Deutschland vor dem Ruin zu bewahren. Das waren Leute, die schlauer waren als Hitler und Himmler, die wussten, dass man nicht gegen die ganze Welt Krieg beginnen kann. Haben Sie gedacht, dass man das kann?

A. Ja, ich habe manches geglaubt.

35.F. Sie wissen doch genau wie ich, was man gemacht hat, um den Polen-^{Zwischenfall} Fall zu konstruieren?

A. Das weiss ich heute auch.

F. Die Sachen sind doch in der Prinz-Albrecht-Strasse durchgelaufen?

A. Von diesen Dingen war mir seinerzeit nichts bekannt.

F. Es ist Ihr gutes Recht, wenn Sie es nicht wissen wollen.

36.F. Frau Donani legt grossen Wert darauf, zu hoeren, ob Sie noch Personen kennen, die vielleicht die letzten Stunden ihres Mannes miterlebt haben. Sie will das aus personlichen Gruenden wissen.

A. Ich habe dafuer Verstaendnis, aber ich kenne die Personen nicht, die dabei waren.

F.D. Ein Obersturabannfuhrer Zimmermann?

A. Ist mir nicht bekannt.

F.D. Ein Herr Baumann?

F. Er hiess gewoehnlich anders, wie alle diese Herren, die zwei Namen hatten.

A. Baumann ist mir nicht bekannt.

37.F. Erinnern Sie sich an folgende Sachen, ob Sie die je gesehen haben?

Akten des Fritzsche-Prozesses?

A. Jawohl. Die Akten stammten nicht von Donani; es waren Aufzeichnungen, die aus der Hand von Oster stammten bzw. mit ihm zusammenhingen. Das waren etwa zwei volle Aktenhefter.

F. Sie werden diese Sache einfach aufschreiben: "Aufstellung eines Teiles der in Zossen befindlichen Akten". Was davon existiert und was nicht mehr, ja.

38.F. Sie haben die Filme gesehen von den Polen-Morden und von den Pogromen in Polen?

A. Nein, ^{das} ~~ich~~ war nicht dabei.

F. Hitlers wirklichen Stammbaum?

A. Auch ^{der} ~~ich~~ war ~~ich~~ nicht ^{dabei}.

1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...
 11. ...
 12. ...
 13. ...
 14. ...
 15. ...
 16. ...
 17. ...
 18. ...
 19. ...
 20. ...
 21. ...
 22. ...
 23. ...
 24. ...
 25. ...
 26. ...
 27. ...
 28. ...
 29. ...
 30. ...
 31. ...
 32. ...
 33. ...
 34. ...
 35. ...
 36. ...
 37. ...
 38. ...
 39. ...
 40. ...
 41. ...
 42. ...
 43. ...
 44. ...
 45. ...
 46. ...
 47. ...
 48. ...
 49. ...
 50. ...
 51. ...
 52. ...
 53. ...
 54. ...
 55. ...
 56. ...
 57. ...
 58. ...
 59. ...
 60. ...
 61. ...
 62. ...
 63. ...
 64. ...
 65. ...
 66. ...
 67. ...
 68. ...
 69. ...
 70. ...
 71. ...
 72. ...
 73. ...
 74. ...
 75. ...
 76. ...
 77. ...
 78. ...
 79. ...
 80. ...
 81. ...
 82. ...
 83. ...
 84. ...
 85. ...
 86. ...
 87. ...
 88. ...
 89. ...
 90. ...
 91. ...
 92. ...
 93. ...
 94. ...
 95. ...
 96. ...
 97. ...
 98. ...
 99. ...
 100. ...

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

503423

F. Die geheimen Gespräche Hitler-Mussolini ?

A. Es war ein Heft vorhanden, aus dem Teile herausgeschnitten waren. Dieses enthielt Dinge, von denen nicht feststand, von wem sie gegeben waren. Dabei war ab und zu von Gesprächen Hitler-Mussolini die Rede.

39.F. Sie kennen die Dinge um Pastor Leibler ?

A. Ja, die waren dabei. Pastor Leibler war Sekretär des Papstes.

F. In welchem Verdacht hatten sie den ?

A. Dass Leibler vermittelt hat zwischen dem Papst und Dr. Mueller bzw. Donani.

F. Dass er in die Angelegenheit verstrickt war, die gegen Hitler lief ?

A. Jawohl.

40. Sie haben deshalb Pastor Leibler auch beobachten lassen in Rom ?

A. Nein.

F. Das haben wir aber schwarz auf weiss. Sie wissen, dass er beobachtet worden ist ?

A. Nein, das ist mir unbekannt.

41.F. Waren Sie nicht der Chef solcher Dinge ?

A. Ja. Von mir aus ist er jedenfalls nicht beobachtet worden.

F. Warum nicht ?

A. Weil wir keine Beobachtungsmöglichkeit hatten.

F. Sie konnten doch der Gesandtschaft schreiben.

A. Das ist in diesem Falle unterblieben.

F. Ich habe aber ein ^{Sakrament} Buch, daraus werden Sie sehen, dass ~~es nicht mit dieser~~ ^{Leibler beobachtet wurde} ~~Geschichte in Zusammenhang steht.~~

A. Von welchem Zeitpunkt war das Buch ?

F. Ich kann Ihnen sagen, dass das zu der Zeit gewesen ist, als Herr von Weizsäcker in Rom war.

A. Da wird es wahrscheinlich ^{zu einer anderen Zeit} ~~von der Zeit Pastor Leiblers~~ gewesen sein.

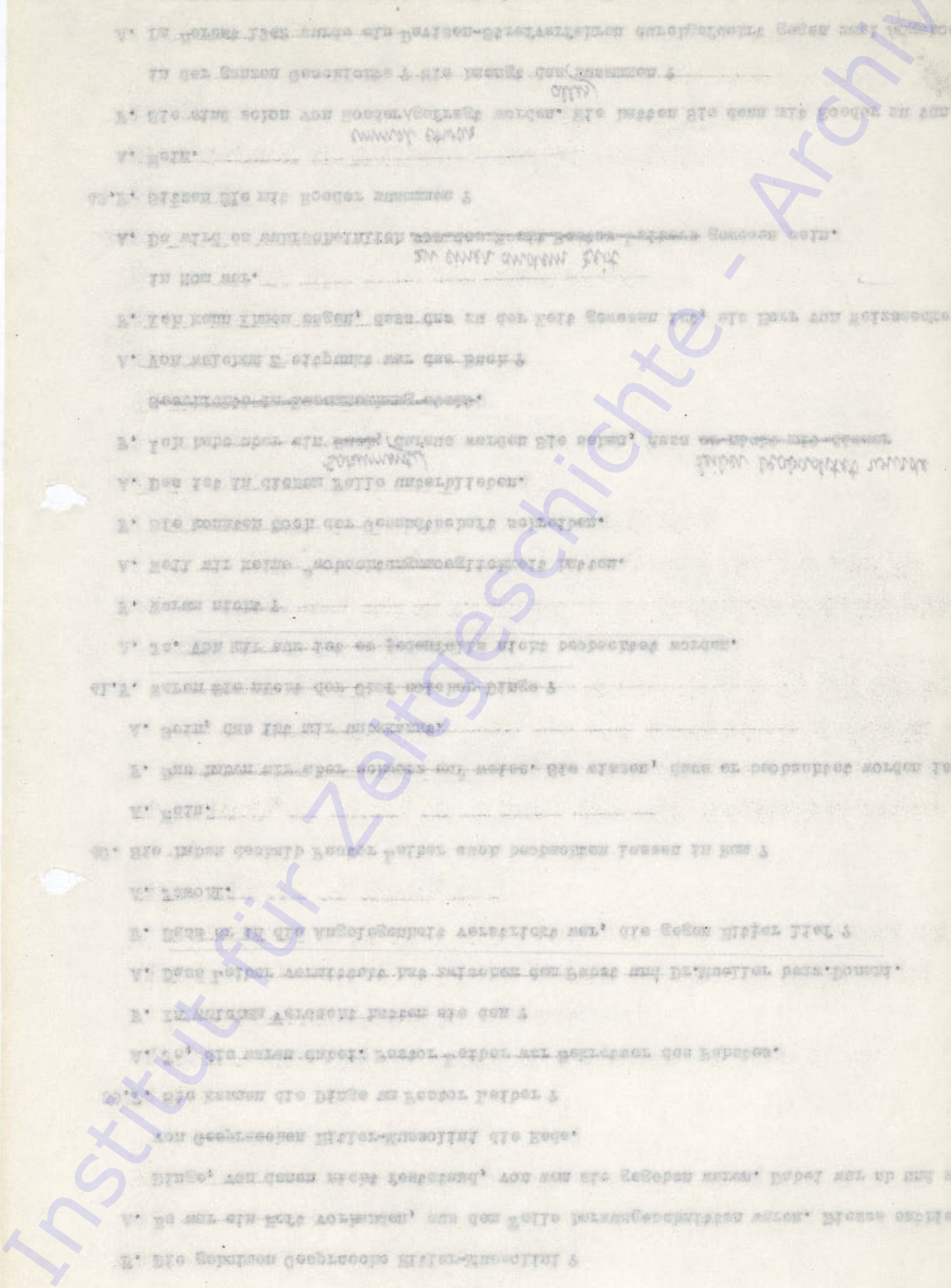
42.F. Sitzen Sie mit Roeder zusammen ?

A. Nein.

F. Sie sind schon von Roeder ^{einmal etwas} gefragt worden. Wie hatten Sie denn mit Roeder zu tun in der ganzen Geschichte ? Wie hängt das ^{alles} zusammen ?

A. Im Herbst 1942 wurde ein Devisen-Strafverfahren durchgeführt gegen zwei Angehörige der Abwehrstelle München. Im Laufe der Vernehmungen machten Schmidt, Gruber und ~~Schubert~~ ^{Schubert} Aussagen über eine Generalclique, die über Rom Verbindung mit dem Ausland gesucht habe. Diese Ermittlungen hat Roeder geführt, und zwar hat er dazu ab und zu Beamte der Gestapo zugezogen.

1. Die ...
 2. Die ...
 3. Die ...
 4. Die ...
 5. Die ...
 6. Die ...
 7. Die ...
 8. Die ...
 9. Die ...
 10. Die ...
 11. Die ...
 12. Die ...
 13. Die ...
 14. Die ...
 15. Die ...
 16. Die ...
 17. Die ...
 18. Die ...
 19. Die ...
 20. Die ...



F.D. Sonderecker war dabei ?

A. Ja, der war auch dabei.

F. Sie werden also so freundlich sein und mir aufschreiben, welche Sachen Sie gesehen haben und welche nicht.

A. Ja.

F. Ziemlich schlimm ist das, nicht ? Meinen Sie nicht ? Tut Ihnen das nun irgendwie leid ? Ich frage Sie rein menschlich.

A. Es ist schliesslich so, wie ich schon sagte: ein Putsch, der misslingt, ein Hochverrat und es ist immer schon so gewesen, dass das den Kopf gekostet hat.

F. Dem einen oder den anderen, wie ?

A. Ja.

F. Ein Putsch, der gelingt, ist der Anfang einer neuen Entwicklung. Kein Mensch bestreitet den Deutschen das Recht, nach deutschem Gesetz jemand abzuurteilen. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, dass dabei gewisse menschliche Mindestforderungen gestellt werden koennen nach internationalem Recht, z.B. dass die Leute einen Verteidiger haben usw.

A. Ich erinnere mich, dass der Vorsitzende bei der Donani-Sache an diesen, genau so wie an die anderen Angeklagten, die Frage gestellt hat, ob er gegen die Zusammensetzung des Gerichtes etwas einzuwenden haette

43.F. Wer waren denn die ~~anderen~~ Vorsitzenden *in den andern Verfahren ?*

A. Ich kenne sie nicht; ich habe sie vorher nicht gesehen.

F. Sie wollen sie schuetzen ?

A. Nein, ich will sie nicht schuetzen.

F. Sie koennen das ruhig sagen.

A. Ich habe sie weder vorher noch nachher gesehen.

44.F. Was Sie der Frau Donani gesagt haben, ist richtig, wie ?

A. Ja wohl.

F. Er beschwoert die Richtigkeit seiner heutigen Aussage.

F. Schreiben Sie es einfach ^{zusammen} auf mit der anderen Geschichte.

A. Das hatte ich sowieso vor. Es dauert nur etwas laenger. Ich werde mich buehnen, die Akten, die gefunden worden sind, aus dem Gedaechnis zu rekonstruieren. Sie werden verstehen, dass das nicht ganz einfach ist.

Es war uebrigens auch eine Aktentasche mit Unterlagen dabei, die zweifellos aus dem Besitz von Gisevius stammte. Das waren seine Unterlagen aus der Zeit

A. vor 1933 ueber Prozesse, die er mit einem Landrat Hansmann gefuehrt hat.

F. Hansmann war Landrat im Westen ?

A. Irgendwo; er war ein Sozialdemokrat.

45.F. Was war sonst von Gisevius dabei ?

A. Ein Schriftwechsel mit der Fraktion der Deutsch-Nationalen Volkspartei.

Alles solche Sachen, die fuer uns uninteressant waren.

46.F. Eigentlich haben Sie doch schlecht gearbeitet ^{in der Gestapo} in diesen Sachen. Was ist da al

les eingegangen ? Das ist doch eine ganz schlechte Behuerde. Wie kann das passieren ? Ich frage Sie als Techniker, weil ich daran interessiert bin.

Denken Sie nicht, dass ich Sie reinlegen will, weil ich so mit Ihnen spreche. ^{offen}

A. Das war auch beschaeuend, wenn ich so sagen darf. Ich bin in die Sache ja erst spaeter hineingekommen. Weshalb diese ^{Deutsche} Vorbereitungen in der Wehrmacht passieren konnten, wird verstaendlich, wenn man beruecksichtigt, dass die Gestapo ein Hineinarbeiten in die Wehrmacht nicht erlaubte.

47.F. Wie erklaren Sie sich, dass die Leute bei der Abwehr zuerst abgesprungen sind von der ganzen ^{Hitler} Geschichte ?

A. Soweit ich beurteilen kann, wurden die Leute in der Abwehr zusammengezogen.

F. Bei der SS hat es aber auch nicht geklappt. Was ist die Erklaerung ?

A. Ich habe dafuer keine Erklaerung. Dass es mit der Abwehr so war, darueber war ich sehr erstaunt, ich kann sagen erschuettert, denn ich habe ja mit einem Teil der Herren dienstlich verkehrt und bin auch vorher mit Donani verkehrt. Ein paar mal bin ich von ihm zum Essen eingeladen worden und haette nie gedacht, dass er sich mit solchen Dingen befasste.

F. Die waren ja alle da drin.

A. Ich weiss nicht.

48.F. Was haben Sie von Gisevius gehalten ?

A. Ich habe ihn nicht persoenlich gekannt.

F. Der war im Ausland ?

A. In der Schweiz.

49.F. War auf Grund der Akten Gisevius irgendwie stark belastet ?

A. Ich habe die Akten durchgeblaettert und weiss einen Teil.

F. Schreiben Sie das einfach ^{auf} ~~an der Hand~~, wenn Sie das andere aufschreiben.

A. Jawohl.

50.F. Das ganze Intermezzo ist eine Tragik fuer das deutsche Volk.

A. Welches Intermezzo ?

F. Ich meine ueberhaupt.

51.F. Wo sind Sie aufgezogen ?

A. Im Rheinland.

F. Katholisch ?

A. Evangelisch.

52.F. Was war Ihr Vater ?

A. Mein Vater war Werkmeister.

F. Haben Sie Geschwister ?

A. Ich bin der einzige Sohn.

53.F. Lebt Ihr Vater noch ?

A. Ja.

F. In der britischen Zone ?

A. In der russischen Zone.

54. Man weiss gar nicht, wie der schliesslich zu Tode gebracht worden ist, der Donani.

Wie war die Praxis in solchen Faellen ?

A. Es ist eine Exekutiv-Order gewesen. Das Urteil wurde gefaellt und musste bestaetigt werden. In diesem Falle musste es der Fuehrer bestaetigen, weil er das Standgericht angeordnet hatte.

F. Der war sonstwo ?

A. Der Fuehrer war in Berlin. Kaltenbrunner war doch taeglich in der Lagebesprechung.

Er hat angeordnet, dass dieses Verfahren durch ein Standgericht erledigt werden sollte. Die Sache waere normalerweise vor einen Volksgerichtshof gekommen.

Die Gruende, die dafuer massgebend waren, kann ich nicht beurteilen. Ich habe Mueller gefragt, warum das so gemacht wird, und er sagte, das ist ein Fuehrer-

Erlaess; er weiss es auch nicht.

F. Aber wenn gesagt wird, es sei ein Verfahren gewesen ?

A. Nach unserer Rechtsordnung nennen wir das eben ein Verfahren.

F. Das ist eben strittig zwischen uns.

A. Ja.

F. Wir beide haben das nicht auszumachen, ob das ein Verfahren war oder nicht. Wie

gesagt: das ist fuer mich noch am Rande; ich klage Sie deswegen nicht an.

55. F. Mit dem Auswärtigen Amt hatten Sie wenig zu tun ?

A. Ich sagte schon, dass ich da im wesentlichen an den Pass-Besprechungen teilgenommen habe, die aber grundsätzlicher Art waren.

F. Um was ging es da ?

A. Um reine Pass-Fragen, z.B. um die Frage des gesamten Ausweis-Wesens, welche Verbesserungen hinsichtlich Durchführung usw. vorzunehmen waren. Mir unterstellt die Dienststelle der Grenz-Inspektion; wir hatten mit den gesamten Ausweisen zu tun. Da kamen Meldungen: hier ist etwas faul, die Pässe sind Fälschungen usw.

F. Diese ganze Grenz sicherung war doch ein grosser Mümpitz ?

A. Ich hatte nicht darüber zu entscheiden, sondern habe nur Vorschläge machen dürfen.

F. Mir ist rätselhaft, warum die Behörde so miserabel gearbeitet hat ?

A. Ich kann nur sagen, als ich zuerst nach Berlin kam, war ich entsetzt ueber den Wirrwarr.

F. Lag das an schlechtem Personal ?

A. Nein, das lag an der Zuständigkeitsfrage. Jeder wollte zuständig sein und suchte immer wieder seine Zuständigkeit zu erweitern.

56. Wenn Sie noch etwas in der Richtung wegen der Familien-Wünsche der Frau Donani sagen koennen, dann schreiben Sie es mir bitte auf. Die Geschichte, die Sie schreiben, ist eine in sich geschlossene Sache. Ich lege Wert darauf, dass Sie die menschlichen Dinge, die Frau Donani wissen moechte, nicht vergessen.

A. Ja, ich werde mich bemühen, diese Dinge zu ueberlegen.

F. Haben Sie sich gewundert, dass die ^{Bewohner} ~~Masse~~ im Krankenhaus damals mit ihm gesprochen haben ? Hatten Sie ^{am} so etwas damals gedacht ?

A. Nein.

F. Es muss also schon ueberall faul gewesen sein, nicht ? Sie waren nun in einer Zentrale; warum haben Sie das nicht gesehen ?

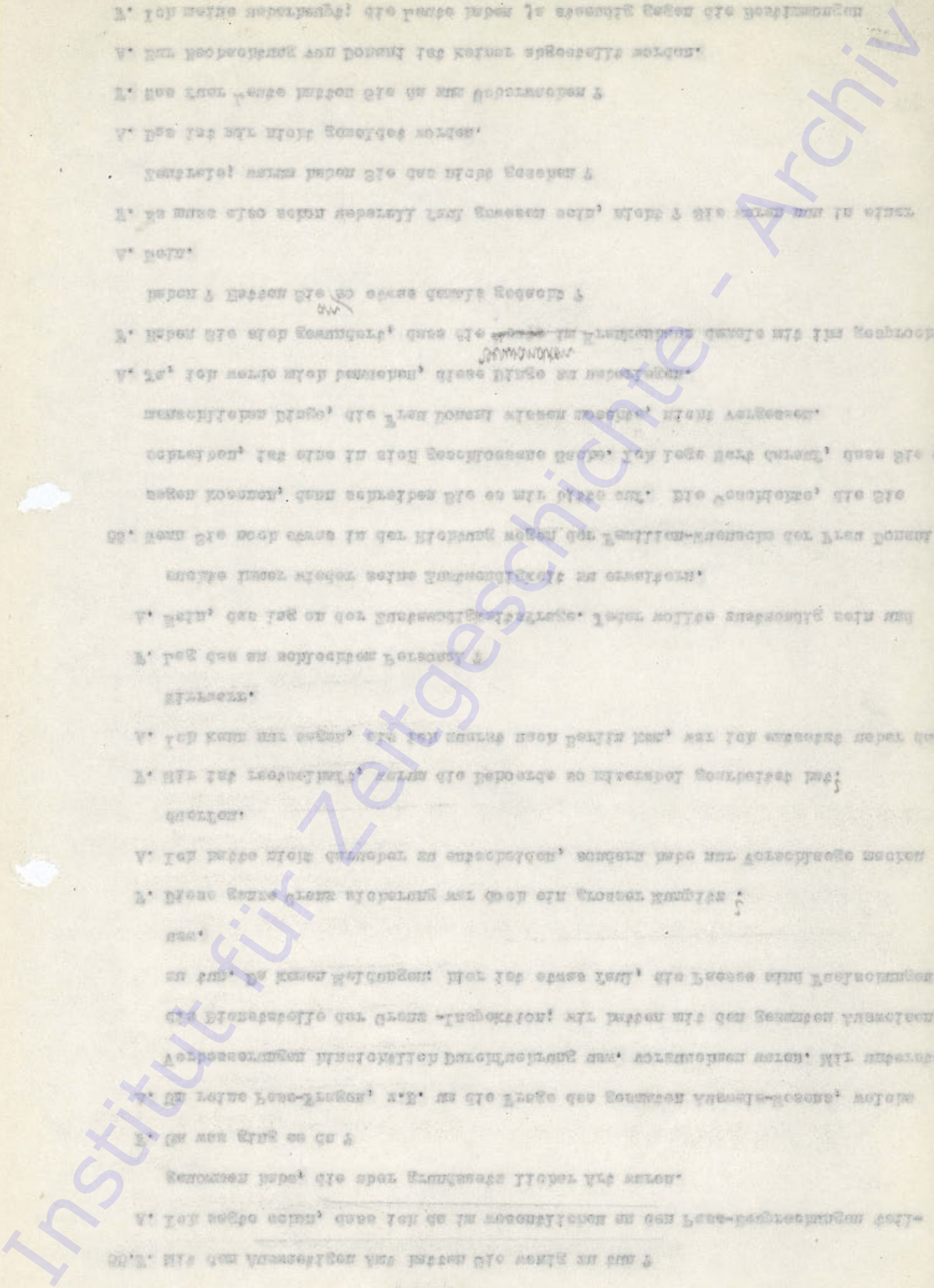
A. Das ist mir nicht gemeldet worden.

F. Was fuer Leute hatten Sie da zum Ueberwachen ?

A. Zur Beobachtung von Donani ist keiner abgestellt worden.

F. Ich meine ueberhaupt; die Leute haben ja staendig gegen die Bestimmungen verstossen. Wahrscheinlich waren das nicht mal Leute von Ihnen, die ^{vor} ~~am~~ dem Haus standen.

1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...
 11. ...
 12. ...
 13. ...
 14. ...
 15. ...
 16. ...
 17. ...
 18. ...
 19. ...
 20. ...
 21. ...
 22. ...
 23. ...
 24. ...
 25. ...
 26. ...
 27. ...
 28. ...
 29. ...
 30. ...



527/11-33

A. Nein, es ist keine Ueberwachung durchgefuehrt worden.

F. Der Mann haette noch fluechten koennen ?

A. Ja.

57.F. Das einzige, was gemacht wurde, war Ihre Terror-Propaganda, damit die Leute Angst hatten, es geschieht was. Es ist ja gar nicht viel geschehen.

A. Ich hatte einmal mit Heydrich ein persoenliches Gespraech und habe ihm gesagt, ich haette, als ich von aussen kam, von den Behoerden mehr gehalten. Ich haette den Eindruck, wenn man uns im Ausland sehen wuerde, wie wir wirklich sind, wuerde ein grosser Teil unseres Nimbus fallen. Darauf sagte Heydrich, dass diesem Ruf aber ein grosser Teil von Persoenlichkeiten ihr Leben verdanke, d.h. dass sie ruhig leben koennen. Ich sagte, unser Ruf sei schlimmer, als wir seien, und er meinte, das sei gut so. Jede Polizeibehoerde muss ja mehr scheinen als sie ist.

F. Sie waren niemals im Ausland ?

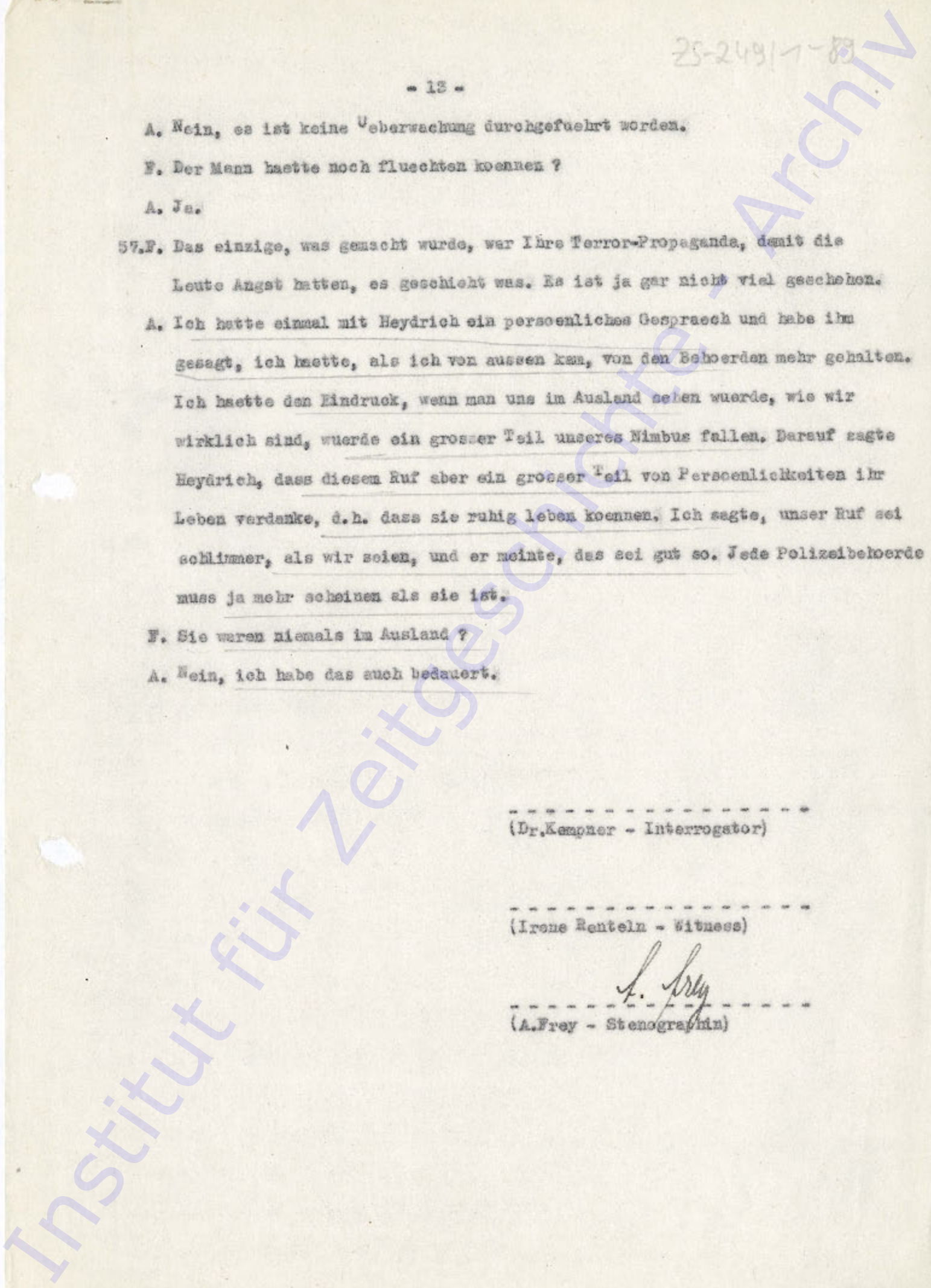
A. Nein, ich habe das auch bedauert.

(Dr. Kempner - Interrogator)

(Irene Renteln - Witness)

A. Frey

(A. Frey - Stenographin)





Interrogation #

Mr. Thayer - Krupp case

Vernehmung des Walter HUPFENOTHEN
 vom 19. 8. 1947 von 1400 - 1530
 durch Mr. Kaufman, Eric
 Stenografin Fri. Helen Schmitt.

1. F. Sie sind hier bereits veranommen worden.
 - A. Ja, oftters.
2. F. Dann sind Sie auch offiziell vertheidigt worden und sind sich ueber die Bedeutung des Eides im klaren?
 - A. Ja.
3. Bitte geben Sie mir eine kurze Schilderung Ihrer Taetigkeit als Gruppenleiter IV E.
 - A. Wenn ich es kurz nennen soll: IV E war Spionageabwehr, soweit es Angelegenheit der Geheimen Staatspolizei war.
4. F. Sie kamen dorthin als Nachfolger SCHELLEMBERGS?
 - A. Ja. Ich habe das Amt am 5.6. 1941 angetreten.
5. F. Sie war das Amt gegliedert?
 - A. IV E 1 waren allgemeine Abwehrfragen. Da wurden grundsuetzliche Erlaesse allgemeiner Art bearbeitet, Dinge wie etwa vorbeugende Spionageabwehr. Wenn in den verschiedenen Referaten Dinge auftraten, die typisch fuer alle waren, dann wurden sie bei IV E 1 als grundsuetzliche Erkenntnisse verarbeitet. Es wurde ein Mitteilungsblatt der Gruppe IV E herausgegeben und bei IV E 1 war schliesslich die Redaktion dafuer.
6. F. Es war also praktisch das zentrale Sekretariat?
 - A. Ja. Es wurde dort auch ein schulungsmassig gehaltenes Sammelwerk herausgegeben, das immer ergaenzt werden sollte. Es war betitelt "Dienstausweisung fuer die Beamten in der Spionageabwehr. Spaeter kamen die Aufgaben des Generalgrenzinspektors hinzu. Der war, als ich dazu kam, nur auf dem Papier. Es hatte bis zum Jahre 1933 jedenfalls drei Grenzinspektoren gegeben, West, Mitte oder Sued und Ost. Die arbeiteten voellig unabhängig von einander und unterstanden in sachlicher Beziehung dem fruheren Hauptabteilungsleiter III. Die Gruppe IV E ist aus der alten Hauptabteil

III des Staatspolizeiamtes hervorgegangen. Der Grenzinspekteur Sued oder Mitte war KRIEGBAUM. Der war bei Kriegsausbruch zur Wehrmacht gekommen. Die Stelle des Grenzinspektors Ost war bedeutungslos geworden. Das war Grenzinspekteur TANSON. Es blieb nur noch SCHREIBER im Westen uebrig. Das war also der einzige Sachbearbeiter. IV E 1 a war Grenzinspekteur-Angelegenheiten. IV E 1 b war Allgemeine Angelegenheiten. Dazu kam spaeter noch ein Mitarbeiter, der Gutachten in allgemeinen Landesverratsangelegenheiten zu machen hatte. Das war aber keine besondere Unterabteilung. Er war IV E 1 b zugeteilt. Das waren also die Abgaben von IV E 1.

IV E 2 war Wirtschaft mit dem Schwerpunkt auf Abwehrangelegenheiten.

- 7. F. Zu welchem Zeitpunkt ging diese Funktion vom Heer auf Sie ueber?
 - A. Das war sehr spaet. Das war erst 1944.
- 8. F. Koennen Sie sich noch an das naechere Datum entsinnen?
 - A. Der Stichtag war, soviel ich mich entsinne, der 1. Juni 1944.
- 9. F. Was waren die Gruende fuer die Ueberstellung?
 - A. Das waren tiefgehende Gruende. An sich waren da Bestrebungen ...
- 10. F. Wollen wir so sagen: Der Kampf ging schon jahrelang. Aber was hat zur Entscheidung beigetragen?
 - A. Am 13. Februar 1944 wurde CAHARIS verurteilt und die Entscheidung fiel dahin, dass das Amt auf HIESLER beziehungsweise KALFENHUEBNER uebergehen sollte. Der Punkt, der die Sache ausloeste war das Ueberlaufen eines Angehoerigen der Abwehr in der Tuerkei.
- 11. F. Ein auesserer Anlass wird ja immer gefunden.
 - A. Ja, der Anlass war fuer uns auch ueberraschend.
- 12. F. Die Abwehrbeauftragten dienten vorher mehr oder weniger zwei Herren.
 - A. Die Zustaendigkeiten waren abgegrenzt in einem Abkommen, das am 1.1.1936 in Kraft trat und das spaeter 1942 in neuer Fassung herausgegeben worden war. Es waren die sogenannten "Zehn Gebote". In diesem Uebereinkommen waren die Zustaendigkeiten festgelegt. Die militaerische Abwehr sollte sich befassen mit der Erkundigung des gegnerischen Abwehrdienstes, innen und aussen. Die Geheime Staatspolizei sollte Einzelfaelle untersuchen und die sich daraus ergebenden Folgen bearbeiten. Durch diese Ueberleitung der Aufgaben auf die Geheime Staatspolizei ergaben sich Schwierigkeiten. Es war staendig ein Punkt fuer Auseinandersetzungen. Innerhalb des Wehrmachts-

nachtssektors hatte die Geheime Staatspolizei nicht zu suchen und innerhalb des zivilen Sektors sollte die Wehrmacht nichts zu suchen haben. Es waren aber zwei Kreise, die sich überschneiden.

Bei IV E E wurden Einzelfaelle bearbeitet, die sich in der Wirtschaft ergaben und die irgendwie von grundsatzlicher Bedeutung waren. Dann kamen die vier Laenderreferate IV E 3, IV E 4, IV E 5, IV E 6.

IV E 3 war Abschr West. Dort beschaeftigte man sich mit den Nachrichtendienstern der Laender Frankreich, Belgien und Schweiz, natuerlich einschliesslich der Kolonien, wenn dem auch praktisch keine Bedeutung zukam.

IV E 4 waren die Laender ~~Mexiko, Kanada, Brasilien, Argentinien, Chile, Peru, Kolumbien, Ecuador, Venezuela, Kuba, Haiti, Santo Domingo, Jamaika, Trinidad, Barbados, Guyana, Surinam, Guayana, Franzosische Nordamerika,~~ England und die nordischen Staaten.

IV E 5 war der Osten einschliesslich dem Fernen Osten.

IV E 6 war Suedosten und Suedamerika.

13. F. Wie lange blieben Sie in IV E?

A. Die Gruppe IV E wurde am 1. 4. 1944 aufgeloeset, und zwar im Zuge einer allgemeinen Umorganisation des Satzes IV. Es gab bis dahin sechs Gruppen ~~kannt~~ A bis F. Aus diesen sechs Gruppen wurden zwei grosse Gruppen gebildet: IV a und IV b. Bei der Aufloesung der Gruppe IV E wurden die Laenderreferate mit den Laenderreferaten der bisherigen Gruppe IV D zusammengelegt. Das war der wesentliche Grund mit fuer die Umorganisation, denn es hatte sich herausgestellt, dass Dinge bei der Gruppe IV D bearbeitet wurden, die sich auch von den Referaten von IV E nicht trennen liessen. Es gab eben keinen Nachrichtendienst an sich mehr, sondern das hing zusammen mit den Widerstandsgruppen. An sich ist diese Umorganisation viel zu spaet erfolgt. Die Laenderreferate kamen von IV E fort zu den Referaten, die bei IV b neu gebildet wurden und teilweise unmittelbar von der Gruppe IV D uebernommen wurden. Die Gruppe IV D befasste sich mit den besetzten Westgebieten. Nun trat die Dienststelle von IV D einfach hinzu. Es war so gedacht, dass die Bearbeiter von IV E als Facharbeiter fuer Spionage ihre Aufgabe weiter versehen sollten bei IV b, dass sie also praktisch in ihrer alten Taetigkeit verbleiben sollten.

14. F. Wie war es bei IV a?

A. IV a war Opposition. Da waren Abteilungen zwischengeschaltet mit Referaten.

IV a 1 wurde mit zwei Referaten ausgestattet. Leiter war BANKING.

IV A 1 a war Linksoption mit LINDOW.

IV A 1 b war Rechtsopposition mit LITZENBERGER.

IV A 2 war Sabotage, Fallschirmspringer-Angelegenheiten. Da war noch angegliedert als selbstaendiges Referat oder nur untergegliedert eine Dienststelle zur Bekaempfung von falschen Ausweisen. Die arbeiteten meistens mit technischen Hilfsmitteln.

15. F. Dann kam Ihre eigene Abteilung.

A. IV A 3. Da blieb uebrig ein allgemeines Referat. Das hiess IV A 3 a.

IV A 3 b war Wirtschaft und IV A 3 c war Grenzangelegenheiten.

Diese letzte Dienststelle fiel im Herbst 1944 fort als der Grenzschutz mit uebernommen wurde. Das war dann IV G. Leiter der Dienststelle war SCHMANN.

16. F. Wer stand der neuen Organisation vor?

A. IV A war Benzinger, IV B war Dr. PIPERADNER.

17. F. Etwas ist mir bei der Aufteilung nicht ganz klar geworden. Man hat mir berichtet, dass Sie persoenlich mit den Klaerungen der Angelegenheit um den 20. Juli beschaeftigt waren.

A. Ja. Das gehoert da nicht hinein. Das war eine Sonderkommission, die vollstaendig selbstaendig lief und mit dieser Organisation nicht zu tun hatte.

18. F. Wie wurde die geschaffen und von wem?

A. Das war am 21. Juli 1944.

19. F. Nicht vorher?

A. Nein. MUELLER liess sich die Referenten und Abteilungsleiter kommen. Er eroffnete uns, dass wir zunaechst Aufgaben mit zu uebernehmen hatten. Er gab jedes einen Auftrag.

20. F. Wer hatte nun das Referat vor dem 20. Juli, referatsmassig oder als Sonderkommission?

A. Das gehoerte zu LITZENBERG. Da war eine Sonderkommission taetig, die am Rande an Leute des 20. Juli hiessen.

21. F. Es sind schon Monate vorher Verhaftungen durchgefuehrt worden. Ging das unter Litzenberg?

A. Nein. Das war ein Sonderreferat. Es liefen eigentlich zwei Komplexe. Das eine war LANGE. Der bearbeitete eine Angelegenheit, die dann spaeterhin auch bestaetigt wurde durch die Ereignisse vom 20. Juli. Es wurde da eine Reihe von Leuten festgenommen, die zweifellos mit den Ereignissen zu tun hatten.

- Die andere Angelegenheit lief bei dem Reichskriegsgericht, Das war die Sache OSTER und DONANI. Mit der letzteren Sache hatten wir nur ganz am Rande zu tun, und zwar dadurch, dass das Reichskriegsgericht hin und wieder Hilfsbeamte brauchte und diese von uns abgestellt wurden.

22. F. Wie war nun der Zusammenhang zwischen LANGE, LITZENBERGER und MUELLER. War das ein neues Triumpvirat?

A. Nein. LANGE gehoerte vorher zu IV E 5. Der war da stellvertretender Referent. Der hatte eine Verbindung bekommen zu der Schweiz und diese Verbindung sollte er persoenlich weiterleiten, obwohl die Sache, wie sich spaeter ergab, mit Spionage nichts zu tun hatte, sondern mit Hochverrat. LANGE sollte die Sache weiterfuehren und klaeren und gehoerte zunaechst noch zur Gruppe IV E, bekam aber, wie gesagt, diesen Sonderauftrag. Nach der Aufloesung von IV E wurde diese Sonderkommission angelehnt an die Dienststelle von LITZENBERG. Ob und wie weit das da nun organisatorisch durchgefuehrt worden ist, weiss ich nicht. Er arbeitete de facto sehr selbststaendig und hatte eine Dienststelle ausserhalb Berlins und berichtete unmittelbar an MUELLER. So war es auch mit dem 20. Juli. Er hatte abgesehen davon noch andere Auftraege bekommen, arbeitete aber als Angehoeriger der Sonderkommission des 20. Juli selbststaendig weiter.

23. F. MUELLER war dann tatsaechlich der Leiter der Sonderkommission?

A. Ja.

24. F. Wie war seine Verbindung nach oben?

A. MUELLER - KALTENBRUNNER.

25. F. Wie ging es nach unten?

A. MUELLER unterstellt waren die einzelnen Sachbearbeiter, die nun einzelne Aufgaben hatten.

26. F. Wie viele waren es?

A. Es koennen 10 gewesen sein. Aber es waren wahrscheinlich mehr.

27. F. Wer war das?

A. Das kann ich jetzt so aus dem Kopf nicht sagen. Aber ich werde mich erinnern und es Ihnen aufschreiben. Ich habe das schon einmal gemacht in Oberursel.

28. F. Wissen Sie wo Mueller ist?

A. Nein. Ich habe MUELLER zuletzt gesehen in Berlin. Als ich Berlin verliess am 21. oder 22. April 1945 habe ich an diesem Samstag nachmittag noch auf der Dienststelle gesehen. Dann schickte er uns fort. Ich habe am Abend noch mit

ihn telefoniert. Er sagte mir, er habe den Auftrag, in Berlin zu bleiben. Von dem Zeitpunkt habe ich nichts mehr von ihm gehoert. Er wollte eigentlich auch nach Sweden gehen. Ich glaube den Geruechten nicht, dass er bei den Russen ist.

29. F. Ich glaube das auch nicht. Bitte versuchen Sie, die Sonderkommission von HUELLER zu rekonstruieren. Schildern Sie Ihre eigene Taetigkeit bei der Untersuchung der Angelegenheit des 20. Juli.

A. Ich hatte den Auftrag, den Bruder von ~~HEINRICH~~ STAUFFENBERG, Fritz Distloff von der SCHULENBURG (der zuletzt Regierungspraesident gewesen war) und den Grafen SCHERERIN-SCHWANENFELD zu vernehmen. Darnach bekam ich den Auftrag, den General OSTER zu vernehmen. Dadurch kam ich in den Komplex OSTER - CANARIS hinein, nachdem OSTER ein Gestandnis abgelegt hatte. Ich habe vernommen: OSTER, CANARIS, von PFENISTEIN. Waehrend diese Vernehmungen noch liefen - ich vernahm auch noch von DONANI - machten wir einen Aktenfund in Zossen. Es handelte sich um Akten aus der Dienststelle von OSTER und DONANI. Die Schriftstuecke umfassten den Zeitraum von 1938/39 und im wesentlichen bis zum Beginn der Westoffensive im Mai 1940. Aus der Zeit darnach waren nur noch verhaeltnismassig wenig Unterlagen. Dadurch ergab sich dann fuer mich die Aufgabe, diese Dinge berichtsmassig festzuhalten. Ich erhielt den Auftrag, den weiteren Sachverhalt zu klaeren und die Verbindung der damaligen Vorgaenge zum 20. Juli festzustellen. Mit diesen Dingen habe ich mich beschaeftigt bis kurz vor dem Zusammenbruch. Es war beabsichtigt, diese Dinge spaeter in einem ordentlichen Verfahren zu Ende zu fuehren. Das ist nicht geschehen. Es wurden Standgerichtsverfahren gemacht, durch die relativ wenig Leute verurteilt wurden. Es handelte sich um OSTER, CANARIS, DONANI.

30. F. SCHERERIN auch?

A. Der war vorher schon vor dem Volksgerichtshof verurteilt worden.

31. F. Mit STAUFFENBERG zusammen?

A. SCHERERIN wurde in einem anderen Terrain verhandelt als STAUFFENBERG.

32. F. Ich will eine einfache Frage an Sie stellen? Was war der 20. Juli?

A. Es war ein Putsch.

33. F. Haben Sie das jemals geglaubt? War das das Ergebnis Ihrer Untersuchungen, die Sie gefuehrt haben? Wenn ja, welches Ziel hatte der Putsch?

Was war das Ziel des Putsches?

A. Nun, andere Verhältnisse zu schaffen.

34. F. Tatsächlich auf dem Wege des Mordes? Glauben Sie das war geplant?

A. Ja, allerdings.

35. F. Ich frage Sie nach Ihrem Eindruck. Welche Gruppe haben Sie fuer verantwortlich fuer den Putsch?

A. Der entscheidende Mann war STAUFFENBERG. Der Mann, der hinter ihm stand, das war der General, der an der Ostfront Selbstmord begangen hat. Er war Chef des Stabes einer Armee und war 1943 in Urlaub gekommen. Der sagte: "Jetzt ist so viel hinter den Kulissen herumgetrieben worden. Es muss jetzt etwas geschehen, wenn wir noch zu einem vernünftigen Frieden kommen wollen. Er hat die Sache an STAUFFENBERG herangebracht. STAUFFENBERG hat nun die Dinge dazu getrieben. Er hat sich alles mögliche überlegt: Der Führer muss ausgeschaltet werden. Vorher liefen noch Dinge, um HITLER mit einzuschalten. Da lief noch vorher ein Gespräch POPITZ mit HITLER. Die beiden haben sich berochen. HITLER hatte sich sehr stark abgedeckt nach oben. Er hatte Schallplatten machen lassen von dem Gespräch. Die waren aber dann darnach kaum zu verstehen. Darnach hat man das von der Gruppe POPITZ fallen gelassen.

36. F. Glauben Sie, dass POPITZ von der Unterredung den Eindruck hatte, dass HITLER zwar nicht aktiv sich beteiligen wolle, aber doch auch nichts dagegen unternehmen würde.

A. Nein.

37. F. Also auch nicht, dass HITLER nicht doch fuer eine passive Zuschauerrolle zu gewinnen wuere.

A. Doch. Ich glaube, dass er diesen Eindruck schon gewinnen konnte. - Darnach kam man dazu ein Attentat zu planen. Man überlegte sich: Pistole?

38. F. Das wuere ja fuer einen Soldaten das Gegebene gewesen.

A. Das machte man nicht, weil der Offizier sagte, das brauchte er nicht fertig und zum anderen, weil man sich sagte: Das ist zu gefährlich. Wenn es fehlschlägt, kommt die ganze Affaire aus Platz. Dann machte man mehrere Überlegungen zu Sprengstoffattentaten. Schliesslich hat STAUFFENBERG, wie OBRAUCHT sagte, gesagt, dass er die Sache machen wolle. STAUFFENBERG war bis dahin Chef des Stabes des Allgemeinen Hoeressentes. Er versuchte es dreimal mit zweimaligen vorgebliebenen Anlauf. Einmal fehlten KEITEL,

GOERING und HINDELER und dann fehlten zwei Mann davon und beim dritten Mal machte er es dann trotzdem nicht alle vollzuehlig waren. STAUFFENBERG war kein Pionierfachmann, denn sonst haette er es in diesem Raum auch nicht gemacht. In geschlossenen Raum waere die Bombe unbedingt fuer alle toedlich gewesen. Aber es war eine 60 m lange Baracke, freistehend auf einem Sockel. Die Wirkung ging nach oben und unten, waehrend im Raum die Wirkung verpuffte. Das ist die Sache in Kuerze gesagt. Aber ich verstehe noch immer Ihre Frage nicht.

39. F. Vielleicht verstehen wir uns spaeter. Mit STAUFFENBERG haben Sie selbst nicht gesprochen.

A. Nein. Der ist unmittelbar nach dem Attentat erschossen worden.

40. F. THOMAS Haltung war ja nicht eindeutig.

A. Ja, das ist nie ganz klargelegt worden.

41. F. Dievielle Leute haben nach Ihrer Kenntnis von den STAUFFENBERGESCHEN Plaenen gewusst?

A. Sie meinen die Attentatsplaene.

42. F. Ja. Das Datum wird natuerlich keiner gewusst haben.

A. Bei dem ersten Versuch waren mehrere Leute verstaendigt worden. Beim zweiten Mal hat OLBRIGHT einen Probealarm ausgeloeost, der etwas auffaellig wurde. Gewusst haben nur wenige Leute davon. Gewusst hat der Bruder STAUFFENBERGS, SCHWERIN, der junge SCHULENBURG, dann General FELLGIEREL, General TRIBBLE, KAMMER. Dann einige Generale im Generalstab, MAERE von QUERNSHEIM, von HASPTEN, dann OLBRIGHT selbstverstaendlich.

43. F. Sind Sie ueberzeugt, dass der Kreis so gross war?

A. Ja, Das waren Leute, die notwendigerweise davon wissen mussten, weil sie gewisse Funktionen zu erfuellen hatten. Ich kann mir das nur konstruieren. Ich habe das nur nicht aus eigener Kenntnis. Es wurden nach dem 20. Juli, die Kenntnisse, die jeder einzeln ermittelt hatte, jeweils bei einer Besprechung in der Mittagsstunde ausgetauscht. Dadurch habe ich es gehoert. Ich habe nicht alles gehoert und erfahren und nicht alle Vernehmungen gelesen, sondern nur diesen kurzen Bericht darueber.

44. F. Das genuegt mir schon. Wie war das mit SCHWERIN. Ihn haben Sie doch selbst vernommen. Wie war das Ergebnis?

A. Der Graf SCHWERIN war eigentlich schon lange in den Kreis, der ultranationalistische Gedanken hatte. Er war der Io gewesen in der Division

Brandenburg. Der hatte unmittelbare Verbindungen zu dem Grafen von der Schulenburg, dann mit Graf York von WARTENBERG. Und dann kannte er den Generaloberst BECK und kannte ferner auch den General OSTER.

45. F. Hat er auch aktiv mitgewirkt?

A. Er war vorgeekeh als der Staatssekretär bei dem Staatsoberhaupt, er sollte also MELISSNER ablassen. Er ist während der ganzen Vorgänge BECK nur Seite gegangen. Er hat in seinem Zimmer gesessen und hat telefoniert.

46. F. Das war am 20. Juli selbst. Hat er auch an den vorbereitenden Besprechungen teilgenommen?

A. Er kannte die Zusammenhänge recht gut.

47. F. Wie kam man in diesen Zusammenhang auf die Goerdeler-Gruppe der -Persönlichkeit.

A. GOERDELER hatte an sich keine Gruppe. Der name GOERDELER wurde bei den Vernehmungen genannt. Er war an sich bereits bekannt von frueher her. Man hatte damals keine Beweise. Ich erinnere mich - es war am 23. Juli - da sagte MEILLER bei der Besprechung: "Ich bekomme hier gerade einen Bericht vom Reichsfuehrer HIMMLER zurueck, worin vorgeschlagen war, BECK und GOERDELER festzunehmen? HIMMLER hatte an den Rand geschrieben: "Nein". Wohl weil ihm die Belastung nicht geneigte. GOERDELER selbst war auch der Gruppe STAUFFENBERG nicht geneht. Die hatten an sich die Absicht, ihn durch jemand anderen ersetzen zu lassen. GOERDELER war aber bei BECK absolut persona grata und er liess sich da nicht reinreden. Der "Grafenkreis" hatte also schon versucht, dem GOERDELER einen Mann zur Seite zu setzen, und zwar den Grafen York von WARTENBERG, der als GOERDELER Freiskoudekar gewesen war, bei ihm gearbeitet hatte. Man machte GOERDELER von dieser Seite den Vorwurf, dass er zu viel schwatze. Das war der Grund, weshalb man nichts mit ihm zu tun haben wollte.

48. F. Was halten Sie von dem Lissel-Bericht?

A. Es ist der einzige Bericht, der einigermaßen an die Tatsachen herankommt.

49. F. Wieso konnten bei den Verhaftungen und Verurteilungen solch hohe Ziffern zustande?

A. Ich halte diese Ziffern fuer masslos ueberschaetzt.

50. F. Wie hoch waerden Sie die Ziffern wirklich schatzen?

A. Ich kann sie Ihnen nicht nennen. Zum Tod verurteilt sind, wie ich jetzt von anderer Seite hoerte, etwa 100 worden. Das kann ich aber nicht mit

Sicherheit sagen. Festgenommen wurde etwa 500, vielleicht auch etwas mehr.

51. F. Jedenfalls keine 7000?

A. Nein.

52. F. Was mich bei der ganzen Sache so eigenartig beruehrt, das ist - um jetzt auf STAUFFENBERG zurueckzukommen - dass es ueberhaupt keine Vorbereitung fuer den Misserfolg gegeben hat. Wie kann sich das erklaren bei Generalstaebeln, die ihr ganzes Leben nichts anderes gelernt haben als Angriff, Abriegelung, Halten einer Stellung?

A. Es sind keine Vorbereitungen fuer den Misserfolg getroffen worden. Die saessen abends - wie mir SCHULENBURG, SCHWERIN und der Bruder STAUFFENBERGS sagten - um 10 Uhr da und fingen an feststellen zu lassen, wie viele Waffen nun ueberhaupt im Hause waren.

53. F. Das ist doch voller Wahnsinn.

A. Sie hatten eben nicht damit gerechnet. Es war ihnen wohl auch klar, dass es aus ist, wenn es schief geht. Es waren wirklich keine Vorbereitungen getroffen.

54. F. Das ist fuer mich das groesste Raetsel. Die Vorbereitungen noch der anderen Seite hin waren ja auch nicht getroffen.

A. Man hatte sich gedacht, dass man der kommandierenden Generale sicher waere. Aber dann hoerte es schon auf.

55. F. Wie war es mit der ganzen Ersatzheer? Da war man sich doch nicht sicher.

A. Ja. Man hat auch bei den Ministern gesagt, dass man das erst sehen muss.

56. F. Wie ist das moeglich, nachdem man doch 12 Jahre lang die Organisation des Reiches gekannt hat? Wie erklaren Sie mir das? Es gibt da noch mehr eigenartige Dinge, fuer die es bis jetzt keine Erklaerung gibt.

A. Jedenfalls sagte mir SCHWERIN, dass BECK das was und voellig fassungslos war und nicht in der Lage war, klare Anweisungen zu geben.

57. F. Wie war das mit LANGBEHN?

A. Die Sache kenne ich nicht. Der war schon vorher festgenommen worden von der Sonderkommission LANGE. Ueber LANGBEHN kam auch das Gesprach mit POPIEL zustande.

58. F. SCHWERIN-SCHWANEFELD ist von Volksgerichtshof abgeurteilt worden?

A. Ja.

59. F. Welche Veranlassung hatte der Reichsfuehrer SS gehabt, der Witwe nachher Zahlungen zukommen zu lassen?

- A. Das geht zurück auf eine Weisung HITLERS, der erklärt hat, er wolle nicht, dass die Angehörigen irgendwie dadurch vor das Nichts ständen. Die Sache war so: Der Volksgerichtshof verurteilte und zog gleichzeitig das Vermögen ein, sodass die Angehörigen praktisch vor das Nichts standen. Damals wurde nach einer Weisung des Führers, soweit ich unterrichtet bin, veranlasst, dass die Witwen und sonstigen Angehörigen so gestellt sein sollten, dass sie noch relativ ordentlich leben konnten. Beauftragt mit der Durchführung dieser Regelung wurde der Chef des SS-Gerichts BREITHAAPT, der in jedem Einzelfalle mit den Witwen sprach. Ich erinnere mich, dass eines Tages die Witwe des Grafen York von WARTENBURG zu mir kam und mich fragte, was sie machen solle. Sie hatte, glaube ich, ein Gut und ein Haus in Berlin. Sie wollte meinen Rat. Ich sagte, sie solle sich mit BREITHAAPT in Verbindung setzen. Da habe ich also noch die beiden vermittelt. Welche Beträge in einzelnen bezahlt wurden, weiss ich nicht oder ob überall Beträge bezahlt wurden. Sie haben eben eine monatliche Rente bekommen. Das waren vielleicht 400 Mark. Es war auch nicht bei allen gleich und richtete sich sicher auch darnach, ob noch Kinder da waren.
80. F. Bitte überlegen Sie sich noch einmal die Sache mit der Sonderkommission von MÜLLER. Ich werde sie am Freitag nachxi tag wieder sehen.

RESTRICTED.

1948/56

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG.

Walker
Ich, *Albert* HUPPENKOTHE, zuletzt Regierungsdirektor im Amt IV
des Reichssicherheitshauptamtes, schwöre, sage aus und erkläre:

Ueber die Person des SS-Sturmabfuhrer QUENTNER kann ich folgendes
angeben:

Es gab zwei Bruder QUENTNER, die meines Wissens beide SS-Sturmabfuhrer waren. Ich kannte nur einen. Der, den ich nicht kannte, war meines Wissens bei einer Dienststelle in Prag, wo er beschlagnahmtes juedisches Vermoegen zu verwalten hatte. Der Vorname des Bruders, den ich kannte, war meiner bestimmten Erinnerung nach Rudolf bzw. Rolf. Er war in der Dienststelle des Obersturmbannfuhrer EICHMANN taetig. Ich habe ihn nur gelegentlich im RSHA in Berlin bei allgemeinen Referentenbesprechungen getroffen. Es war mir nicht bekannt, dass er in Daenemark taetig war.

Ich traf ihn wieder in den letzten Tagen des Krieges in Oesterreich, wo wir uns beide zur Waffen-SS meldeten. Wir wurden dann mit derselben Einheit gefangenengenommen und kamen dann in verschiedene amerikanische Kriegsgefangenenlager. Als ich am 5. Juli 1945 in das feste Lager Ebensee bei Gmunden am Traunsee verlegt wurde, traf ich Sturmabfuhrer QUENTNER wieder. Am 15. August 1945 wurde ich von Ebensee in das Amtgerichtgefaengnis in Gmunden verlegt. Etwa eine Woche spaeter wurde ich von der CIC Gmunden vernommen, wobei mir die Fotografie der Leiche eines Mannes, der im Lager Ebensee Selbstmord begangen hatte, zur Identifizierung vorgelegt wurde. Ich identifizierte die Leiche als die des SS-Sturmabfuhrer Rolf QUENTNER. Ueber die Identitaet bestand fuer mich kein Zweifel. Ueber das Schicksal des anderen Bruders ist mir nichts bekannt.

25-24911 - 102

Ich habe vorstehende Erklärung, bestehend aus einer Seite in deutscher Sprache gelesen und erkläre, dass es nach meinem besten Wissen und Glauben die volle Wahrheit ist. Ich hatte Gelegenheit, Änderungen und Berichtigungen in vorstehender Erklärung vorzunehmen. Diese Erklärung habe ich freiwillig gemacht, ohne jedwedes Versprechen auf Belohnung und ich war keinerlei Drohung oder Zwang ausgesetzt.

Muernberg, Deutschland, den 14. Juli 1947.

ges. *Walter Huppenkoth*
.....
Walter
Albert HUPPENKOTHEN

Before me, Peter BEAUVAIS, U.S. Civilian, AGO Identification # A-441190, Interrogator, Evidence Division, Office of Chief of Counsel for War Crimes, appeared ^{Walter} Albert HUPPENKOTHEN, to me known, who in my presence signed the foregoing statement (Eidesstattliche Erklärung) consisting of one page in the German language and swore that the same was true on the 14th day of July 1947 in Muernberg, Germany.

ges. *Peter Beauvais*
.....
Peter BEAUVAIS

Abschrift

25-249 H-103

Aussage Huppenkothan

Der 20. Juli 1944

Von den Vorgängen am 20.7.44 im Führerhauptquartier erhielt ich erstmalige Kenntnis durch die gegen 16.00 Uhr erfolgte Wiederholung der Rundfunkverlautbarung. Etwa gleichzeitig wurde ich fernmündlich beauftragt, alle Beamten zu veranlassen, sofort ihre Dienststellen aufzusuchen, ich sollte sofort zum Amt in der Prinz Albrechtstrasse fahren.

Ich kam jedoch mit der Strassenbahn nur bis zum Potsdamer Platz, der durch einen doppelten Kordon von Polizei und Wehrmacht abgesperrt war. Ausweise - auch meine polizeilichen - wurden nicht anerkannt. Während ich mich noch um Durchlass bemühte, erhielt der die Absperrung leitende Offizier gegen 20.00 den Befehl abzurücken und die Absperrung aufzuheben. Ich begab mich darauf zum Amt und fand dort folgende Lage vor:

Kaltenbrunner war ausserhalb Berlins (er kam erst gegen 23.00 Uhr, nachdem die Situation geklärt war, zurück). Müller hatte gegen mittag fernmündlich durch Oberstleutnant Suchanek (Adjutant Himmlers) von dem Attentat gehört und daraufhin ein Sonderkommando der Sabotage Kommission unter Führung von Kopkow mit Flugzeug ins Führerhauptquartier nach Rastenburg gesandt. Er hatte ferner gegen 17.00 Uhr, als die Nachricht kam, dass als Attentäter Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg in Frage komme und dieser sich im Bendlerblock aufhalte, den SS-Oberführer Dr. Pifradler (Gruppenleiter IV b) dorthin gesandt, um Stauffenberg zu einer Besprechung bei Müller zu bitten. Pifradler war seit dieser Zeit verschollen und wurde vermutlich im Bendlerblock zurückgehalten. Ferner hatte Müller Beamte des Fahndungstrupps Scheffler beauftragt den Gebäudekomplex Bendlerstrasse zu observieren. Beamte waren kaum in der Dienststelle anwesend, ebenso waren ausser den Dienstpistolen, die jeder bei sich trug, kaum Waffen vorhanden.

Müller übertrug nach meinem Eintreffen zunächst dem zufällig in Berlin anwesenden SS-Brigadeführer Naumann die Aufgabe, die Dienststelle in verteidigungsbereiten Zustand zu versetzen, da immer noch damit gerechnet wurde, dass seitens der Wehrmacht möglicherweise

etwas gegen das Geheime Staatspolizeiamt unternommen werden könnte.

Inzwischen war bekannt geworden, dass in der Bendlerstrasse sich ausser Stauffenberg auch Generaloberst Beck (der frühere Generalstabschef), ferner Generaloberst Hoepner und Feldmarschall v. Witzleben aufhielten, dass diese versuchten, die Wehrmachtdienststelle zu überzeugen, dass der Führer tot sei und gewissenlose Kreise der SS und Partei versuchten, die Macht an sich zu reißen, dass deshalb Beck den militärischen Oberbefehl übernommen habe und nur dessen Anordnungen zu folgen sei. Weiter war bekannt geworden, dass die Anweisung zur Übernahme der vollziehenden Gewalt durch die Wehrmacht ergangen sei und den Wehrkreiskommandos listenmässig Personen namhaft gemacht worden seien, die als Politische Beauftragte sich um die zivile Verwaltung zu kümmern hätten, sowie jedem Wehrkreis ein Verbindungsoffizier zum Oberkommando der Wehrmacht zugewiesen worden sei. Insgesamt ergab sich soweit das Bild einer von langer Hand vorbereiteten Aktion, deren Auslösung nur durch das Misslingen des Attentats nicht zum Zuge gekommen war.

Müller war sich nicht klar, ob und welche Massnahmen er ergreifen sollte. Der Reichsführer SS hatte angeordnet, Blutvergiessen nach Möglichkeit zu vermeiden. Er selbst wurde in Berlin erwartet und hatte sich weitere Entscheidungen vorbehalten. Der Plan, durch ein stossstruppartiges Unternehmen Piffrader zu befreien, und gleichzeitig den Kreis um Beck festzunehmen und lahmzulegen, wurde wegen der Möglichkeit des Blutvergiessens wieder fallen gelassen.

Etwa gegen 22.00 Uhr rief plötzlich Piffrader aus der Bendlerstrasse an und teilte mit, er sei bis jetzt gefangen gehalten, soeben aber von Offizieren der Dienststelle befreit worden. Diese hätten gleichzeitig den Generaloberst Fromm aus der Haft befreit, der bis dahin ebenfalls mit seinem Adjutanten festgehalten worden sei. Fromm habe sofort ein Standgericht abgezogen und Beck, Stauffenberg, Mertz von Quirnheim und Oberleutnant von Haeflten zum Tode verurteilt. Das Urteil sei unmittelbar darauf vollstreckt worden. Eine Reihe weiterer Offiziere sei festgenommen, weil sie mit den Attentätern gemeinsame Sache gemacht hätten. Er empfehle, diese Festgenommenen abzuholen und in den Gewahrsam der Sicherheitspolizei zu überführen.

Der inzwischen eingetroffene Obergruppenführer Kaltenbrunner liess darauf ein Kommando zur Abholung der Festgenommenen bereitstellen und diese ins Hausgefängnis Prinz Albrechtstrasse überführen. Mit der Durchführung wurde ich beauftragt. Nach Rückkehr erhielt ich von Müller den Auftrag mich in der Wohnung Goebbels bei Kaltenbrunner zu melden und von ihm weitere Befehle entgegenzunehmen. In der Wohnung Goebbels hielten sich eine Reihe von Personen auf, von denen offenbar nicht feststand, ob sie festgenommen oder in Freiheit waren. Goebbels, Himmler und Kaltenbrunner waren zusammen. Gesondert jeweils in Sonderzimmern waren Fromm, General von Kortzfleisch (Wehrkreisbefehlshaber III Berlin) und Generalleutnant Haase (v. Haase? Stadtkommandant Berlin). Als erstem wurde Fromm eröffnet, dass ja sein Verhalten einer Überprüfung unterzogen werden müsse und er bis auf weiteres festgenommen sei. Panzinger erhielt den Auftrag, Fromm zum Haus der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission am Kleinen Wannsee zu bringen und dort unterzubringen. Die gleiche Eröffnung wurde Haase gemacht, den ich ebenfalls zum Kleinen Wannsee zu bringen hatte. General von Kortzfleisch wurde auf freiem Fuss belassen.

Nach Erledigung dieses Auftrages meldeten sich Panzinger und ich bei Müller zurück, der daraufhin für die weitere Aufklärung der Zusammenhänge eine Sonderkommission zusammenstellte, deren Zusammensetzung und Aufgabenverteilung aus dem beigefügten Übersichtschema sich ergibt.

Die Kommission trat täglich 12,30 im Dienstzimmer Müllers zusammen. Dort wurden von den einzelnen Bearbeitern die Ergebnisse ihrer Feststellungen vorgetragen, soweit sie von allgemeinem Interesse waren, und ihnen Weisungen für die weitere Sachbearbeitung gegeben. Über die Ursachen und Hintergründe, sowie über den Ablauf der Ereignisse habe ich folgendes festgestellt bzw. erfahren.

Vorgeschichte:

Die folgenden Ausführungen stützen sich im Wesentlichen auf die Unterlagen, die durch die Sicherstellung des Panzerschrankmaterials über dessen Fund ich mich bereits geäußert habe, in den Besitz der Sicherheitspolizei gelangt sind.

Die Umstände, die zur Entlassung Fritschs im Februar 1938 geführt hatten, und die Feststellung seiner Unschuld hatten massgeblichen Kreisen der Wehrmachtführung Veranlassung gegeben, eine Démarche aller Wehrkreisbefehlshaber mit dem Ziele seiner restlosen Rehabilitierung zu betreiben, zugleich Vorbereitungen zu treffen, um Himmler und die geheime Staatspolizei gewaltsam auszuschalten und den Führer insoweit vor vollendete Tatsache zu stellen. Die bei diesen Plänen beteiligten Personen waren im Wesentlichen ausser Beck General Oster (Amt Ausland/Abwehr), General Graf Brockdorff-Ahlefeld (Divisionskommandeur Potsdam), Major (später Oberst) Grosscourth (Abteilungsleiter Abw. Abt. II, später Chef Heerwesenabteilung im OKH, seit Stalingrad in russ. Kriegsgefangenschaft). Beide Pläne kamen nicht zur Durchführung, weil vor allem Brauchitsch und Halder sich nicht entschliessen konnten, die Verantwortung für ein derartiges Handeln zu übernehmen.

Im Herbst 1938 erfolgte der Rücktritt Becks als Chef des deutschen Generalstabes. Die Gründe hierfür, die mir nicht bekannt sind, dürfen im Wesentlichen in der Entwicklung der deutschen Aussenpolitik liegen, die immer stärker die Gefahr eines Krieges mit sich brachte. Hauptmann Wiedemann, der langjährige Adjutant des Führers und spätere Generalkonsul in San Franzisko und Schanghai, brachte der Wehrmachtführung Nachrichten aus der Reichskanzlei, wonach sich die Umgebung des Führers und seine engsten Mitarbeiter in zwei Gruppen teile, von denen die eine Krieg auf jeden Fall wolle. Der Führer schein dieser Gruppe, zu der vor allem Ribbentrop und Himmler zu zählen seien, immer mehr Gehör zu schenken. Ribbentrop hielt man als Aussenminister für untragbar. Man warf ihm vor, dass er die deutschen aussenpolitischen Möglichkeiten völlig falsch beurteile und den Führer vor allem in Hinsicht auf seine Englandpolitik falsch berate. In England habe er sich durch sein arrogantes Auftreten unmöglich gemacht. Göring, so hiess es, zähle nicht zu dieser Gruppe, sondern suche nach einer Möglichkeit, die deutschen Ansprüche friedlich durchzusetzen.

Aufsehen erregte eine Mitteilung, die Goerdeler, der inzwischen zu Beck in Beziehungen getreten war, aus Paris mitbrachte. Der dortige Botschafter, Graf Welczeck, hatte ihm mitgeteilt, dass der französische Aussenminister (Bonnet?) im Sommer 1938 ihm bei

einem Frühstück mitgeteilt habe, Frankreich sei bereit, Deutschland bei der Durchsetzung seiner Ansprüche weitgehend zu unterstützen und ein Bündnis mit Deutschland einzugehen unter äusserst günstigen Bedingungen. Rippentrop habe auf den Bericht Welozceks nicht reagiert.

Ob von Beck wegen dieser Vorgänge etwas geplant oder veranlasst worden ist, konnte nicht festgestellt werden. Unterlagen hierüber lagen erst wieder aus der Zeit nach der Beendigung des Polenfeldzuges vor.

Beck fasste in einer längeren Ausarbeitung seine Beurteilung der Lage wie folgt zusammen: Deutschland habe durch sein Handeln in der Polenfrage England und Frankreich die Möglichkeit genommen, mit der derzeitigen Führung zu verhandeln. Ein Feldzug im Westen würde diese Lage noch mehr versteifen. Daran ändere auch der Russlandpakt nichts. Dieser sei im Gegenteil für Deutschland von grösster Gefährlichkeit. Die Politik der Sowjetunion sei im Wesentlichen ostorientiert gewesen. Durch die Möglichkeiten des Polenfeldzuges und das Entgegenkommen Deutschlands sei mit Sicherheit ein Abgehen Russlands von dieser Politik zu erwarten, wie seine Haltung in der Finnland- und Baltikumfrage bereits zeige. Die Folge sei für Deutschland die Gefahr einer Bedrohung auf zwei Fronten.

Diese Auffassung hat Beck offenbar einer Reihe von ihm bekannten Heerführern mitgeteilt. Ausserdem hat er unter anderen über das Thema einen Vortrag vor der sogenannten Mittwochsgesellschaft gehalten, einer Vereinigung von erfahrenen Männern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Die aufgefundenen Unterlagen beweisen, dass Beck damals entschlossen war und alle Vorbereitungen getroffen hatte, notfalls mit Gewalt alle Folgerungen aus seinen Erkenntnissen zu ziehen, dass ähnliche Bestrebungen offenbar auch von Angehörigen des Generalstabes (Großcourth, damals Chef Heerwesenabteilung) betrieben wurden. Ziel dieser Vorbereitungen war die Ablösung des Systems durch Beck und ihm nahestehende Personen.

Eine mit "Studie" überschriebene Ausarbeitung Osters gab über die Art der Beabsichtigten Massnahmen und ihre Durchführung die beste Übersicht. Sie enthielt ferner Angaben über die zu beteiligenden Personen und ihre Aufgaben. Danach war vorgesehen,

Hitler, Ribbentrop, Himmler, Heydrich und Göring durch einen von militärischer Seite durchzuführenden Handstreich ausser Funktion zu setzen und die Staatsgewalt einem Dreimännerdirektorium unter Führung von Beck zu übertragen. Gleichzeitig sollten die Feindseligkeiten im Westen eingestellt werden unter gleichzeitiger Aufnahme von Friedensverhandlungen.

Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit waren u.a. zwei Verlautbarungen vorbereitet, von denen die eine - gemeinsam von Oster, Dohnanyi und Beck bearbeitet - offenbar der erste durch Rundfunk und durch die Presse zur Veröffentlichung vorgesehene Aufruf darstellte, während die zweite Ausarbeitung - von Beck selbst verfasst war und von ihm selbst verlesen werden sollte. Wesentlicher Inhalt dieser Ausarbeitungen war die Feststellung, dass der Führer unter Missachtung der Neutralität Belgiens und Holland und gegen den Willen der Generalität die Durchführung der Offensive im Westen befohlen habe. Eine derartige Massnahme würde niemals Erfolg, sondern allen Deutschen und dem Lande nur massloses Leid bringen. Um dies zu vermeiden, habe sich Beck in letzter Stunde entschlossen, wieder aktiv zu werden und das ihm von dem zurückgetretenen Generaloberst von Brauchitsch angetragene Amt als Oberbefehlshaber des Heeres übernommen, zugleich mit den Funktionen des Oberbefehlshabers aller Wehrmachtteile. Der Führer - so heisst es in der vorgesehenen Rundfunkverlautbarung - sei von seinen Mitarbeitern falsch beraten und im übrigen krank. Er werde sich bis auf weiteres jeder Einwirkung auf die Staatsführung enthalten. Die Führung der Staatsgeschäfte sei einem Direktorium von drei Personen unter Führung Becks übertragen (die beiden weiteren vorgesehenen Mitglieder waren nicht genannt) Himmler, Göring und Ribbentrop seien festgenommen. Sie hätten als sie von Becks Massnahmen erfahren hätten, versucht, die verantwortlichen Offiziere festzunehmen. Göring habe Millionen Arbeitergelder unterschlagen, Himmler Tausende von Unschuldigen eingesperrt, Beweise ihrer Schuld seien in ihren Panzerschränken sichergestellt, deren Veröffentlichung stehe bevor.

Weitere Verlautbarungen waren in der "Studie" Osters vorgesehen. Als zu beteiligende Personen hatte Oster vom militärischen Sektor u.a. benannt Witzleben, Hoepner, Geyer, Falkenhausen, Reichenau (die letzten drei mit einem Fragezeichen versehen), vom zivilen Sektor waren genannt Schacht, Goerdeler, Schulenburg, Wagner, Helldorf. Aus handschriftlichen Notizen Dohnanyis war zu ent-

nehmen, dass man neben dieser gewaltsamen Lösung auch an die Möglichkeit einer Lösung auf friedlicher Basis gedacht hatte. So war z.B. an eine Beteiligung Görings und Reichenaus gedacht, die jedoch von Dohnanyi als "Kerenski-Lösung" bezeichnet wurde. Als zu beteiligende Militärische Einheiten waren u.a. aufgeführt: I R 3 (Potsdam), Artillerieregiment 3 (Frankfurt/Oder), Panzerregiment (Sagan). Die Unterrichtung der militärischen Beteiligten hatten offenbar Grosscourth und Oster übernommen, die zu diesem Zweck Reisen zu den Truppenteilen unternahmen. Bei einer Reise an die Westfront hatten Oster und Grosscourth Ausarbeitungen Beck mitgenommen. Davon hatte Halder erfahren, der darauf - wie sich aus einer Rechtfertigung Osters ergibt - Grosscourth und Oster Vorhaltungen wegen ihres leichtfertigen Verhaltens machen liess.

Es kam offenbar Beck sehr stark darauf an, die Beteiligung der Truppenführung, vor allem Brauchitsch und Halder sicherzustellen. Aus diesem Grunde wurden vor allem eine Reihe von Versuchen unternommen, Halder und durch ihn Brauchitsch zu gewinnen. Aus Tagebuchaufzeichnungen von Canaris ist zu entnehmen, dass er persönlich keine Möglichkeit mehr sehe, auf Halder einzuwirken (Oktober 1939), der sich alles anhöre, dann aber mit Fadenscheiniger Begründung ein Mitmachen ablehne. In einer zweistündigen Unterredung hatte der Chef des Wehrwirtschaftsamtens General Thomas, angeregt durch vorhergehende Gespräche mit Canaris, Oster, Beck, Dohnanyi und von Hassell Halder am 27.11.39 im Zusammenhang seine Beurteilung der Lage vorgetragen, wobei er vor allem darauf hinwies, dass der Krieg wirtschaftlich erst für das Jahr 1941 vorgesehen gewesen sei und bis dahin alle wirtschaftlichen Massnahmen bei der starken Kapazität der Westmächte diesen gegenüber unwirksam sein würden. Er hatte dabei auch die Möglichkeiten eines Staatsstreiches gestreift. Halder hatte - festgehalten in einer Aktennotiz - geantwortet, die deutsche Armee mache keinen Staatsstreich, das Offiziercorps werde etwas derartiges nicht mitmachen, ausserdem sehe er der Durchführung einer Offensive sehr hoffnungsvoll entgegen. Die gleiche Meinung habe von Brauchitsch, er bitte diesem derartige Gedankengänge nicht vorzutragen und zu verhindern, dass Persönlichkeiten der Wirtschaft das versuchten. Trotzdem fand etwa um die gleiche Zeit eine Besprechung des Industriellen Hugo Stinnes mit Brauchitsch statt, über die ebenfalls ein

Aktenvermerk vorlag. Die Besprechung war durch Angehörige des Amtes Ausland/Abwehr veranlasst worden. Beide Partner hatten sich ausgiebig über die Lage unterhalten, Brauchitsch habe sie sehr düster gesehen, aber erklärt, er könne im Augenblick nichts tun. Auch Goerdeler hatte an Halder ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Notwendigkeit zum Handeln hingewiesen hatte. In einem von Ostern 1940 datierten Antwortschreiben hatte Halder geantwortet, die Wehrmacht sei nicht in der Lage, selbständig etwas zu unternehmen, wenn die Waffengewalt sprechen solle, so müsse dem die Gewalt der Waffen entgegengesetzt werden.

Am 16.1.1940 fand ein Gespräch Halders mit Beck statt, vor dem sich Beck eine etwa 4 Seiten lange Disposition derjenigen Gesichtspunkte aufgestellt hatte, die er Halder vortragen wollte und - wie am Schluss der Aufzeichnung vermerkt ist, in vollem Umfange vorgetragen hat. Hiernach hat er seine Beurteilung wie folgt zusammengefasst: Militärisch sehe er keine Möglichkeit, den Krieg im Westen zu gewinnen. Es bestehe kein Zweifel, dass Amerika mindestens wirtschaftlich die Westmächte unterstützen werde. Dann stehe Deutschland die geballte Kraft der Weltwirtschaft gegenüber, gegen die es selbstverständlich unterliegen müsse. Selbst Anfangserfolge, die möglich seien, könnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es dann zu einem Abnutzungskrieg grössten Ausmasses kommen werde, den nur die Macht überstehen könne, die die grösseren Reserven habe. Aussenpolitisch sehe er keine Möglichkeiten. Die Westmächte verhandelten mit einer Regierung Hitlers nicht mehr. Der Führer sei irrsinnig. Es müsse deshalb gehandelt werden, wobei er die verschiedenen Möglichkeiten erörterte, die er sah (vor allem Einstellung der Kampfhandlungen im Westen, Verbindungsaufnahme mit den Westmächten, um zu einem ehrenvollen und erträglichen Frieden zu kommen.)

Wie Halder auf dieses Gespräch reagiert hat, ist nicht ersichtlich. Etwas Entscheidendes ist jedenfalls nicht darauf erfolgt.

Mit diesen Versuchen standen offenbar in ursächlichen Zusammenhang Gespräche, die durch Beauftragte des Amtes Ausland/Abwehr beim Vatikan geführt wurden. Hierüber lagen sehr eingehende Aufzeichnungen Dohnanyis vor. Der Münchener Rechtsanwalt Dr. Josef Müller hatte zu dem Privatsekretär des Papstes, dem Jesuitenpater Professor Leiber Verbindung aufgenommen. Leiber hatte ihm

mitgeteilt, der Papst sei der Ansicht, dass es ihm möglich sein werde, für Deutschland bei den Westmächten vernünftige und erträgliche Friedensbedingungen zu erwirken, solange es im Westen nicht zu grösseren Kampfhandlungen gekommen sei. Voraussetzung dazu sei die Schaffung einer verhandlungsfähigen deutschen Regierung, die notwendig mit einem Regimewechsel verbunden sein müsse. Der Papst habe allerdings die Befürchtung gehabt, bei den Besprechungen von deutscher Seite getäuscht zu werden. Insbesondere nach der Best-Stevensaffaire sei man auf Seiten der Westmächte bei der Führung derartiger Gespräche sehr vorsichtig geworden, weil man immer mit der Möglichkeit einer Mystifikation rechne.

Auch mit Hilfe dieser Unterlagen wurde versucht, auf Brauchitsch und Halder einzuwirken. Allerdings vermied man es, die Unterlagen, die von Dohnanyi zu einem sehr eingehenden zusammenfassenden Bericht zusammengestellt worden waren, Halder als das Ergebnis von Besprechungen vorzulegen, die durch das Amt Ausland/Abwehr eingeleitet worden waren. Vielmehr wurden die Unterlagen als das Ergebnis von Feststellungen dargestellt, die Hassell, der frühere deutsche Botschafter in Rom habe treffen können.

Diesen Bericht legte Thomas - wiederum auf Veranlassung von Beck, Oster und Dohnanyi - in den ersten Apriltagen 1940 Halder vor, mit der Bitte, den Inhalt Brauchitsch zugänglich zu machen. Dessen Stellungnahme hatte Dohnanyi handschriftlich wie folgt niedergelegt: Halder habe erklärt, er sei erschüttert und werde erneut mit von Brauchitsch sprechen, glaube aber nicht, dass dieser seine Ansicht ändern werde. Falls dies doch der Fall sein sollte, werde er unverzüglich Nachricht geben.

In einer Nachschrift hierzu hatte Dohnanyi vermerkt, ein Beauftragter von Hassells habe in der Schweiz mit einem Engländer gesprochen. Dieser habe erklärt, auch nach Norwegen ändere sich an der grundsätzlichen Bereitschaft Englands nichts, wenn auch in England starke Bedenken bestünden, dass sich in Deutschland jetzt noch eine Persönlichkeit finden werde, die zu handeln bereit sei.

Hiermit schliessen die Aufzeichnungen ab. Aus den Aussagen der hierzu im Einzelnen gehörten Personen ergibt sich, dass nach

dem überraschend guten Ausgang des Westfeldzuges allgemein auch in den Kreisen der Wehrmacht und bei Beck eine optimistischere Auffassung über den weiteren Verlauf des Krieges Platz gegriffen habe. Diese Beurteilung habe sich auch nach dem Beginn des Russlandfeldzuges nicht geändert. Erst nach der Ablösung v. Brauchitschs seien wieder ernsthafte Diskussionen aufgetaucht, die ihren Ausgangspunkt in der Frage der "Spitzengliederung" und der grundsätzlichen Führung der militärischen Operationen an der Ostfront gehabt hätten. Nach Ansicht Becks sei das Versagen der Wehrmacht an der Ostfront in erster Linie auf das Fehlen einer einheitlichen Gesamtführung zurückzuführen. Der Chef des Generalstabes sei nur verantwortlich für die Kriegführung im Osten. Für die übrigen Fronten sei der Wehrmachtführungsstab unter Jodl verantwortlich. Beiden Stäben fehle eine Gesamtübersicht, ausserdem beständen unter ihnen erhebliche Gegensätze. Dem Führer fehlten die fachlichen Voraussetzungen für die Führung der Gesamtoperationen. An seine Stelle müsse ein militärischer Fachmann treten, dessen Urteil sich auch der Führer zu unterwerfen habe. Er forderte deshalb die Errichtung eines Reichsgeneralstabes, dem die Führung der Gesamtoperationen zu übertragen sei. Im Osten sei nach dem Fehlschlag der bisherigen Operationen ein Festhalten, ein Beharren auf der bisherigen Linie nicht mehr zu verantworten. Es müsse vielmehr nunmehr eine Auffanglinie bezogen werden etwa auf der Linie Bug-Dnjepr, die als Verteidigungsstellung ausgebaut werden müsse. Dadurch würden auch ausreichende Truppen für die Aufstellung einer starken operativen Reserve freigemacht werden können.

Als Weg, um diese Forderungen beim Führer durchzusetzen, wurde wieder der einer allgemeinen Démarche der verantwortlichen Truppenführer breit erörtert. Man kam jedoch zu dem Ergebnis, dass der Führer ein solches Vorgehen als Rebellion ansehen und entsprechend ahnden werde. Versuche einzelner Generäle, die Frage einzeln dem Führer vorzutragen, scheiterten. Auch die mit dem Fall von Stalingrad in Zusammenhang stehenden Ereignisse brachten keine weitere Förderung. Etwa um diese Zeit schrieb Beck dem damaligen Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall von Manstein einen Brief, in dem er ihm seine Überlegungen wie folgt auseinandersetzte: Der Winterfeldzug im Osten sei gescheitert. Es sei sinnlos, weitere militärische Operationen

etwa in Richtung auf den Kaukasus durchzuführen. Man müsse jetzt an die Erhaltung des Reiches denken. Noch sei die Armee intakt und in der Hand ihrer Führer. Man wisse jedoch nicht, wie lange dieser Zustand bestehen bleibe. Mit einer intakten Truppe sei es möglich, die Grenzen des Reiches zu schützen und wenigstens im Innern Ordnung zu halten. Man dürfe nicht noch einmal den Fehler von 1918 wiederholen, sondern versuchen, die Truppe in der Hand zu behalten für die Aufgaben, die in der Heimat zu erfüllen seien. Eine Aufforderung, irgendetwas zu unternehmen, war in dem Schreiben nicht enthalten.

Nachdem der Reichsführer SS Reichsminister des Innern geworden war (Sommer 1942), versuchte man, auf ihn Einfluss zu nehmen, um über ihn eine Änderung der Verhältnisse zu erreichen. Es gelang durch Vermittlung des Rechtsanwalts Dr. Langbehn, der zu dem Chef des persönlichen Stabes des Reichsführers SS, SS-Obergruppenführer Wolff Beziehungen unterhielt, eine Besprechung zwischen Himmler und dem preussischen Finanzminister zustande zu bringen. Die Besprechung wurde von beiden Seiten sehr vorsichtig geführt. Sie führte ebenfalls nicht zu irgendwelchen Ergebnissen, hatte aber zur Folge, dass man aus Sicherheitsgründen Popitz von der weiteren Beteiligung an Besprechungen und den späteren Vorbereitungen ausnahm.

Etwa im Juli 1943 kam der damalige Oberst Hans Henning von Treschkow, damals I A bei der Heeresgruppe Mitte, auf Urlaub. Er erklärte, es sei nun an der Zeit, dass tatsächlich etwas geschehe. Er nahm Verbindung zu einer Reihe von Persönlichkeiten auf, die sich ihm zur Verfügung stellten. Zu diesem Zeitpunkt kam auch der Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg zu diesen Kreise. Er war von einer Verwundung an der Afrika-Front, durch die er ein Bein, eine Hand und ein Auge verloren hatte, gerade wiederhergestellt und dabei, das Amt eines Chefs des Stabes bei dem Chef des allgemeinen Wehrmachtamtes, General Olbricht, anzutreten. Stauffenberg nahm sich als besonderer Aktivist der Dinge an und es gelang ihm, in kurzer Zeit die Personen und Personengruppen zusammenzubringen, die für die späteren Ereignisse nötig waren. Es war dies vor allem der sogenannte Grafenkreis (Fritz Dietloff von der Schulenburg, Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, Peter Graf York von Wartenburg). Graf

Schulenburg brachte ihn in Verbindung mit den meisten der Personen, die später als politische Beauftragte eingesetzt wurden mit dem Auftrag, die Verwaltungsgeschäfte ihres Bereiches zu übernehmen. Mit den meisten von ihnen verhandelte er persönlich, ohne ihnen zunächst etwas von der ihnen zugedachten Aufgabe zu sagen. Ebenso bemühte er sich um die Personen, die für die Übernahme von Ministerämtern geeignet waren. Hier waren ihm von Beck eine Reihe von Personen vorgeschrieben worden, mit denen er nicht oder nur teilweise einverstanden war. Vor allem hatte er starke Bedenken, Goerdeler, der Becks volles Vertrauen genoss, als Reichskanzler vorzusehen. Er kam deshalb mit seinen Freunden überein, diesem als Staatssekretär den Grafen York zuzuweisen.

Beck, Goerdeler und Stauffenberg vertraten die Auffassung, dass die leitenden Beamten in den Zentralinstanzen, vor allem die Berufsbeamten, sich im Falle einer Machtübernahme durch die Wehrmacht auf den Boden der Tatsachen stellen und ihre Arbeit weiterführen würden. Eine Auswechslung war für die erste Zeit deshalb nur für die Minister selbst und diejenigen leitenden Beamten vorgesehen, deren Amt gleichzeitig in der Partei verankert war. Im übrigen beabsichtigte man, zunächst die Führung der Ministerien sogenannten Beauftragten oder Staatssekretären zu übertragen und mit der endgültigen Besetzung zu warten, bis gegebenenfalls Wahlen durchgeführt waren. Man gedachte zunächst autoritär zu regieren.

Man war sich klar darüber, dass mit dem Wegfall der NSDAP. an deren Stelle andere Parteien treten müssten und versuchte deshalb rechtzeitig mit solchen Persönlichkeiten in Verbindung zu treten, von denen man annehmen zu können glaubte, dass sie auf Grund ihrer Vergangenheit in der Lage sein würden, bald eine die Regierung tragende Volksfront aufzustellen. Um zu verhindern, dass der kommunistische Einfluss von Anfang an zu gross würde, wandte man sich an ehemalige Gewerkschafter, zu denen bereits früher Verbindung aufgenommen worden war (Leuschner, Leber, Wörmer, Lejeune-Jung, Maas). Goerdeler gelang es nicht, mit ihnen zur Aufstellung eines grundsätzlichen Programms zu kommen. Aus diesem Grunde übernahm Stauffenberg auch diese Aufgabe. Er wurde hierbei massgebend unterstützt durch Fritz Dietloff Graf von der Schulenburg. Eine endgültige Liste der Minister bzw. Beauftragten für die Ministerien aufzustellen war

bis zum letzten Augenblick nicht möglich gewesen. Klarheit bestand jedoch darüber, dass man versuchen wolle, durch stärkere Zusammenfassung der Zentralgewalt eine übersichtlichere Ordnung zu schaffen. Man war sich einig, dass das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in Wegfall kommen, seine Presse- und Propagandaaufgaben sollten in einem Pressereferat der Reichsregierung zusammengefasst werden, das entweder dem Reichskanzler unmittelbar oder dem Innenministerium angegliedert werden sollte. Die übrigen kulturellen Aufgaben, z.B. Film, Theater, sollten vom Kultusministerium übernommen werden. Dieses sollte auch wieder die Aufgaben des Kirchenministeriums - soweit für solche in der Reichsregierung noch Platz sein sollte - übernehmen. An diesen Planungen war Graf von der Schulenburg massgeblich beteiligt. (Siehe Anlage Bl.2a und Rückseite 2a). Das Bild, das sich insgesamt für die Gliederung und Zusammensetzung der Reichsführung ergab, ist aus dem beigegeführten Organisationschema ersichtlich. Beck hatte sich als Bezeichnung für das von ihm zu übernehmende Amt eines obersten Staatschefs für die eines "Reichsstatthalters und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht" entschieden, ohne damit zum Ausdruck bringen zu wollen, dass er das Amt für einen anderen, insbesondere einen zukünftigen Monarchen zu übernehmen beabsichtige.

Hinsichtlich der militärischen Spitzengliederung hatte man sich weitgehend der Beck'schen Planung angeschlossen und demnach einen für die gesamte Truppenführung verantwortlichen Oberbefehlshaber der Wehrmacht und - diesen unterstellt - einen Chef des Reichsgeneralstabes vorgesehen, der die Funktionen des bisherigen Chefs des Generalstabes des Heeres und des Chefs des Wehrmachtführungstabes in sich vereinigen und berechtigt sein sollte, den Generalstäben der Wehrmachtteile Befehle und Weisungen zu erteilen. Die bisher von den verschiedenen Stellen im Oberkommando der Wehrmacht, den drei Wehrmachtteilen und beim Befehlshaber des Ersatzheeres wahrgenommenen ministeriellen Funktionen sollten in einem dem Kabinett anzugliedernden Kriegsministerium zusammengefasst werden, als dessen Leiter der bisherige Chef des Allgemeinen Heeresamtes General Olbricht, und als dessen Staatssekretär sein langjähriger Chef des Stabes, Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, vorgesehen waren.

Etwa seit Herbst 1943 dürften sich die beteiligten Personen darüber klar gewesen sein, dass an eine friedliche Lösung nicht mehr gedacht werden könne. Neben den oben geschäderten insgeheim betriebenen Vorbereitungen liefen deshalb gleichgerichtet die Vorbereitungen zu einem Attentat. Der Kreis der Personen, die um diese Vorbereitungen wussten, wurde jedoch aus Sicherheitsgründen erheblich kleiner gehalten als der, dem die sonstigen Vorbereitungen - teils notwendig - bekannt waren. Um diese Attentatsvorbereitungen hat sich Stauffenberg zunächst nicht gekümmert. Erst als die Planungen aus dem Vorbereitungsstadium nicht herauskamen, entschloss er sich, auch diese zu übernehmen. Den Entschluss, das Attentat persönlich durchzuführen, dürfte er erst gefasst haben, als er am 15. Juli 1944 als Chef des Stabes beim Chef des Allgemeinen Heeresamtes abgelöst und zum Chef des Stabes beim Chef der Heerereüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres (Chef H Rüst und BdE), Generaloberst Fromme ernannt wurde. Gegen die Beauftragung mit diesem Amt sollen sowohl er selbst als auch General Olbricht bei Fromm protestiert haben.

In dieser neuen Stellung hatte er erstmalig die Möglichkeit zu den Lagebesprechungen Zutritt zu erhalten, die täglich gegen Mittag im Führerhauptquartier stattfindenden (sogenannte "Führerlagebesprechungen"). Erstmals nahm er an einer solchen am 5. Juli 1944 teil. Er hatte bereits damals die Absicht, das Attentat auszuführen, unterliess jedoch die Durchführung angeblich deshalb, weil weder Goering, noch Keitel und Himmler teilnahmen. Nach Möglichkeit wollte er versuchen, diese vier Personen zusammen zu treffen. Als Begleiter hatte er seinen Ordonnanzoffizier, Oberleutnant von Haeflten bei sich.

Den zweiten Versuch unternahm er bei seiner zweiten Anwesenheit in der Lagebesprechung, am 15. Juli 1944. Auch hier unterliess er angeblich wiederum die Durchführung deshalb, weil ausser dem Führer keiner der übrigen Personen anwesend war. Es erschien den Beteiligten deshalb wichtig, alle vier Personen nach Möglichkeit gleichzeitig auszuschalten, weil man damit rechnen musste, dass, falls eine dieser Personen vorzeitig von dem Gelingen des Attentats Kenntnis erhielt, diese nach Möglichkeit versuchen würde, durch rechtzeitige Gegenmassnahmen die Durchführung des Gesamtplanes zu verhindern oder ihn zum Mindesten zu gefährden.

Inzwischen erschien am Sonntag, 16. Juli 1944, der Vetter Stauffenbergs, Oberstleutnant Cäsar von Hofacker, der beim Militärbefehlshaber in Paris tätig war, bei Stauffenberg und brachte alarmierend Nachrichten aus dem Westen. Kluge habe zunächst den Standpunkt vertreten, dass die Front zu halten sei, sei dann aber zu der Überzeugung gekommen, dass dies unmöglich sei. Die gleiche Meinung vertraten fast alle übrigen Heerführer. Es sei deshalb höchste Zeit, dass etwas geschähe.

Am 17. Juli 1944 erschien abends bei einer Besprechung zwischen Hansen, Stauffenberg und Gisevius der SS-Gruppenführer Nebe und brachte die Nachricht, dass Goerdeler zur Festnahme aufgegeben sei (in Wirklichkeit traf dies nicht zu. Vielmehr war in einem Bericht, der im Zusammenhang mit der Angelegenheit Kiep dem Reichsführer SS vorgelegt worden war, diesem vorgeschlagen worden, Goerdeler festzunehmen. Der Reichsführer SS hatte dies aber etwa um den 17. Juli 1944 herum abgelehnt. Den Bericht selbst habe ich nicht gesehen).

Schliesslich hatte der Bruder Stauffenbergs, Berthold, der als Marineoberkriegsverwaltungsrat in der Völkerrechtsabteilung des Oberkommandos der Kriegsmarine Dienst tat, am 17. Juli 1944 von einem Kameraden erfahren, dass in Potsdam bei einem Tee, an dem der Kamerad teilgenommen hatte, darüber gesprochen worden war, dass in den nächsten Tagen ein Attentat auf den Führer geplant sei.

Alle diese Umstände veranlassten Stauffenberg zu dem Entschluss, bei seiner nächsten Anwesenheit im Führerhauptquartier auch dann das Unternehmen durchzuführen, wenn Goering, Keitel oder Himmler oder einer von ihnen nicht anwesend seien.

Der Ablauf der Ereignisse am 20. Juli 1944.

Stauffenberg wohnte seit seiner Versetzung nach Berlin in der Wohnung seines Bruders Berthold in Berlin-Wannsee. Dorthin hatte er sich am 19.7. den Sprengstoff holen lassen, der in der Wohnung des Adjutanten des Generals Olbricht, Oberstleutnant von der Lancken, in Potsdam aufbewahrt wurde.

Am 20.7.1944 fuhr Stauffenberg mit seinem Ordonnanzoffizier Oberleutnant von Haefen, und seinem Bruder Berthold zum Flugplatz Tempelhof und benutzte eine dort bereitstehende Sonder-

maschine mit Haeflten zum Fluge nach Rastenburg. Der dortige Ablauf der Ereignisse ist mir nur in ganz groben Umrissen bekannt. Die Ermittlungen über den Ablauf, die Vorbereitungen, auch über die Sprengstoffbeschaffung hat Kopkow geführt. Wichtig für das Nichtfunktionieren des Gesamtplanes sind zwei Vorgänge:

1.) Der Raum, in dem das Attentat verübt wurde, war ein Barackenraum, dessen Fussboden und Decke ohne festen Steinbelag waren. Aus diesem Grunde kam die wesentliche Sprengwirkung nicht im Raum selbst, sondern nach unten und oben zum Tragen. Hätte es sich um einen festen Steinraum gehandelt, so wäre die Wirkung erheblich grösser gewesen.

2.) Stauffenberg hatte vor der Detonation den Raum verlassen und unmittelbar, nachdem er die Detonation gehört und die nach aussen hin stärker erscheinenden Verheerungen gesehen hatte, mit von Haeflten das Führerhauptquartier in der Überzeugung verlassen, dass der Führer unmöglich mit dem Leben davon gekommen sei und die Dinge nunmehr vom Führerhauptquartier aus so abrollen würden, wie dies vorgesehen war. Dazu gehörte vor allem, dass General Fellgiebel (Chef WNV - Wehrmachtnachrichtenverbindungen) einmal sämtliche Nachrichtenverbindungen vom und zum Führerhauptquartier sperrte und zum anderen die Meldung über das Gelingen des Anschlages schnellstens nach Berlin weitergab, damit auch dort die vorbereiteten Aktionen zur Auslösung gebracht werden konnten. General Fellgiebel unterliess jedoch die für ihn vorgesehenen Massnahmen, weil er unmittelbar nach der Detonation feststellte, dass der Führer unverletzt mit dem Leben davongekommen war. Aus Sicherheitsgründen unterblieb die Benachrichtigung für Berlin, weil inzwischen durch den Stabskommandanten alle Nachrichtenverbindungen kontrolliert wurden.

So kam es, dass die an dem Unternehmen beteiligten Personen vor allem in der Bendlerstrasse erst zwei Stunden nach dem Attentat von diesem hörten, ohne klar erkennen zu können, ob es gelungen oder misslungen war. Etwa gegen 15 Uhr wurde von General Thiele der Inhalt eines Ferngesprächs weitergegeben, wonach ein Anschlag auf den Führer verübt, dieser jedoch unverletzt sei und eine Verlautbarung bevorstehe. Etwa gleichzeitig traf Stauffenberg mit der Nachricht ein, dass der Anschlag gelungen

und der Führer tot sei. Auf Grund dieser Nachricht wurden Beck, Witzleben und Hoepner, ferner die bei dem Hauptmann Graf Schwerin in dessen Dienststelle in der Grossadmiral Prinz Heinrichstrasse wartenden Graf Berthold Stauffenberg, Graf v.d.Schulenburg und Graf York v.Wartenburg herbeigerufen.

Infolge der durch die beiden widersprechenden Nachrichten sich ergebenden Unsicherheit war man zunächst übereingekommen, mit der Auslösung der vorbereiteten Massnahmen zu warten, bis die angekündigte Verlautbarung eine Bestätigung der Mitteilung Stauffenbergs ergeben würde. Diesem gelang es jedoch schliesslich die aufgetretenen Bedenken zu zerstreuen, sodass die ersten Massnahmen zwischen 16.00 Uhr und 17.00 Uhr ausgelöst wurden. Zunächst wurde der im Hause anwesende Generaloberst Fromm durch Olbricht, Stauffenberg und Oberst Mertz von Quirnheim (Chef des Stabes bei Olbricht) über das Attentat unterrichtet und aufgefordert, sich Beck, der inzwischen die Staatsführung übernommen habe, zu unterstellen. Fromm telefonierte darauf mit Keitel, der ihm den tatsächlichen Sachverhalt mitteilte u.a. auch die Tatsache, dass Stauffenberg der Attentäter gewesen sei. Fromm erklärte darauf Olbricht, Stauffenberg und Mertz für festgenommen. Es kam zu einer tätlichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf Fromm festgenommen und in seiner Wohnung eingesperrt wurde. An seiner Stelle wurde Generaloberst Hoepner unter der Bezeichnung "Befehlshaber des Heimatheeres" von Beck in Fromms Funktionen eingesetzt.

Erst danach - gegen 17.00 Uhr - wurden die ersten Fernschreiben an die Wehrkreisbefehlshaber, die Militärbefehlshaber in den besetzten Gebieten, sowie die Heeresgruppenbefehlshaber herausgegeben, deren wesentlicher Inhalt etwa folgender war:

Der Führer sei tot, unverantwortliche Kreise versuchten die Macht an sich zu reißen, Beck, Hoepner und Witzleben hatten die Staatsführung und Führung der Wehrmacht übernommen, nur deren Befehle seien auszuführen. Zunächst seien die Parteifunktionäre bis zum Kreisleiter abwärts festzunehmen, ferner die SS-Führer und Leiter der staatspolizeilichen Dienststellen. Die vollziehende Gewalt sei von der Wehrmacht zu übernehmen, zu diesem Zweck wurde ein "politischer Beauftragter" benannt,

mit dem sofort Verbindung aufzunehmen sei, schliesslich ein "Verbindungsoffizier des OKW".

Aufgrund dieser Weisungen kam es lediglich in Paris, Prag, Wien und Kassel zu wirklichen Massnahmen. Alle übrigen militärischen Befehlshaber wandten sich fernmündlich oder -schriftlich an Keitel. Von dort, den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile und vor allem von Guderian als neuernanntem Chef des Generalstabes ergingen darauf sofort Gegenbefehle, auf Grund derer auch die in Paris, Prag, Wien und Kassel eingeleiteten Massnahmen sofort abgestoppt wurden. Lediglich die lokalen Berliner Massnahmen waren durch den Stadtkommandanten von Berlin ausgelöst worden und hätten gefährliche Folgen haben können.